



Nutzungsbedingungen der retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Die retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) werden zur nichtkommerziellen Nutzung gebührenfrei angeboten. Die digitalen Medien sind im Internet frei zugänglich und können für persönliche und wissenschaftliche Zwecke heruntergeladen und verwendet werden.

Jede Form der kommerziellen Verwendung (einschließlich elektronischer Formen) bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der FZH, vorbehaltlich des Rechtes, die Nutzung im Einzelfall zu untersagen. Dies gilt insbesondere für die Aufnahme in kommerzielle Datenbanken.

Die Verwendung zusammenhängender Teilbestände der retrodigitalisierten Veröffentlichungen auf nichtkommerziellen Webseiten bedarf gesonderter Zustimmung der FZH. Wir behalten uns das Recht vor, im Einzelfall die Nutzung auf Webseiten und in Publikationen zu untersagen.

Es ist nicht gestattet, Texte, Bilder, Metadaten und andere Informationen aus den retrodigitalisierten Veröffentlichungen zu ändern, an Dritte zu lizenzieren oder zu verkaufen.

Mit dem Herunterladen von Texten und Daten erkennen Sie diese Nutzungsbedingungen an. Dies schließt die Benutzerhaftung für die Einhaltung dieser Bedingungen beziehungsweise bei missbräuchlicher Verwendung jedweder Art ein.

Kontakt:

Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg
Beim Schlump 83
20144 Hamburg
Tel. 040/4313970
E-mail: fzh@zeitgeschichte-hamburg.de
Web: <http://www.zeitgeschichte-hamburg.de>

BERND NELLESSEN

Das mühsame Zeugnis

Die katholische
Kirche in Hamburg
im zwanzigsten
Jahrhundert



CHRISTIANS

BERND NELLESSEN

Das mühsame Zeugnis

Die katholische Kirche in Hamburg
im zwanzigsten Jahrhundert

CHRISTIANS

HAMBURGER BEITRÄGE
ZUR SOZIAL- UND ZEITGESCHICHTE BAND XXVI

*Im Auftrag der
Forschungsstelle für die Geschichte
des Nationalsozialismus in Hamburg
und der Hamburger Bibliothek
für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung
herausgegeben von
Werner Jochmann, Werner Jobe
und Ursula Büttner*

Von diesem Band übernimmt der
VEREIN FÜR KATHOLISCHE KIRCHENGESCHICHTE
IN HAMBURG UND SCHLESWIG-HOLSTEIN
300 Exemplare für seine Mitglieder

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Nellessen, Bernd:
Das mühsame Zeugnis: die katholische Kirche in Hamburg im
zwanzigsten Jahrhundert / Bernd Nellessen. - Hamburg: Christians, 1992
(Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte; Bd. 26)
ISBN 3-7672-1147-5
NE: GT

© Hans Christians Verlag, Hamburg 1992
Alle Rechte, auch die des auszugsweisen
Nachdrucks und der photomechanischen
Wiedergabe, vorbehalten
Ausstattung Alfred Janietz
Printed in Germany
ISBN 3-7672-1147-5

INHALT

Wider die Legenden	7
<i>Die allerletzten Tage</i>	7
<i>Verdrängte Geschichten</i>	8
<i>Die Fahne hoch!</i>	12
<i>Verweigerung und Widerstand</i>	15
<i>Die kleine Gemeinde</i>	16
1871 – 1918: Die berstende Stadt	20
<i>Das Tor zur Welt</i>	20
<i>Die Hamburger Springflut</i>	22
<i>Die Katholiken kommen</i>	23
<i>»Arm, aber fest im Glauben«</i>	25
1919 – 1933: Die verspielte Freiheit	31
<i>»Treu deutsch und treu katholisch«</i>	31
<i>Volle, gleiche Freiheit</i>	33
<i>Ruhige Jahre</i>	35
<i>Von der Last befreit</i>	36
<i>Die Schotten dicht</i>	38
<i>Der Streit der Konfessionen</i>	42
<i>Der letzte Akt der Republik</i>	45
<i>Der Aufstieg der Nationalsozialisten</i>	47
<i>Die Kirche auf dem Prüfstand</i>	50
<i>Zentrum und Kirche</i>	54
<i>Das Ende des Hamburger Zentrums</i>	57
1933 – 1936: Hoffen und Bangen	62
<i>Der Marsch nach St. Jacobi</i>	62
<i>Der Handschlag von Potsdam</i>	65
<i>Schlingende Kirche</i>	68
<i>Jubel und Schikanen</i>	72
<i>Das Ende der katholischen Verbände</i>	78

<i>Diaspora im Wechselbad</i>	80
<i>Bernard Wintermann</i>	86
<i>Wilhelm Berning</i>	92
1937–1938: Mit brennender Sorge	104
<i>Die Geschichte der Enzyklika</i>	104
<i>Die Rache des Regimes</i>	108
<i>Die trotzende Kirche</i>	111
<i>Groß-Hamburg</i>	115
<i>Auf dem Weg nach München</i>	116
<i>Der Leidensweg der Juden</i>	118
<i>Fluchthelfer in Hamburg</i>	124
<i>Die schweigende Kirche</i>	127
<i>Christlicher Antijudaismus</i>	131
1939–1945: Über den Gipfel in den Abgrund	136
<i>Die Glocken läuten</i>	136
<i>Das Ende der Bekenntnisschulen</i>	138
<i>Die graue Stadt</i>	141
<i>Christen im Zwiespalt</i>	144
<i>Die Deportation der Hamburger Juden</i>	147
<i>Zwangssterilisierung und »Euthanasie«</i>	152
<i>Der versäumte Protest</i>	156
<i>Die Krise der Bischofskonferenz</i>	158
<i>»Unternehmen Gomorrha«</i>	163
<i>Verfolgung, Widerstand und Zeugnis</i>	166
<i>Vergeltungsschläge</i>	170
<i>»In odium fidei«</i>	172
Nach den bösen Jahren	176
<i>Die späte Bilanz</i>	176
<i>Breslau-Osnabrück-Hamburg</i>	179
<i>Die Nöte der Diaspora</i>	183
Anmerkungen	186
Benutzte Literatur	195
Personenregister	200

Wider die Legenden

Die allerletzten Tage

Im Torbogen des Hamburger Rathauses steht, flankiert von seinem Stab, der Kampfkommandant der zerschundenen Stadt, Generalmajor Alwin Wolz. Er wartet auf den Sieger, dem er Stadt und Soldaten unterworfen hat. Es ist die Stunde der Kapitulation Hamburgs am Donnerstag, dem 3. Mai 1945.

Um 18.25 Uhr fährt eine Kolonne englischer Militärfahrzeuge, von der gespenstisch-stillen Mönckebergstraße kommend, auf den Rathausmarkt, der an diesem Tag noch Adolf-Hitler-Platz heißt. Dem ersten Jeep entsteigt Generalmajor Spurling, Kommandeur der 131. britischen Infanteriebrigade. Der englische wie der deutsche General grüßen, wie es der militärische Kodex verlangt, dann geben sie sich die Hand.

Wenige Minuten später geht der Engländer im ersten Stock des Rathauses auf den mächtigsten Mann dieser Stadt zu, den Gauleiter und Reichsstatthalter Karl Kaufmann. Er steht in der Mitte des Bürgermeistersaales und trägt graues Zivil. Auch ihm reicht der englische General die Hand, eine – nach all dem Bösen, was geschehen ist – noble Geste. Aber warum sollte er dem deutschen Kampfkommandanten wie dem Reichsstatthalter in dieser Stunde den Handschlag verweigern, haben

sie doch aus selbst getroffener Entscheidung mit ihrer Kapitulation nicht nur die Stadt vor einem letzten sinn- und zwecklosen Aufbäumen bewahrt, sondern damit auch den Tod weiterer englischer Soldaten verhindert.¹

Die Kapitulation Hamburgs verstieß gegen den Führerbefehl der »verbrannten Erde«. Hitler hatte sich zwar drei Tage zuvor feige aus dem Leben gestohlen, doch sein Befehl, beim Rückzug nur Trümmer und Tote zu hinterlassen, galt immer noch. Dagegen lehnten sich in Hamburg ein Gauleiter und ein General gemeinsam auf. Die listige Strategie, die sie Wochen zuvor entwickelt hatten, um mit den Engländern ins Gespräch zu kommen, steckte voller Risiken und Gefahren. Sie verlangte ein tapferes Herz. Auch der Gauleiter hatte es – in diesen Tagen.

Die Nachbarstadt Bremen wurde nur deshalb noch einmal zerbombt, weil der Gauleiter dort nicht nur aus Treue zu seinem Abgott im Führerbunker der Reichskanzlei, sondern auch aus Angst vor spähenden Fanatikern das Bündnis mit den zur Kapitulation entschlossenen Militärs verweigerte. Karl Kaufmann dagegen, der sich auch gefährdet wußte durch mißtrauische SS-Verbände am Rande der Stadt, vollzog dennoch diesen Schritt. Er forcierte die geheimen Verhandlungen über die Fronten hinweg. Dann holte er, um Hamburg vor dem letzten Feuersturm zu bewahren, die Hakenkreuzflagge ein. Dafür gebührt ihm Dank.

Dieser Dank kommt nur zähneknirschend über die Lippen. Machen denn Kaufmanns ränkereiche Tage im April und Mai 1945 die Despotie der vorangegangenen zwölf Jahre wett? Für das, was in diesen Jahren in der Stadt geschah, war er verantwortlich, Statthalter seines Führers, Vollstrecker seines Willens, gehorsam und gefügig auch dann, wenn die Justiz oder die Gestapo über seinen Kopf hinweg in Hamburg hineinregierten. Monat, Tag und Stunde sind zu bestimmen, an denen er nach seinen allzu späten Zweifeln an Hitler seine Entscheidung gegen Hitler fällte. Da lagen das Reich und die unfreie Hansestadt bereits in Agonie; die allerletzten Tage waren schon gekommen.

Verdrängte Geschichten

Durch diese Kapitulation ist der Stadt vermutlich das Letzte und Schlimmste, die totale Zerstörung, erspart geblieben. Sie hellt das Dunkel ein wenig auf, stimmt versöhnlicher, gewährt Hamburg im Vergleich mit anderen Städten einen Hauch trotziger Selbstachtung. Ein-

sichtiger war man in Hamburg, weniger fanatisch als anderswo, das bleibt wahr – sofern es die Kapitulation betrifft. Aber ist es erlaubt, aus dieser einen rettenden Tat zu folgern, daß auch in den vorangegangenen Jahren Distanz und Reserve gegenüber den nationalsozialistischen Machthabern ein Merkmal der Stadt gewesen sei? So liest es sich jedenfalls in allzuviel Gedrucktem, tönt es auch aus offiziellen bürgermeisterlichen Reden, und manchmal verliert es sich sogar in grotesken Übersteigerungen.

Doch wenn wir uns vorurteilsfrei der Geschichte der Hansestadt in jenen zwölf Jahren nähern wollen, also der peinlichen Verharmlosung ebenso trotzend wie der besserwischerisch-hochmütigen Verdammnis im nachhinein, müssen wir uns vor zwei Legenden hüten. Die eine besagt, in Hamburg sei es »nicht so schlimm gewesen wie anderswo«, und die andere gaukelt uns das Bild einer demokratischen Vergangenheit vor, aus der es vor allem zu erklären sei, warum es hier, am kosmopolitischen Ort, dem Tor zur Welt, weniger totalitär zugegangen sei als anderswo. Doch eine wirklich praktizierte Demokratie beschränkt sich auch in Hamburg auf die kurzen Jahre der Weimarer Republik. Und dann haben auch an Elbe und Alster die Nationalsozialisten die Macht nicht »ergriffen«. Auch in Hamburg ist sie ihnen angetragen und übergeben worden. Nicht »auswärtige Mächte« übernehmen das Regiment, sondern Hamburger Bürger, die getreue Anhänger ihres Führers sind.

In der die gequälte Stadt rettenden Kapitulation ist der Ursprung jener ersten Legende zu orten, die um so üppiger sprießt, je weiter die Zeit sich von den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft entfernt. Der Mann, der diese Legende zuerst einmal festtritt, ist der erste Bürgermeister nach den bösen Jahren, Rudolf Hieronymus Petersen, ein unbescholtener, unbelasteter Mann aus einer angesehenen liberal-konservativen Familie, die der Stadt mit Carl Wilhelm Petersen in den Weimarer Jahren bereits einen hervorragenden Ersten Bürgermeister gestellt hatte. Sein jüngerer, nach dem Krieg berufener Bruder Rudolf weigert sich, während der Nürnberger Prozesse den Reichsstatthalter Kaufmann oder den Hamburger Oberlandesgerichtspräsidenten und späteren NS-Justizstaatssekretär Curt Rothenberger zu entlasten. Aber er plädiert in seiner schriftlichen Eingabe an das Nürnberger Tribunal für seine Stadt.

Er könne sagen, schreibt Petersen, »daß in Hamburg die Verhältnisse günstiger gelegen haben als in anderen Teilen Deutschlands. So sind die Gesetzesbestimmungen gegen die Juden und Mischlinge [!] in Hamburg fast ausnahmslos später und nicht mit solcher Rücksichtslosigkeit durchgeführt worden wie anderswo... Es ist Tatsache, daß Hamburg nicht in dem Maße von den Verbrechen und Maßlosigkeiten

des Nationalsozialismus betroffen worden ist, wie fast alle übrigen Teile des deutschen Reiches.«²

Woher nimmt der Bürgermeister den Mut, woher hat er die Kenntnis, so zu formulieren? Was er schreibt, steht quer zum Geschehenen. Die politische Absicht, die Petersen zu diesen Formulierungen treibt, läßt sich nachvollziehen: Seine Vaterstadt ist zerstört; sie kann nur lebensfähig werden, wenn sich ihr die Routen der Weltmeere und des Welthandels wieder öffnen, wenn der Hafen wieder pulsiert und den Ausgebombten zu neuer Bleibe und neuer Arbeit verholffen wird. Vor der Besatzungsmacht hat Petersen die ihm anvertraute Stadt zu verteidigen und nicht anzuklagen; er hat Rechte für sie einzufordern. Schon deshalb sind von ihm keine die Stadt belastenden Anklagen zu erwarten.

Doch diese allzu simplen Formulierungen, die Petersen noch öfter abgewandelt wiederholen wird, schüren nicht nur die Zweifel an seiner eigenen Einsichtsbereitschaft. Sie entlasten zugleich jene, die alles daransetzten, auch in Hamburg die nationalsozialistische Herrschaft zu stabilisieren. Dem abgehalfterten Reichsstatthalter können die Beteuerungen des Bürgermeisters nur recht sein. Für ihn, wie für andere, summieren sie sich zu »Persilscheinen«, wie man damals sagte, zu Saubermachern, welche die dunklen Flecken der Vergangenheit wenn nicht entfernen, so doch heller werden lassen.

Die Legende nistet sich ein und wuchert durch die Jahre. Man liest sie in Zeitungsberichten einer unkritischen Presse, stößt auf sie in Büchern und Aufsätzen. »Es ist bekannt«, heißt es lapidar in der Zeitung »Die Welt« noch 1952, »daß die Nazi-Prominenz das politische Klima in Hamburg allezeit als zu kühl befand.« Die These des »Nicht-soschlimm-wie-anderswo« geistert seit Jahrzehnten durch die Lokalpresse, und in einer Lokalchronik lesen wir: »In Hamburg hatten es die Nazis besonders schwer, die Macht zu erobern, wenn man bedenkt, daß sie in Hamburg nicht nur eine ›rote Hochburg‹, sondern auch ein liberales Bürgertum gewinnen mußten, das einer mit Marschkolonnen, Fahnen und Schlagworten daher kommenden ›Bewegung‹ aus Tradition mißtraut.«³

Wenn das so flott aus der Feder sprießt, darf auch behauptet werden, daß erst »auswärtige Mächte« den Nationalsozialismus ins Rathaus gebracht hätten. Vergessen wird, daß auch in Hamburg seit den Bürgerschaftswahlen von 1932 die doch allein von Hamburger Bürgern gewählten Nationalsozialisten die stärkste Fraktion stellen. Doch die Politiker, die Literaten und Journalisten, die so reden oder schreiben, die vergessen oder verharmlosen, sind keine Neonazis, keine verbitterten Parteigenossen oder Hitlerjungen von ehemals. Es sind, wie Bürger-

meister Petersen, honorige Hamburger Bürger. Sie lieben ihre Stadt, aber sie überschätzen deren politische Exklusivität in jenen Jahren und unterschätzen die Sogkraft, welche die nationalsozialistische Bewegung auch an Alster und Elbe ausgeübt hat.⁴

Zu der allzu griffigen These, daß es in Hamburg nicht ganz so schlimm gewesen sei wie anderswo, gesellt sich eine nicht minder angreifbare Behauptung, die sich ebenfalls, weil angenehm, zur Legende auswächst. Sie besagt, daß Hamburg als Freie und Hansestadt eine große demokratische Tradition aufzuweisen habe und auch deshalb weniger anfällig gewesen sei als andere Regionen des zerborstenen Reichs. 1947 hält der spätere Bürgermeister Kurt Sieveking (CDU), auch er einer angesehenen Hamburger Familie entstammend, die Geburtstagsrede auf den nun siebzigjährigen Rudolf Petersen. Er erinnert an die Absicht der Alliierten, den geschlagenen Deutschen die Demokratie nahezubringen. Dann fährt er fort: »Wir in Hamburg konnten diesem Vorhaben mit einer gewissen stillen Heiterkeit zusehen, denn wir wußten ja, daß wir seit Jahrhunderten eine solche Demokratie gehabt hatten.«⁵

Wie kommt Kurt Sieveking zu solchen unstimmgigen Sätzen? Wir machten es uns zu einfach, ihn des primitiven Irrtums zu zeihen, wie wohl es die altbewährte Demokratie, auf die er rekurriert, in Hamburg nicht gegeben hat. Es mag in seiner Absicht gelegen haben, auch mit diesen Sentenzen die Hypotheken zu mildern, die der Nationalsozialismus der Stadt aufgebürdet hatte. Er mag sich erinnert haben, daß die Geschichte über lange Zeitspannen hinweg die Hansestadt Hamburg als eine liberale Stadtrepublik ausweist, zwar patriarchalisch geführt, aber weltoffen. Stolzer republikanischer Sinn ist in ihr mächtig, nirgends im Kaiserreich ist zum Beispiel der Pressemarkt so unangefochten liberal wie schon im Hamburg des neunzehnten Jahrhunderts.

Nur: Mit Demokratie, auf die Kurt Sieveking pocht, hat dies alles wenig zu tun. Seine »gewisse stille Heiterkeit« ist unangebracht. Denn was so zum Wohle der Stadt formuliert, beifällig aufgenommen und dann vielfach kolportiert wird, bleibt eine Legende. Auch für Hamburg begann die Demokratie, die diesen Namen verdient, erst nach dem Ersten Weltkrieg. Zuvor galt in Hamburg ein rigoros ausformuliertes Dreiklassenwahlrecht. Dem größeren Teil der Einwohner wurde, weil er arm war, das Bürgerrecht vorenthalten. Um 1900 wächst Hamburg zur Millionenstadt heran, zählt aber nur 44 000 wahlberechtigte Bürger, das sind nicht einmal fünf Prozent der Einwohnerschaft. Über die Berufung der Senatoren entscheidet allein der kleine Familienkreis der Notabeln gemeinsam mit dem Stand der Grundeigentümer. Sie sind eine Minderheit, besitzen aber die Mehrheit der Stimmen und üben so

einen nicht zu brechenden politischen Einfluß aus. Kein Jude, kein Katholik darf in den Senat. Noch 1917 scheitert der Versuch, den angesehenen Hamburger Bankier Max Warburg in den Senat zu berufen, nur deshalb, weil er Jude ist und Jude bleiben will. An den un- und antidemokratischen Privilegien ändert sich nichts bis 1918. Erst mit den politischen Umwälzungen, die der verlorene Krieg bewirkt, ist ihr Ende gekommen; erst dann wird es ein freies und gleiches Wahlrecht für alle Hamburger Bürger geben.⁶

Die Berufung auf eine demokratische Tradition ist so brüchig wie die auf eine mildere Form nationalsozialistischer Herrschaft. Der vielberufenen Liberalität und Weltoffenheit Hamburgs fehlt es in den letzten Notjahren der Weimarer Republik an Kraft und Substanz. Die Stadt siecht wirtschaftlich und damit auch moralisch-politisch dahin; rasch und widerstandslos – wie anderswo auch – kann sich das nationalsozialistische Regime etablieren.

Die Fahne hoch!

Am Sonntagabend des 5. März 1933 treibt es Tausende auf den Rathausmarkt, den großen Sieg zu feiern, den die Nationalsozialisten bei dieser letzten, noch relativ freien Reichstagswahl errungen haben. Vom Balkon des Rathauses rauscht die Hakenkreuzfahne herab. Drei Tage später, am 8. März, jubeln wieder Tausende auf dem Platz und hissen die Fahnen an den hohen Masten vor dem Rathaus als Zeichen dafür, daß nun auch in Hamburg die Nationalsozialisten die Macht übernommen haben. Im Jubel dieses Tages wird endgültig die Hamburger Demokratie verscharrt.

SA ist aufmarschiert, der »Stahlhelm«, andere nationale Verbände, Lehrer-, Beamten- und Dozentenbünde, die ihren Pakt mit der nationalsozialistischen Bewegung schon geschlossen haben, Studenten- und Jugendverbände – sie alle sehen in diesen Tagen ein Zeichen »nationaler Wiedergeburt«. Auch gibt es viele, die bisher noch nicht die nationalsozialistische Liste gewählt haben und dennoch zum erstenmal seit vielen Jahren wieder erwartungs- und hoffnungsvoll der politischen Zukunft der Stadt wie des Reiches entgegensehen. Viele krallen sich geradezu an den Glauben, daß es nun besser werde nach aller Not, den Pleiten und Konkursen und der entsetzlichen Arbeitslosigkeit der letzten Jahre.

Gewiß ballen auch einige bei diesem heroischen Spektakel die Hand in der Tasche zur Faust. Wenn sie sich dem Machtwechsel widersetzen,

können sie sich bald im schnell eingerichteten Konzentrationslager Wittmoor im Norden Hamburgs wiederfinden. Bald geht in manchen Familien die Rede: »Lieber Gott, mach' mich stumm, daß ich nicht nach Wittmoor kumm.«

Auf dem Rathausmarkt steht an diesem Mittwoch auch Kuddel von der dritten Schicht. Er reckt den Arm; er hat gewiß nicht »Mein Kampf« gelesen, aber für ihn wie für seine Kollegen gibt es im Hafen weder eine dritte, noch eine zweite, noch eine erste Schicht. Er ist arbeitslos. Zwanzig Prozent seines früheren Lohnes vermag ihm die Stadt nur noch als »Stempelgeld« zu zahlen. Das reicht für eine fünfköpfige Familie zu Brot und Kartoffeln, zu einem halben Pfund Kaffee-Ersatz, einem Pfund Margarine und einem Liter Milch pro Woche.⁷ Auch Kuddel setzt nach allen enttäuschten Hoffnungen der letzten Jahre auf den, der, die Hand wie zum Schwur erhoben, ihm wieder Arbeit zu besorgen gelobt. »Gebt mir vier Jahre Zeit!« – mit dieser blendenden Rattenfängerparole gewinnt Hitler auch in Hamburg den Wahlkampf. Können wir Kuddel verargen, wenn er mit vielen anderen »Heil« und nochmals »Heil« schreit? Nein – diesem Kuddel wohl nicht.

Die Fahnen sind kaum gehißt, da werden, wie überall, so auch in Hamburg kommunale Selbstverwaltungen, Berufsvereinigungen wie die Innungen der Handwerker, Institutionen der Wirtschaft wie des Handels gleichgeschaltet und zu Vollzugsorganen der neuen Herrschaft degradiert. Oft biedern und bieten sie sich, wie die vornehme Handelskammer, selber an. Parteien schwenken ein oder lösen sich selbst auf, was auf das gleiche hinausläuft; andere, wie KPD und SPD, werden verboten. Gewerkschaften werden aufgelöst; es trifft die Sache besser, wenn wir sagen: Sie stürzen wie ein Kartenhaus zusammen.

Verdunstet ist der liberale Geist. Vom ersten Tag der nationalsozialistischen Herrschaft an werden mißliebige Beamte, Professoren, Künstler, Theaterleute auf die Straße gesetzt. Manche renommierten Kaufmannsvereinigungen und Wirtschaftsunternehmen trennen sich schneller als erwartet von ihren jüdischen Vorstandskollegen. Jüdische Richter werden aus dem Richterverein hinausgeworfen. Keinen Tag später als anderswo wird der Judenboykott veranstaltet: »Deutsche, kauft nicht bei Juden!« – mit diesem bösen Satz wird den traditionsreichen jüdischen Gemeinden und den alteingesessenen Hamburger Juden am Bornplatz wie am Grindel wie am Neuen Wall plakativ ihr Deutschtum abgesprochen. Auch hier wird die Bücherverbrennung, gleich zweimal, durch Studenten, Dozenten und Professoren zum lodernen Ritual einer säkularisierten Inquisition »wider den undeutschen Geist«. Das Mittelalter hat uns wieder.

Nein – auch in Hamburg werden vom ersten Tag der nationalsozialistischen Herrschaft an politisch Andersdenkende von SA und SS im Sitz der Gestapo an der Stadthausbrücke oder in Fuhlsbüttel gequält und gefoltert. Der in den zwanziger Jahren um einen humaneren Strafvollzug bemühten Stadt wird ihre internationale Reputation genommen. »Kolafu«, Konzentrationslager Fuhlsbüttel, ist fortan der Titel – wer vermag noch säuberlich zu unterscheiden zwischen dem Teil, der in Fuhlsbüttel KZ, und jenem, der »nur« Zuchthaus ist?

Auch in Hamburg ist die Justiz mit Todesurteilen schnell bei der Hand. An die vierhundertmal saust das Messer der Guillotine herab. Mörder, Schwereverbrecher, Kommunisten, Kriegsdienstverweigerer, Sozialdemokraten, drei katholischen Priestern und einem evangelischen Pastor wird am Holstenglacis der Kopf vom Leib getrennt – eine Schmach für die ehemals so liberale Stadt. Auch in Hamburgs Krankenanstalten werden Behinderte, deren Leben auf Weisung von Ärztekammer und Sozialbehörde als »lebensunwert« abqualifiziert wird, deportiert und dann ermordet. Die Urteile wegen »Rassenschande«, die die Liebe »zwischen Deutschen und Juden« mit drakonischen Strafen belegt, sind gnadenlos, in der Höhe der Strafzumessung härter als in Frankfurt oder Köln.⁸

Auch in unserer Stadt werden in der »Reichskristallnacht« 1938 pünktlich, wie es der Einsatzbefehl von Berlin verlangt, jüdische Geschäfte demoliert, Synagogen zerstört, jüdische Mitbürger mißhandelt und eingesperrt. Auch die weltoffene Einwohnerschaft Hamburgs läßt die Juden allein, treibt sie hinaus in die Fremde, in eine ungewisse Zukunft. Sie sieht auch nicht hin, als die noch verbliebenen Juden dann, versammelt zu Kolonnen von todgeweihten Habenichtsen, nach Łodz, Riga, Theresienstadt und Auschwitz abtransportiert werden.

Als an der Moorweide im Mai 1939 der preußische Ministerpräsident und Befehlshaber der Luftwaffe, Hermann Göring, die Front der aus dem Spanischen Bürgerkrieg heimkehrenden »Legion Condor« abschreitet, bilden Tausende Spalier. Blumen werden den Soldaten überreicht; wie in evangelischen Kirchen, so wird auch in der katholischen St. Elisabeth-Kirche in Harvestehude ein Festgottesdienst zelebriert. Wer aber sieht denn zu, wer empfindet den Anblick von tausend Hamburger Juden als moralische Marter, die – zweieinhalb Jahre später – ebenfalls vom Paradedfeld der Moorweide aus als erste von vielen dann noch folgenden Transporten nach Łodz verladen werden? Der »mäßige Einfluß der Bevölkerung«, auf den Bürgermeister Petersen nach dem Göttersturz der Hitlerdiktatur verweisen wird – er hat den Abtransport der Hamburger Juden nicht einmal um Minuten verzögert.

Der von den Nationalsozialisten zum Bürgermeister ausgerufenen

Kaufmann Carl Vincent Krogmann tritt zwar erst nach seinem Amtsbeginn der NSDAP bei. Wer will, mag dies als ein Zeichen der Distanz und der Reserviertheit werten. Aber wer Krogmanns vorangegangenen Einsatz in Hitlers Beraterkreis für Wirtschaft, wer seinen antisemitischen Hetztiraden, seiner politischen Willfährigkeit nachspürt, der kann auch im nachhinein nur den Kopf schütteln über die Niederungen, in die sich der Inhaber des einst so erhabenen Amtes willentlich und gehorsam treiben läßt. Handlanger, nicht Bürgermeister ist er. Keine sechs Wochen sind seit der Machtübernahme an der Elbe vergangen, da hat Hitler die ihm von der Stadt angetragene Ehrenbürgerschaft schon angenommen. Am 19. April 1933, am Vorabend von »Führers Geburtstag«, wird aus dem Rathausmarkt ein Adolf-Hitler-Platz. Einiges erledigt man in Hamburg sogar schneller als anderswo.

Auch in der Hansestadt stehen dann jubelnde, dicht gedrängte Reihen entlang der Mönckebergstraße oder an den Landungsbrücken, wenn Hitler einen seiner vielen wortgewaltigen Besuche mit Werftbesichtigung oder dem Stapellauf eines neuen stolzen Schiffes verbindet. Die jubelnden »Heil«-Rufe dröhnen an der Elbe gewiß nicht so laut wie in Berlin oder München, doch differierende Phonstärken allein sagen über die Distanz nichts aus. Wenn er in Hamburg redet, sind die Säle bei Sagebiel so proppenvoll wie in der Hanseatenhalle draußen in Rothenburgsort. Auch im Hotel Atlantic erweist man ihm seit 1926 schon meisterliche Reverenz, wenn er gestiefelt und im braunen Hemd oder im Frack erscheint.

Verweigerung und Widerstand

Die Legenden verzerren das Bild der Stadt, sie helfen ihr nicht, sondern verletzen sie. Denn wenn es in Hamburg »nicht so schlimm war wie anderswo«, läßt sich daraus doch auch schließen, daß die Stadt besonders fügsam, besonders angepaßt gewesen sei, ein Mitläufer besonders willfähriger Art. War das die Stadt? In ihr gibt es in jenen Jahren wie anderswo ein Heer von Hoffenden, die den neuen Machthabern Vertrauen entgegenbringen oder entgegenbringen wollen. Junges Volk glaubt, was es singt: »Unsere Fahne flattert uns voran!« Es gibt biedere, unpolitische Bürger und natürlich Karrieristen und Opportunisten – nicht weniger und nicht mehr als anderswo. Aber sie allein bestimmen nicht das Bild der Stadt.

Wer sich an die Legenden klammert, daß es nicht so schlimm gewesen sei wie anderswo, der diskreditiert die Verweigerung und den Wi-

derstand gegen den Nationalsozialismus in der Stadt. Wir dürfen die große Schar derer nicht übersehen, die zähneknirschend dulden, aber ihrer Reserve wegen Verzicht und Opfer auf sich nehmen. Wir dürfen diejenigen, schon geringer in ihrer Zahl, nicht vergessen, die heimlich den Gejagten und Gedeimütigten, den Juden vor allem, beistehen. Auch in Hamburg verweigern sich viele Tausende den Schalmeienklängen wie den Pressionen der Herrschenden. Warum hätten sie sich verweigern sollen, wenn es hier »nicht so schlimm war wie anderswo«?

Zu den mehr als 7000 ermordeten Hamburger Juden, zu den 70000 umgekommenen Soldaten, den 45000 Toten des Bombenkrieges gesellt sich auch die Schar der eineinhalbtausend Männer, Frauen und Jugendlichen, die hingerichtet oder heimtückisch umgebracht worden sind. Tausende von Hamburgern werden Monate und Jahre eingesperrt – von März 1933 bis April 1934 allein an die fünftausend. Auch Hamburg weist für die Jahre nationalsozialistischer Herrschaft eine rühmliche Geschichte der Verweigerung und des Widerstandes auf. Aus der Bürgerschaft der demokratischen Weimarer Jahre werden zwanzig Abgeordnete umgebracht, der Kommunist Ernst Thälmann gehört dazu wie der Sozialdemokrat Theodor Haubach. Daß es in Hamburg »nicht so schlimm war« – diese Legende macht das trotzigste, wenn auch stumme Nein, aber erst recht den Widerstand verächtlich. Auch dagegen wollen wir uns wehren.

Die kleine Gemeinde

In dieses Panorama von gläubiger Gefolgschaft, Anpassung und Duldung, von Verweigerung und Widerstand ist nun das Bild der katholischen Kirche in Hamburg einzufügen. Wie verhält sie sich in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur? Doch die »katholische Geschichte« jener zwölf Jahre läßt sich nicht erzählen, ohne auf die besonderen konfessionellen und sozialen Voraussetzungen einzugehen, unter denen sich der Katholizismus an Alster und Elbe entfaltet hat.⁹ Drei Hinweise mögen vorerst genügen.

1. Die katholische Kirche in Hamburg ist, wie man früher sagte, »Diasporakirche«. Das heißt zuerst einmal: Sie ist – trotz der grandiosen Vorgeschichte christlicher Missionierung des Nordens im frühen Mittelalter – sozialgeschichtlich betrachtet eine junge Kirche. Die Reformation löschte sie aus. Sie beginnt sich erst wieder im letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts in Hamburg schüchtern zu etablieren. Sie ist die Kirche der Zuwanderer aus anderen Teilen des Deutschen

Reiches, angelockt von den Offerten, welche die seit den achtziger Jahren geradezu gewaltsam stürmisch wachsende Stadt zu bieten hat, oft aber auch angelockt nur von vagen Hoffnungen und Sehnsüchten, die man mit dem Namen des Welthafens verbindet. So fließt kein Strom, aber ein Bach über Jahrzehnte hinweg ruhig und beständig in die Stadt hinein. Der Bach wird breiter mit der wachsenden, platzenden Stadt. 1871 gibt es knapp 8000 Katholiken, dann werden 40000 (1900), dann 64500 (1933), dann 99000 (1940) gezählt. Doch in dem Zeitraum, der uns beschäftigt, werden es nie mehr sein als runde fünf Prozent der Einwohnerschaft. Diasporakirche – das bleibt die Kirche einer kleinen Minderheit.

2. Diese Gemeinde ist nicht nur klein, sie ist auch arm. Nichts nimmt so sehr für sie ein wie ihr angestregtes Bemühen, den Zugewanderten in ihre oft armseligen Unterkünfte, in neue Wohngebiete, neue Stadtteile dieser berstenden Stadt zu folgen, um dort für sie Kirchen zu bauen und für katholischen Schulunterricht zu sorgen. Kirche und Schule – diesem Zweiklang bleibt die wachsende Gemeinde bis zum Beginn der nationalsozialistischen Zeit verpflichtet. Dann darf sie keine neuen Schulen mehr bauen, was die verharmlosenden Legenden unterschlagen. Solange die Gemeinde es darf, wird stets der Ausstattung der Schule Vorrang eingeräumt vor der würdevollen Ausstattung eines neuen Gotteshauses.

Wenn wir der Legende von der »altbewährten« Hamburger Demokratie widersprechen, dann ist auch ein Argument wider diese Legende die Behandlung der katholischen Gemeinde durch Senat und Bürgerschaft. Die kleine Gemeinde wird zwar, ganz im liberalen Geist der Stadt, toleriert, nicht aber gestützt. Gleichbehandlung und Unterstützung durch die Stadt wird der Kirche erst nach der Konstituierung der Weimarer Republik zuteil. Erst die Bürgerschaft jener Jahre, in der die Sozialdemokratie den mächtigsten Part spielt, wird mit akzeptablen Zuschüssen den Beitrag honorieren, den auch die Hamburger Katholiken mit ihren Schulen seit Jahren für das liberale Schulwesen der Stadt leisten. Wie allen Einwohnern der Stadt, so bringt auch der katholischen Kirchengemeinde erst die Demokratie volle Freiheit und Gleichheit vor Parlament, Gesetz und kommunalen Behörden.

3. Dieser Minderheitenkirche fehlt es nicht an ghettohaften Zügen. Die Gemeinden sowie die unglaublich hohe Zahl katholischer Vereine – für Jungmänner und Jungfrauen, für Gesellen, Handwerker, Kaufmannsgehilfen, für Hebammen, Frauen, Mütter, Lehrerinnen, Lehrer, Beamte, Schüler, Studenten, Akademiker und Sportler – sie alle bieten »katholische Heimat«. Auch ihnen ist zu verdanken, daß die Katholiken schnell hineinwachsen in die Stadt. Aber sie verdeutlichen auch die

Gefahr der Abkapselung: Man braucht, so man will, und viele wollen es, katholisches Milieu, vom Metzger bis zum Zahnarzt, nicht zu verlassen, um in Hamburg »katholisch« leben zu können.

Diese Abkapselung wird besonders spürbar im Verhältnis der Konfessionen. Die große, für Hamburg bestimmende evangelisch-lutherische Kirche nimmt von dem katholischen Winzling kaum Notiz, und wenn sie es tut, dann abwehrenden und mißtrauischen Blicks, hängt doch den Katholiken das Etikett »römisch« an, was – in die Alltagssprache jener Jahrzehnte übertragen – soviel heißt wie: Befehlsempfänger des Vatikans, national unzuverlässig, liturgischen Riten anhängend, die – von den Kerzen vor der Madonna im Kleinen Michel über den Beichtstuhl bis hin zu Weihrauchschwaden und Meißgebimmel – einen Hamburger Lutheraner nur erschrecken können. Es gibt bis in die dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts hinein kein nennenswertes Gespräch zwischen den beiden Konfessionen. Auch die Katholiken verharren im Trotz. Sie fühlen sich, so noch in den zwanziger Jahren, zwar heimisch in ihrer Stadt. Aber zugleich fühlen sie sich in ihrem (ziemlich hartherzigen) Glauben bestärkt, hier als Konfession leider fremd zu bleiben, wiewohl doch nur sie den allein seligmachenden Glauben besitzen!

Noch beherrscht theologische Enge den Alltag der Konfessionen. Ökumene findet nicht statt. Da wird allenfalls zur Selbstbestätigung der einzig wahren, nämlich der eigenen Position gewispert, die Ehefrau des lutherischen Pastors an der Gnadenkirche und späteren Bischofs der hamburgischen Landeskirche in nationalsozialistischer Zeit, Franz Tügel, sei konvertiert und fahre mit anderen Konvertiten nach Osnabrück zum »Kaffeekränzchen« bei Bischof Berning – was stimmt, aber, so simpel kolportiert, nur die tiefe Kluft offenbart, die in jenen Jahrzehnten auch in Hamburg zwischen den christlichen Kirchen besteht.

Die katholische Kirche bietet vor dem Machtantritt der Nationalsozialisten ein ziemlich geschlossenes Bild. Die Gottesdienste sind gut besucht. Das Vereinsleben blüht; einem kirchlichen Verein anzugehören, ist gute Sitte. Die Mehrheit der wahlberechtigten Katholiken (etwa 60 bis 65 Prozent) wählt die von der Kirche favorisierte Partei, das katholische Zentrum.

Doch auch in diesen trutzigen Bau fährt der Sturm der Wirtschaftskrise, von der sich die Weimarer Republik nicht mehr erholen wird. Er trifft viele Katholiken, gehören sie doch überwiegend den unteren sozialen Schichten oder dem Mittelstand der kleinen Leute an. Sie sind Kaufleute, Handwerker, Angestellte und Arbeiter, von Arbeitslosigkeit, Pleiten und Konkursen stark betroffen. Manche katholische Schu-

len führen die »Speisung« für ihre Kinder ein. Enttäuschung und Erbitterung über diese Republik breiten sich auch unter den noch immer Zentrum wählenden Katholiken aus. Hinter den dunklen Wolken dieser letzten Weimarer Jahre verschwindet die frühere Freude über die Gleichberechtigung und die finanzielle Hilfe, die ihnen die junge Demokratie ein Jahrzehnt zuvor zugestanden hatte. Auch unter Hamburger Katholiken findet Hitler seine Anhänger. Der Gauleiter und Reichsstatthalter Karl Kaufmann, ein Rheinländer der Herkunft nach, tritt nicht aus der katholischen Kirche aus, ein beachtenswerter Einzelfall in Hitlers erster Garde. Dies wird die Legende, wonach es in Hamburg nicht so schlimm gewesen sei wie anderswo, noch zusätzlich katholisch garnieren.

Von gläubiger Gefolgschaft über Anpassung und Duldung bis hin zu Verweigerung und Widerstand reicht auch das politische Spektrum der Katholiken. Auch von ihren Kirchtürmen läuten die Glocken an großen nationalsozialistischen Feiertagen, werden auf Kirchenplätzen und Schulhöfen die Hakenkreuzfahnen aufgezogen – murrend zuweilen, wenn dem Befehl der Stadt (oder des Generalvikariats) zu folgen ist, meist aber aus Zustimmung und Begeisterung. Aber das andere gilt auch: Wieviel mutige Hilfsbereitschaft, tapfere Verweigerung sind aufzuspüren; der letzte, vom Volksgerichtshof noch im April 1945 in Hamburg inszenierte Prozeß gilt einer Gruppe Hamburger Katholiken.

Dennoch: Auch die Geschichte der katholischen Kirchengemeinde Hamburgs ist nicht so, wie die Legenden sie dargestellt sehen möchten. Kurz nach Kriegsende, am Dreifaltigkeitssonntag 1945, wallfahrten schon wieder Männer und Jungmänner aus dem weiten Bistum nach Rulle. Auch Hamburger ziehen mit. Bischof Wilhelm Berning, die alle überragende Gestalt mit der machtvollen, mahelnden Stimme des Emsländers, hält ihnen wieder eine packende Predigt. Er beschwört noch einmal die Jahre der bösen Herrschaft, beklagt das Unrecht, das der Kirche angetan worden ist. Doch über deren Schwächen, Irrtümer, Versäumnisse und Sünden verliert er kein Wort. Statt dessen ruft er den Wallfahrern zu: »Wie ein Felsen im brandenden Meer, so stand unsere Kirche in der Zeit, die hinter uns liegt...«¹⁰

Nein – so hätte er, gerade er, es nicht sagen dürfen. Auch solche Sätze schaffen Legenden – in Hamburg und anderswo.

1871 – 1918: Die berstende Stadt

Das Tor zur Welt

In den letzten drei Jahrzehnten des neunzehnten Jahrhunderts wagt Hamburg einen gewaltigen Schritt. Die Stadt macht sich auf, ihren Hafen zu einem der modernsten Welthäfen auszubauen. Kundschafter schickt sie in alle Welt, Experten engagiert sie. Weder an Wasser noch an Land soll es fehlen, um Werften und Docks, Kaianlagen und Speicher sowie den großzügigen Anschluß an die Eisenbahn zu ermöglichen. Als 1888 der neue Hafen fertiggestellt ist, jubelt Hamburg. Die Stadt ist stolz auf das weltbeste Hafenersenal, das sie geschaffen hat. Den sogenannten Schlußstein legt der junge (und letzte) deutsche Kaiser Wilhelm II. in pompöser Zeremonie.

In diesen Jahren fiebert Hamburg vor Tatendrang. Es sind Zeiten hoher Konjunktur. Die Industrie ist den Eierschalen der Gründerjahre schon entsprungen. Fabriken produzieren und wollen exportieren. Hungrig warten sie auf den Import von Rohstoffen, um die daraus gewonnenen Produkte wieder exportieren zu können. Auch der Goldstrom, den Frankreich als Kontribution für den verlorenen Krieg von 1870/71 ins Land schwemmen mußte, beflügelt den industriellen Aufschwung.

Mit seinem Zollverein macht der Norddeutsche Bund unter Preu-

ßens Führung der merkantil unwirtschaftlichen Kleinstaaterei ein Ende. Was sich Zollverein nennt, wächst zum Großwirtschaftsraum einer expandierenden Industrie heran; er bietet verlockende Märkte und eine Fülle bisher blockierter wirtschaftspolitischer Möglichkeiten. Das Nadelöhr, durch das die Ware einer auf Export angewiesenen und zugleich expandierenden Industrie fließen muß, heißt Hamburg. In jenen Jahren am Ende des Jahrhunderts wird die Elbmetropole für das kaiserliche Deutschland zum »Tor zur Welt«. Die selbstherrliche, eher zögerliche Stadt zögert nun nicht mehr, auch selbst den Zollanschluß zu vollziehen. Der Beitritt von 1888 zahlt sich aus, er macht Stadt und Hafen attraktiver. Vor allem beschert er ihr den Freihafen. In ihm, das ist dem Senat zugebilligt worden, darf die Ware nicht nur zollfrei gelagert, sondern auch industriell verarbeitet werden. So wächst mit dem Freihafen auch ein gewaltiges Industriearsenal heran.

Der Wettbewerb der Nationen um Märkte, um Einfluß und Ansehen wird in jenen Jahrzehnten härter. Da werden die Muskeln protzig gespannt, überdimensionale Flaggen gehißt: Wer ist der Größte, der Stärkste? Der Imperialismus rivalisierender Staaten hat nicht nur das Deutsche Reich, sondern in ihm auch Hamburg erfaßt. So streiten – ein Beispiel nur – die seefahrenden Mächte um das »Blaue Band«. Wer baut nicht nur das größte, das komfortabelste, sondern auch das schnellste Schiff? Die Luxusliner kommen auf; der Ozean zwischen Europa und Amerika wird zur Rennpiste rivalisierender Reedereien. Hamburg hält mit. Um 1890 setzt in diesem Prestigekampf wetteifernder Nationen und Reedereien die Hamburg-Amerikanische-Packetfahrt-Actien-Gesellschaft ihre ersten Zweischraubendampfer ein. Der junge treibende Mann, der das Passagebüro der Reederei betreut, heißt Albert Ballin. Bald avanciert er in den Vorstand. Kurz nach der Jahrhundertwende ist die Hapag, wie sie nun heißt, die größte Reederei der Welt. Andere Reedereien mehren Hamburgs Ansehen. Die Hamburg-Süd knüpft ihr Netz nach Südamerika enger; die Woermann-Linie bestreitet den Verkehr mit Westafrika, die Ostafrika-Linie den mit der Gegenküste.

Die rasante Entwicklung der Reedereien verläuft parallel zum machtvollen Einstieg der Stadt in den modernen Schiffbau. Werften werden erweitert, gegründet, verlegen ihren Sitz nach Hamburg. Aufträge zum Bau großer Handels- und Passagierschiffe verbleiben nun mehr und mehr der Stadt. 1900 schickt die Hapag ihre »Deutschland« in das Rennen um das Blaue Band. Sie gewinnt es auf Anhieb, auch wenn das Schiff bei Höchstfahrt so sehr vibriert, daß jedermann an Bord das große Zittern überkommt. Den Anfang vom Ende nationaler Prahlerei – größer, schöner, schneller – läutet erst der Untergang der

»Titanic« im April 1912 ein. Er macht das Blaue Band suspekt. Die Hapag jagt schon keines ihrer Schiffe mehr auf diese Rennbahn. Ein klein wenig langsamer, dafür aber kaum zu übertreffender Komfort in der Luxusklasse und endlich auch menschenwürdige Verhältnisse in der Dritten Klasse, die vorher als Zwischendeck übel beleumdet war – das bleibt Ballins Devise, und mit ihr machen Hamburg und die Hapag gutes Geld.

Die Stadt demonstriert stolzen hanseatischen und zugleich patriotischen Geist. Schwarzweißrot wird geflaggt. Und unter den Tausenden, die dem Stapellauf eines neuen Riesen zusehen, stehen auch die Katholiken. Auch sie jubeln, wenn die »Imperator«, zeitweise das größte Schiff der Welt, die Vulcan-Werft verläßt, auch sie sind stolz, wenn die »Vaterland« oder die »Bismarck«, bei Blohm & Voss gebaut, ins Wasser rauschen.

Die Hamburger Springflut

Dieses oft gemalte Bild der Stadt vor dem Ersten Weltkrieg hat jedoch eine Kehrseite, die besonders für die Katholiken wichtig ist. Für die stürmische Aufwärtsentwicklung zahlt Hamburg einen hohen Preis. Die Stadt wird heimgesucht von sozialen Erschütterungen. Einer Springflut ähnlich steigt die Einwohnerzahl. Nirgends im Deutschen Reich verläuft die Bevölkerungsentwicklung so rapide und so dramatisch wie in Hamburg.¹ In nicht einmal vier Jahrzehnten verdreifacht sich die Zahl der Einwohner. 1870 zählt die Stadt 300 000 Einwohner; das zwanzigste Jahrhundert hat kaum begonnen, da ist Hamburg schon Millionenstadt. Um die Jahrhundertwende besteht die Hälfte der Bevölkerung aus nicht in Hamburg geborenen Männern, Frauen und Kindern! Die plötzliche Ballung von Massen stellt die Stadt vor ungeahnte soziale Probleme. Zusätzliche soziale und politische Erdbeben verursacht der Ausbau des Freihafens. Durch ihn werden 24 000 Menschen, meist Hafendarbeiter mit ihren Familien, aus ihren Wohnungen in Hafennähe verdrängt. Wenig später stehen durch die erneute Erweiterung des Hafengeländes weitere 20 000 Menschen obdachlos auf der Straße. Ihre Wohnungen werden abgerissen; es ist ihre Sache, eine neue Bleibe zu finden. Der Choleraepidemie von 1892, der in den Gängevierteln der Altstadt 8 000 Menschen zum Opfer fallen, folgt die längst überfällige Sanierung dieses Armenviertels. Aber auch sie reißt wieder Tausende von Familien aus ihren sozialen Lebensbezügen. Die Modernisierung der Stadt durch einen Schneisen schlagenden Straßenbau, aus dem etwa

die repräsentative Mönckebergstraße entsteht, trägt durch den Abriss vieler Häuserzeilen auch wieder zur Entwurzelung eingessener Hamburger Familien bei. Alfred Lichtwark, Direktor der Kunsthalle, spricht in jenen Jahren bitter von der »Freien und Abrissstadt Hamburg«.

So wächst in der platzenden Stadt ein Großstadtproletariat heran, das oft menschenunwürdig leben muß. Es wird in die Randgebiete der Stadt gedrängt, nach Eimsbüttel, Winterhude, Barmbek, Horn, Hammerbrook, Billwerder, Rothenburgsort, Veddel. Es kommt, mit viel Glück, in schnell hochgezogenen Mietskasernen unter oder in Kellern und Lauben. Hammerbrook ist um 1870 ein schwach besiedelter, noch bäuerlicher Flecken, 1914 sind dort unter erbärmlichen Verhältnissen 60000 Menschen zusammengedrängt. Barmbek ist 1870 ein bescheidener Vorort mit 8000 Bewohnern. 1914 leben dort 120000 Menschen, oft auf engstem Raum. Eimsbüttel hat 1871 4000 Einwohner; bis 1914 schwillt es auf 130000 an.

Solche Umbrüche verändern nicht nur die Lebensbedingungen der Menschen; wer bei ohnehin schlechten Arbeits- und Lohnverhältnissen etwa im Hafen arbeitet, hat nun Anmarschwege von einer oder selbst drei Stunden über holprige Straßen auf sich zu nehmen. Diese Umbrüche verändern auch das Bewußtsein der Menschen. Bindungen gehen verloren, Traditionen zerbrechen. Dörfer werden überfremdet, zwischen Stadt und Land schaltet sich die Industrielandschaft; sie gibt nicht nur Heimat, sie zersetzt auch. Scheunenwände und Zäune werden schon mit riesigen Werbeschriften und Plakaten vollgepflastert. Die Sirenen der Fabriken, die Pfeifventile der Lokomotiven, die Typhone der pünktlich wie die Eisenbahn verkehrenden Schnelldampfer sind nicht nur dröhnende Signale des industriellen Fortschritts. Sie bestimmen den Rhythmus der Tage und machen das Geläute der Kirchenglocken, wo man sie in der berstenden Stadt noch hört, zur idyllischen Melodie einer entschwindenden Zeit. Es gelingt nicht in den bewegten Jahrzehnten, die Zuwanderer und zugleich die heimatlos gewordenen und werdenden Hamburger sozial zu befrieden. Kein Wunder, daß Hamburg zum Zentrum der sozialistischen Arbeiterbewegung wird.

Die Katholiken kommen

Zu den Zuwanderern gehören die Scharen der Katholiken. Sie kommen vorwiegend aus dem Westen und Süden des Reiches.² An der Spitze der Herkunftsgebiete steht das Rheinland, dann folgen Bayern, Westfalen,

Schlesien und Ostpreußen; aus dem Emsland und aus dem Eichsfeld wird nach Hamburg umgezogen. Der Zustrom der aus Schleswig-Holstein einwandernden Katholiken (!) ist erstaunlich hoch. Auch Polen kommen, lassen sich in Hammerbrook, Billstedt, in Geesthacht, aber mehr noch im preußischen Altona und in Wilhelmsburg nieder. Die primitivsten Arbeiten in der Fischindustrie, die härtesten auf den Schiffen, nämlich die Reinigung der Außenhaut von Muschelkalk und Algen, bleiben vornehmlich den Polen vorbehalten. In Geesthacht schufteten sie in den Fabrikationsbetrieben von Pulver und Dynamit.

Ein Drittel der katholischen Zuwanderer aus dem deutschen Reichsgebiet stammt aus Klein- und Mittelstädten. Über fünfzig Prozent kommen aus dem Dorf, Söhne und Töchter kinderreicher Familien, zweite, dritte Bauernsöhne, ländliche, kleinstädtische Handwerker und Tagelöhner. Sie kommen mehr oder weniger mittellos an; sie müssen billig wohnen. So spüren wir sie zuerst in den dichtbewohnten älteren Stadtteilen auf (Altstadt, Neustadt, St. Georg, St. Pauli). Die durch den Bau des Freihafens und durch andere städtebauliche Veränderungen ausgelösten sozialen Eruptionen zwingen viele der zugewanderten und immer noch zuwandernden Katholiken dazu, Wohnung in den hochschießenden Randgebieten der Stadt zu suchen. Eimsbüttel, Hammerbrook, Rothenburgsort und Barmbek – dort sind um die Jahrhundertwende (neben Altstadt, Neustadt) die Wohnquartiere zu finden, die einen relativ hohen Katholikenanteil aufweisen. Der Briefträger nennt das oberste Stockwerk mit den billigsten Wohnungen in den Barmbecker Mietskasernen »die katholische Etage«.³

Die erste Welle katholischer Zuwanderer reicht in ihrer sozialen Schichtung von einer kleinbürgerlichen Handwerkerschaft bis hin zum arbeitsuchenden Tagelöhner. Arrivierte bürgerliche Familien gibt es, aber sie sind noch untypisch. An den Gymnasien der Stadt gibt es 1911 nur 48 katholische Schüler. Aber es ist unverkennbar, daß die Katholiken insgesamt zu den sozialen Aufsteigern gehören. Zwar warnt das Kolpingwerk noch 1888 die Gesellen: »Die früher und öfter ausgesprochene Warnung vor Hamburg kann nur wiederholt werden.«⁴ Doch eine statistische Untersuchung aus dem Jahre 1907 über »Beruf und Religionsbekenntnis« verweist auf die starke Repräsentanz der Katholiken in den qualifizierten Handwerksberufen. Sie geht über ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung hinaus.

Im Stichjahr 1907 beträgt der Anteil der Katholiken 5,18 Prozent. Sie stellen aber 4,3 Prozent aller Gärtner, 5,4 Prozent der Zimmerleute, 6,6 der Buchdrucker, 8,6 der Bäcker, 10,3 der Maurer, Tischler und Schmiede, 10,8 der Barbieri, 11,3 der Schlosser, 13,1 der Schuster, 18,7 der Steinmetze und Steinhauer. 6,1 Prozent sind in der Verwaltung, 7,4

in der Gesundheitspflege tätig. Im Jahre 1925 werden die katholischen Einwohner der Stadt in ihrer sozialen Schichtung annähernd der der Gesamtbevölkerung entsprechen. Da haben die Katholiken aufgeschlossen, da werden auch schon in bürgerlichen und großbürgerlichen Wohnggenden katholische Kirchen geplant und gebaut.⁵

Wir wissen nicht, wie viele Katholiken in den unruhigen Jahrzehnten um die Jahrhundertwende der Kirche verlorengehen, weil sie, in Verhältnissen lebend, die zum Himmel schreien, zu kirchenfeindlichen Marxisten werden, weil sie in der berstenden Stadt Gotteshaus und Priester nicht wiederfinden oder weil sie die rigorosen Auflagen der Kirche bei konfessionsverschiedenen Ehen abstoßen. Die kirchlichen Jahrbücher dieser Jahrzehnte registrieren noch nicht die Austritte und Übertritte, wohl aber weisen sie, die Diaspora im Blick, auf den »beängstigenden Aderlaß« hin, dem die Kirche durch »Mischehen« ausgesetzt ist. Für 1909 werden 147 »rein katholische Ehen« in Hamburg angeführt, aber 870 »Mischeheschließungen« – also das Sechsfache, wobei angenommen werden muß, daß viele der katholischen Ehepartner wie die Kinder aus diesen Ehen der Kirche verlorengehen. Die Eheschließungen katholischer Männer mit evangelischen Frauen überwiegen. Zuwandernde junge Männer finden eher ein evangelisch als ein katholisch getauftes Mädchen. In dem stark evangelisch geprägten Milieu der Hansestadt wird nur eine Minderheit den Geboten der Kirche folgen. Und dennoch steigt die Zahl der Katholiken kontinuierlich an.

Die katholische Kirche jener Jahrzehnte kommt dem rückschauenden Betrachter vor wie eine Feuerwehr, die mit der Handspritze einen großen Brand zu löschen versucht. Sie weiß: Wenn mehr und mehr Katholiken kommen, die Kirche aber nicht zu ihnen geht, sind sie für die Kirche verloren. So wandert sie ihnen nach, in die explodierenden Vororte, in die Notquartiere und Armutsviertel; sie strampelt sich ab, ihnen allen Heimat zu bieten. Wie sie das macht, mit hechelnder Zunge und kläglichen Mitteln – das summiert sich zu einer imponierenden Geschichte.

»Arm, aber fest im Glauben«

Sie beginnt mit St. Ansgar, der kleinen Michaeliskirche, dem »Kleinen Michel«, wie man damals schon sagt. Er ist die Mutterkirche der Hamburger Katholiken, eine Art Fluchtburg, denn außer ihr haben sie nichts. Das nächste katholische Gotteshaus steht jenseits der Stadtgrenze; es ist St. Joseph an der Großen Freiheit in Altona. 1825 geht

der Kleine Michel in den Besitz der Katholiken über; noch viele Jahrzehnte wird er Herz und Zentrum der kleinen Hamburger Gemeinde bleiben. Sie ist materiell nicht einmal schlecht gestellt, eine kleine, wohlhabende Schar von Handelsagenten, Maklern, Konsuln, Mitgliedern von in Hamburg akkreditierten Gesandtschaften gehören ihr an.

Vom Kleinen Michel gehen die Impulse aus, den wachsenden Scharen der Katholiken zu neuen Heimstätten zu verhelfen. Je älter das Jahrhundert wird, desto weniger vermag St. Ansgar die religiösen Bedürfnisse der Zuwanderer zu befrieden. Die Gemeindeschule, schon 1832 eingerichtet, als es in Hamburg noch keine Schulpflicht gibt, muß vor dem Ansturm ebenso kapitulieren wie der Pastor primarius Gerhard Harling (den wir heute Stadtdechant nennen würden) vor dem nicht mehr zu bewältigenden Andrang zu den Sonntagsmessen. Die bisher überschaubare Gemeinde platzt aus allen Nähten; sie muß geteilt, neue Filialgemeinden müssen geschaffen werden.

Der ferne Stadtteil St. Georg signalisiert die größte Not; dort schwillt zuerst der Katholikenanteil an. 1861 wird an der Langen Reihe die zweite katholische Schule eröffnet, auch sie noch vor der erst 1870 verordneten Schulpflicht. Karitatives Engagement läßt im selben Jahr noch aus einem aufgekauften Nachbarhaus ein Waisenhaus werden, zu dem auch eine Kapelle gehört. Der Andrang zum Gottesdienst nimmt beängstigende Formen an; selbst an die Bodenluke drängen Gläubige, um den Altar zu sehen. Wenig später richten die Borromäerinnen dort die ersten Krankensäle ihres Marienkrankenhauses ein. Das Jahrhundert ist noch nicht zu Ende, da muß das Waisenhaus, um der Nachfrage zu genügen, nach Bergedorf verlegt werden. Das Kinderheim St. Elisabeth wird dort die Zeit trotz aller Wirren überdauern.

Die kleinen Gaben der ärmeren Gemeindemitglieder von St. Ansgar, die großen Spenden wohlhabender Kaufleute, aber auch werbewirksam veranstaltete Basare sowie Stiftungen und Dotationen wohlwollender katholischer Fürstenthäuser zugunsten der Diaspora ermöglichen dann einen Neubau des Marienkrankenhauses an der Alfredstraße. Der Senat gibt das Grundstück. In den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts wird es das größte katholische Privatkrankenhaus des Deutschen Reiches sein.⁶

Als 1892 die Cholera in Hamburg wütet, stellen die Schwestern, schon an der Alfredstraße, zusätzliche Baracken auf, pflegen Kranke und Sterbende. Respekt wird den Schwestern gezollt. Der Senat dankt ihnen urkundlich für ihren selbstlosen Einsatz. Doch bleiben in jenen Jahrzehnten Dank und Hilfe spärlich bemessen. In nicht einmal zwanzig Jahren – von 1893 bis 1911 – werden fünf Filialgemeinden, und das

heißt immer: Kirche und Schule, von St. Ansgar abgezweigt.⁷ Es gibt weder für Kirchen- noch für Schulbauten Zuschüsse der Stadt. Die Protestanten haben es da besser. Bauen sie Kirchen, wird ihnen in der Regel das Grundstück von der Stadt geschenkt. Die Katholiken bauen, allein auf sich gestellt, den größer werdenden Ring ihrer Schulen und Kirchen aus.

St. Marien im Stadtteil St. Georg ist die erste Kirche, die nach der Reformation von Katholiken in Hamburg gebaut und 1893 konsekriert wird. Zwar gibt es schon seit zehn Jahren ein St. Marien draußen in Bergedorf, aber in dieser Hamburger Exklave läßt sich nicht die Raumnot der Katholiken in Althamburg mindern. Nach St. Marien im Stadtteil St. Georg erzwingt der Wanderungsdruck eine neue Kirche in Eimsbüttel: St. Bonifatius. Es folgt St. Joseph in Hammerbrook. Arbeiter, meist aus dem weiteren Hafengebiet von Hammerbrook, Rothenburgsort, Billwerder Ausschlag »bitten um einen Priester, der uns den Gottesdienst hält und der unter uns wohnt, und eine Schule, in der unsere Kinder das Notwendigste lernen für Zeit und Ewigkeit«.

Als 1901 aus der Notkirche der ersten Jahre ein größeres Gotteshaus wird, meldet sich ein junger Mann aus dem Emsland in dieser bitterarmen Gemeinde zum Dienstantritt an. Er ist soeben in Osnabrück zum Priester geweiht worden. Er heißt Bernard Wintermann. Wir werden ihm wieder begegnen als dem Vorsteher der Hamburger Katholiken in den Jahren nationalsozialistischer Herrschaft.

Mit St. Sophien (1900) wandert die Kirche den in den Nordosten der Stadt, vornehmlich nach Barmbek, verschlagenen Katholiken nach. Unaufhaltsam, wie die Stadt sich ausdehnt, wächst auch in Eppendorf, Winterhude, Alsterdorf, ja auch schon in Ohlsdorf die Zahl der Katholiken. Das Übel der weiten Wege in dem zur Millionenstadt angeschwollenen Hamburg macht wiederum eine Neugründung nötig: St. Antonius in Winterhude (1911).

Wir dürfen das Umfeld nicht vergessen. Die Region Hamburg verdichtet sich, wächst in diesen dräuenden Jahrzehnten zusammen, auch wenn Hamburger und Preußen es nicht schaffen, ihre territorialen Rivalitäten in einen wirtschaftspolitisch sinnvollen Kompromiß einmünden zu lassen. So bleibt auch die Kirche der Region zerteilt in hamburgische und preußische Gebiete, doch in ihren Nöten unterscheiden sich die Gemeinden nicht. Der Druck der zuwandernden, Heimat suchenden Katholiken ist im preußischen Altona, in Harburg und Wilhelmsburg, in Wandsbek, Billstedt (das damals noch Schiffbek heißt) nicht geringer als in Althamburg. Auch dort werden aus Zimmern, in denen Eucharistie gefeiert wird, Kapellen, Notkirchen, dann Gemeindezentren mit Gotteshaus und Schule. Die Grauen Schwestern von der heili-

gen Elisabeth haben ihr Ordenshaus und unterhalten ihr Krankenhaus im preußischen Reinbek, doch sie mühen sich auch ab in Hamburger Gemeinden. Erst in nationalsozialistischer Zeit wird durch das Groß-Hamburg-Gesetz von 1937 die doch zusammengehörende Region zur »Hansestadt Hamburg« vereint. Der ehrenvolle Titel, zugleich auch eine »freie« Stadt zu sein, wird, widerspruchlos, gestrichen. Doch soweit sind wir noch nicht.

1910 amtieren in Althamburg zwanzig Priester und etwa 80 Ordensschwwestern. Ordensgeistlichen ist die Seelsorge versagt. Die katholischen Schulen werden meist zwei- oder dreiklassig geführt, oft liegt die Klassenfrequenz bei achtzig Schülern. Die Zahl der katholischen Schüler beläuft sich auf 4000. In diesen Jahrzehnten besuchen etwa zwei Drittel der katholisch getauften Kinder auch katholische Schulen. Es gibt nur wenige katholische Lehrer. An den öffentlichen Schulen der Stadt sind sie unerwünscht. Unterrichten sie an katholischen Gemeindeschulen, werden sie miserabel bezahlt. Nur die Hälfte der Eltern, die ihre Kinder in die katholische Schule schicken, kann das erbetene Schulgeld zahlen.

Die notwendigen materiellen Aufwendungen wachsen der Kirche über den Kopf. Sie müht sich, sie kratzt das Geld zusammen, erbittet Hilfe vor allem vom reichsweit verbreiteten katholischen Bonifatiusverein, der den Katholiken in der Diaspora – »arm, aber fest im Glauben!« – beisteht. Sie bettelt bis nach Rom hin. Die Bettelpredigten Hamburger Priester in katholisch gesättigten Regionen Deutschlands um die Jahrhundertwende werden zu einer bescheidenen Geldquelle, aus der sich Kapellen oder Schulräume finanzieren lassen. Auch wird manches Gehalt eines Lehrers so »zusammengepredigt«. Dies alles aber würde nicht reichen, wenn es die Ordensschwwestern nicht gäbe. Sie vor allem tragen die Last des Unterrichts, der Kinderbetreuung, ohne nach Lohn und Gehalt zu fragen. So wie die Borromäerinnen selbstlos ihr Krankenhaus betreiben, so bringen sich die Elisabethschwwestern und Franziskanerinnen in den Schuldienst ein. Ohne sie gäbe es nicht den bescheidenen Kranz von katholischen Schulen.

In diesen Jahrzehnten bleiben Senat und Bürgerschaft schwerhörig, wenn die Katholiken anklopfen. Nach der Einführung der Schulpflicht nimmt auch die katholische Kirche mit ihren Schulen der Stadt Pflichten und Kosten ab. Doch die Stadt weigert sich, ihr beizustehen. 1895 empfiehlt der Senat der Bürgerschaft, den Katholiken zumindest zehn Mark pro Jahr und Schüler zu zahlen, doch selbst diese Notgroschen werden abgelehnt, und so wird es bleiben bis zum Ende des Wilhelminischen Reiches.⁸

Es gibt Jahre der Panik, in denen die Hamburger Katholiken nicht

mehr aus und ein wissen. Um die Jahrhundertwende ruft der Bonifatiusverein zu Spenden unter dem Titel auf: »Katholiken Deutschlands, rettet die Hamburger Schulen!«

Die Spenden, mit denen Schulen und Kirchen gebaut und unterhalten werden, helfen den Katholiken über die dünnen Jahre hinweg, aber sie können nicht vor Trotz und Erbitterung bewahren. Die ghettohafte Züge des Hamburger Katholizismus jener Jahrzehnte resultieren aus einer aus heutiger Sicht schwer nachvollziehbaren konfessionellen Enge, die allen Konfessionen damals anhaftet. Die katholische Abkapselung ist auch eine Folge der Kirchenpolitik von Senat und Bürgerschaft: Sie machen es der kleinen Minderheit schwer, Boden unter die Füße zu bekommen.

Zwar werden die den Katholiken auferlegten Beschränkungen seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts gemildert. So wird 1860 »volle Glaubens- und Gewissensfreiheit« dekretiert, aber sie ist nicht identisch mit Gleichbehandlung. Es entfällt zum Beispiel das Verbot der Heirat zwischen Juden und Christen; es entfällt die bis dahin verpflichtende lutherische Zwangstrauung bei konfessionsverschiedenen Ehen. Dennoch darf bis 1912 kein Katholik (oder Jude) Lehrer an einem Hamburger Gymnasium sein. Als die während des Kulturkampfes aus Berlin vertriebenen Ursulinen in Hamburg eine Mädchenschule und ein Pensionat eröffnen wollen, rät die hanseatische Gesandtschaft in Berlin ab, und demgemäß wird auch verfahren.

Bis 1918 bleibt es streng gewahrte Vorschrift, daß alle Senatoren evangelisch sein müssen. Der Bürgermeister der Hansestadt ist zugleich Präses der evangelisch-lutherischen Synode. Die Senatoren stehen zugleich als Kirchspielherren den hamburgischen Kirchen vor. Ohne Bestätigung des Senats kann kein von den Kirchenvorständen gewählter Pastor sein Amt antreten. Unter dieser starken Verzahnung von Staat und Kirche leiden die religiösen Minderheiten. Die Trennung von weltlicher und geistlicher Herrschaft vollzieht sich nur langsam. Daß ein Senat, der zugleich Patron der evangelischen Kirche ist, sich schwer tut mit der Förderung Andersgläubiger, erklärt sich nicht zuletzt aus der großen, Jahrhunderte währenden Tradition des Zusammenspiels von Senat und Kirche. Wenn wir dies berücksichtigen und, selbstkritisch, auch die Animositäten bedenken, die eine so intensiv von der Reformation geprägte Stadt gerade dem römischen Katholizismus gegenüber haben muß, wird erst ein faires Urteil möglich: Die Katholiken werden nicht unterdrückt, nicht schikaniert; die Stadt gewährt ihnen die Freiheit und einen begrenzten Freiraum, ihren Glauben auch zu leben. Was bleibt, sind Benachteiligungen, die freilich einer armen Diasporakirche schwer zu schaffen machen.

Auch das in Hamburg geltende Dreiklassenwahlrecht beschränkt Einfluß und Wirkungsmöglichkeit der Katholiken. Diese Benachteiligung gilt jedoch für die Mehrheit aller Einwohner der Stadt. Sie bleiben praktisch von einer politischen Mitwirkung ausgeschlossen. Wahlrecht hat nur, wer das Bürgerrecht besitzt und älter als 25 Jahre ist. Das Bürgerrecht kann nur erwerben, wer Steuern zahlt. Die Mehrheit der Bewohner bleibt aber mit ihren geringen Löhnen unterhalb der Steuergrenze, und selbst als in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg die Zahl der mit Bürgerrecht versehenen Einwohner kräftig steigt, ändert sich doch nichts an den Machtverhältnissen. Die Sitzverteilung in der Bürgerschaft garantiert die Vorherrschaft von Notabeln, Kaufleuten und Grundeigentümern. Es gehört zu den politischen Paradoxien hamburgischer Geschichte, daß die Sozialdemokraten bei den Reichstagswahlen Stimmen über Stimmen gewinnen und ihnen bereits 1890 auch der letzte der drei Hamburger Wahlkreise zufällt, sie jedoch in der Bürgerschaft nicht vertreten sind. Ihr Einfluß im Reichstag wächst; in der Bürgerschaft bleiben ihnen durch das anachronistische Wahlrecht Stimmen und Mandate vorenthalten. Wer als deutscher Staatsbürger Einwohner Hamburgs ist, ist noch lange kein Hamburger Bürger. Geringe Korrekturen, um die sich auch einsichtsvolle Senatoren bemühen, mildern nur das Mißverhältnis, beenden es aber nicht. Die SPD, damals schon die stärkste Partei in Hamburg, kann erst 1901 ihren ersten Abgeordneten in die Bürgerschaft entsenden. 1904 sind es dreizehn (von 160!) – übrigens tüchtige, umsichtige Männer.

Als der Erste Weltkrieg ausbricht, erfaßt auch Hamburg der Taumel der Kriegsbegeisterung. Die Stadt schwelgt in patriotischem Hochgefühl. Des Kaisers markiges Wort, daß er künftig keine Parteien, sondern nur noch Deutsche kenne, weckt Hoffnungen bei allen jenen, die sich, sei es politisch, sei es religiös, benachteiligt fühlen. Sie sehen der Zukunft auch in der Zuversicht entgegen, daß es gleiches Recht für alle geben werde. Die Hoffnung wird sich erfüllen. Aber erst müssen Reich und Stadt das dunkle Tal des verlorenen Krieges durchschritten haben.

1919 – 1933: Die verspielte Freiheit

»Treu deutsch und treu katholisch«

Im Juni 1919 feiern die Katholiken wie überall in Deutschland, so auch in Hamburg, das 1200jährige Gedächtnis des heiligen Bonifatius, des Apostels der Deutschen. Vor dem Eingang zu den Sagebielschen Festsälen an der Drehbahn haben sich die Abordnungen der katholischen Vereine mit ihren Bannern und Wimpeln postiert, ihren Bischof Wilhelm Berning zu begrüßen, der zur Festversammlung der Hamburger Katholiken aus Osnabrück herübergekommen ist.

Es rumort in der Stadt, die miserable Versorgungslage führt zu Protesten einer hungernden Bevölkerung. Lagerhallen werden gestürmt und geplündert; politische Demagogen schüren das Feuer. Es kommt zu Revolten, die der Senat mit Waffengewalt niederschlägt. Da der für die Bonifatiusfeier vorgesehene Festredner die Reise nach Hamburg absagt, springt Bernard Wintermann ein. Wir kennen ihn schon: Aus dem jungen Neupriester aus dem Emsland, der 1901 seinen Dienst im ärmlichen Hammerbrook antrat, ist inzwischen der Pfarrer der mächtig aufstrebenden St. Marien-Gemeinde in der Danziger Straße geworden.

Der Bischof, den er respektvoll begrüßt, ist ihm wohl vertraut. Sie waren Studienkollegen. Doch nun ist aus dem einen ein Pastor und aus dem anderen ein Bischof geworden, und gerade dieser Bischof legt,

ganz im Sinne der gestrengen, hierarchiebewußten *Ecclesia triumphans* jener Zeit, größten Wert auf hierarchische Distanz. So geht die Post nach Hamburg an den »Herrn Pastor Wintermann, Hochwürden« und endet mit einem trockenen »ergebenst«; die Briefe nach Osnabrück beschließt der Pastor und frühere Kommilitone mit der üblichen Wendung: »Mit aller Hochachtung und Ehrfurcht Euer bischöfliche Gnaden ergebenster Bernard Wintermann«. Erst ein Vierteljahrhundert später, in Stunden äußerster Bedrängnis während der nationalsozialistischen Diktatur, wird der Bischof, selten genug und nur in handgeschriebenen Briefen, zu einem schüchternen »Du« zurückfinden. Aber dann sind es mehr die Hilferufe eines Kirchenfürsten, der einsam ist und keinen Weg mehr weiß.

Den Bischof und den Hamburger Pfarrer von St. Marien verbindet nicht nur die Herkunft aus dem Emsland.¹ Auch in ihren politischen Ansichten stimmen sie überein. Sie sind nun Vierzigjährige, groß geworden im Kaiserreich; sie huldigen einem deftigen, volksnahen Nationalismus. Die Niederlage hat sie, Monarchisten, die sie waren, verunsichert. Sie sind überzeugt, daß Deutschland ein »unverdientes Schicksal« erleidet, wie Wintermann in seiner Festrede unter dem Beifall von Bischof und »hochansehnlicher Festversammlung« beteuert. »Daß unsere Lage so ist, wie sie geworden ist, das hat kein Mensch geahnt. Deutschland, sonst so groß, so mächtig, so frei, liegt geknebelt am Boden. Die stolze freie Germania, sie geht heute einher im tiefsten Trauergewande.«²

Analysiert man Wintermanns kernige, sehr populistische Festrede, dann drängen sich drei für den Diasporakatholizismus jener Jahre typische Leitgedanken auf:

1. Herausgestellt wird die nationale Zuverlässigkeit der Katholiken – eine Eigenschaft, die weder in München noch in Münster der Erwähnung bedürfte. In Hamburg dagegen verweist sie auf das grassierende Vorurteil, gegen das sich die Minderheit der Katholiken wehrt. »Einen Gedanken«, so Wintermann, »kann ich nicht unterdrücken: ... man tut uns Unrecht, man tut uns bitter weh, ... wenn man von uns denkt, daß wir wegen unserer Liebe zur heiligen Kirche weniger zuverlässig wären in der Liebe zu unserem Vaterland. Die letzten harten Jahre ... haben es deutlich gezeigt, daß die katholischen Rheinländer und Westfalen und unsere Männer hier ... ebenso zum Vaterland gestanden und ebenso Opfer an Gut und Blut gebracht haben als andere.«

2. Der Meinung, daß »deutsch« und »katholisch« sich nicht vertrügen, wird auf dieser Festversammlung aggressiv widersprochen. »Treu-deutsch und zugleich treu-römisch-katholisch, und beides bis zur letzten Faser unseres Herzens« – das ist die Botschaft, mit der auch der

Bischof in seinem Schlußwort die Gläubigen entläßt. Er weiß, schnörkelloser Redner, der er ist, seine Zuhörer zu packen; er macht ihnen Mut, stärkt sie im Selbstvertrauen.

3. Daß mit diesen patriotischen Beteuerungen zugleich Forderungen an Senat und Bürgerschaft verbunden werden, macht die Bonifatiusfeier auch zu einer aktuellen politischen Demonstration. Bischof und Pfarrer wissen, warum sie an diesem Abend im Juni 1919 auf die Benachteiligung der Katholiken im hamburgischen Staat verweisen: In diesen Monaten beginnen Abgeordnete der Bürgerschaft mit ihren Vorarbeiten für eine neue Staatsverfassung, die den geänderten politischen Gegebenheiten Rechnung tragen soll. Die Katholiken fordern Gleichberechtigung, Gleichbehandlung (die zu verweigern übrigens zu keiner Stunde auch nur ein Diskussionspunkt der dann die Hamburger Verfassung vorbereitenden Kommissionen sein wird). Der Pfarrer von St. Marien macht sich zum Wortführer der Hamburger Katholiken: »Jetzt muß es aufhören, aber auch wirklich aufhören, einen Unterschied zu machen zwischen Bürgern erster und zweiter Klasse... Und so sagen wir heute abend auch, das Bekenntnis unseres Glaubens darf in Zukunft niemals mehr ein Hindernis sein zu dem Aufstieg in die höchsten Ämter unseres Vaterlandes.«

In solchen Sätzen wird eine Annäherung an die neue, demokratische Staatsform spürbar; es wäre zuviel gesagt, dies eine Identifizierung mit der parlamentarischen Demokratie zu nennen. Die neue Staatsform, das ist die Hoffnung, eröffnet dem Diasporakatholizismus neue Freiräume und neue Chancen. Dies läßt Bischof wie Pfarrer und Zuhörer Niederlage und Umbruch leichter ertragen.

Volle, gleiche Freiheit

Trotz mancher Schwierigkeiten in den ersten Nachkriegsmonaten kann sich in Hamburg die parlamentarische Demokratie unter günstigen politischen Bedingungen entwickeln.³ Ihre Errichtung entspricht dem Wunsch von mehr als drei Viertel aller Wähler. Zudem führt sich die Sozialdemokratie als nun wichtigste politische Gruppierung mit einer klugen, hanseatische Traditionen respektierenden Strategie ein.

Die erste Wahl nach Niederlage und Revolution beschert ihr im März 1919 gleich die absolute Mehrheit, aber sie nutzt sie nicht aus. Sie bescheidet sich, nur neun (von achtzehn) Senatorenposten zu besetzen, die übrigen Senatoren entstammen dem alten Senat. Sie verzichtet auch auf das Amt des Ersten Bürgermeisters, »weil es der Stadt zur Stunde

dienlicher« sei, an der Spitze einen Mann zu haben, »der auch den alten Familien nahesteht«.

Diese Bescheidung fällt der Sozialdemokratie leichter, weil sie mit einer traditionsreichen, liberalen und sozial aufgeschlossenen Partei koalitiert, der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), die sich später Deutsche Staatspartei nennen wird. Dieses Bündnis von Sozialdemokraten und Sozial-Liberalen wird halten bis zum Untergang der Republik. Beide Parteien werden abwechselnd den Bürgermeister stellen.

Es gehört zu den großen Verdiensten der Hamburger Sozialdemokratie, daß sie – anders als im Reich – nie der Versuchung erliegt, die Last der Macht abzuschütteln, um sich in trotziger Opposition zu profilieren. Die Notwendigkeit der Koalitionspolitik steht bei ihr wie bei den Liberalen nicht zur Diskussion. Beide sind von den Vorteilen der Zusammenarbeit »zwischen Kaufmannschaft und Arbeiterschaft« überzeugt, und sie funktioniert, trotz mancher Kräche, bis zum Verlust der Macht.

Die (katholische) Zentrumspartei entsendet zwei Abgeordnete in die Bürgerschaft. Sie ist politisch unbedeutend; erst in der Spätphase der in den Untergang trudelnden Demokratie fällt ihr eine kleine, aber im Protest gegen die Nationalsozialisten tapfer durchgestandene Rolle in der Koalition mit SPD und Staatspartei zu.⁴

An der Zahl von zwei Abgeordneten wird sich trotz mancher Stimmengewinne nichts ändern. Das Zentrum bleibt zu klein, um eine selbständige Fraktion zu bilden. Es bleibt angewiesen auf einen stärkeren Partner, dem sich die beiden Katholiken als »Fraktionsgäste« anschließen können. Zuerst ist es die Deutsche Volkspartei (DVP), dann wird es die links von der DVP angesiedelte, mit der SPD seit 1919 koalierende Staatspartei sein. Mit ihr wird das Zentrum als Fraktionsgast den ruhmlosen Untergang von Senat und Bürgerschaft erleben.

Über die Jahre hinweg bleibt das Zentrum bei seiner Personalpolitik. Der erste Platz der beiden in die Bürgerschaft entsandten Abgeordneten gebührt dem Pastor primarius, der zweite einem Laien. Der Pastor primarius der zwanziger Jahre, Prälat Bernhard Dinkgrefe, zieht noch vorbehaltlos mit der Zustimmung aus Osnabrück bedacht in die Bürgerschaft ein. Seinem Nachfolger Wintermann wird der Einzug ins Parlament 1932 von seinem Bischof nur noch widerstrebend gewährt.

Im Januar 1921 wird die neue hamburgische Verfassung verkündet. Mit ihr erhält Hamburg zum erstenmal eine wirklich demokratische Konstitution: Die Staatsgewalt geht vom Volke aus; oberstes Staatsorgan ist die Bürgerschaft. Wahlberechtigt sind nun alle »über zwanzig Jahre alten Reichsangehörigen, die im hamburgischen Staatsgebiet ihre Wohnung haben«. Zu den alten Zöpfen, die mit dieser Verfassung ver-

schwinden, gehört auch das Patronat des Senats über die hamburgische lutherische Kirche. Alle Kirchen sind gleichgestellt.

Erst die parlamentarische Demokratie bringt den Diasporakatholiken der Stadt die volle, gleiche Freiheit. Sie hatten sie vorher nicht, und sie werden sie danach unter dem nationalsozialistischen Regime mit allen anderen konfessionellen Gruppen erst recht nicht mehr haben. Was an Beschränkungen vorher war und an Pressionen und Verfolgung nachher sein wird, läßt die dazwischen liegenden Weimarer Jahre in einem besseren Licht erscheinen. Wir dürfen sie nicht nur von ihrem bösen Ende her sehen. Für die Kirche der Hamburger Katholiken läßt sich für den uns interessierenden Zeitraum sagen: Nie besaß sie soviel Freiheit und Rechtssicherheit wie während der Periode der parlamentarisch-demokratischen Ordnung von Weimar.

Ruhige Jahre

Nachdem die nachrevolutionären Unruhen verebbt sind, beginnen für Hamburg einige bessere, ja gute Jahre. Die Stadt kommt zur Ruhe. Handel und Schifffahrt gedeihen wieder. Der Senat modernisiert und strafft die bisher nach Altvätermanier geführte Verwaltung. Vor allem kümmern Bürgerschaft und Senat sich um bisher benachteiligte Bevölkerungsschichten. Der Senat beschleunigt den Bau neuer Volksschulen, fördert den Ausbau des Berufsschulwesens, unterstützt pädagogische Reformmodelle. Mit ihren Wohlfahrtsleistungen übertrifft die Hansestadt bald die meisten Städte.

Das Stadtbild verändert sich. Die Förderung eines qualifizierten Wohnungsbaus mit vielen genossenschaftlichen Projekten ermöglicht humanere Alternativen zu den gräßlichen Mietskasernen. Sie nehmen Gestalt an in neuen Siedlungen, etwa in Barmbek, in Hamm, auf der Vedde. In Arbeiterwohnbezirken entstehen öffentliche Bäder, Freizeitanlagen, Parks. Städtebauliche Akzente setzen vor allem zwei Männer: der Stadtbaumeister Fritz Schumacher und der Architekt Fritz Höger. Sie lehnen den bisher üblichen Putzbau ab und bauen mit »reinem Klinker«. So verleihen sie dem Gesicht der Stadt mit den von ihren Stil- und Sozialvorstellungen geprägten Neubauten von Schulen, Siedlungen, öffentlichen Gebäuden neue, charakteristische Züge. Das an einen schlanken Schiffsrumpf erinnernde Chilehaus, der erste Großbau in Klinkerfassade nach dem Krieg, kündigt vom Wagemut eines aufgeschlossenen Stadtrégiments.

Doch dieses Glück der Stadt wird nur ein paar Jahre dauern. Die

Wirtschaftskrise, eingeleitet durch den großen New Yorker Börsenkrach im Oktober 1929, wird die Republik und damit erst recht die Handels- und Hafenstadt Hamburg in eine soziale und politische Katastrophe treiben.

Von der Last befreit

Auch die Kirche erfährt zwischen dem revolutionären Anfang und dem unrühmlichen Ende der Weimarer Republik gute Jahre. Die drückendste aller Lasten, die auf der katholischen Kirche liegt, wird ihr endlich von den Schultern genommen. Der hamburgische Staat übernimmt von 1922 an achtzig Prozent aller Personalkosten und hundert Prozent aller Sachkosten, die der Kirche durch ihre Schulen entstehen. Bisher hatte die Kirche nicht nur für den Unterhalt von 85 Schwestern und einigen Schulbrüdern im schulischen und vorschulischen Bereich aufzukommen, sondern auch das Gehalt von 25 Lehrern und 30 Lehrerinnen zu zahlen sowie den Unterhalt der Schulen finanziell zu sichern. Der Senat gewährt seine finanziellen Zuschüsse zwar ohne Rechtsanspruch und mit der Einschränkung, sie jederzeit aussetzen zu können, doch hält er sich über alle Weimarer Jahre hinweg an seine einmal gegebene Zusage. Er toleriert nicht nur, er unterstützt jetzt auch die katholischen Schulen – aus liberal-demokratischem Geist, was den ökonomischen Gedanken nicht ausschließt, daß er, wenn es keine katholischen Schulen gäbe, dennoch für die schulische Betreuung der Kinder aufzukommen hätte.⁵

Bis 1932 steigt die Zahl der katholischen Gemeindeschulen auf neun (mit der Schule in Bergedorf sind es zehn). Hinzu kommen das katholische Progymnasium für Jungen und die von den Ursulinen geleitete Oberschule für Mädchen; beide führen bis zum staatlich anerkannten Abschluß der Obersekundareife. Katholische Vollanstalten, die mit dem Abitur abschließen, wird es in Hamburg erst nach dem Zweiten Weltkrieg geben. 1932 besuchen 4300 Schüler katholische Schulen.

Immer noch hält in diesen Jahren die Zuwanderung nach Hamburg an. Die dramatische Kurve der Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg flacht zwar ab, behält aber leicht steigende Tendenz, die zu neuen Aktivitäten zwingt. Zu den Katholiken aus den mittlerweile traditionellen Zuwanderergebieten gesellen sich katholische Neubürger aus dem verlorenen Elsaß-Lothringen, aus Danzig, aus den abgetretenen ober-schlesischen Gebieten. Auch werden nun mehr Hamburger Kinder katholischen Glaubens geboren. So steigt die Zahl der Katholiken weiter

an. 1925 zählt die Stadt knapp 60 000 Katholiken; 1933 werden es 64 500 sein.⁶

Neue Gemeinden mit Gotteshaus und Schule entstehen: Herz Jesu im Stadtteil Hamm, St. Elisabeth in Harvestehude. Schon lange reicht selbst die große Sophienkirche in Barmbek nicht mehr aus, allen in ihrem Einzugsbereich wohnenden Katholiken Heimat durch Kirche und Schule zu geben. 1926 zählt Barmbek 7409 Katholiken. Ein Jahr später konsekriert Bischof Berning die zweite Kirche, St. Franziskus in Barmbek-Nord. Auch im preußischen Dekanat Altona wachsen neue Gemeinden: St. Theresien in Altona, St. Paulus-Augustinus in Groß-Flottbek und Maria Grün in Blankenese, ein Kleinod unter den Sakralbauten.

Die Kirche wandert weiter hinter den Gläubigen her, errichtet nun von den Filialgemeinden zu betreuende Außenstationen in gemieteten oder gekauften Räumen und Häusern, so in Rahlstedt, Volksdorf, schon in Ahrensburg und auch im Sachsenwald. Die Wanderung der Katholiken aus dem Zentrum in bessere Wohngebiete und an die Ränder der Stadt ist auch ein Beweis für den sozialen Aufstieg der Katholiken. St. Joseph im armen Hammerbrook erhält in den Weimarer Jahren wohlhabendere Brudergemeinden. Die Namen der neuen verdeutlichen nicht nur die räumliche Ausdehnung, sondern auch die soziale Spannweite, in der sich der Katholizismus nun artikuliert.

Mit dem Ende des Kaiserreiches entfällt nicht nur das den Katholiken in Hamburg auferlegte Prozessionsverbot. Nun dürfen sich auch katholische Männerorden seelsorglich betätigen. Der erste Orden, der sich in Hamburg niederläßt, ist der der Pallottiner. Bischof Berning, zum Präsidenten des Raphaelsvereins ernannt, verlegt 1921 die Zentrale des sich um katholische Auswanderer kümmernden Vereins nach Hamburg. Zwei Patres und sieben Laienbrüder richten ihre Niederlassung ein und sind fortan im Hafen und in Heimen tätig. 1926 folgen die Jesuiten, die sich vornehmlich um Studenten, Soldaten, Konvertiten kümmern, Glaubenskurse, Predigtreihen anbieten und einspringen, wenn es mal wieder an Priestern für die Gottesdienste in den Außenstationen fehlt. Auf die Niederlassungen der Jesuiten und der Pallottiner werden vor allem die Feldstecher der Hamburger Gestapo gerichtet sein. Der Raphaelsverein verhilft, bis die Gestapo die Zentrale ausräumt, Juden über die Grenze, betreut sie in ihrer Not. Zu denen, die dem Verein und den Pallottinern eine anhängliche Dankbarkeit bewahren, wird auch Ida Ehre gehören, die Grande Dame der Hamburger Kammerspiele.⁷

Die Schotten dicht

Auch in der Diasporakirche findet sich ein Widerschein des blühenden, überaus tatkräftigen Katholizismus im Deutschen Reich der zwanziger Jahre. Die liturgische Bewegung strahlt auch nach Hamburg aus. Die Kirche Maria Grün in Blankenese ist ein steinernes Monument des theologisch wie liturgisch vorwärtsdrängenden Katholizismus jener Jahre, der – wie die Diskussion um Maria Grün zeigt – seine Gegner und seine Befürworter hat. Neue Kirchenlieder kommen auf. Nun auch werden aus dem Lateinischen in die deutsche Sprache übersetzte Meßgesänge eingeübt. Dies ist die Zeit, in der aus dem »Sanctus, Sanctus« der Präfation auch ein »Heilig, Heilig« werden darf. In manchen Gottesdiensten werden schon Meßtexte in der Muttersprache vorgebetet. Kapläne ziehen, zuweilen scheel angesehen von ihren Pfarrherrn, mit Jungen und Mädchen ins Zeltlager. Romano Guardinis jugendbewegte These: »Die Kirche erwacht in den Seelen« spornt auch eine Schar Hamburger Jungen und Mädchen an. Beseelt kommen sie heim von der Fahrt nach Burg Rothenfels am Main, einem Mekka katholischer Jugend.

Der monastische Frühling jener Jahre mit der Vielzahl neuer Klöster, Bildungshäuser und Gemeinschaften sowie der großen Zahl junger, in den Priester- und Ordensberuf drängender Menschen wird auch in der Diaspora spürbar. Die Zahl der Ordensschwestern in Hamburg steigt auf 260, die der Welt- und Ordenspriester auf 46 (1932). Der Katholizismus ist in seinen Vereinen straff organisiert. »Niemals«, so heißt es 1931, »hat ein katholisches Land ein so ausgebautes System von allen denkbaren katholischen Vereinen gehabt wie heutzutage das katholische Deutschland.«

Dies gilt auch für Hamburg, nur sollten uns die Größenordnungen nicht aus dem Blick geraten. Nur 24 Prozent der Hamburger Katholiken erfüllen die von der Kirche verlangte Pflicht des sonntäglichen Messebesuchs, gegenüber 56 Prozent in der Diözese Osnabrück insgesamt (1932). Gewiß auch finden wir viele der Vereine des katholischen Deutschlands in Hamburg wieder. Sie haben ihre Gemeinderäume in den Pfarreien, ihre Häuser und Heime, wie sie etwa die katholische Jugend oder die Kolpingsöhne besitzen. Nur: der Jungmänner-Verband (der größte aller Jugendvereine) zählt 1932 960 Mitglieder, wobei die organisierten Jugendlichen im preußischen Dekanat Altona einschließlich Wandsbek schon mitgezählt sind. Die Mitgliederzahl der Jungfrauenkongregation beläuft sich auf 1200 in der ganzen Region. 321 Gesellen (und einige Meister in Altkolping) machen den katholischen Gesellenverein aus. Der Katholisch-kaufmännische Verein

Hansa zählt in seiner Nachwuchsorganisation Jung-KKV 30 Mitglieder, immer noch mehr, als der katholische Lehrlingsverein aufzuweisen hat. Der Bund Neudeutschland, in dem sich unter der Führung von Jesuiten katholische Gymnasiasten zusammenfinden, gibt für 1932 hundert Mitglieder an. Für das Jahr 1932 ergeben sich insgesamt 2661 organisierte Angehörige der katholischen Jugend in ganz Hamburg.⁸ Kommt die katholische Jugend aus allen Pfarreien, Dekanaten und Vereinen in St. Marien oder St. Sophien zum Tag der Jugend zusammen, dann ist das Gotteshaus brechend voll, dann neigen sich, den Altar flankierend, Dutzende von Bannern und Wimpeln vor dem Tabernakel. Dennoch: der hamburgische Katholizismus summiert sich weder in seiner Quantität noch in seiner Erscheinung wie in seinen Äußerungen zu einer die Stadt mitprägenden Kraft. Er nimmt auf oder er lehnt ab, was an Neuerungen innerhalb der Kirche geschieht, aber er verläßt die Deckung nicht, er hält die Schotten dicht. Die Zeit ist noch fern, in der er aus dem Ghetto trotziger und zugleich ängstlicher Selbstgenügsamkeit ausbrechen wird.

Die Abkapselung erklärt sich vor allem aus dem Mangel an Ökumene. Die Kirchen gehen nicht aufeinander zu, sie stehen sich mit geschlossenem Visier gegenüber. Die konfessionsverschiedene Ehe, damals nur Mischehe genannt, gilt als »furchtbare Wunde«. Dem Selbstverständnis der katholischen Kirche jener Jahre entsprechend wird vor ihr gewarnt, »sie fördert den Abfall«. Eine nichtkatholische Trauung führt zur Exkommunikation des katholischen Partners. 1931 leben 73,3 Prozent der verheirateten Hamburger Katholiken in (katholisch getrauten) Mischehen.⁹ Junge Zuwanderer finden nur schwer eine katholische Freundin, während die schon heimisch gewordenen Diasporakatholiken durch Gemeinde, Schule und die Fülle der Vereine leichter zueinander finden. Das katholische Sozialmilieu wird auch deshalb gepflegt und gefördert, weil es ein Bollwerk gegen die Mischehe sein soll. »Wird«, so klagt 1931 das Nachrichtenblatt, »der Grundstein zur Mischehe nicht fast immer auf dem Tanzboden gelegt? Feiern wir deshalb unsere Feste in rein katholischem Kreis! Daß dies möglich ist, beweist uns das Fest der katholischen Jugend, wir gebieten damit einem Hauptübel der Diaspora Einhalt.«

Die Kirche begegnet konfessionsverschiedenen Brautpaaren, die von ihr Ehedispens erbitten, mit orthodoxer Strenge. Sie haben »an Eides Statt« drei Erklärungen unter der Zeugnenschaft eines katholischen Priesters zu unterschreiben:

»1. Wir wollen uns nur katholisch trauen lassen.

2. Alle unsere Kinder sollen von einem katholischen Geistlichen getauft und in der katholischen Religion erzogen werden.

3. Der nicht katholische Teil verspricht noch besonders, daß er dem katholischen Teile an der Erfüllung seiner religiösen und kirchlichen Pflichten nicht hinderlich sein will; dieser hingegen versichert, er wolle durch Wort und Beispiel dahin wirken, daß der andere Teil die katholische Religion achten und lieben lernt.«

Wir wissen nicht, wie viele der katholisch getrauten, aber konfessionsverschiedenen Paare sich im Alltag von Ehe und Familie an die strengen Auflagen der Kirche halten. Ihre Zahl kann nicht gering sein, denn trotz der hohen Mischehenquote steigt ja die Zahl der in Hamburg geborenen und katholisch getauften Kinder. Aber es darf auch nicht vergessen werden, daß die Kirche dem nichtkatholischen Partner Zugeständnisse abverlangt, die ihn, wenn wir den Text ernst nehmen, seiner Kirche entfremden und ihn zur Konversion bewegen wollen. Jahr für Jahr bringt denn auch die konfessionelle Intoleranz jener Zeit eine kleine, der Zahl nach ziemlich konstante Schar von evangelischen und katholischen Christen in Bedrängnis.

Die Zahl der Übertritte von evangelischen Christen in die katholische und von Katholiken in die evangelische Kirche pendelt in den zwanziger und dreißiger Jahren in Hamburg jährlich zwischen fünfzig und hundert, wobei die Übertritte zur evangelisch-lutherischen Kirche um etwa ein Viertel überwiegen. Als Motiv gilt häufig der Wunsch heiratswilliger Paare, derselben Konfession angehören zu wollen – ein respektables Argument für konvertierende Katholiken wie Protestanten, die sich mit dem Status der Mischehe nicht begnügen wollen. Das Bündel der Motive ist prall. Gewiß reicht es von mehr formalen, gesellschaftlichen Überlegungen über den sozialen und zugleich konfessionellen Druck, den Familien beider Bekenntnisse auszuüben vermögen, bis hin zum ganz persönlichen Leiden, zum Zweifel an der eigenen Kirche, aus der die Konversion erwächst.

Die katholische Kirche stellt an den Konvertiten mehr bindende Forderungen als die lutherische Landeskirche, die der Freiheit der Pastoren weiten Raum läßt. Oft wird der zum Katholizismus konvertierende Christ »umgetauft«, weil Zweifel an der Gültigkeit einer evangelisch vollzogenen Taufe bestehen. Die Übertritte zum Katholizismus (1932 konvertieren 85 – allesamt aus der evangelisch-lutherischen Kirche der Stadt) dürften auch beeinflusst sein von den Spannungen, den aufwühlenden theologischen wie pastoralen Widersprüchen in der lutherischen Landeskirche. Sie hat eine beängstigend große Austrittswelle zu durchstehen. Zwischen 1925 und 1932 verlassen 105 000 Personen die Kirche und vermindern damit den Anteil der evangelischen Christen der Stadt trotz wachsender Bevölkerung.¹⁰

Die katholische Kirche verharrt in orthodoxer Strenge. Für den

rückschauenden Betrachter ist erst recht der Text peinlich, den derjenige unterschreiben muß, der sich den Verstoß aus der Kirche zugezogen hat, später aber um Wiederaufnahme bittet. Wer etwa den Wechsel in eine andere Konfession vollzogen oder zwar kirchlich, aber nicht katholisch geheiratet hat, muß seine Tat zuerst einmal schriftlich und – »in fidem protocolli« – vor einem Geistlichen bereuen. Der um die Rückkehr in die Kirche Bittende hat sich mit dem Text eines kirchlichen Formulars einverstanden zu erklären, das mit dem Titel »Verhandelt« beginnt und mit den Worten »Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben« endet: »Ich bereue diesen Schritt von ganzem Herzen, weil ich dadurch gesündigt und eine schwere Kirchenstrafe, die Exkommunikation (Ausschließung aus der Kirche), mir zugezogen habe. Ich verspreche aber, das getane Unrecht nach Kräften wieder gut machen zu wollen. Insbesondere will ich selbst von jetzt an ein braves katholisches Leben führen. Ferner will ich, soweit es in meiner Macht steht, dafür sorgen, daß meine Kinder der hl. katholischen Kirche zugeführt werden und die Gebote derselben beobachten.«¹¹

Auch dies gehört zum Katholizismus der zwanziger und dreißiger Jahre. Jahrzehnte werden noch vergehen, ehe die Kirche im Gespräch mit anderen Kirchen zu einem duldsameren Verfahren finden wird und zu einer brüderlichen Sprache.

Wie schnell konfessioneller Hader aufflammen und sein Qualm die Luft verpesten kann, erweist das Fest zur 1100-Jahr-Feier des heiligen Ansgar, des »Apostels des Nordens«, im Mai 1931. Es gibt zum Gedächtnis an diesen sensiblen Missionar und ersten Erzbischof von Hamburg im frühen Mittelalter keinerlei gemeinsame Erinnerungsfeiern der christlichen Konfessionen, wiewohl doch dieser Heilige der vorreformatorischen Zeit ihnen allen gehört. So hoch sind noch die Mauern zwischen den Konfessionen, daß jede ihn für sich reklamiert. Die Katholiken tun das auch.

Die Diasporakirche in Hamburg bereitet ihr Ansgarfest mit viel Liebe und Opfersinn und dem ihr genuinen Quantum Trotz vor. Aus der weiten Diözese, aus den nordischen Ländern treffen Sonderzüge und Omnibusse ein. Zur großen Schlußkundgebung füllen 40000 Menschen den Stadtpark – eine gewaltige Zahl, die auch spätere Katholikentreffen in Hamburg nicht mehr erreichen werden. Der Nuntius, Delegat des Papstes, sieben Bischöfe, zwölf Benediktineräbte ziehen im großen Ornat ein. In den katholischen Kirchen der Stadt werden Pontifikalämter gehalten. Standesvereine verbinden mit der Ansgarfeier ihre Generalversammlung. Wilhelm Berning, der zuständige Bischof aus Osnabrück, trägt die Hauptlast dieser Tage. Er redet von Kathedern, er predigt von den Kanzeln; er wird nicht müde, in seiner kernigen und

gerade darum mitreißenden Art vor allem die These zu entfalten, daß die Gläubigen dieser norddeutschen Region treu katholisch sind, aber ebenso auch treu deutsch. Wie 1919 bei der Bonifatiusfeier, glaubt man auch noch ein Dutzend Jahre später, Vorurteile abbauen, sich gegen sie zur Wehr setzen zu müssen. Die Nordische Volkszeitung, ein (ziemlich glanzloser) Ableger der in Berlin erscheinenden katholischen Tageszeitung Germania, bringt zum Ansgarfest am 3. Mai 1931 eine Festaussage. Auch sie durchzieht die zuweilen schon schrill vorgetragene These, patriotisch und zugleich katholisch zu sein. Die Erschütterung der sich ihrem Ende zuneigenden Weimarer Republik ist zu spüren: Man setzt sich gegen die Wahlkampfparolen einer nationalistischen Rechten zur Wehr, die auch der katholischen Zentrumsparterie ankreidet, für das »Weimarer System« und folglich gegen die wahren nationalen Erfordernisse des Reiches zu sein.

Das Aufbegehren gegen die politische Verteufelung, erst recht der Trotz gegenüber den Vorurteilen einer nichtkatholischen Umwelt prägen gewiß auch das Bild dieses großen Katholikentreffens. Aber sie allein bestimmen es nicht. In der Rückschau darf nicht vergessen werden, was den Diasporakatholiken die Zusammenkunft so vieler katholischer Gäste bedeutet. Sonst sind sie allein in ihren Gemeinden, kleine Herden, oft in einer Notkirche nur jeden zweiten oder dritten Sonntag um einen Priester geschart. Nun aber erfahren sie – ein einziges Mal! – in der Vielzahl der segnenden Bischöfe, der Priester und Ordensleute, in dem nach Zehntausenden zählenden Heer der Gäste gleichen Glaubens so etwas wie Weltkirche: Sie kommt zu uns, wir sind nicht allein; der Nuntius bringt uns den Segen des Papstes! Wer dürfte es dieser Diasporakirche verdenken, daß sie sich an diesem Gemeinschaftserlebnis labt und daß sie sich, sonst so karg und klein, erst recht freut an der Fülle der Zeremonien und deren liturgischer Präsentation, zu der die katholische Kirche – zum Schaudern vieler Protestanten – in ihrer großen Tradition fähig ist.

Der Streit der Konfessionen

Das »römische Ritual« ist es denn auch, das die ersten Proteste heraufbeschwört. Es gehöre nicht in diese Stadt, meint das Hamburger Fremdenblatt und führt Martin Luther gegen den »katholischen Prunk« an. Als höchstes Gremium der evangelisch-lutherischen Kirche veröffentlicht der Kirchenrat am 3. Mai 1931 eine Gegenerklärung zum katholischen Ansgarfest, in der er darauf pocht, daß es sich »in Hamburg

nach wie vor um einen in seinem Grundwesen evangelischen Staat handelt« – was, so formuliert, schon deshalb nicht stimmt, weil der Staat die Freiheit und Gleichheit aller Konfessionen vertritt.

Das Hamburger Fremdenblatt, die erste bürgerliche Zeitung vor Ort, setzt sich, fair in Stil und Argumentation, mit der Meinung vieler Protestanten auseinander, daß der Katholizismus »eine Stellung anstrebt, die ihm im protestantischen Norden nicht gebührt«. Die Zeitung teilt diese Meinung, fragt aber auch kritisch zurück, was denn die evangelische Kirche dagegensetzen habe. In solchen Ansichten und Fragen wird stets das notorische Mißtrauen deutlich, das selbst in den dreißiger Jahren noch den Katholiken entgegengebracht wird und anläßlich des Ansgarfestes geradezu explodiert.

Schlimm sind die politischen, religiös kaum noch kaschierten Tiefschläge, die auszuteilen das Ansgarfest Gelegenheit gibt. Zu welchen böartigen Übersteigerungen man fähig ist, machen die Kommentare der rechtsstehenden Hamburger Nachrichten deutlich. Sie sind das Blatt der Deutschnationalen und finden ihre Leser auch unter den in Hamburg rapide aufsteigenden Nationalsozialisten. Schon ehe das Ansgarfest begonnen hat, agitiert das Blatt (30. April 1931) gegen Rom und die Hamburger Katholiken: »Der Germane ist kampfmüde, und diesen Augenblick benutzt die römische Kirche zum Gegenstoß, denn nie hat sie verwunden, daß sie mit den Germanen, vor allem den Norddeutschen, ihre treuesten Gläubigen verloren hat... Sind wir Protestanten, deren ganzes Leben ein einziger Protest sein sollte gegen den romanischen Geist, von dem wir seit zweitausend Jahren angegriffen sind, pazifistische Evangelische geworden? Rom rüstet fieberhaft, die Gegenreformation ist auf dem Marsch, freudig unterstützt von der Sozialdemokratie, deren Haß gegen den preußisch-protestantischen Staat ja eben so heiß ist wie der des Zentrums.« Zum Abschluß des Ansgarfestes bringen die Hamburger Nachrichten einen Kommentar unter dem Titel »Hamburg unter dem Krummstab?«. Sein Fazit: »Das evangelische Hamburg und der weitere Norden sind nun in den Offensivplan der römischen Kirche einbezogen.«

Solche simpel-polemischen Texte lassen keinerlei Bereitschaft erkennen, sich kritisch, aber sachlich mit der Diasporakirche auseinanderzusetzen. Sie bestärken die Katholiken in ihrer Reserve; sie verführen zuweilen auch zu plumpen Reaktionen. Dies geschieht – selten – im kirchlichen Nachrichtenblatt bei der Wiedergabe von Veranstaltungen der Zentrumspartei. Eher fühlt sich die Nordische Volkszeitung für Polemik zuständig. Sie ist das Organ der Zentrumspartei und will zugleich Stimme der Diasporakatholiken sein. Ihr wird, über einige Monate, eine Beilage angegliedert, die sich unter dem kuriosen Titel »Feuer

über das Land« um junge Hamburger Wähler für die Zentrumsparterie müht. Besonders engagiert sich der Führer des norddeutschen Windhorstbundes, der Jugendorganisation des Zentrums, Roland Seffrin. Die katholische Trommel, die dieser jugendbewegte Studienassessor auch zu schlagen versteht, unterscheidet sich zuweilen nicht sehr von den antikatholischen Tiraden. In der Ausgabe vom 14. August 1932 schreibt er: »Wir [Katholiken] sind die echten Deutschen. Seit Luther... durch seine Lehre den finsternen Mächten des Zwiespalts, der Reichszerstörung und Entgöttlichung der Welt die Pforten ins Dasein endgültig aufgeschlagen hat, ist es mit dem einstigen nationalen, geistigen und kulturellen Hochstand Deutschlands mehr und mehr bergab gegangen. Allein das katholische Deutschland war es, das durch die Jahrhunderte hinweg bis auf den Tag trutzig feststand in der Verteidigung des wahren Deutschtums, wahren edlen deutschen Geistes und wahrer deutscher Kultur.«

Eine nennenswerte Reaktion auf solche Artikel bleibt aus – nicht, weil sich kein evangelischer Christ durch sie verletzt fühlte, sondern weil er von ihnen nichts erfährt. Sie erreichen nur einen kleinen Kreis katholischer Leser. Denn die Nordische Volkszeitung kommt in der Region Hamburg über ein paar hundert Exemplare nicht hinaus. Alle gutwilligen, aber sach- und fachfremden Bemühungen von Bischof Berning und Pastor Wintermann, den Hamburger Katholiken eine akzeptable Presse zu beschere, bleiben erfolglos. Die Nordische Volkszeitung bleibt fremd in der Stadt; sie wird von den Katholiken nicht angenommen. In diesem norddeutschen Ableger der Germania bestimmt allein Berlin Form und Inhalt des Blatts. Daß die Zeitung viel zu wenig über Hamburg und die norddeutsche Region bringe, daß sie im Niveau zu akademisch sei, bleiben berechnete Klagen. Wie groß und kühl die Distanz zwischen Berlin und Hamburg ist, macht auch die Einschätzung des Ansgarfestes deutlich. Die Hamburger Diaspora sieht dem Fest mit gespannten Erwartungen entgegen. Doch einen Monat vor dem großen Ereignis schließt die Germania ihre ohnehin nur mit einem Redakteur besetzte norddeutsche Lokalredaktion in Hamburg und löst die Geschäftsstelle auf. Dieser Ableger verursacht nur Kosten. Fortan bleibt die Nordische Volkszeitung in Hamburg auf die Mitarbeit von Amateuren angewiesen. Es rührt geradezu, nachzuerfolgen, wie sich der »zur besonderen Förderung der katholischen Presse in Hamburg« abgestellte Kaplan Bernhard Alves abstrampelt: Er hat Meldungen für die Nordische Volkszeitung zu besorgen. Er muß auch den Textteil der örtlichen Kirchenzeitung bearbeiten, das Nachrichtenblatt für die Gemeinden von Hamburg, Altona und Umgegend / Wochenblatt zur Verbreitung der katholischen Weltanschau-

ung in Kultur und Politik. Und schließlich muß er als Priester auch noch die Außenstation in Volksdorf betreuen, worauf er, Gott sei Dank, den größten Wert legt.

Die publizistischen Aktivitäten der Kirche jener Jahre bleiben in Hamburg brav und bieder auf den Binnenkatholizismus beschränkt. Es gibt keine Anstrengungen, theologisch, pastoral oder auch politisch über dieses Milieu hinauszugelangen. Die Öffentlichkeitsarbeit gibt sich zufrieden mit »kirchlichen Nachrichten«, die gehorsam und unreflektiert wiedergeben, was die Hierarchie verlautbart.

Das Nachrichtenblatt zählt 1931 rund 11 000 Bezieher. Die Zahl erscheint hoch in den Jahren der Not und der immer noch steigenden Arbeitslosigkeit. Aber von diesen 11 000 Beziehern in der weiten Hamburger Region zahlen nur 6500 Zeitungsgebühren. Das Blatt mit seinen meist nur zwölf kleinformatigen Seiten kann sich so eben über Wasser halten. Die Auflage sinkt von Jahr zu Jahr. Als es dann 1937 auf Anweisung der Regierung eingestellt werden muß, hat es in Groß-Hamburg mit einer Bevölkerung von 1,7 Millionen Bürgern nur noch 3807 zahlende Leser.¹²

Der letzte Akt der Republik

Im September 1931 stirbt der Pastor primarius von Althamburg, Prälat Bernhard Dinkgrefe. Zu seinem Nachfolger ernannt der Bischof den Pfarrer von St. Marien und verleiht ihm den Dechantentitel. Die Ernennung überrascht nicht; der überaus emsige Bernard Wintermann kennt seit drei Jahrzehnten die Hamburger Diaspora. Nun wird er, sicherlich nicht gegen seinen Wunsch, an die Spitze berufen; fortan ist die Marienkirche in der Danziger Straße die katholische Zentrale Hamburgs.

Die guten Jahre der Stadt sind vorüber; sie wird vom Fieber der Wirtschaftsdepression geschüttelt. Die Weltwirtschaftskrise hat für die Hansestadt besonders verheerende Folgen, lebt sie doch vor allem vom Außenhandel. Der Umsatz im Hafen schrumpft um mehr als die Hälfte. Die Werften haben nur noch für 40 Prozent ihrer Beschäftigten Arbeit. Bei Blohm & Voss – ein Beispiel nur – sinkt der Personalbestand in drei Jahren (1930–1932) von 10701 auf 2449. Kurzarbeit wird zur Regel. Lagerhalter melden Konkurs an, Flußschiffer, Handwerksmeister, Einzelhändler werden auf den bitteren Weg zu Arbeitsamt und Wohlfahrtsbehörde getrieben. Die Zahl der Arbeitsuchenden steigt und steigt: 50 000 (1928), 100 000 (1930), 140 000 (1931), 165 000 (1932),

175 000 werden im Juni 1933 gezählt. Als Hitler an die Macht kommt, sind in Hamburg fast die Hälfte aller Arbeiter und ein Viertel aller Angestellten arbeitslos.¹³

Zu den Arbeitslosen kommt ein Heer von Wohlfahrtsempfängern, das nicht mehr in der Kartei der Arbeitsämter erscheint. Das Stempelgeld der Arbeitslosen, die Zahlungen an Wohlfahrtsempfänger, aber auch die Gehälter und Löhne derer, die noch Arbeit haben, werden mehrmals gekürzt. Die Mehrzahl der Arbeitslosen erhält 1932 nur noch zwischen 20 und 30 Prozent ihres früheren Einkommens. Viele sind froh, mit Frau und Kindern um ein warmes Mittagessen für zehn Pfennig in den Notküchen anzustehen. Eine anschwellende Zahl von Schulabgängern findet keine Lehrstelle. Nur noch zehn Prozent der Lehrlinge werden nach abgeschlossener Lehre übernommen. Das Streunen wird zum Zeitvertreib; die Jugendkriminalität nimmt rapide zu.

Die für das Volk hergerichteten Parks und Grünanlagen verwildern; Pflege und Reparaturen kann sich die hochverschuldete Stadt nicht leisten. Der Wohnungsbau versiegt. Den stärksten Aderlaß erleidet das Baugewerbe. 1932 hat es nur noch Arbeit für 23 Prozent seiner Beschäftigten. Reihenuntersuchungen an den Schulen belegen, daß der Gesundheitszustand der Kinder in Hamburg 1931/32 wieder so schlecht ist wie in den Hungerjahren nach dem Ersten Weltkrieg. Eine besondere Form der Not läßt sich zwischen den Dörfern Osdorf und Schenefeld besichtigen. Arbeitslose verlassen mit ihren Familien die teuren Städte Hamburg und Altona und zimmern sich auf dem brachliegenden Land notdürftige Hütten. So entstehen, wie wir heute sagen würden, Slums; »Kistendörfer« sagte man damals, auf die Fischkisten verweisend, die das bevorzugte Baumaterial für diese Buden sind. Die Kirche rückt nach; in einer Notkapelle wird Gottesdienst gefeiert. Auch dort entsteht Gemeinde. Bruder Konrad wird die Kirche heißen, die der Bischof 1934 konsekrieren wird.

Die Kirche hilft in diesen Elendsjahren, soweit sie zu helfen vermag. Sie richtet ihre eigene Arbeitsvermittlung in Gemeinden und Standesvereinen ein. Die Caritas versorgt Bedürftige über viele Monate hinweg mit Lebensmitteln, Bekleidung, Kohle. Mittagessen für notleidende Familien teilt sie aus. Gemeinden wie St. Ansgar führen die Mittagspeisung für arme Schulkinder ein, bescheren sie zu Weihnachten. Die Chronik der Gemeinde berichtet, daß 1932 72 Väter von 196 Schülern und 64 Väter von 198 Schülerinnen erwerbslos sind – also mehr als ein Drittel. Der Gesellenverein Hamburg-Zentral besteht zur Hälfte aus Arbeitslosen. In St. Joseph in Hammerbrook sieht es noch schlimmer aus. Eine kleine, doch wichtige Hilfe bleibt die Kinderlandverschik-

kung (KLV), ein Terminus, den später die Nationalsozialisten für sich beanspruchen werden. Der sich um die Diaspora bemühende Bonifatiusverein betreibt schon lange, ehe es den NS-Staat gibt, die Sozialhilfe der Kinderlandverschickung. Hunderte von Hamburger Kindern dürfen für Wochen und Monate aufs (katholische) Land, damit sie der Not ihrer Stadt entkommen.

Die Austritte aus der Kirche erreichen 1932 ihren höchsten Stand, den selbst die Austrittswelle während der nationalsozialistischen Jahre nicht mehr erreichen wird. 1238 Katholiken verlassen in diesem Jahr die Kirche, während es in den Jahren zuvor im Schnitt nicht einmal hundert sind. Wer austritt, findet sich, wie die Statistik sie nennt, bei den »Gemeinschaftslosen« wieder.¹⁴

Der Aufstieg der Nationalsozialisten

Die Not jener Jahre verhilft dem politischen Extremismus auf beiden Flügeln des Parteienspektrums zu einem gewaltigen Aufschwung. Als das Ergebnis der Bürgerschaftswahl vom 27. September 1931 bekannt wird, breitet sich unter den den Senat tragenden Parteien lähmendes Entsetzen aus. Sie haben keine Mehrheit mehr. Stimmen und Mandate von SPD, Staatspartei, Deutscher Volkspartei und dem kleinen Zentrum reichen nicht mehr aus, einen neuen Senat zu bilden. Auch fortan wird es keine Mehrheit für eine Senatsbildung demokratischer Parteien mehr geben. Der Senat tritt zurück, muß aber, wie die Verfassung es vorschreibt, bis zur Wahl eines Nachfolgers die Geschäfte weiterführen, auch wenn er keinen parlamentarisch abgesicherten Rückhalt hat. Er wird es, mit Notverordnungen regierend, bis zum März 1933 inhaltend tun, dann übernehmen als Nachfolger die Nationalsozialisten die Macht.

Die Septemberwahl von 1931 läutet auch für Hamburg das Ende der Demokratie ein. Der große Sieger dieser Wahl ist die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, die NSDAP Adolf Hitlers. Sie macht, wie schon bei den Reichstagswahlen zuvor, nun auch in Hamburg einen gewaltigen Sprung, steigert ihren Stimmenanteil auf 26,3 Prozent, läßt damit ihre bisher kümmerlichen drei Bürgerschaftsmandate hochschnellen auf 43 und kommt dicht an die SPD heran. Ihre Stimmen holt sie sich bei den rechten Parteien, bei Nichtwählern, Jungwählern, bei Enttäuschten, Verzweifelten und Hoffenden. Auf diese Wahl fällt der dunkle Schatten zusammengekrachter Banken. Die Wirtschaftskrise ist auf ihrem Höhepunkt. Angst um ihren Arbeitsplatz, Sorge um die Exi-

stanz von Geschäften und Unternehmen, die Furcht vor dem erneuten Verlust der nach der Inflation angelegten Sparguthaben wühlen die Bürger auf.

Die Kommunisten erzielen mit 21 Prozent aller Stimmen 35 Mandate, vorwiegend auf Kosten der Sozialdemokratie. Unter diesem Trommelfeuer von rechts und links beginnt die demokratische Mitte zu schrumpfen. Ihr rechter Flügel, die Deutsche Volkspartei, wird zum unsicheren Kantonisten. In ihr werden die Forderungen lauter, in den Rechtsblock der sogenannten Nationalen Opposition einzuschwenken, in dem sich die Nationalsozialisten mit den Deutschnationalen zusammengefunden haben. SPD, Staatspartei und das kleine Zentrum bleiben bald allein als die letzten Verteidiger der demokratischen Tradition der Hansestadt zurück.

Sieben Monate später, mit der Bürgerschaftswahl vom 24. April 1932, erleidet die Demokratie eine weitere Niederlage. Die KPD kann ihren Triumph vom vergangenen Jahr nicht wiederholen; sie fällt zurück. Doch die NSDAP zieht nun an der SPD vorbei und wird die stärkste Fraktion in der Bürgerschaft. Nun ist sie auf dem Höhepunkt ihrer Erfolge.¹⁵

Der gewaltige Sprung, den die Hamburger NSDAP in den Jahren 1931/32 macht, überrascht um so mehr, als sie in Hamburg über viele Nachkriegsjahre hinweg kaum über den Status einer von völkischen und antisemitischen Kleinbürgern gebildeten Sekte hinausgekommen war. Die erste Ortsgruppe, 1922 gebildet, bleibt bedeutungslos. Die Neugründung von 1925 leidet lange unter inneren Fehden, verzeichnet aber einen bescheidenen Zuwachs. Es sind nun vor allem junge Männer, die von den früheren Freikorps und Wehrverbänden zur NSDAP stoßen und allmählich die völkisch-antisemitischen Veteranen in ihrem Wolkenkuckucksheim beiseite drängen.

Ein Repräsentant dieser jungen aktivistischen Nationalsozialisten ist Karl Kaufmann, der spätere Gauleiter und Reichsstatthalter Hamburgs. 1900 in Krefeld als Sohn eines Manufakturwarenhändlers geboren, besucht er die höhere Schule, verläßt sie ohne Abschluß und rückt als Freiwilliger in den Krieg. Wie so mancher seiner Generation findet er nach dem Krieg keinen Absprung in einen soliden Beruf. Er schließt sich verschiedenen Freikorps an, zieht mit ihnen ins Baltikum und nach Oberschlesien; dann finden wir ihn, unstet unterwegs, an der Seite von Albert Leo Schlageter bei den Sabotageakten gegen die belgische und französische Besatzungsmacht an der Ruhr. 1921 stößt er zur NSDAP. Für diesen soldatesken, berufslosen jungen Mann wird dann der Einsatz für die Partei zum Beruf. Er ist der Typ, den Hitler für sein Führerkorps braucht: der Partei, ihren antidemokratischen und antise-

mitischen Zielen verschworen und ihm selbst bedingungslos ergeben. 1929 schickt Hitler ihn als Gauleiter nach Hamburg. Bald schon hat der Neunundzwanzigjährige die Parteiorganisation fest in der Hand und führt sie, weder um robuste Demagogie und Härte noch um intelligentes Taktieren verlegen, zum Erfolg.

Die NSDAP zieht aus der Wirtschaftsdepression den größten Nutzen. Sie gewinnt ihre Anhänger und Wähler bei den von Entlassungen und Lohnkürzungen betroffenen Angestellten und Arbeitern. Beamte laufen ihr in hellen Scharen zu; Polizeioffiziere sammeln sich in einer nationalsozialistischen Zelle. Innungen, nationale Handelsverbände sind bald mit Nationalsozialisten durchsetzt. Hitler selbst bemüht sich um Kontakte zu den – meist – antidemokratischen Honoratioren und leitenden Wirtschaftlern der Stadt. Zweimal, 1926 und 1930, wird er als Gastredner in den exklusiven, im Hotel Atlantic tagenden Nationalklub von 1919 gebeten. Junge Mitglieder angesehener Hamburger Kaufmannsfamilien suchen Verbindung zu Hitler, unter ihnen Carl Vincent Krogmann, der spätere Bürgermeister von Kaufmanns Gnaden. Die Mehrheit der Unternehmer freilich verhält sich in jenen Jahren der NSDAP gegenüber noch reserviert.

Mittelständler, die um ihre Existenz bangen, arbeitslos gewordene Handwerker, viele junge Menschen, die an ihrer Zukunft zweifeln, setzen auf die Versprechungen und Beteuerungen der offensiv agierenden Partei. Die Studentenvertretung der jungen Universität wird seit 1931 von nationalsozialistischen Studenten beherrscht; 1932 bestimmen sie allein, was in der Hamburger Universitätszeitung zu erscheinen hat. Ein neu aufgestellter NS-Fliegersturm hebt sich der großbürgerlichen Herkunft seiner Mitglieder nach von den bestehenden SA- und SS-Einheiten ab. In der Hitlerjugend sind Arbeitersöhne in der Minderheit. Mit den Arbeitern tun sich die Nationalsozialisten schwer. Der Treuekomplex der Arbeiter vor allem gegenüber der Sozialdemokratie ist schwieriger aufzubrechen. Aber der Einbruch gelingt auch bei ihnen. Die Sturmtruppen, die durch die Straßen ziehen, bestehen meist aus Arbeitslosen, auch aus Arbeitern und Angestellten, die von der SPD, ja selbst von der KPD eingeschwenkt sind.

Gewalttätigkeiten sind an der Tagesordnung. Senat und Polizei werden mit dieser neuen Form brutaler politischer Auseinandersetzungen in Straßenkämpfen und Saalschlachten nicht fertig. Von 1930 bis 1932 werden 15 heimtückische, politisch motivierte Morde allein in Hamburg registriert. Entsetzen in ganz Deutschland ruft der Altonaer Blutsonntag vom 17. Juli 1932 hervor. 7000 SA-Männer aus Hamburg und Schleswig-Holstein marschieren provokativ durch das »rote« Altona. Die Polizei unterschätzt die Gefahr. Aus Häusern und

von Dächern, aber auch aus den Reihen der Marschierenden wird geschossen. Chaos bricht aus. Zwei SA-Männer, drei Kommunisten, 13 Unbeteiligte verbluten, 61 Menschen werden zum Teil schwer verletzt.

Wirtschaftliche Not und fortschreitende Gewalttätigkeit treiben zum Siedepunkt. Die Erfahrung der Hilflosigkeit im Umgang mit der Not wirkt demoralisierend. So schwindet die Zustimmung zur Demokratie. Vorurteile gegen Parlamente und Parteien werden geschürt; zum Teil bestehen sie auch zu Recht, sind doch die demokratischen Parteien, SPD, Staatspartei und Zentrum nicht ausgenommen, verunsichert und angefressen von Zweifeln an ihrer eigenen Politik. Um so leichter haben es diejenigen, die der politischen Verfassung, »dem morschen System«, die Schuld am Unglück zuweisen, die Demokraten verlachen, »Erfüllungspolitiker« verunglimpfen und erst recht die Juden als »Aasgeier im Deutschen Reich« verteufeln. Antisemitismus und Antiparlamentarismus sind auch in anderen Parteien latent vorhanden. Nicht nur die NSDAP, auch die Deutschnationalen werben damals schon in Hamburg mit der Parole »Deutsche, kauft nicht bei Juden«. SA-Kolonnen ziehen durch die Stadt und gröhlen ihr Lied: »Wenn das Judenblut vom Messer spritzt...« Solche gemeinen Worte kommen einem Deutschnationalen oder einem Volksparteiler nicht über die Lippen; er sagt es geschliffener, etwa so: »Das Judentum in Deutschland ist ein Element der Zersetzung.« Dem stimmen viele Bürger zu, von rechts über das Zentrum bis hin zur SPD. Aber so denken auch die, die auf der Straße »Juda verrecke!« rufen. Der Verfall der Demokratie signalisiert auch eine moralisch-politische Krise. Der Haß auf das »System« schlägt sich nieder im Haß auf den politischen Feind. 1932 bekennt sich nur noch ein Drittel der Hamburger Bevölkerung zur parlamentarischen Demokratie.

Die Kirche auf dem Prüfstand

Das rapide Anwachsen der NSDAP zu Beginn der dreißiger Jahre zwingt auch die Kirche zur Stellungnahme. Solange die Partei klein und bedeutungslos blieb, brauchte auch die Kirche mit ihr keine breit und intensiv angelegte Auseinandersetzung zu führen. Nun aber ist Hitlers Partei groß und erfolgreich; ihr steiler Anstieg kündigt von der schnellen Umorientierung vieler Wähler auf diese Partei. Ihre Ideologie, ihre Weltanschauung, ihre Verherrlichung der Rasse muß der Kirche gefährlich erscheinen. Zudem kommt 1930 Alfred Rosenbergs Buch »Der

Mythus des zwanzigsten Jahrhunderts« auf den Markt. In ihm wird der ohnehin verschwommene Begriff des »positiven Christentums« im Parteiprogramm der NSDAP alarmierend christenfeindlich ausgelegt. Er fordert die Mißachtung des »jüdischen« Alten Testaments, die Streichung »abergläubischer« Berichte des Neuen Testaments; er will auf die Errichtung einer dogmen- und konfessionslosen »Deutschen Kirche« hinaus, die in den sogenannten Kräften des Blutes, der Rasse und des Bodens wurzeln soll.

Als erster schlägt, ungewollt, ein Gemeindepfarrer in der Diözese Mainz Alarm. Wie andere Priester auch, predigt er gegen das Programm der NSDAP, weil es Sätze enthalte, die sich mit katholischen Lehren und Grundsätzen nicht vereinen ließen. Dann aber formuliert dieser Pfarrer den Satz, der die Kirche bis in die Hamburger Diaspora hinein aufwühlen wird: »Ein Katholik, der sich zu den Lehren der NSDAP bekennt, kann nicht zu den Sakramenten zugelassen werden.«¹⁶

Ein unerwarteter öffentlicher Sturm bricht los. Der hessische Gau-leiter spielt die Predigt des Dorfpfarrers hoch und fordert die Stellungnahme der Mainzer Kirchenbehörde. Der Generalvikar, dann auch Bischof Hugo von Mainz bekennen sich zu diesem Satz ihres Pfarrers. Sein Verdikt ist klar, für jedermann verständlich, nun versehen mit bischöflicher Autorität. Es treibt nicht nur Nationalsozialisten zu wüsten Attacken; es fordert auch die Bischöfe der anderen vierundzwanzig deutschen Diözesen zur Antwort, zum Ja oder Nein zu diesem Satz, heraus.

Am 31. Dezember 1930 veröffentlicht der Erzbischof der Diözese Breslau, Kardinal Bertram, der zugleich Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz ist, »ein offenes Wort in ernster Stunde zum Jahreschlusse 1930«. Die Absage an die Ideologie des Nationalsozialismus ist eindeutig und schnörkellos formuliert. »Wir katholischen Christen kennen keine Rassenreligion, sondern nur Christi weltbeherrschende Offenbarung, die für alle Völker den gleichen Glaubensschatz, die gleichen Gebote... gebracht hat.« Der Kardinal warnt vor der Zweideutigkeit des Begriffs vom »positiven Christentum«; die Glorifizierung der nordischen Rasse bezeichnet er als »groben Irrtum«. Doch in dieser eindeutigen Erklärung fehlt eine klare Antwort auf die Frage, ob ein Nationalsozialist nun zu den Sakramenten zugelassen werden darf oder nicht. Kneift der Kardinal?

Vorausgegangen ist im Dezember 1930 der Versuch des Kardinals, die Bischöfe zu einer gemeinsamen Erklärung zu bewegen. Sie kommt nicht zustande. Die Absage an die Ideologie des Nationalsozialismus und die Notwendigkeit, die Gläubigen vor ihr zu warnen,

werden von allen Bischöfen bekräftigt. Ihr Standpunkt ist klar, er wird einmütig vertreten. Nicht einigen aber können sich die Bischöfe über die Methoden, mit denen die Kirche in der alltäglichen Praxis auf die NS-Ideologie zu reagieren hat. Die These der Mainzer, keinen Nationalsozialisten zu den Sakramenten zuzulassen, erscheint der großen Mehrheit der Bischöfe zu simpel und auch zu ungeschickt, um auf einen komplexen politischen Vorgang zu reagieren. So verständigt man sich auf zwei Maßnahmen: 1. Die vom Vorsitzenden der Bischofskonferenz zu formulierende »Erklärung« spiegelt die Meinung aller Bischöfe wider. 2. Den einzelnen Kirchenprovinzen bleibt es vorbehalten, die ihnen wichtig erscheinenden detaillierten Aussagen zur Unvereinbarkeit von Kirche und Nationalsozialismus zu formulieren.

So tragen die Bischöfe der sechs deutschen Kirchenprovinzen ihre Warnung vor dem Nationalsozialismus jeweils in einer Form vor, wie sie ihnen für ihre Gläubigen richtig dünkt. Unterschiede, Differenzen werden deutlich. Die acht bayerischen Bischöfe formulieren sehr unterschieden, was wohl auch auf die im katholischen Bayern noch fest verankerte kirchliche Autorität zurückzuführen ist. Die Bischöfe warnen die Gläubigen und geben den Priestern klare pastorale Anweisungen auch für den Fall, daß Nationalsozialisten in Uniform, in Kolonnen und mit Fahnen in die Kirche drängen. Sie sprechen kein generelles Sakramentenverbot aus, raten den Priestern, jeweils entsprechend der politischen Intensität und dem Wissensstand katholischer Parteimitglieder vorzugehen, doch schließen sie die Verweigerung der Sakramente nicht aus.

Zurückhaltender äußern sich drei Monate später die Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz, der auch das Bistum Osnabrück angehört. Sie beklagen »die schiefen und falschen Auffassungen führender Vertreter der nationalsozialistischen Bewegung über fundamentale christliche Glaubenswahrheiten«. Sie bedauern, daß auf die Erklärung des Kardinals Bertram keine Klarstellung politischer Ziele und Grundsätze erfolgt sei, »um so die Befürchtungen vieler Katholiken zu vermindern. Eine ernste Warnung läßt sich jetzt nicht mehr vermeiden, zumal unser Abwarten gegenüber der Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung schon mißdeutet wurde.« Die Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz gehen in ihrem Schreiben nicht auf pastorale Probleme, die der Kirchenordnung oder des Sakramentenempfangs ein, auch stellen sie gar nicht die Frage, ob es einem Katholiken erlaubt sei, der NSDAP anzugehören. Sie umgehen sie. Eine offizielle Äußerung der Fuldaer Bischofskonferenz zur Mitgliedschaft von Katholiken in der NSDAP wird es auch fortan nicht geben.

Trotz aller Warnungen vor dem Nationalsozialismus fehlt es der Kirche an einer letzten Entschiedenheit, sich ihm entgegenzustemmen. Für die eher zögerliche Haltung der Bischöfe gibt es eine Fülle von Erklärungen. So erleben sie, wie in diesen Notjahren gläubige Christen in Scharen der NSDAP beitreten und ihr in Massen ihre Stimme geben, wiewohl die Kirche die Wahl des katholischen Zentrums empfiehlt. Der wachsende Widerspruch verunsichert. Viele Bischöfe hoffen, daß die NSDAP ihre Formel vom »positiven Christentum« doch noch in einer für die Kirche akzeptablen Form artikulieren wird. Politischen Parolen, wie denen vom Kampf gegen Kommunismus, Marxismus und Liberalismus, stimmen keineswegs nur Nationalsozialisten zu. Partielle Zustimmungen ergeben sich, welche die Abwehr erschweren und das Nein zum politischen Programm der NSDAP brüchig machen. Auch Bischöfe halten den Friedensvertrag von Versailles für ein Schanddiktat. Gerade sie pflegen die patriotische Rede, sind doch die Verunglimpfungen unvergessen, mit denen während des Kulturkampfes vor allem die Bischöfe als »Römlinge« geschmäht worden waren. Das Trauma des »minderen« Deutschen wirkt immer noch nach; die Sorge, wieder als »undeutsch« abgestempelt zu werden, läßt sie in der Abwehr eines schrillen Nationalismus, wie ihn Hitler und seine Mitstreiter propagieren, vorsichtig sein. Vor allem aber stehen so gut wie alle Bischöfe, Berning nicht ausgenommen, der freiheitlichen parlamentarischen Demokratie mißtrauisch, ja sogar ablehnend gegenüber, räumt sie doch »der Wahrheit wie dem Irrtum gleiche Rechte ein« (Kardinal Faulhaber). Viele von ihnen trauern der Monarchie nach, andere wünschen einen starken, autoritären Staat. »Eher läßt sich aus Erbsen eine Pyramide bauen als aus der Weimarer Verfassung ein gesundes und stabiles Staatswesen«, meint ein kluger, gebildeter Mann wie der Bischof Graf Preysing und ist sich der Zustimmung seines bischöflichen Veters in Münster, Graf Galen, sicher. Dennoch werden beide später zu den entschiedenen Widersachern des totalitären Regimes gehören.¹⁷

Vor diesem Hintergrund einer in sich unsicheren Kirche, der zudem Bischöfe vorstehen, die man nicht zu den Verteidigern der Weimarer Demokratie zählen kann, wird der Briefwechsel verständlich, den um die Jahreswende 1930/31 Bischof Berning mit seinem Hamburger Pastor primarius, dem Prälaten Bernhard Dinkgrefe, führt. Der Prälat stellt seinem Bischof trocken die Frage nach der Zulassung katholischer Nationalsozialisten zu den Sakramenten und legt die Anfrage eines katholischen Parteigenossen bei. Der Mainzer Vorstoß wird also auch in Hamburg notiert und zwingt den Bischof zu einer konkreten Antwort.¹⁸

Der Bischof verweist in seinem Schreiben vom 3. Januar 1931 an Prälat Dinkgrefe darauf, daß außer dem Bischof von Mainz bisher keiner der deutschen Bischöfe die Verweigerung der Sakramente angeordnet habe. Berning spricht sich dagegen aus. »Die Partei ist noch in Gärung, und viele katholische Mitläufer [durchschauen] nicht die Tragweite der Bestrebungen der Partei. Die Geistlichen werden gut daran tun, mit Klugheit und Güte fragende Nationalsozialisten katholischer Konfession auf die gefährlichen Tendenzen, die in der Partei auftreten, aufmerksam zu machen... Auch wird es sich empfehlen... in Anlehnung an den Erlaß des Herrn Kardinal Bertram Aufklärung über die gefährlichen Bestrebungen unserer Zeit zu geben, ohne einen direkten Kampf gegen die nationalsozialistische Partei dabei zu führen.«

Dann legt der Bischof dem Prälaten einen Briefentwurf bei, den er anfragenden Nationalsozialisten zu übermitteln empfiehlt: »Die katholischen Mitglieder der nat. soz. Partei müssen sich darüber klar werden, ob sie die mit dem katholischen Glauben unvereinbaren Bestrebungen eines übertriebenen Nationalismus und einer ›christlichen Religion germanischer Rasse‹ bejahen und fördern wollen. Wenn das der Fall ist, ist ihr Vorgehen gegen die kirchlichen Grundsätze gerichtet. Die Kirche muß verlangen, daß ein Katholik, der zu den Sakramenten gehen will... an der Förderung der katholischen Religion mitarbeitet, und sie darf nicht dulden, daß ein Katholik Bestrebungen gegen die Kirche offen oder geheim, direkt oder indirekt unterstützt.«

Wir wissen nicht, ob Prälat Dinkgrefe sich an diesen Text gehalten hat. Er ist unpräzise, er vermeidet eine klare Stellungnahme. Er wird auch dem Dilemma nicht gerecht, in dem sich doch Tausende befinden, die ihrer Kirche anhängen und dennoch alle ihre Hoffnungen auf Adolf Hitler setzen. Mit ziemlicher Sicherheit können wir annehmen, daß es ein katholischer Nationalsozialist in Hamburg nicht für nötig hält, wegen dieser Antwort die NSDAP wieder zu verlassen.

Zentrum und Kirche

Zur letzten Bürgerschaftswahl in den Jahren der Weimarer Republik am 24. April 1932 tritt das Zentrum mit seinem neuen Spitzenkandidaten an, dem Pastor primarius Bernard Wintermann, Nachfolger des verstorbenen Prälaten Dinkgrefe. Der Bischof in Osnabrück empfindet keine Freude über diese Kandidatur; nur zähneknirschend erteilt er die

erforderliche oberhirtliche Erlaubnis. Wenige Wochen zuvor hat er Wintermann zwar gestattet, den Vorsitz der örtlichen Zentrumspartei zu übernehmen, doch sollte es damit genug sein. Die Partei dagegen möchte die Tradition fortsetzen, wonach der Pastor primarius zugleich auch die katholischen Interessen in der Bürgerschaft vertritt.¹⁹

Der Bischof widerspricht. Er will nun mehr Distanz, mehr Zurückhaltung; ihn mag der Gedanke quälen, inwieweit in diesem turbulenten Jahr das Zentrum überhaupt noch den politischen Katholizismus zu repräsentieren vermag. »Bei den aufgeregten politischen Verhandlungen unserer Zeit«, so schreibt der Bischof am 26. März 1932 an seinen Dechanten in Hamburg, »halte ich es nicht mehr für gut, daß ein Seelsorgsgeistlicher sich in die Kampfesarena begibt, wo zu leicht sein Stand und seine Person allen möglichen Angriffen ausgesetzt sein kann. Vor allem muß der Pastor primarius in Hamburg als der erste Seelsorger aller Katholiken eine gewisse Zurückhaltung üben.«

Der Bischof fühlt sich in seiner Abneigung bestärkt durch den Brief eines ehemaligen Vorsitzenden der Hamburger Zentrumspartei, Friedrich Linskens, der ihn geradezu beschwört, die Kandidatur Wintermanns zu verhindern. »In ziemlich weiten Kreisen der Hamburger Katholiken« werde, so Linskens am 25. März, »die Herausstellung eines Geistlichen nicht gerne gesehen.« Zudem bittet Linskens den Bischof darum, die politische Situation in der Bürgerschaft zu beachten. Er zweifelt am Stehvermögen Wintermanns. »Ew. Exzellenz wollen es nur meinem großen Interesse für die katholische Sache zuschreiben, wenn ich den Pastor primarius von Hamburg als viel zu schade für diese Kämpfe auf ganz exponiertem Posten... halte, während andererseits weite Kreise der Zentrumswähler, besonders des Mittelstandes und der Arbeiter, ein mannfestes Eintreten verlangen. Die Zeit der Kompromisse und der Rücksichtnahme ist vorbei.«

Der Bischof macht seine Zustimmung zur Kandidatur Wintermanns davon abhängig, daß der Kandidat vom Wahlausschuß der Partei »fast einmütig« und »unter Würdigung meiner geltend gemachten Bedenken« nominiert wird. Dies geschieht. »Ich hoffe und bete zu Gott«, schreibt der Bischof resignierend am 8. April an Wintermann, »daß Sie... die Interessen der katholischen Kirche in Hamburg mit Eifer und Erfolg vertreten mögen.«

Der Vorstand der Zentrumspartei ist davon überzeugt, daß allein der Pastor primarius die meisten katholischen Stimmen sammeln kann. Es finden sich keine Anhaltspunkte dafür, daß sich, wie Linskens schreibt, »ziemlich weite Kreise« gegen Wintermann sperren. Linskens Brief an den Bischof läßt eher auf Spannungen innerhalb der Zentrumspartei schließen. Wer soll favorisiert, wessen Kandidatur soll

(mit Hilfe des Bischofs) verhindert werden? Auch in Hamburg gibt es einen katholischen Klüngel, der seine Signale nach Osnabrück zu senden weiß.

Nicht die in der örtlichen Partei kaum umstrittene Kandidatur Wintermanns erregt die Gemüter, sondern die des zweiten Zentrumsabgeordneten, des Laien also, der ebenso traditionsgemäß in die Bürgerschaft einziehen wird. Nominiert wird Franz Beyrich, ein fünf- undvierzigjähriger, in Hamburg geborener Katholik, der die katholische Gemeindeschule besucht hat und nach seiner Ausbildung zum Fürsorger bis zum Abteilungsleiter der Wohlfahrtsbehörde aufsteigt. Zeitweilig führt er die örtliche Zentrumsparlei, nicht ohne Reibereien, denn er ist ein stark sozialpolitisch engagierter Mann, der dem Vorstand des christlichen Gewerkschaftsbundes angehört und den der Senat auch zum Landesarbeitsrichter ehrenhalber beruft. Er repräsentiert den linken Flügel der eher bürgerlichen Partei. Er gehört nicht zu denen, die der Bischof anstelle von Wintermann für die Spitzenkandidatur empfiehlt. Der Bischof sähe lieber »einen angesehenen Katholiken aus den akademischen oder Wirtschaftskreisen in Hamburg«, womit er sicherlich bei manchen Zentrumsmitgliedern Zustimmung findet, denen Beyrich auch zu »links« ist.

Beyrichs Nominierung und Wahl erweisen sich für die kleine Partei als Segen. Er ist der politisch bestimmende Kopf und läßt keinen Zweifel an der Position des Zentrums in der Bürgerschaft aufkommen. Die beiden Zentrumsabgeordneten hospitieren wieder bei der Staatsparlei und setzen damit das Bündnis mit den Sozialdemokraten fort. Franz Beyrich verschafft dem kleinen Zentrum einen rühmlichen Abschied in einer schon vom Verfall gezeichneten Bürgerschaft.²⁰

Nach der für die NSDAP so überaus erfolgreichen Bürgerschaftswahl vom April 1932 hat das Parlament drei Wochen später, am 11. Mai, ein neues Präsidium zu wählen. Entgegen dem parlamentarischen Brauch weigern sich SPD, Staatsparlei und Zentrum, den Kandidaten der stärksten Fraktion, den der NSDAP, zum Präsidenten der Bürgerschaft zu wählen. Sie votieren erneut für den bisherigen Präsidenten, den Sozialdemokraten Herbert Ruscheweyh. Dies ist die letzte, demokratische Demonstration in der Bürgerschaft, die ohne die beiden Zentrumsstimmen schon nicht mehr zustande gekommen wäre. Vizepräsidenten der Bürgerschaft werden Heinrich Landahl (Staatsparlei) und Franz Beyrich. Die rechtsstehenden Hamburger Nachrichten kommentieren diesen Vorgang unter der Überschrift: »Die Bürgerschaft unter marxistisch-demokratisch-klerikalem Präsidium« mit den Worten, damit habe nun »zum erstenmal das evangeli-

sche Hamburg dank der Politik der Sozialdemokraten und der Staatspartei im Präsidium seiner Bürgerschaft einen Vizepräsidenten aus dem ultra-montanen Zentrum. Immerhin ein geschichtliches Ereignis!« (12. Mai 1932).

So kommt das Zentrum in der letzten Etappe der zerfallenden Demokratie noch zu einer unerwarteten Ehrung. In dieses Amt berufen zu werden, muß den sozialen Aufsteiger Franz Beyrich selbst ergriffen haben. Als er sich nach seiner Wahl gemessenen Schrittes zum Rednerpult begibt, ruft ihm ein kommunistischer Abgeordneter in gutmütigem Spott zu: »'n beeten sneller. Du büst he nich bi de Wohlfahrtsbehörde!«²¹

Das Ende des Hamburger Zentrums

Die Kirche bleibt dem Zentrum auf vielfältige Weise verbunden. Die Versammlungen der Partei finden meist in den Räumen der Kirchengemeinden oder der katholischen Vereine statt. Das Nachrichtenblatt als örtliche Kirchenzeitung kündigt die Veranstaltungen an und referiert über sie – holperig und kritiklos. Die Standesvereine sind die Basis der Partei, ihnen steht in der Regel ein Priester als Präses vor. So überrascht es nicht, daß der Klerus über die ohnehin schon herausgehobene Position des Pastors primarius als des Vorsitzenden der örtlichen Zentrumspartei hinaus in die Parteipolitik verwickelt ist. Nicht nur Dechant Wintermann, auch andere renommierte Priester treten als Wahlredner des Zentrums auf, so zum Beispiel der »Pressekaplan« Bernhard Alves, der Pastor von St. Bonifatius, Hermann Lögers, der Pastor von Maria Grün in Blankenese und spätere Bischof von Münster, Dr. Michael Keller. Aber ihre Ansprachen sind mehr Predigten als kämpferische Wahlreden; die Position der Kirche beschäftigt sie mehr als die der Partei.

Wie in der Bürgerschaft, so profilieren sich auch in der örtlichen Partearbeit die Laien und nicht die Priester. Das Zentrum bringt keine überregional bedeutenden Politiker hervor, dafür ist seine Basis zu schmal. Aber Männer wie Franz Beyrich und Roland Seffrin, Frauen wie Margarethe Gröwel und Hedwig Fuchs sind tüchtige und engagierte Parteipolitiker vor Ort. Frau Fuchs ist das einzige Hamburger Zentrumsmitglied, das je, wenn auch nur als Nachrücker für einige Monate, zum Abgeordneten des Reichstags avanciert.

Das Hamburger Zentrum bleibt auch im letzten Jahr der Republik ein Verteidiger der Demokratie. Es wehrt sich in seinen Wahlversammlun-

gen wie auch in der Nordischen Volkszeitung und im Nachrichtenblatt gegen die Verächtlichmachung des »Systems«, aber es argumentiert nur noch aus der Defensive heraus; die Konturen verblassen. Die Berliner Ereignisse 1932 machen der Ortspartei schwer zu schaffen. Brüning, langjähriger Reichskanzler, zu dem das Zentrumsvolk aufschaut, scheitert mit seinem Kabinett, still wird es um ihn; Papen, ein Mann des rechten Zentrums, bildet eine nur kurzlebige neue Regierung und jagt durch eine seiner ersten Amtshandlungen die von Sozialdemokraten geführte Regierung des Landes Preußen hinaus, mit deren Genossen doch in Hamburg das Zentrum koalitiert.

In zwei Reichstagswahlen, im Juli und November 1932, bäumen sich die Demokraten der im Sterben liegenden Republik noch einmal auf. Zum rühmlichen Abgang des Hamburger Zentrums gehört auch, daß es in der Endphase der Republik den größten Stimmengewinn erzielt. Bei den Wahlen seit 1928 (Bürgerschafts- sowie Reichstagswahlen) schwankten die Stimmen für das Zentrum zwischen 10000 und 11000. Im Juli 1932 schwillt die Stimmenzahl auf 15254 an, sinkt bei den Novemberwahlen auf den immer noch hohen Pegel von 13316. Bei der schon unter nationalsozialistischer Herrschaft stattfindenden, aber noch relativ freien und letzten Wahl vom 5. März 1933 erzielt die Hamburger Zentrumspartei mit 15714 Stimmen den Höchstanteil, den sie je in der Stadt zu erreichen vermochte.²²

Die Gewinne des Zentrums erklären sich auch aus dem verheerenden Vertrauensverlust, dem die beiden bürgerlich-demokratischen Parteien, Staatspartei und Deutsche Volkspartei, durch ihren schwankenden, den Wähler verunsichernden Kurs ausgesetzt sind und der sie nahezu atomisiert. So bleibt für manche Wähler (auch für Hamburger Juden), die die Front der Rechten fürchten, das Zentrum als eine letzte bürgerliche Alternative, wiewohl sie mit der katholischen Kirche vermutlich nicht viel im Sinn haben.

Zum Bekenntnis des Zentrums zur Demokratie gehört auch die regelmäßige Beteiligung der katholischen Jugend an der Feier zum Gedenken an den Geburtstag der Weimarer Verfassung am 11. August. Auch an der demonstrativen Abendkundgebung der »verfassungstreuen Parteien« auf dem Lübecker-Torfeld im August 1932 nimmt sie noch, wimpelbewehrt und in eindrucksvoller Zahl, teil.

Doch gerade die Bemühungen des Zentrums um die katholische Jugend machen die Defensive deutlich, in der sich der politische Katholizismus befindet. Er will dem Nationalsozialismus widerstehen und paßt sich ihm dennoch an. In den Veranstaltungen der Zentrumspartei und in den Presseberichten gibt es nur noch ein klares Feindbild. Es gilt dem »Bolschewismus, der Gottlosenbewegung«. Dies ist der einzige

Gegner, der noch deutlich beim Namen genannt wird. Das Wort »Nationalsozialismus« kommt nicht vor. Es läßt sich allenfalls erahnen, wenn es jugendbewegt-pathetisch heißt: »Wir verstecken uns nicht vor denen, die unsere Gegner sind. Ob Bolschewist, Sozialist oder Nationalist – wir tragen ihnen... unser Christusbanner vor die Augen, denn heiligem Kampf sind wir geweiht.«²³ Das Bekenntnis zu Weimar, so glaubwürdig und wortreich es von einzelnen auch vorgetragen wird, bleibt dennoch dünn, weil es stets – die Nordische Volkszeitung der letzten Weimarer Monate ist dafür eine ergiebige Fundgrube – verbunden bleibt mit der Forderung nach einem »starken Staat«. Wie er beschaffen sein soll, bleibt im Ungefähren.

Bis in die Sprache hinein läßt sich verfolgen, wie das doch eher bürgerliche Zentrum sich Gangart und Vokabular von den Nationalsozialisten vorschreiben läßt. Der Ton wird aggressiver, militärischer. Die katholischen Jugendlichen in Hamburg werden zu »Soldaten Christi«, zum »Kampfheer« stilisiert; verkündet wird die »Mobilmachung der jungen Front Christi«.²⁴ Gedichte erscheinen in der von Roland Seffrin redigierten Zeitungsbeilage »Feuer über das Land«, die – zuweilen (so am 26. Februar 1933) – auch den literarischen Basteleien eines Baldur von Schirach zugeordnet werden könnten:

Jungvolk voran!

Wir brechen durch Nacht
und Nebel und Grauen,
wir müssen, wir wollen
das Morgen schauen.

Wir schmieden, wir hämmern,
wir sind bereit.

Jungvolk pack an!

Wir meistern die Zeit.

Kein Zweifel daran, daß dies unter der eindeutigen Werbung für das Zentrum zu subsumieren ist. Aber die Unterschiede verschwimmen, im wabernden Nebel tauchen Übergänge auf. Ein klares Ja zum Zentrum wird nicht mehr verbunden mit einem eindeutigen Nein zur nationalsozialistischen Bewegung. Wenn Brüning 1932 in der Propaganda des Zentrums mehr und mehr als »unser Führer« herausgestellt wird, dann überrascht es auch nicht, daß die Hamburger Katholiken vom Zentrum zu Wahlversammlungen unter dem plakativen Titel gerufen werden: »Unser Führer, Dechant Wintermann, spricht«.

Die Zentrumsparterie geht ratlos, ihrer selbst nicht mehr sicher, in die

nationalsozialistische Zeit hinein. Ihre späten martialischen Töne und Anpassungsversuche sind nur ein Symptom für ihre Hilflosigkeit. Wenige Monate nach dem Machtantritt Hitlers wird sich denn auch die Partei durch Selbstauflösung ihren eigenen politischen Konkurs bescheinigen. Im Kleinen geschieht dies in Hamburg auch. An zwei Begebenheiten läßt sich die Ratlosigkeit, aber auch die ausweglose Zerrissenheit der örtlichen Partei illustrieren. Sie wird sichtbar in den gegensätzlichen Positionen, die Franz Beyrich, Vizepräsident der Bürgerschaft und zweiter Mann des Zentrums, und Bernard Wintermann, Pastor primarius und erster Mann des Zentrums, zum Machtantritt der Nationalsozialisten in Hamburg einnehmen.

Beyrich übt sein Amt nicht mal ein volles Jahr aus; nur noch zu vier Sitzungen tritt die Bürgerschaft zusammen. Am 8. März 1933 triumphieren die Nationalsozialisten endgültig; die Bürgerschaft wird aufgelöst. Als sie am 10. Mai zur konstituierenden Sitzung wieder zusammentritt, ist sie durch Manipulationen bei der Mandatsverteilung und den flinken Wechsel von ehemals demokratischen Abgeordneten zur NSDAP-Fraktion nur noch ein belangloses Gremium, verdonnert zum Beifall für die Inszenierungen der Nationalsozialisten. Die kommunistischen Abgeordneten sind bereits verhaftet oder in die Illegalität abgetaucht. Das Parteivermögen der Sozialdemokratie ist schon beschlagnahmt. Aus Protest bleibt die SPD-Fraktion der Sitzung fern. Auch Franz Beyrich betritt das Parlament nicht mehr. Er verzichtet auf sein Mandat; für politische Farcen gibt er sich nicht her. So sitzt an diesem 10. Mai Beyrichs Nachrücker, Gottschlich, neben dem Dechanten Wintermann im entmündigten Parlament. Stehend müssen sie anhören, wie die braune Fraktion »der Toten und Verwundeten unserer Bewegung« gedenkt und wie zum erstenmal offiziell das Horst-Wessel-Lied durch das Rathaus schallt.²⁵

Der Mandatsverzicht ehrt den Abgeordneten Beyrich; es fällt uns im Nachhinein leicht, ihm Respekt zu zollen. Schwerer tun wir uns mit der Mandatsausübung von Wintermann und Gottschlich. Die ganze Rat- und Hilflosigkeit spiegelt sich in ihrem Verhalten wider. Was ist richtig, was ist falsch? Noch besteht im Reich das Zentrum als politische Partei, an die sich der Führer des Hamburger Zentrums noch immer gebunden fühlt. Noch überwiegt die Meinung, mit den Nationalsozialisten zu Kompromissen kommen zu können; auch gibt man sich der vagen Hoffnung auf einen mäßigenden Einfluß Hitlers hin. Denn schon hat Hitler, geschickt aber unverbindlich, der Kirche Entgegenkommen signalisiert, was die Bischöfe ihrerseits mit Entgegenkommen beantworten. Auch dies ist für den Pastor primarius ein Argument, in der Bürgerschaft zu bleiben. So wie er meinen viele der NSDAP distanziert

gegenüberstehende Politiker im Reich, den Ländern und Kommunen, es sei richtig, im Interesse der Wähler abzuwarten und die geringen verbliebenen Möglichkeiten zu nutzen. Solche Motive müssen wir auch Wintermann und Gottschlich zugestehen. Daß es ihnen an Hellsichtigkeit fehlt und sie einer Täuschung erliegen, haben sie im Frühjahr 1933 mit der Mehrheit der Bevölkerung gemein. Daß mit dem Sieg der Nationalsozialisten auch die Freiheit der Weimarer Jahre verspielt ist, erkennen nur wenige, befürchten etliche. Die große Mehrheit aber, auch die des hamburgischen Katholizismus, schöpft Hoffnung. Die Arbeitslosigkeit, die Not, die politische Misere bewegen sie, nicht aber der Gedanke an die entschwindende Freiheit. Denn was bedeutet sie ihnen noch in der Turbulenz dieser Zeit!

Es ist üblich, die Machtergreifung als Sieg der nationalsozialistischen Partei und ihrer Wähler zu betrachten. Wir vergessen, daß dies nur die halbe Wahrheit ist. Was hätten die Rücksichtslosigkeit nationalsozialistischer Politik, die suggestive Gewalt Hitlerscher Beredsamkeit, die Einsatzbereitschaft gläubiger Anhänger und die Gewalttätigkeit der Sturmtruppe bewirken können, wenn sie nicht auf eine Gesellschaft gestoßen wären, der es an moralisch-politischem Konsens fehlte, sich dem Denken und den Methoden der antidemokratischen Partei zu widersetzen. Mit diesem Mangel repräsentiert auch Hamburg ganz Deutschland. Ein Teil wählt Hitler, ein anderer ist am Ende bereit, mit ihm zu koalieren. Was den demokratischen Parteien nicht gelungen ist, erwartet man nun von ihm, sei es die Beseitigung der Wirtschaftsnot, die Verwirklichung eines von der »Versailler Schmach« befreiten Reiches oder den Aufbau eines Staates, der »nach außen Hüter der Macht, nach innen Hüter der Sitte ist«.

Am Tag der Machtübernahme in Hamburg zählt die örtliche NSDAP 13 117 Mitglieder. Die Stadt ist kein Glanzlicht im Prestigekatalog der Partei. Was hätte diese Minderheit erreichen können, wenn sie nicht der jubelnden Zustimmung von mehr als einem Drittel aller Hamburger Wähler und der Koalitionsbereitschaft vieler weiterer sicher gewesen wäre? Die Weimarer Republik, der der Diasporakatholizismus so viel verdankt, zeigt auch in Hamburg die weiße Fahne. Aber diejenigen, die darin ein Menetekel sehen, sind auch unter Hamburgs Katholiken eine verschwindende Minderheit, und weder der Pastor primarius noch der Bischof gehören ihr an.

1933–1936: Hoffen und Bangen

Der Marsch nach St. Jacobi

Wie eine Kompanie von Parteisoldaten treten am Mittwoch, dem 10. Mai 1933, Abgeordnete der neu gebildeten Bürgerschaft vor dem Rathaus an, formieren sich zur Kolonne und marschieren im Gleichschritt zur Hauptkirche St. Jacobi. Die Mitglieder der nun übermächtigen NSDAP-Fraktion tragen ihre braunen Uniformen, einige Zivilisten zockeln hinterher. Die restlichen sozialdemokratischen Abgeordneten wie die wenigen ihnen verbliebenen demokratischen Kollegen in der Bürgerschaft meiden diese Demonstration.

St. Jacobi ist überfüllt. Im Mittelgang bilden uniformierte SA-Männer Spalier, heben den Arm zum Hitlergruß, als der Senior der Landeskirche, Hauptpastor Karl Horn, mit den Abgeordneten einzieht. Dieser Gottesdienst soll Nähe und Miteinander von Staat und Kirche symbolisieren. In dieser Absicht haben ihn, darin bestärkt vom neuen Bürgermeister Krogmann, die in der hamburgischen lutherischen Kirche stark vertretenen nationalsozialistischen »Deutschen Christen« arrangiert. Zuvor, in den demokratischen Jahren, ist nie eine neue Sitzungsperiode mit einem Gottesdienst, gleichsam als Staatsakt, begonnen worden. Die Nationalsozialisten zelebrieren, bewußt und gekonnt, diese große Geste und erzielen damit die Wirkung, die sie erhoffen.

Die Resonanz auf diesen Gottesdienst ist stark, die Zeitungen berichten ausführlich in Wort- und Bildreportagen. Mit Lob und Dank werden Partei und Kirche bedacht. Dieser Tag weckt Hoffnung, bestärkt viele Bürger in ihrer Zuversicht. Der Kredit an Vertrauen, der den neuen Machthabern eingeräumt wird, ist gerade in der evangelischen Kirche groß. Die Mehrheit der bürgerlichen Protestanten fühlt sich aus Tradition und Gesinnung der nationalen Rechten verbunden; diese Haltung kommt nun weithin der Hitlerbewegung zugute.

Unter den geladenen Pastoren, die dem Festgottesdienst beiwohnen, befindet sich auch Franz Tügel, Pastor an der Gnadenkirche; ein knappes Jahr später wird er zum Bischof der hamburgischen lutherischen Kirche gewählt werden. Er ist einer der Initiatoren dieser Feier, Parteigenosse seit 1931 und führender Mann in der Hitler ergebenen »Glaubensbewegung Deutsche Christen«. Er ist beseelt von dem Gedanken, daß seine Kirche in der Verbindung mit der nationalsozialistischen Bewegung wieder zu einer jungen, lebendigen Volkskirche werden könne. Schon 1932 schreibt dieser Verfechter einer Symbiose von Nationalsozialismus und Christentum: »Wir als Kirche Martin Luthers haben allen Grund, diese Gelegenheit zu ergreifen. Wir wissen, daß wir das Volk verloren haben . . . , in Massen müssen wir es wieder gewinnen. Hier, wo die Massen aufgewacht sind, wo für ein gutes Wort ein guter Boden bereitet ist, hat die Kirche eine Arbeit und Aufgabe an den Seelen. Sehen wir sie nicht, und fassen wir nicht zu, dann ist eine Stunde verloren, die vielleicht nicht wiederkehrt.«¹

So engagiert nationalsozialistisch wie Franz Tügel denkt freilich nur eine Minderheit Hamburger Pastoren. Viele in der Pastorenschaft aber hoffen zumindest, daß ihre Kirche vom Schwung der nationalsozialistischen Bewegung profitieren und mit ihrem Beistand Terrain zurückgewinnen kann, das sie seit Jahrzehnten verloren hat. Auch der Senior huldigt in seiner Predigt Adolf Hitler als dem »gottgesandten Reichschmied« und lobt ihn wegen seines Tatendrangs. »Es ist ergreifend, wie unser Volkskanzler jetzt mehr und mehr alles tut, um die Seele des Arbeiters wieder zu erfassen.«² Selbst dieser bekenntnistreue, der nationalsozialistischen Euphorie in seiner Kirche widerstrebende Mann, der bald kaltgestellt wird, vertraut auf die Einlösung der Hitlerschen Versprechungen. Wem auch dämmert an diesem Tag schon, daß es nicht die Absicht der Staatsführung ist, den Kirchen zu neuer Größe zu verhelfen, sondern sie für sich einzuspannen, sie der nationalsozialistischen Politik dienstbar zu machen!

Forsch marschieren die Abgeordneten nach dem Gottesdienst zurück zum Rathaus, um ihre konstituierende Sitzung zu vollziehen. Dem rückschauenden Betrachter erscheint ihr Marsch dem Gang zum

Konkursgericht vergleichbar und ihr Hitlergruß in der Bürgerschaft einem Offenbarungseid ähnlich. Denn mit diesem festlichen Tag verlöscht die Bürgerschaft als demokratisch-parlamentarische Institution der Hansestadt. Sie kennt nun kein Stimm-, kein freies Rederecht mehr; ihre Gesetzgebungshoheit hat sie verloren. Widersprechende Parteien werden ausgeschaltet, die Gewerkschaften mit allen ihren Dienststellen, ihrem ganzen Vermögen in die nationalsozialistische Deutsche Arbeitsfront überführt. Nur zweimal noch tritt die Bürgerschaft zusammen – um zuzuhören. Als sie im Herbst sozusagen notariell liquidiert wird, ist sie schon längst eine Leiche.

Zur Ausschaltung der Bürgerschaft gesellt sich die Drosselung, dann die Beseitigung hamburgischer Eigenstaatlichkeit. Wie mit der spanischen Garrote wird der Hansestadt die Schlinge um den Hals gelegt, wird der in der deutschen Verfassung verankerten Selbständigkeit aller Länder durch Gleichsetzungsgesetze langsam, aber unerbittlich der Garaus gemacht. Wie Hitler es will und befiehlt, wird aus Karl Kaufmann, seinem Gauleiter in Hamburg, zugleich auch sein Reichsstatthalter, und so wie Kaufmann nun auch als Reichsbeamter vor Hitler und der Reichsregierung den vorbehaltlosen Vollzug Berliner Entscheidungen zu verantworten hat, so haben die ihm nun unterstehenden Hamburger Instanzen seinen Anweisungen zu folgen. Sie werden zu Vollzugsorganen oder zu willfährigen Instrumenten der politischen Führung. Das Jahr 1933 ist noch nicht zu Ende, da gibt es auch in Hamburg keine staatliche Einrichtung, keine für den Staat wichtige Institution mehr ohne den bestimmenden Einfluß nationalsozialistischer Macht.³

Der allmähliche Übergang in den totalitären Staat ruft im Bürgertum Hamburgs keinen nennenswerten Widerstand hervor. Gauleiter Karl Kaufmann ist ein geschickter Taktierer, der den Bürgern das Gefühl zu vermitteln versteht, daß gerade die nationalsozialistische Bewegung gewillt ist, an alten hamburgischen Traditionen festzuhalten. Er gewinnt angesehene Bürger der Stadt für den – einflußlosen – Senat oder andere dekorative Gremien. Er versteht es, sachverständige Männer, auch wenn sie nicht der Partei angehören, zu motivieren. Er verzichtet mit Billigung Hitlers darauf, einen erprobten »alten Kämpfer« der Partei als Kandidaten für den Bürgermeisterposten zu nominieren. Mit der Wahl Krogmanns, der einer renommierten Hamburger Kaufmannsfamilie entstammt, signalisieren die Nationalsozialisten auch den noch fernstehenden Bürgern, wie sehr gerade sie gewillt sind, hamburgische Gepflogenheiten zu beachten.

Doch die Rücksicht hat ihre Grenzen. Dem Bürgermeister stellen die Nationalsozialisten mit ihrem »alten Kämpfer« Georg Ahrens als

Staatsrat einen ideologisch gefestigten Kontrolleur zur Seite, und um keinen Zweifel an den Zuständigkeiten aufkommen zu lassen, wird er, der Mann hinter dem Bürgermeister, zum Stellvertreter des Reichsstatthalters ernannt. Als Folge des geschickten und bedächtigen Taktierens geben sich viele Bürger noch lange der Täuschung hin, daß über Hamburgs Schicksal und Zukunft noch immer im Rathaus entschieden werde.

Wie anderswo auch, begleitet die Mehrheit der Hamburger Bevölkerung die zügige Umwandlung der abgewirtschafteten Demokratie in den nationalsozialistischen Führerstaat mit Sympathie. Von einem stramm geführten Staat erwartet man unangefochtenes Nationalbewußtsein, Gesundung der Wirtschaft, Arbeit für die Massen der Arbeitslosen, Ruhe und Ordnung auf den Straßen. Die hohen Erwartungen, die heiß ersehnten Besserungen verschleiern den Blick auf die offen zutage liegenden Willkürmaßnahmen. Daß Bürger verhaftet, gequält und erniedrigt werden, weil sie sich dem »neuen Staat« widersetzen oder weil ihnen die Zugehörigkeit zur »Volksgemeinschaft« bestritten wird, kann die Öffentlichkeit noch erfahren – aber will sie es auch? Es gibt Zeichen der Solidarität mit den Verfolgten, Verfeimten, aber das Beispiel der Wenigen macht die Teilnahmslosigkeit der Vielen nicht wett. Man möchte nicht nur durch-, sondern endlich auch weiterkommen. Man hat Angst vor persönlichen Benachteiligungen. Man duldet, indem man wegsieht. Das Sprichwort, das die Mitleidslosigkeit auf fünf Worte bringt, steht hoch im Kurs: »Wo gehobelt wird, fallen Späne«. Gesellschaftliche Vorurteile erleichtern die Duldung des Unrechts ebenso wie die Anpassung an die neue Macht, gehören doch die Schikanierten vornehmlich Gruppen an, die der bürgerlichen Gesellschaft ohnehin suspekt sind: Marxisten, Pazifisten, Juden, Homosexuelle...

Der Handschlag von Potsdam

Was sich in Hamburg in jenen Monaten nationalsozialistischer Machtaneignung vollzieht, bleibt unverständlich ohne den Blick auf Berlin. Dort komprimieren sich in wenigen Wochen die dramatischen Ereignisse, die den Nationalsozialisten zur Stabilisierung ihrer Macht verhelfen und zurückstrahlen auf Länder und Städte des Reichs.

In der Nacht zum 27. Februar 1933 lodern Flammen aus dem Reichstagsgebäude. Es ist Wahlkampfzeit, und der erst vier Wochen regierende Hitler wittert sofort seine Chance. »Das ist ein von Gott gegebenes Signal, Herr Vizkanzler«, sagt er zu Franz von Papen. Die unver-

zügig der kommunistischen Partei als gezieltes Attentat angelastete Brandstiftung treibt nicht nur neue Wasser auf die Propagandamühlen Hitlers. Ihr folgt am nächsten Tag schon die Verordnung zum Schutz von Volk und Staat. Die Bevölkerung ist aufgewühlt, müde der Attentate und Straßenkrawalle. So findet diese Notverordnung als prompte Antwort auf den Reichstagsbrand viel Beifall. Hitler bringt sie einen gewaltigen Zugewinn an Macht. Aus dieser Verordnung leitet er die Machtbefugnisse ab, mit denen er seine Partner überspielen und seine Gegner ausschalten wird. Sie erlaubt der Polizei, nun ohne richterliche Kontrolle Verdächtige, Unbequeme, Oppositionelle in Schutzhaft zu nehmen. Schutzhäftling wird fortan der genannt, der in ein Konzentrationslager eingeliefert wird, wiewohl er nicht vor einem ordentlichen Gericht gestanden hat. Die sogenannten Verordnungen treten an die Stelle der Verfassung; sie erlauben den permanenten Ausnahmezustand, bis 1945 wird er dauern. Was viele in guter Absicht als Hilfsmittel zur Stärkung der Staatsautorität in wirren Monaten begrüßen, wird für die Nationalsozialisten eine mit dem Schein von Legalität versehene Waffe zur dauernden Absicherung ihrer Macht. Wenn Jahre später in Hamburg das Heim der katholischen Jugend oder die Zentrale des St. Raphaelsvereins von der Gestapo geschlossen werden, geschieht dies mit dem Verweis auf die Notverordnungen von 1933 »zum Schutz von Volk und Staat«.

In einem Klima politischer Verwilderung finden am 5. März 1933 dann die letzten, halbfreien Wahlen statt. Sie lassen den Stimmenanteil der Nationalsozialisten wieder ansteigen, auch wenn es ihnen immer noch nicht gelingt, die Mehrheit aller Stimmen auf sich allein zu vereinen. Doch schon drei Wochen später landet Hitler den für die kommenden Jahre entscheidenden Treffer: Der Reichstag stimmt am 23. März dem von Hitler geforderten Ermächtigungsgesetz zu. Es befreit die Regierung von der Kontrolle des Parlaments; es räumt ihr für vier Jahre das Recht ein, Gesetze ohne die Mitwirkung des Reichstags zu erlassen. Ein ausgelaugtes, zur Kapitulation bereites Parlament beschert Hitler die benötigte Zweidrittelmehrheit. Nur die Sozialdemokraten widerstehen. Sie werden, nach den Kommunisten, die nächsten sein, die der Bannstrahl trifft. Widerstandslos fügen sich die übrigen Parteien.

Zwei Tage vor der Abstimmung vollzieht sich in Potsdam ein grandioses Schauspiel. Dieser 21. März 1933 wird sich in die Herzen von Millionen einbrennen als der »Tag von Potsdam«. Ein Staatsakt in der Garnisonskirche, in der die Gebeine Friedrichs des Großen ruhen, geht der Eröffnung des neuen Reichstags voraus. Betrieben und Schulen im ganzen Reich wird in wortgewaltigen Rundfunkreportagen dieser Tag

geschildert: SA-Truppen, Hitlerjugend flankieren den Weg. Wehrverbände, Traditionskompanien mit ihren Fahnen, Offiziere in den Uniformen ihrer alten Regimenter, die Generalität der Reichswehr füllen die Szene. Der greise Reichspräsident und Generalfeldmarschall von Hindenburg, der seine preußische Paradeuniform angelegt hat, wird vor das Portal geleitet, dann geht Adolf Hitler auf ihn zu und macht vor ihm seinen tiefen Diener. Diese Szene ist unüberbietbar: Der einfache Soldat, der Gefreite des ersten Weltkriegs, der nun Kanzler ist, ergreift die Hand, die der 85jährige Herr, Symbolfigur für die Mehrheit der Deutschen, ihm entgegenstreckt.

In diesem Handschlag glauben Millionen die Verschmelzung preußisch-deutscher Reichstradition mit dem neuen Staat Hitlers zu erleben. Er bewegt die Gemüter, und mit dem Choral von Leuthen («Nun danket alle Gott, mit Herzen, Mund und Händen...») steigen die Biten und Sehnsüchte Unzähliger in den Himmel, daß es Hitler gelingen möge, ein neues Reich aufzubauen, das nach den »würdelosen Jahren« wieder in der Tradition einer stolzen deutschen Geschichte steht.

Diese Wochen sind voller patriotischer Aktionen, in den Provinzen des Reichs nicht anders als in Berlin. Der Tag von Potsdam erfährt vielfachen Widerhall. Fackelzüge, Fahnenaufmärsche reihen sich auch in Hamburg aneinander. Wenn an dunkelnden Frühlingstagen an der Moorweide oder im Stadtpark das Musikkorps mit klingendem Spiel aufzieht, bilden die deutschnationalen und nationalsozialistischen Formationen Spalier; Fackeln lodern und blaken, viel Volk strömt zusammen. Nie ist vom Niederländischen Dankgebet des großen Zapfenstreichs so inflationär Gebrauch gemacht worden wie in diesen Monaten. »Wir treten zum Beten vor Gott, den Gerechten« – so tönt es vor einem ergriffenen Publikum, und die Melodie setzt sich fort im gottesdienstlichen Orgelspiel so mancher Kirchen. Der Festgottesdienst in Hamburgs Hauptkirche St. Jacobi am 10. Mai ist nur einer unter vielen im Reich; auch er steht in der Folge des Tags von Potsdam. Doch daß an diesem heroischen Tag ein Könnner die Fäden gezogen hat, der es versteht, Mißtrauen einzulullen, Sehnsüchte zu befrieden, Vertrauen zu bestätigen, Hoffnungen zu beflügeln – wer weiß das schon? Der Tag von Potsdam ist ein gekonnt arrangiertes Schauspiel. Eine Woche zuvor hat Hitler den Einpeitscher seiner Partei, Josef Goebbels, als Minister für Volksaufklärung und Propaganda in sein Kabinett geholt. Die Inszenierung in Potsdam ist sein erstes Meisterstück. Was Millionen ergreift, hakt er in seinem Tagebuch als gelungene »Rührkomödie« ab.

Schlingende Kirche

Die katholische Kirche schlingert in diesen Wochen; sie sucht nach einem neuen Kurs, aber sie findet ihn nicht. Wie soll sie auf die sich überstürzenden politischen Ereignisse reagieren? Im Widerstreit der Meinungen ist sie hin- und hergerissen: Der Mann, dem die Amtskirche solange mit Mißtrauen begegnet ist und dessen Parteiprogramm sie verurteilt hat, steht nun als Reichskanzler einer legalen staatlichen Obrigkeit vor, der auch die Katholiken »staatsbürgerlichen Gehorsam«, wie man damals zu sagen pflegte, schuldig sind.⁴

Die Kirche gerät unter einen doppelten Druck. Er wirkt von außen auf sie ein durch die vielfältigen Appelle an den nationalen Gemeinsinn, der auch von ihr bezeugt werden soll. Hitler taktiert gegenüber der Kirche überaus geschickt, vermeidet jedes aggressive Wort, braucht er doch die katholischen Stimmen des Zentrums für sein Ermächtigungsgesetz. Nach den langen Wochen ihres Schweigens seit dem Machtantritt Hitlers Ende Januar werden die Bischöfe nun bedrängt und bestürmt, Gesten der Anerkennung zu machen und die Bereitschaft zu einer möglichen Aussöhnung zu signalisieren.

Zugleich wächst der Druck innerhalb der Kirche. Der Tag von Potsdam wühlt auch die Katholiken auf. Die alten Warnungen der Bischöfe vor dem Nationalsozialismus werden von einer anschwellenden Zahl von Gläubigen nicht mehr ernst genommen. Die Zweifel mehren sich um so mehr, als die Amtskirche schweigt. So drängen katholische Politiker, Beamte, Journalisten, Priester, Leiter kirchlicher Verbände und Einrichtungen ihre Bischöfe, aus der Deckung herauszutreten und ein Wort zu sagen. Der Vorwurf wird lauter, daß sie mit ihrem Schweigen den Gläubigen den Weg zu verantwortlicher Mitarbeit am neuen Staat versperren.

Noch während des gewaltigen Nachhalls auf den Tag von Potsdam sichert sich Hitler im Reichstag die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz. Der Abstimmung schickt er eine programmatische Rede voraus, in der er auch die Kirchen seines Respekts versichert. Die christlichen Konfessionen nennt er »wichtigste Faktoren der Erhaltung unseres Volkstums«. Er verspricht, den Einfluß der Kirchen »vor allem im Bereich von Schule und Erziehung sicherzustellen«. Auch wenn seine Beteuerungen glatt und allgemein gehalten sind, verfehlen sie ihre Wirkung nicht. Sie bringen die Bischöfe in Zugzwang. Bereits fünf Tage später, am 28. März, wird die von Kardinal Bertram vorformulierte Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz zur Machtübernahme veröffentlicht. In Mahnungen wie in patriotische Beteuerungen verpackt, enthält sie ein in gewundenem Deutsch formuliertes, bedingtes

Ja zum nationalsozialistischen Staat: »Ohne die in seinen früheren Maßnahmen liegende Verurteilung bestimmter religiös-sittlicher Irrtümer aufzuheben, glaubt daher der Episkopat das Vertrauen hegen zu dürfen, daß die vorbezeichneten allgemeinen Verbote und Warnungen nicht mehr als notwendig betrachtet zu werden brauchen.«⁵

Die Meldungen des Rundfunks wie die Schlagzeilen der Zeitungen – auch die der katholischen! – heben mit Recht zuerst einmal die in diesem Kernsatz enthaltene Zustimmung der Bischöfe zum nationalsozialistischen Staat hervor. Wenn überhaupt, wird erst im weiteren Text über die nur ganz allgemein gehaltenen bischöflichen Vorbehalte informiert. Eine umsichtige Informationspolitik ist der Bischofskonferenz zu jener Zeit ein Buch mit sieben Siegeln; sie versteht es nicht, ihre Sache den Gläubigen in einer griffigen Sprache zu erklären, obwohl ihr doch nun in Goebbels und seinem Ministerium Meister der Propaganda wie der Verleumdung gegenüberstehen.

Nennenswerten Widerspruch innerhalb der Kirche findet diese Kundgebung nicht. Sie wird als Zustimmung gewertet; endlich, so denken viele, werden die Stolpersteine weggeräumt, die Katholiken den Weg in das Dritte Reich erschweren. In Rom freilich wundert sich Kardinalstaatssekretär Pacelli, der lange als Nuntius in Deutschland residierte, über die beflissene Eile der deutschen Bischofskonferenz. Vorwurfsvoll fragt er den Jesuitenpater Robert Leiber, einen seiner deutschen Berater: »Warum nur mußten die Bischöfe der Regierung so schnell entgegenkommen? Und wenn schon – konnten sie denn nicht einen Monat noch auf sich warten lassen?« Pacelli ist weit vom Schuß; er unterschätzt die Welle nationaler Erregung, die Deutschland durchläuft und von der auch die Bischöfe ergriffen sind.

Die kirchenfreundlichen Passagen der Hitlerrede verführen manche in der Kirche zu falschen Schlüssen. Sie werten sie leichtfertig als vorweggenommene Beweise für ein gedeihliches Miteinander von Kirche und Staat. Mag auch die jubelnde Verklärung des Nationalsozialismus, wie sie in weiten Teilen der evangelischen Kirchen vorherrscht, in der katholischen Kirche gebremst und begrenzter bleiben, so trompeten doch Bischöfe, Professoren, Pastoren und Kapläne in Predigten, Vorlesungen, Kundgebungen und auf Gemeindefesten einen politischen Optimismus ins Land, der nicht nur aus dem Überschwang patriotischer Gefühle, sondern mehr noch aus dem kritiklosen Vertrauen auf die rhetorischen Beteuerungen Hitlers lebt. Zu den Optimisten gehört Wilhelm Berning. Als ersten der wenigen Bischöfe, mit denen er je reden wird, empfängt Hitler ihn schon am 26. April als den Beauftragten der Bischofskonferenz. Diese Begegnung bestärkt Berning in seiner Meinung. Ihm ergeht es wie vielen. Er ist beeindruckt vom »Führer«, wie-

wohl Hitler das Gespräch weitschweifig führt und diskussionslos für sich zu werben versteht. »Er sprach«, berichtet Berning seinen Mitbrüdern im Bischofsamt, »mit Wärme und Ruhe, hie und da temperamentvoll. Gegen die Kirche kein Wort, nur Anerkennung gegen die Bischöfe.«⁶

Auf der Fuldaer Bischofskonferenz, Ende Mai/Anfang Juni 1933, kommen erste Warnungen vor unzureichender Distanz gegenüber dem nationalsozialistischen Staat hoch. Doch die kritischen Anmerkungen, vorgetragen vor allem vom Bischof von Eichstätt, Konrad Graf Preysing, der bald nach Berlin versetzt werden wird, werden zwar respektiert, nicht aber übernommen. Der schon 74jährige Vorsitzende, der Breslauer Kardinal Bertram, bestimmt letztendlich Inhalt und Stil bischöflicher Verlautbarungen. Dieser Kardinal gibt sich keinen Illusionen hin, aber er meint, zum Wohle der Kirche für einen Kurs plädieren zu müssen, der energische Kritik nicht ausspart, aber dennoch Verträglichkeit signalisiert.

So kommt für den 3. Juni wieder ein Gemeinsames Hirtenwort zustande. In ihm wird davor gewarnt, die in der bischöflichen Kundgebung vom 28. März geäußerten Bedenken gering zu achten. Damit wird die Absicht verfolgt, die allzu positive Aufnahme jenes Hirtenworts zu dämpfen. Sie ist, wie Bertram meint, vor allem auf »eine verstümmelte Mitteilung der Presse« zurückzuführen. Ob dies nicht auch am faden Inhalt und am schlangengleich gewundenen Stil gelegen haben könnte – so zu fragen übersteigt den Horizont dieses belesenen, aber medienfernen Kirchenfürsten.

Auch im neuen, nachgeschickten Hirtenwort fehlt es nicht an Vorbehalten; doch sie bleiben unscharf, unpräzise. Sie werden wappiert durch die erneuten, ausführlichen Hinweise auf die Pflicht der Gläubigen »zur Treue gegenüber der rechtmäßigen Obrigkeit und zur Erfüllung des sittlich gebotenen, staatsbürgerlichen Gehorsams«. Dieses Hirtenwort wirkt wie ein Loyalitätsbekenntnis, gewürzt mit einigen Essigtropfen.

Entschärft wird das Wort der Bischöfe zudem durch die für den Klerus beigefügten Pastoralen Anweisungen. Der Sakramentenempfang in Uniform wird offiziell erlaubt. Uniformierte Nationalsozialisten »dürfen nicht vom Bußsakrament zurückgewiesen oder an der Kommunionbank übergangen werden«. Der Besuch des Gottesdienstes in geschlossener, uniformierter Kolonne ist nun gestattet. Der Einmarsch mit nationalsozialistischen Sturmflaggen soll vermieden werden; strikt verboten wird er nicht. So schließt die Kirche, mit ihren Gläubigen selbst verwoben in die nationalsozialistische Bewegung, ihre Kompromisse mit Partei und Staat.

Von den Bedenken, den Einwänden des Grafen Preysing findet sich nichts wieder im Hirtenwort der Fuldaer Bischofskonferenz. Aber Risse in ihrem Gefüge werden spürbar. Nur wenige Jahre später wird sie erbeben unter den Gegensätzen einer offensiv-harten und einer defensiv-verbindlichen Front, für die Namen wie Preysing und Galen auf der einen, Bertram und Berning auf der anderen Seite stehen.

In den Monaten des Frühlings und Sommers 1933 gehen zugleich die Verhandlungen über ein Konkordat zwischen Reichsregierung und Vatikan zügig voran. Die Nationalsozialisten versprechen sich vom Konkordat nationale und internationale Reputation. Die Kirche wertet es als Dokument der ihr vom Staat verbrieften Freiheiten und Rechte.⁷ Besorgte Beobachter möchten mit dem Konkordat schon die Verteidigungslinie markiert sehen, hinter die sich die Kirche nicht zurückdrängen lassen dürfe. Doch solche Skepsis bewegt im Sommer 1933 nur wenige. Der Abschluß des Konkordats löst wieder eine Welle von Hoffnungen aus. Hitler erhält eine Fülle von Glückwünschen. Selbst der in den kommenden Jahren unbeirrt seinen Weg gehende Kardinal Michael von Faulhaber in München sendet Hitler ein Handschreiben, in dem sich gewiß die Meinung der Mehrheit des katholischen Volksteils widerspiegelt. »Was die alten Parteien und Parlamente in 60 Jahren nicht fertig brachten, hat Ihr staatsmännischer Weitblick in 6 Monaten weltgeschichtlich verwirklicht. Für Deutschlands Ansehen nach Osten und Westen und vor der ganzen Welt bedeutet dieser Handschlag mit dem Papsttum, der größten sittlichen Macht der Weltgeschichte, eine Großtat von unermeßlichem Segen... Uns kommt es aufrichtig aus der Seele: Gott erhalte unserem Volk unseren Reichskanzler.«⁸

Beim festlichen Dankgottesdienst am 23. September in der St. Hedwigs-Kathedrale in Berlin flankieren die Banner und Wimpel der katholischen Verbände nun vereint mit den von katholischen SA- und SS-Männern getragenen Hakenkreuzfahnen den Altar. Ehe der päpstliche Nuntius das Te Deum anstimmt, beten die Besucher, wie das Konkordat es nun vorschreibt, »für das Wohlergehen des Deutschen Reiches und Volkes«. Bald wird daraus in vielen Kirchen, an vielen Orten und für lange Zeit ein Gebet »für Führer, Volk und Vaterland«. Nein – an diesem Festtag kann die Kirche noch nicht wissen, daß sie, wie das ganze Volk, mit diesem Führer unter die Räuber gerät.

Jubel und Schikanen

Von der Hochstimmung der ersten Zeit ist die Hamburger Diasporakirche nicht ausgenommen. Begeistert berichtet das (katholische) Nachrichtenblatt über den von der Hitlerjugend organisierten »Aufmarsch der vaterländischen Jugendverbände zu Ehren von Senat und Reichskanzler«, bei dem auch die katholische Jugend nicht fehlt. In Schul- und Pfarrchroniken spiegelt sich die Zeit wider. In der Schulchronik der Gemeindeschule St. Michael des Jahres 1933 lesen wir:

- »20.4. Geburtstag des Führers. Schulfrei.
- 22.6. Große Sakramentsprozession in der kl. St. Michaelis-Kirche.
- 28.6. Schmachfriede von Versailles. Halbmast.
- 17.8. Der deutsche Gruß wird offiziell in allen Schulen eingeführt. Da wir keinen Schulhof haben, wird der Flaggenappell in der Turnhalle am Montagmorgen vor der ersten Stunde abgehalten.
- 29.9. Letzter Schultag. Tag unseres Schutzpatrons, des hl. Michael. Hinweis auf die Feier des Erntedankfestes. Jedes Kind erhält eine Zeitschrift: »Blut und Boden«, die Grundlage der deutschen Zukunft.«

Auch auf Schul- und Kirchengelände weht nun an nationalen Feiertagen die Fahne mit dem Hakenkreuz. Der Pfarrer von St. Marien in Ottensen schreibt in seiner Pfarrchronik: »Der Kirchenvorstand trug der neuen Zeit Rechnung und beschloß die Aufstellung von je zwei Fahnenmasten vor der St. Marien- und der St. Paulus-Augustinus-Kirche, um neben der schwarz-weiß-roten Fahne auch die Hakenkreuzfahne als Hoheitssymbol des dritten Reiches an vaterländischen Gedenktagen hissen zu können.«

Im November 1933 ruft der Hamburger Gesellenverein seine Mitglieder und Freunde zur 75-Jahrfeier bei Sagebiel. Die Stirnwand schmückt ein riesiges Hakenkreuz, und nicht nur ein Festredner wagt den Salto mortale von Adolf Kolping zu Adolf Hitler.

Im April 1933 plädiert der Katholische Lehrerverband für »Mitarbeit in der nationalen Bewegung«. Vier Monate später löst er sich auf und empfiehlt seinen Mitgliedern den Eintritt in den Nationalsozialistischen Lehrerbund – einer der vielen schizophrenen Akte jener Zeit, treten damit doch katholische Lehrer einer nationalsozialistischen Standesorganisation bei, die für die Einheitsschule, und das heißt: gegen die Konfessionsschule ist.

Der Bund Neudeutschland der katholischen Gymnasiasten feiert auf seinem »ND-Tag« im August 1933 den neuen Staat mit Bekenntnissen voller antidemokratischer Ressentiments und politischer Romantizismen. »Wir bejahen [ihn] als eine Überwindung des parlamentarischen

Staates, in dem es nur noch Verhandlung und Abstimmung, nicht aber letzte, klare Entscheidung mit allein zu tragender Verantwortung gab. Wir bejahen [ihn] als die Überwindung des liberalen Staates, der keine feste und allgemein verbindliche Wertordnung mehr kennt, sondern unter Politik nur noch den taktischen Kompromiß der verschiedenen Weltanschauungen verstand«.

Der CV, der Cartellverband der Katholischen Deutschen Studentenverbindungen, hebt im April 1933 das Verbot der Zugehörigkeit seiner Mitglieder zur NSDAP auf. Im November schon gibt er sich eine neue Satzung. In Artikel 3 heißt es: »Die Heirat mit nicht-arischen Frauen führt zum Ausschluß.«⁹

So verändert sich das Erscheinungsbild des Katholizismus. Traditionen, von der nationalsozialistischen Ideologie auf den Prüfstand gesetzt, erweisen sich oft als brüchig; sie zerbröseln. Auflösungsprozesse werden in Gang gesetzt. Sie schlagen sich auch in der Diasporakirche nieder, finden sich doch nahezu alle Vereine und Landesorganisationen des deutschen Katholizismus in der Hansestadt wieder. Da die Zahl der Vereine groß, die ihrer Mitglieder jedoch oft winzig ist, wird manche Veränderung öffentlich nicht einmal registriert. So kann der Pastor primarius an seinen Bischof schreiben: »Der zeitige Vorsitzende des Kath. Beamtenvereins war bei mir, um mir zu berichten, daß die Vorstandsmitglieder beschlossen hätten, den Beamtenverein aufzulösen. Ich habe nicht lange mit ihm über das Für und Wider gesprochen, weil ich ganz den Eindruck hatte, daß die Vorstandsmitglieder an ihrem Beschlusse festhalten würden... Da die hiesige Ortsgruppe kein eingetragener Verein ist, könnte meines Erachtens die Auflösung ganz still erfolgen, ohne daß viel in der Öffentlichkeit geschrieben wird.«¹⁰

Über die Auflösung der Hamburger Zentrumspartei, die Wintermann pflichtgemäß in vier Zeilen der Abwicklungsstelle der Partei in Berlin mitteilt, erscheint im Nachrichtenblatt kein Wort. Schweigend übergeht man die Pleite. Die Kirche vor Ort sieht sich auch nicht zu Protesten herausgefordert. Anders als in Schlesien oder Bayern, wo katholische Vereine, renommierte Laien und Priester sehr bald drangsalieren werden und Bischöfe sich gezwungen sehen, öffentlich gegen Schikanen zu protestieren, bleibt die Kirche in Hamburg – vorerst – unbelästigt. Klein, wie sie ist, steht sie im Windschatten; den neuen Machthabern ist sie nicht wichtig genug. Auch brauchen die Nationalsozialisten in Hamburg keine hohen Staatsbeamten ihrer Katholizität wegen auszubootten; auch werden hier, wie anderswo, keine katholischen Partei- oder Vereinssekretäre arbeitslos, um die sich die Kirche zu sorgen hat. Es gibt weder diese noch jene. So bewahrt auch die Diasporasituation die Kirche vor einem schnellen Zusammenprall.

Er kündigt sich erst allmählich an in Sticheleien, in kleinen, oft albernen Provokationen. Kirchenwände werden hier und da mit Hakenkreuzen beschmiert. Hitlerjungen kleben gelegentlich ihre Werbeplakate auf die Zeitschriftenstände der Gemeinden. Auch zieht zuweilen ein Zug von Hitlerjungen oder SA-Männern zur Gottesdienstzeit trommelnd und pfeifend an einer Kirche vorbei. Nadelstiche sind es, mehr nicht.

Noch feiern die Vereine ihre Feste. Pfadfinder, Sturm- und Jungscharen bereiten ihre Geländespiele vor, wandern in ihrer Kluft, Wimpel und Christusbanner voran, gehen auf Fahrt, schlagen die Zelte auf und feiern Eucharistie im Birkenhain. Weigert sich ein Herbergsvater, katholische Gruppen aufzunehmen, regt sich der Trotz, aber immer noch finden sich Auswege, die den Protest beschwichtigen. Die nächste Jugendherberge, eine Gemeinde oder ein Bauer werden der Gruppe weiterhelfen. Sie fühlt sich nicht ausgesperrt, erst recht nicht verfolgt. Die organisierte katholische Jugend bejaht den neuen Staat samt Hakenkreuzfahne und Hitlergruß, aber sie möchte ihr Eigenleben weiterführen – im Unterschied zu den evangelischen Jugendverbänden Hamburgs, die sich, zehntausend Mann stark, Anfang 1934 in die Hitlerjugend überführen lassen. Auch bei der katholischen Jugend beginnt es zu bröckeln, doch ebenso fördern die Sticheleien den Zusammenhalt. Die auch den Jungen und Mädchen eigene Mentalität des trotzigsten Diasporakatholizismus bremst den Verfall, aufhalten läßt er sich nicht.

Einen ersten schon lebensbedrohenden Stoß versetzt der Reichsjugendführer Baldur von Schirach den katholischen Jugendverbänden im Sommer 1933 mit dem Verbot der Doppelmitgliedschaft. Der Beitritt zur Hitlerjugend bedingt den Austritt aus dem katholischen Jugendverband. Welche Schlinge den Verbänden damit um den Hals gelegt wird, macht sich erst nach und nach bemerkbar. Zunächst werden die im Vereinsleben spürbar werdenden konkreten Benachteiligungen beklagt. So wird der städtische Zuschuß für das Haus der katholischen Jugend am Graumannsweg ersatzlos gestrichen, auch werden keine staatlichen Beihilfen für Fahrten und Lager mehr gewährt. Doch solche materiellen Behinderungen lassen sich ausgleichen. Hilflös dagegen sehen sich Kirche und Verbände dem schleichenden Mitgliederschwund ausgesetzt, den das Verbot der Doppelmitgliedschaft mit sich bringt. Vom Schulabgänger, der sich um eine Lehrstelle in einem ersehnten Beruf bewirbt, erwartet der Meister womöglich HJ-Mitgliedschaft. Katholische Gesellen fühlen sich an ihrem Arbeitsplatz benachteiligt. Volksschullehrer wie Studienräte rühren oft in ihren Klassen die Werbetrommel für die Hitlerjugend. Von diesem Sog blei-

ben auch die Katholiken nicht ausgenommen; er mindert den Bestand der Verbände, er weicht das Fundament ihrer Beständigkeit auf.

Ein zweiter Stoß trifft den Verbandskatholizismus bis ins Mark. Von April 1934 an gilt das Verbot der Doppelmitgliedschaft auch für die Angehörigen der Deutschen Arbeitsfront. Sie ist die nun staatlich gesteuerte Nachfolgeorganisation der von den Nationalsozialisten liquidierten Gewerkschaften, die, wie es in protzigem Parteideutsch heißt, »alleinige Vertreterin aller Schaffenden der Stirn und der Faust«. Sich ihr zu versagen, ist Arbeitern, Angestellten, Kaufleuten, Handwerkern nahezu unmöglich, es sei denn, sie nehmen bewußt berufliche und materielle Benachteiligungen in Kauf.

Ein sechzehnjähriger Lehrling, der den Lockrufen widerstehen und seiner Sturm­schar die Treue halten möchte, gerät in seinem Betrieb unter den fordernden Druck der Arbeitsfront. Der Staat beginnt, seinen totalitären, die ganze Gesellschaft vereinnahmenden Charakter zu zeigen. Er lockt die Menschen in die verschachtelte Vielfalt seiner nationalsozialistischen Organisationen, aber in Wahrheit nötigt er sie, da die Verweigerung der Mitgliedschaft Unannehmlichkeiten mit sich bringt und meist zu Benachteiligungen führt. Dieser Nötigung ist nun auch die Fülle katholischer Standesorganisationen – von der Kolpingsfamilie bis hin zu den katholischen Kaufleuten – ausgesetzt. Viele Mitglieder sehen sich gezwungen, sich für die Arbeitsfront und damit gegen ihren im Boden der hamburgischen Diaspora festgekrallten Verein zu entscheiden. Das Netz, das Partei und Staatsführung über die Bürger geworfen haben, wird angezogen, seine Maschen werden dichter. Lehrern, die sich bisher gemeinsam mit Jugendseelsorgern den Vereinen widmeten, wird ihr Engagement in der Verbandsarbeit erschwert und dann verboten. Beamten wird untersagt, ihre Kinder auf konfessionelle Schulen zu schicken, zugleich wird ihnen nahegelegt, sie aus den konfessionellen Jugendverbänden herauszunehmen. So siechen allmählich die katholischen Vereine, die kleine Vielfalt katholischer Standesorganisationen, in Hamburg dahin; sie sterben einen langsamen Tod, sie werden von einem nun totalitären Staat ausgehungert.

Im September 1935 ruft der Bischof die Dechanten seines Bistums nach Ohrbeck bei Osnabrück, um mit ihnen drückende Probleme der Seelsorge zu erörtern. Die Auswirkungen des Verbots der Doppelmitgliedschaft nötigen Bischof und Dechanten zu einer tristen Bilanz. Das Gebäude des Verbandskatholizismus, bisher Stolz und starke Stütze der Kirche, bröckelt; dies bewirken staatliche Raffinessen und Verbote ebenso wie die Selbstaufgabe katholischer Vereine. In den Berichten der Dechanten scheinen die Nöte der Kirche auf; die Zwickmühle wird deutlich, in der sich die Kirche vor Ort befindet: Soll sie die Mit-

glieder zur Fortführung ihrer Vereine ermuntern, dann muß sie von ihnen auch die Bereitschaft verlangen, aus der Arbeitsfront ostentativ auszutreten. Dies zu fordern, erscheint Bischof wie Dechanten undiskutabel. »Der Austritt aus der ›Deutschen Arbeitsfront‹«, so formuliert die Konferenz, »bedeutet praktisch in vielen Fällen den Verlust der Berufsstelle und des Lebensunterhaltes. Auf die Mitglieder katholischer Standesvereine, denen es durch die Umstände praktisch unmöglich gemacht ist, diesen Vereinen weiterhin anzugehören, darf der Seelsorger keinen Druck ausüben, um sie – zum Nachteil ihres Berufes, bzw. ihrer Existenz – in den Vereinen zu halten. Auch soll der Seelsorger solchen Katholiken keine stillen oder offenen Vorwürfe machen, wenn sie sich aus den Standesvereinen abmelden...; vielmehr soll er ihnen danken für ihre bisherige treue Mitgliedschaft...«¹¹

Die Kirche reagiert defensiv; sie weiß kein Mittel, den nationalsozialistischen Attacken gegen ihre Verbände zu begegnen. So wie die Austritte aus den Standesorganisationen klaglos hingenommen und respektiert werden, so wird gleiches Verständnis auch den Jugendlichen entgegengebracht, die ihre Bünde verlassen. In einem unscheinbaren Briefwechsel zwischen dem Bischof in Osnabrück und einem besorgten Vater, dessen Sohn das Christianeum in Altona besucht und zugleich dem Bund Neudeutschland angehört, spiegelt sich ein großes Drama der Kirche jener Jahre wider.

Der Vater bittet, Oktober 1935, den Bischof um Rat. Hat ihm doch ein (dem Brief des Vaters nach durchaus »rücksichtsvoller«) Studienrat nahegelegt, den Sohn zum Eintritt in die Hitlerjugend zu bewegen, weil dies für ihn auch im Hinblick auf das anstehende Abitur förderlich sei. Zudem sei er der einzige Schüler seiner Klasse, der noch außerhalb der Hitlerjugend stehe. »Ich befinde mich so in einer Zwangslage«, schreibt der Vater bittend und drängend an den Bischof. »Mein Sohn ist mit Leib und Seele in ›Neudeutschland‹. Bitter leid würde es ihm werden, sich davon zu trennen... Andererseits kann ich es nicht verantworten, die Ausbildung meines Sohnes zu erschweren, wenn nicht gar unmöglich zu machen. Finanziell bin ich leider nicht so gestellt, daß ich ohne Sorge etwa entstehende Schwierigkeiten unbeachtet lassen kann.«

Der Vater drängt in einem zweiten Brief auf Antwort, »es scheint mir, als ob in Kürze Gefahren heraufziehen, denen ich ausweichen möchte und wohl auch muß«. Der Bischof erwidert erst einen Monat später, »weil ich fast dauernd auf Reisen mich befand, und weil es nicht leicht ist, Ihre Anfrage zu beantworten«. Er zeigt Verständnis für die väterlichen Sorgen, empfiehlt den Austritt des Sohnes aus Neudeutschland, was faktisch der Zustimmung zum Eintritt in die Hitlerjugend gleichkommt. »Wenn«, so der Bischof, »einem Schüler aus seiner Zuge-

hörigkeit zu ›Neudeutschland‹ große Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten erwachsen, muß man sich damit abfinden, daß er vorläufig bis zur endgültigen Regelung aus dem Bund austritt.«¹²

»... bis zur endgültigen Regelung« – hinter diesen dürftigen Worten verbergen sich Hoffnungen und Ängste, die der Bischof dem Vater in Hamburg in seinem Antwortschreiben nicht erläutern möchte. Berning ist nämlich der Wortführer der bischöflichen Dreierkommission, die mit der Reichsregierung die Rechte der Kirche aus Artikel 31 des Konkordats auszuhandeln hat. Artikel 31 gilt dem Verbandskatholizismus, aber er ist schwammig gefaßt – eine Rahmenvereinbarung, die noch der Ausführungsbestimmungen bedarf. Die Kirche pocht auf die weitere, öffentliche Wirkungsmöglichkeit ihrer Verbände; der Staat dagegen will sie zu innerkirchlichen Vereinen degradieren und »in die Sakristei« verbannen: Beten mögen sie so oft und so lang sie wollen, doch in der Öffentlichkeit haben sie das Maul zu halten!

Nahezu zwei Jahre, von 1934 bis 1936, antichambriert der Bischof in Berlin, läßt sich durch Demütigungen politischer Instanzen, die ihn hinhalten, die ihn an untergeordnete Beamte und Parteifunktionäre verweisen, nicht entmutigen. »Ich werde hier«, entfährt es ihm, »angelegen wie noch nie in meinem Leben.« Aber Berning läßt sich auch, immer in der Absicht, den Verbänden zumindest Teile ihrer Freiheiten zu erhalten, zu Zugeständnissen verleiten, die viele seiner bischöflichen Amtsbrüder in Harnisch bringen. Selbst der dem Osnabrücker Bischof wohlgesonnene und zur Verträglichkeit neigende Kardinal Bertram ist entsetzt. Konziliant im Ton, aber schroff in der Sache, weist Kardinalstaatssekretär Pacelli das Ergebnis der Vermittlungsversuche Bernings zurück. Die Mission scheitert.¹³ Die Niederlage trifft Berning nicht nur deshalb hart, weil er die Verhandlungen mit Enthusiasmus und Zuversicht geführt hat, sondern weil gerade er engagierter Kinder- und Jugendseelsorger ist.

Der Artikel 31 wandert, wie die Nationalsozialisten es wollen, in die Regale unerledigter Akten, dort wird er bleiben bis zum Göttersturz des nationalsozialistischen Reichs. Noch während der letzten Verhandlungsversuche 1935/36 zertrümmern die Nationalsozialisten, Konkordat hin, Konkordat her, das einst blühende Vereinswesen der Kirche. Die Beute, nach welcher der Staat besonders giert, ist die katholische Jugend. Sie wird sein erstes Opfer.

Am 23. Juli 1935 wird der katholischen Jugend der öffentliche Auftritt verboten. Sie darf ihre Kluft in der Öffentlichkeit nicht mehr tragen, nicht mehr hinter Wimpeln und Bannern hermarschieren. Geländespiele, Zeltlager, öffentliche Sportveranstaltungen sind ihr, wie überall im Reich, so fortan auch »im gesamten hamburgischen Staatsge-

biet« untersagt. Wenig später wird das katholische Jugendhaus am Graumannsweg von der Geheimen Staatspolizei geschlossen. Zur rechtlichen Begründung muß wieder die nach dem Reichstagsbrand blitzschnell erlassene Verordnung zum Schutz von Volk und Staat herhalten.¹⁴

Die Absicht dieser Verfügung ist klar: Den Jugendvereinen wird ihre öffentliche Wirksamkeit genommen; sie werden auf den Kirchenraum verwiesen, nur religiöse Veranstaltungen sind noch erlaubt. Diese Auflagen vermindern die Attraktivität der Bünde. Was ihnen nun verboten ist – vom Lagerfeuer vor den Zelten bis zum Sportwettkampf –, bietet die Konkurrenz der Hitlerjugend in Fülle an. Der katholischen Jugend, die ihrem Selbstverständnis nach religiöses Bekenntnis mit munterem weltlichen Tatendrang zu verbinden trachtet, wird, auf eine einfache Formel gebracht, Strom und Wasser abgedreht.

Vorausgegangen sind Monate der Schikanen. Pfarrbüchereien werden auf »undeutsches Schrifttum« hin kontrolliert und zensiert, Aushängекästern zertrümmert. Die Auslieferung des Nachrichtenblatts wird 1935 mehrmals behindert. Die katholischen Vereine kündigen ihre Zusammenkünfte nicht mehr in der Kirchenzeitung an, um Zusammenstöße mit HJ und SA zu vermeiden. Aufführungen katholischer Spielgruppen werden mit Stinkbomben traktiert, vor der St. Joseph-Kirche an der Großen Freiheit in Altona wird die Jugendzeitschrift Michael beschlagnahmt. Der staatliche Landesjugendpfleger, der zugleich als Obergebietsführer die Hitlerjugend in Hamburg befehligt, verlangt die korrekten Daten über alle katholischen Jugendgruppen, sowie die Angabe von Ort und Zeit jedweder Veranstaltung. Standhaft weigert sich, gedeckt durch bischöfliche Zustimmung, der als Bezirkspräses der katholischen Jugend amtierende Pfarrer von St. Antonius in Hamburg-Winterhude, Johannes von Rudloff.

Das Ende der katholischen Verbände

Noch einmal in diesem Jahr versammelt sich die katholische Jugend der ganzen Hamburger Region in St. Bonifatius. Wie immer am Tag der Jugend ist auch diesmal die Kirche voller junger Menschen, wieder senken sich die in das Gotteshaus hineingetragenen Wimpel und Banner vor dem Tabernakel. Pater Esch, der Bundesführer von Neudeutschland, predigt. Das Motto seiner Predigt entlehnt er – verlängert um den Namen Christi – der vaterländischen Dichtung des Soldaten- und Arbeiterdichters Heinrich Lersch: »Christus in Deutschland muß leben,

auch wenn wir sterben müssen.« Im martialisch-überschwenglichen Text des Paters scheint das Ende der Vereine vorweggenommen. Es wird keinen Tag der katholischen Jugend mit Aufmarsch und Fahneinzug mehr in Hamburg geben. Nur noch von Siechtum und Tod der Vereine ist zu berichten.

Am 19. November 1935 feiern noch rund zweihundert junge Leute im katholischen Seemannsheim einen frohen Heimabend zu Ehren des scheidenden Bezirkspräses von Rudloff. Banner sind aufgereiht, es wird gesungen und gezupft. Als Pastor von Rudloff seine Dankes- und Abschiedsrede beginnen will, dringen Gestapobeamte ein und lösen die Versammlung mit der Begründung auf, sie verstoße gegen die staatlichen Auflagen. Gegen die Verantwortlichen werden Geldstrafen in Höhe von je 150 Reichsmark verfügt.

Das endgültige Aus erfolgt elf Tage später. Am 30. November 1935 wird der katholische Jungmännerverband mit allen seinen Untergliederungen verboten. Wer sich der Auflösung widersetzt, wird mit Gefängnis- und hohen Geldstrafen bedroht. Fahnen und Banner der Vereine werden beschlagnahmt. Ein kurzer Aufschub des Verbots, den Berning noch erreicht, ändert nichts mehr an Kollaps und Tod des Verbandskatholizismus. Das Ende der katholischen Jugend ist nur eines von vielen Beispielen für den Niedergang der Verbände; sie alle dürfen nun in der Öffentlichkeit nicht mehr präsent sein. Der Untergang zögert sich zuweilen, de jure, bis in das Jahr 1939 hinaus, aber er ist nicht mehr abzuwenden. Ein ungleicher Kampf geht damit zu Ende.

Dem Bischof wie seinem Pastor primarius in Hamburg rieselt der Sand durch die Finger: Vereine schrumpfen, verkümmern, verschwinden. Wir wissen nicht, wieviele Jugendliche, Arbeiter, Kolpingsöhne, Akademiker, Kaufleute, Handwerker, Mädchen und Frauen die Vielzahl der hamburgischen Vereine verlassen. Der Verbandskatholizismus repräsentiert nur eine Minderheit innerhalb der ohnehin kleinen Diasporakirche, nun verliert er sich im Kirchenvolk. Was bleibt, sind Freundschaften, Cliques, Zirkel, die die Zeit zäh überdauern. Wenn sich – später – Katholiken in Hamburg gegen den Staat auflehnen, wenn Katholiken Bedrängten stille und doch gefährvolle Hilfe leisten, wenn junge Menschen die aufrüttelnden Predigten des Grafen Galen abtippen, vervielfältigen, den zu Soldaten gewordenen ehemaligen Meßdienern in die Feldpostbriefe beilegen oder in Hamburger Briefkästen werfen – wir dürfen sicher sein, daß die Mehrheit dieser – kleinen – Schar in den nun verbotenen Vereinen der Hamburger Diaspora wurzelt.

Die Hitlerjugend verzeichnet in diesen Jahren große Gewinne. Im Dezember 1936 wird sie zur – konkurrenzlosen – »Staatsjugend« erhoben. Erfolge und Verlockungen der Nationalsozialisten blähen ihr die

Segel. Im Oktober 1936 berichtet der Reichsstatthalter nach Berlin, daß nun »ca. 40 %« der Hamburger Jugendlichen der Hitlerjugend angehören. »Der Jahrgang 1926 konnte«, so Kaufmann, »beinahe 100 %ig in das Jungvolk aufgenommen« werden.

Schon im Mai 1935 erzielten vier höhere Schulen (zwei in Hamburg, je eine in Altona und Harburg) HJ-Mitgliedsquoten von über 75 Prozent; Johanneum und Christianeum nennen 58 und 52 Prozent. An der immer noch als liberal geltenden Lichtwarkschule sind 33 Prozent der Schüler Mitglied der HJ. Am Ende dieser staatlichen Erhebung rangieren das katholische Progymnasium für Jungen und die katholische Oberrealschule für Mädchen. Von 280 Schülern gehören nur 56 Jungen (20 %), von 256 Schülerinnen nur 36 Mädchen (12 %) der Hitlerjugend an.

Noch eindeutiger fällt das Ergebnis der am 1. Mai 1935 auch an allen Hauptschulklassen ermittelten Zugehörigkeit zur Hitlerjugend aus. Auch in dieser langen Reihe finden wir die katholischen Schulen im unteren Drittel. Nur zwei von ihnen (Alsterdorfer Straße und Danziger Straße) übersteigen knapp die Marke von 20 Prozent, der Durchschnittswert liegt bei 14 Prozent. Die katholischen Schulen bilden das Schlußlicht; wir dürfen dies werten als ein Zeichen größerer Distanz der katholischen Diaspora gegenüber dem nationalsozialistischen Staat.¹⁵

Diaspora im Wechselbad

Länger als andere Regionen des Reichs bleibt Hamburg ein von der Reichsregierung anerkanntes wirtschaftliches Notstandsgebiet. Die Folgen der Weltwirtschaftskrise, von der die Stadt besonders hart betroffen war, wirken lange nach. Traditionsgemäß kennzeichnen Handel und Hafen das Herz der Hansestadt, doch dieses Herz schlägt nur matt. Der Mangel an Devisen wie an Exportgütern verhindert den Aufschwung, den allein der Handel bringen könnte. Noch 1934 liegt die Quote der Arbeitslosen bei 14 Prozent, die Mehrheit von ihnen sind stellungslose Angestellte.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mildern die Nöte nur wenig. Sumpfbiete werden entwässert, Straßen gebaut, Flüsse reguliert, vor allem werden verkommene Wohnviertel saniert, was die Parteiführung propagandistisch zu nutzen versteht. Erst die Einführung der Wehr- und Arbeitsdienstpflicht 1935 entlastet die Stadt, erst die Wiederaufrüstung der Kriegsmarine bringt die Werften und ihre Zulieferer in

Schwung. Autoritär zieht die Staatsführung dann auch einen schnellen Schlußstrich unter die aus verkalkten Traditionen herrührenden territorialen Eigenbröteleien von Hamburg und Preußen. Das NS-Regime zwingt zusammen, was in dem Ballungsraum an der Unterelbe längst hätte zusammengefügt sein müssen: Aus Alt-Hamburg wird 1937, nun vereint mit Harburg-Wilhelmsburg, Altona, Wandsbek und einigen nördlich der Stadt gelegenen Orten, Groß-Hamburg. Jetzt erst wird die Hafen- und Handelsstadt auch zum mächtigen Industriezentrum, das seine Wirtschaftskraft um ein Vielfaches steigern kann.¹⁶

Auch in den Notstandsjahren Hamburgs weiß die NS-Partei Pluspunkte zu sammeln. So bringt sie im Bereich der Sozialpolitik eine Fülle sachlich wie optisch wirkungsvoller Maßnahmen in Gang, zu denen die Weimarer Republik nicht fähig war. Die Deutsche Arbeitsfront empfiehlt sich Arbeitern und Angestellten mit einem verbesserten Kündigungsschutz, erhöhten sozialen Leistungen; erst von nun an muß in allen Arbeitsbereichen voll bezahlter Urlaub gewährt werden. Subventionierte Betriebskantinen verbessern und verbilligen zugleich ihr Angebot. Der groß aufgezogene Betriebssport bereitet Vergnügen.

Mit der Unterorganisation Kraft durch Freude wird für Freizeit- und Urlaubsgestaltung im Sinne der Nationalsozialisten geworben. Kostengünstige Gemeinschaftsreisen, Erholungszeiten für berufstätige und kinderreiche Mütter werden angeboten oder als Prämie verschenkt, Theater- und Konzertabonnements preiswert offeriert. Schon kann man sich in die KdF-Sparaktion für einen Volkswagen einschreiben, der, wenn er denn gebaut wird, nur tausend Reichsmark kosten soll. Dies alles verstärkt das Vertrauen in die Führung, sichert ihr Zustimmung und Beifall, beeindruckt selbst Skeptiker. 1936 gastiert das Reichssymphonieorchester unter Furtwängler in Hamburg, der Eintritt für Mitglieder der Arbeitsfront beträgt vierzig Pfennige.

Die neu geschaffene NS-Volkswohlfahrt kümmert sich um sozial Schwache, steht Alten und Gebrechlichen bei, schafft Kindertagesstätten und unterstützt vor allem kinderreiche Familien. Mit ihrem Winterhilfswerk treibt sie in werbewirksamen Aktionen gewaltige Spendenbeträge ein. Viel guter Wille und Hilfsbereitschaft werden aktiviert.

Partei und Staat verfolgen mit dieser Fülle von Unternehmungen und Appellen ein doppeltes Ziel. Zum einen bieten sie Hilfen an und ermöglichen wesentliche Verbesserungen. Zum anderen wird die Bevölkerung dadurch um so nachhaltiger dem Staat verpflichtet und auf dessen Ziele eingeschworen. Das Schlagwort der Nationalsozialisten heißt Volksgemeinschaft. Für sie wird mit der Büchse geklappert, in Auf-

märschen und Betriebsappellen geworben. Von diesem Schlagwort lassen sich viele um so leichter beeindrucken, als sie noch die Bilder des bürgerkriegsähnlichen Zustands in der Endphase von Weimar vor Augen haben.

Die Katholiken der Hamburger Diaspora stehen nicht abseits. Mögen manche sich sperren oder zögern, die Mehrheit läßt sich einfangen von den vielen Versprechungen und den ersten Erfolgen des Hitlerregimes. Auch Katholiken ziehen in den Marschsäulen zu den großen Kundgebungen am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, mit. Auch sie kaufen, zugunsten des Winterhilfswerks, Nägel und schlagen sie in das überdimensionale Hakenkreuz ein, das am Mönckebergbrunnen aufgestellt worden ist. Und wenn an bestimmten Sonntagen, auch zugunsten der Bedürftigen, alle Familien zwischen Kiel und Kiefersfelden zum »Eintopfsonntag« aufgefördert werden, dann löffelt auch die Diaspora brav ihre Suppe – mit Appetit und gutem Gewissen.

Aus jenen Jahren ist nicht nur über Schikanen zu berichten. Die Kirche bleibt eingetaucht in ein Wechselbad von Argwohn und Zuversicht, von Ängsten und Hoffnung. Es belastet Gemeinden und kirchliche Behörde, aber es drosselt ihre Regsamkeit nicht. Immer noch erlebt die Hamburger Diaspora festliche Tage. Die Zahl der Katholiken steigt noch, und immer noch wandert die Kirche, wie ein Vierteljahrhundert zuvor, hinter den Gläubigen her, ihnen die weiten Wege abzukürzen, ihnen in expandierenden Wohngebieten Anlaufstellen zu schaffen, die zur Heimstatt neuer Gemeinden werden.

Fünfmal wird in den Friedensjahren noch mit dem Bischof Kirchweihe gefeiert. Drei neue Kirchen konsekriert Wilhelm Berning im Dekanat Altona, St. Ansgar in Niendorf und Bruder Konrad in Osdorf (1934). Aus einer Notkirche wird 1938 die wie eine Trutzburg wirkende Pfarrkirche St. Theresien, schwer und fest am Rande von St. Pauli. Fünf Jahre später wird auch durch ihr bombengeschädigtes Dach der Regen rinnen.

In Hamburg schafft sich die Diaspora noch zwei neue Kirchen: Heilig Kreuz in Volksdorf (1934) und Heilige Familie in Langenhorn (1935). Der Pastor primarius läßt stets, wenn auch vergebens, den Reichsstatthalter zur Kirchweihe ein. Einen offiziellen Antrag, neben die Kirche, der hamburgischen Diasporatradition entsprechend, eine Schule zu setzen, verbitten sich Staatsregierung und Stadtverwaltung. Sie wollen die konfessionellen Schulen beseitigen. Ihr Ende ist eine Frage des zweckdienlichen Datums, nicht einer noch offenstehenden Entscheidung. So hängen dennoch graue Wolken über den festlichen Tagen, auch wenn viele der Kirchgänger sie nicht sehen oder nicht sehen wollen. Die Weihe von Hl. Kreuz und Hl. Familie zeigt, wie das

Blatt sich gewendet hat. Das NS-Regime würgt die tapfer durchgehaltene Tradition des Zweiklangs von Kirche und Schule ab.

Mit raffinierten Methoden, deren Folgewirkungen Bischof und Pastor primarius oft so wenig einzuschätzen vermögen wie die Laien, wird der Handlungsspielraum der Gemeinden eingeschränkt. Die traditionelle Straßen- und Haussammlung der Katholiken für die sozialen Verpflichtungen der Kirche wird verboten. Der Kirche wird auch die Entscheidung aufgezwungen, ihre Kindergärten und Kinderhorte entweder ihrer eigenen sozialen Institution, dem Caritasverband, oder der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt anzugliedern. Entscheidet sie sich für die Caritas, verliert sie die aus der Weimarer Zeit überkommenen Zuschüsse, erst recht hat sie dann selbst für die Gehälter der Kindergärtnerinnen aufzukommen. Entscheidet sie sich für die NSV, bleiben Zuschüsse wie Gehälter garantiert. Bischof und Stadtdechant bemühen sich um Kompromisse, Konzessionen. Sie erreichen sie auch; so bedarf auch weiterhin die Einstellung einer Kindergärtnerin der Zustimmung des Gemeindepfarrers. Vertrauend auf die Zusagen (und gewiß auch den eigenen mageren Geldbeutel im Auge), stimmt die Kirche schließlich der Angliederung an die NSV zu. Die abschüssige Bahn ist vorgezeichnet. In wenigen Jahren werden auch die ehemals freien Kindergärten der großen Konfessionen an die Staatskrippe herangeführt sein, an der jede religiöse Betreuung aufzuhören hat.

Auch Pfarrchroniken aus jenen Jahren belegen die fortschreitende Disziplinierung der Gemeinden. Unverblümt bringt dies der Pfarrer von St. Marien in Ottensen für das Jahr 1936/37 zu Papier: »Die NS-Maßnahmen zur Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens werden mehr und mehr auch in unserer Gemeinde wirksam. So wurde das althergebrachte Gartenfest der katholischen Gemeinden Altonas, das alljährlich am Fronleichnamstag unter Teilnahme aller Kreise der Katholiken Altonas stattfand, am Fronleichnamstag selbst, mittags 2 Uhr, plötzlich von der Geheimen Staatspolizei verboten, ebenso wurde das Winter-Saalfest, das alljährlich im großen Saal des Kaiserhofs stattfand, im Januar 1937 verboten. Damit sind zwei festliche Anlässe, bei denen sich die Diaspora-Katholiken außerhalb des kirchlichen Raumes treffen und kennenlernen konnten, beseitigt. Ein tief beklagenswerter Verlust vom Standpunkt der Seelsorge!«

Die kleinen und großen Schikanen häufen sich mit den fortschreitenden Jahren. Das Nachrichtenblatt darf 1936 mehrere Wochen nicht erscheinen, »weil wir«, wie Wintermann festhält, »Schwierigkeiten mit den Behörden hatten«. In diesem Wochenblatt, das bei seinen bescheidenen redaktionellen Möglichkeiten seinen Traktätchencharakter nicht abzulegen vermag, blitzt dennoch zuweilen die Empörung über antika-

tholische Gehässigkeiten auf. Es widerspricht in klaren Artikeln kirchenfeindlichem Schrifttum und auch kirchenfeindlichen Propagandareden hoher Politiker – womit dann das jeweilige Verbot des Blatts begründet oder – als kleinliche Rache – die Auslieferung verzögert wird. Doch das Blatt enthält zugleich beflissene, ganz im Sinne der Nationalsozialisten geschriebene Artikel. So schmähen sie den in den Weimarer Jahren aufgekommenen Swing als »Negerkultur«, als »undeutsche Art des Tanzes«. Sie werten die expressionistische Kunst als Beweis des »Sittenverfalls« und heißen, direkt und indirekt, die Bücherverbrennung gut. »Am Scheiterhaufen der Schundbücher« lautet die Überschrift eines eilig dahingeschriebenen Kurzkomentars zum 15. Mai 1933, an dem Studenten und Dozenten »undeutsche Bücher« – von Kafka bis zu den Brüdern Mann – am Kaiser-Friedrich-Ufer in Eimsbüttel in die Flammen werfen. Ein Artikel im Nachrichtenblatt zwei Jahre später (3. März 1935) liest sich wie eine späte Rechtfertigung von Bücherverbrennung und borniertem nationalsozialistischen Kunstverständnis: »Die Kirche bekämpft mit dem Staat alle Schädlinge des wahren Volkstums. Ein solcher Schädling sind zunächst die Auswüchse so mancher Erscheinungsformen des Volkstums in Tanz und Lied, Theater und Kino, Buch und Mode. Im Kampf gegen Schmutz und Schund in der Literatur, gegen alle Unkultur und Unsitte in Theater und Kino, gegen alle Nachäffung fremder Kleidersitten, gegen Kitsch in der Kunst wird auch die Kirche nicht müßig dastehen und für wahres, reines Volkstum eintreten.« Der Autor dieser Zeilen ist Bischof Berning.

Entschiedener, profilierter erweist sich eine kleine Zeitschrift, die in der Gemeinde Maria Grün in Blankenese erscheint. Sie trägt den Titel *Elbfeuer* und wird allein von der Gemeinde finanziert. Auch an dieser Zeitschrift ist das Wechselbad von Zweifeln und werbendem Vertrauen, Bangen und Hoffen abzulesen. Aber sie bleibt reservierter als das »Nachrichtenblatt«, wehrt sich vehementer, bringt zum Beispiel schon 1934/35 Auszüge aus den überaus patriotischen, aber zugleich donnernd warnenden Predigten und Hirtenbriefen des Bischofs Galen, den man zu Recht später den »Löwen von Münster« nennen wird. Am 19. Juli 1936 erscheint die letzte Ausgabe von *Elbfeuer*. Der Staat verbietet den Vertrieb. Vom 1. Oktober 1936 an ist allen katholischen Kirchenzeitungen im Reich der Abdruck von Hirtenbriefen untersagt.

Das Volk erfährt mehr und mehr nur noch das, was es erfahren soll. Dafür sorgt nicht nur eine vom Propagandaministerium rigoros gesteuerte Pressepolitik, sondern auch die Geheime Staatspolizei mit ihrem schnellen Zugriff bei verdächtigen Ereignissen. Die Freiheit, eine unbequeme Meinung zu äußern, ist auch bedroht durch eine Vielhundert-

schaft fanatischer Nationalsozialisten, für die Arbeitsplatz und Wohnbereich auch Horchposten sind, um ketzerische Stimmen aufzufangen und an Partei und Gestapo weiterzugeben.

Der schnüffelnde Vertrauensmann findet sich in vielen Berufen, Mietshäusern und Kneipen. Ein Chirurg des (katholischen) Marienkrankenhauses wird im Januar 1937 vor das für politische Straftaten zuständige Hamburger Sondergericht zitiert, weil er Ende 1935 vor einem praktizierenden Arzt während der Einlieferung eines Patienten seinem Unmut über die Beleidigung der Nonnen durch NS-Vertrauensärzte und über andere antikatholische Pressionen freien Lauf gelassen hat – nicht ahnend, daß der »Kollege«, ein SA-Sturmbannführer, den Inhalt des Gesprächs in 119 hastig geschriebenen Zeilen zusammenfaßt. Er übergibt sie der Ärztekammer, diese reicht sie eilfertig dem Gesundheitsamt weiter. Von dort werden sie beflissen der Gestapo überbracht, von dieser der Justiz überstellt, die sie als ausreichend bewertet für eine Anklage vor dem Sondergericht.¹⁷

Als erster der Hamburger Priester wird auf ähnliche Weise der Kaplan von St. Franziskus in Barmbek, Gerhard Havighorst, vor das Sondergericht gezerrt und im Mai 1936 wegen Verstoßes gegen das Heimtückegesetz zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Zwar bleiben beide, Chirurg wie Kaplan, vor dem Gefängnis bewahrt, der eine, weil das Sondergericht sich zum Freispruch gezwungen sieht, der andere, weil ein Amnestiegesetz ihn rettet, doch haben wir in ihnen die ersten Opfer unter Hamburgs Katholiken zu registrieren, gegen die Anklage erhoben wird, weil man sie bespitzelt und verpiffen hat. Über den hochangesehenen Priester-Professor Hermann Muckermann verhängt die Gestapo während einer von ihm im Oktober 1936 in St. Sophien in Barmbek gehaltenen Familienwoche Redeverbot »für alle Kirchen und Säle«; der Reisepaß wird ihm entzogen, die Professur am Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie aberkannt. Bischof Bernings zahlreiche Einsprüche gegen diese Strafmaßnahmen bleiben erfolglos.

Die Schnüffelei von Fanatikern wird in Hamburg noch manche Opfer fordern. Sie wird Priester wie Laien in Konzentrationslager und vor den Volksgerichtshof bringen. Spitzel werden sich nicht scheuen, selbst im Beichtstuhl Antworten des Priesters zu provozieren, auf die eine willfährige Justiz dann mit Todes- und Zuchthausstrafen reagieren wird.

Bernard Wintermann

Der Pastor primarius Bernard Wintermann erweist sich in diesen Jahren als eifriger Seelsorger seiner Gemeinde und als geschickter Vertreter katholischer Interessen in der Hansestadt. Der Glaube, den er verkündet, ist von schlichter, grundehrlicher Katholizität und Kirchlichkeit. Er rackert von frühmorgens bis spätabends. Er hält seine Kapläne an, Hausbesuche so wichtig zu nehmen wie er selbst sie nimmt. Er fördert die musikalische Gestaltung festlicher Gottesdienste, doch in der Liturgie sperrt er sich, seinem sehr konservativen Denken entsprechend, gegen mögliche Neuerungen. Er plädiert für den »Gehorsam aus Vertrauen«. Was er am 16. Dezember 1933 einem aus Hamburg fortgezogenen Gemeindeglied in seiner hausbackenen Weise schreibt, entspricht seiner Haltung, seinem unangefochtenen Kirchenverständnis: »Unsere Bischöfe werden schon, wie sie es stets getan haben, auch jetzt das rechte Wort finden und sagen, und solange wir alle, Priester und Volk, unseren Bischöfen folgen, ist es der katholischen Sache stets gut gegangen.«¹⁸

Die Kontakte zur evangelischen Kirche beschränken sich auf freundlich geführte Kollegengespräche jenseits aller Ökumene. Die zur katholischen Kirche konvertierte Gattin des evangelischen Landesbischofs Franz Tügel zählt er zu seinen Pfarrkindern. Mit Tügel selbst, der sich von der nationalsozialistischen Glaubensbewegung der Deutschen Christen allmählich löst und schließlich mit ihr bricht, tauscht Wintermann Glückwunschartikel zu den jeweiligen Amtsjubiläen aus. Die Mutter des Reichsstatthalters Karl Kaufmann bleibt praktizierende Katholikin. Sie kommt zum Gottesdienst nach St. Marien, hin und wieder besucht der Dechant sie im Haus ihres Sohnes. Als sie bettlägerig wird, bringt er ihr das Abendmahl. Er wird sie auch in Ohlsdorf in großer Zeremonie beerdigen.

Auch in Wintermanns Brust schlagen zwei Herzen. Freudige Zustimmung zum nationalsozialistischen Staat schlägt um in Empörung, wenn eben dieser Staat antikatholische Aktionen ermöglicht. Gilt es, Menschen zu helfen, denen der Staat Hilfe verweigert, und fühlt Wintermann sich persönlich angesprochen, zieht er alle Register seiner Betriebsamkeit. Zuhilfenahme verlangt er 1933 von Polizeipräsident und Polizeisenator unter Berufung auf das Reichskonkordat und die Beteuerungen Hitlers das Verbot antikatholischer Haßartikel in christenfeindlichen, in Hamburg zirkulierenden Zeitschriften, was zumindest zweimal zum offiziellen Einspruch der Behörde führt. Er sucht und findet, gebeten von einem jüdischen Arzt, für einen geistig behinderten, vor der Entmündigung stehenden jungen Juden einen Platz in einem Erziehungsheim der

Barmherzigen Brüder. Er drängt, von einem evangelischen Pfarrer angestoßen, den Bischof, die seelsorgliche Betreuung der Schutzhäftlinge in den Konzentrationslagern des Emslandes zu fordern. Als die Schulbehörde Material für den Pflichtunterricht in Erblehre und Rassenkunde versendet, organisiert er sofort eine von einem kompetenten priesterlichen Pädagogen geleitete Informationsreihe für die Lehrer und Lehrerinnen der katholischen Schulen. Einem nach Amerika emigrierenden jüdisch-katholischen Arztehepaar besorgt er Empfehlungsschreiben und hält mit ihm Kontakt. Sein Einsatz muß hilfreich gewesen sein; unter den Kondolenzschreiben zum Tod Wintermanns 1959 findet sich ein rührender Brief dieser einst aus ihrer Vaterstadt Hamburg verjagten Juden.

Wintermann erkennt Gefahren, verteidigt Angegriffene. Doch das Unrecht, das ihnen wie der Kirche angetan wird, identifiziert er nicht mit dem System. »Ich bin überzeugt«, schreibt er Ende 1933, »daß der Kanzler, der Führer Deutschlands, wirklich auch die Religion (auch die katholische) stärken und stützen will... Bei allem Festhalten an dieser Überzeugung muß man jedoch auch zugeben, daß hie und da Eingriffe, Verfügungen untergeordneter Leiter, wohl geeignet sind, bei manchen unserer Leute Bedenken und Sorgen aufkommen zu lassen...« Die Meinung, daß der »Führer« nicht weiß und nicht will, was an Unrecht geschieht, teilt Wintermann mit vielen, und noch lange wird er diesem Irrtum anhängen.

Am 20. März 1936 spricht Hitler in der Hanseatenhalle in Rothenburgsort. Der Reichsstatthalter hat auch Wintermann zu dieser Massenveranstaltung eingeladen. Schon einen Tag später schreibt er an Kaufmann: »Hoch verehrter Herr Reichsstatthalter! Aufrichtig und herzlich danke ich Ihnen für die Ehrenkarte, durch welche Sie mich einladen, an der gestrigen, gewaltigen Kundgebung mit der eindrucksvollen Rede des Führers teilzunehmen. Ich habe es gern getan und bin tief beeindruckt. Gebe Gott, daß der Führer sein eismiges Bemühen um die volle Gleichberechtigung Deutschlands und den wirklichen Frieden Europas bald mit Erfolg gekrönt sieht. Heil Hitler!«¹⁹

Wir dürfen davon ausgehen, daß dieser Brief die ehrliche Meinung Wintermanns wiedergibt. Warum auch sollten wir von ihm, dem volksnahen Pastor und Patrioten, mehr Distanz erwarten als von der von ihm gehorsam respektierten Hierarchie! Viele Briefe Wintermanns enden nicht deshalb mit »Heil Hitler«, weil ihm diese Floskel behagt, sondern weil die Korrespondenz, die er mit staatlichen und städtischen Behörden zu führen hat, es so verlangt. Er ist der Verbindungsmann zwischen Kirche und Staat; er ist verantwortlich für das Wohlergehen der Hamburger Diaspora. Will er für sie etwas erreichen, will er sie vor Nachtei-

len bewahren, muß er das Gespräch mit nationalsozialistischen Instanzen suchen. Die Arbeit, zu der er verpflichtet ist, läßt ihm keine andere Wahl. Er bemüht sich um Zinssenkungen, um die Aussetzung von Tilgungsraten einer die Gemeinde schwer belastenden Hypothek. Er drängt auf einen besseren Straßenanschluß für ein neues Gemeindezentrum. Er hat Pachtverträge, den Kauf von Häusern und von Baugelände auszuhandeln. Er muß die Notwendigkeit von staatlichen Zuschüssen für Kindergärten und Krankenhaus begründen.

Nicht störrisch und widerwillig, sondern nur mit einer der Sache gemäßen Verbindlichkeit ist diesen Tätigkeiten nachzukommen. Dem Pastor primarius kommen bei seinen Verhandlungen seine immensen in mehr als dreißig Hamburger Jahren angesammelten Personalkenntnisse zugute. Er weiß die richtigen Ansprechpartner zu finden, er kennt diejenigen, die ihn weitervermitteln, die ihm weiterhelfen können. So vermag er die Kirche vor manchen Schwierigkeiten zu bewahren und Zumutungen, die mit den Jahren um so unverschämter werden, zumindest zu begrenzen. Aber welchen Preis zahlt er dafür? Hat er die Grenze im Blick, jenseits der die notwendige Verbindlichkeit sich verliert in willfährigem Entgegenkommen?

Mit seinen Anfragen, Wünschen und Beschwerden wendet er sich an die hamburgische Machtzentrale – schnell witternd, daß in dem Dreigestirn von Reichsstatthalter Kaufmann, dessen Stellvertreter Staatsrat Ahrens und dem Bürgermeister Krogmann der Letztgenannte ebenso einfluß- wie bedeutungslos ist. Die antikatholischen Vorurteile und Vorbehalte des Bürgermeisters beeinträchtigen Wintermanns Position nicht; er kann, was in demokratischen Jahren undenkbar gewesen wäre, an ihm vorbeiverhandeln. Im Amt des Reichsstatthalters wie in dem des Staatsrats trägt er seine Nöte vor, schriftlich oder bei seinen Besuchen bei Kaufmann und Ahrens. Seine zupackende Art nötigt beiden Respekt ab. Auch Wintermann gehört zum Kreis derer, die sich nach dem Krieg zugunsten der beiden gestürzten und inhaftierten Nationalsozialisten verwenden werden. Wir dürfen dies als Beweis für deren Hilfen in nationalsozialistischer Zeit werten, für die Wintermann sich nach dem Inferno glaubt erkenntlich zeigen zu sollen.²⁰

Der gelegentliche Beistand der beiden mächtigen Nationalsozialisten mag zuweilen den Alltag der Diaspora erleichtert haben. Wenn Wintermann erreicht, daß der rüde Lärm mit Trommeln und Fanfaren zur Gottesdienstzeit unterbleibt, wenn die Kapelle des Überseeheims nicht abgerissen, sondern nur die Zufahrt verlegt zu werden braucht, wenn der Straßenanschluß für die neue Kirche in Langenhorn schneller erfolgt als vorgesehen, wenn Material zur Reparatur kriegsbeschädigter

Kirchen unbürokratisch besorgt werden kann, wenn Wintermann früher als andere Schulvorsteher konfessioneller Schulen das Datum ihrer Zwangsschließung erfährt und deshalb umsichtiger vorausplanen kann, ist dies alles gewiß auch auf seine emsigen Kontakte zum Reichsstatthalter und dessen Stellvertreter zurückzuführen. Nur dürfen wir uns nicht mit einer oberflächlichen Aufrechnung, in der sich dies alles zu Pluspunkten für die Kirche addiert, begnügen. Denn was da der Kirche gönnerhaft konzidiert wird, bleiben Äußerlichkeiten, Zugeständnisse, die dem Staat nichts abverlangen und der kirchenfeindlichen Politik des nationalsozialistischen Regimes nicht widersprechen. Es sind keine Hilfestellungen, die der Kirche ihre schon abgeschnürte Freiheit zurückgeben; sie lindern nicht einmal die Nöte der Kirche, sie kaschieren sie nur. Wie Trophäen werden Banner und Wimpel katholischer Vereine wieder entgegengenommen, die ein furchtloser Kaplan sich im schon beschlagnahmten Jugendheim am Graumannsweg unter den Arm geklemmt hat – an Siechtum und Tod der katholischen Jugend ändert dies jedoch nichts. Keinen Tag später als befohlen werden auch in Hamburg die katholischen Schulen geschlossen – Wintermanns Vorkenntnis ändert daran nichts. Und als die katholische Kapelle im Hafengelände die Erweiterung militärischer Anlagen stört, wird sie abgerissen – den vorangegangenen Beteuerungen des Reichsstatthalters zum Trotz. Pflästerchen sind es, die Wintermann durch Fürsprache, Briefe und Audienzen erzielt, aber die Wunden, die der Kirche geschlagen werden, decken sie nicht einmal zu.

Die sich verschärfenden Maßnahmen gegenüber der Kirche veranlassen Wintermann nicht zu reservierterem Verhalten, zu größerer Distanz. Er erlebt und erleidet, wie die Daumenschrauben – in der Knebelung der Verbände, der katholischen Presse oder in der steigenden Zahl von Versammlungsverboten – Drehung um Drehung angezogen werden. Aber er meint, eher durch wohlwollende Gesten und Zugeständnisse als durch Verweigerung dem wachsenden Druck begegnen zu müssen. An drei alltäglichen Beispielen läßt sich dies verdeutlichen, und bei jedem drängt sich die Frage auf: Mußte der Pastor primarius dem Hitlerregime soweit entgegenkommen, wie er ihm entgegengekommen ist?

1. Ende August 1935 wird von allen Kanzeln ein Hirtenwort verlesen, in dem sich der Episkopat erneut gegen Drangsal und Hetzkampagnen wehrt. Die Gestapo läßt Wintermann wissen, »daß es nicht gerne gesehen würde, wenn der Hirtenbrief im Hamburgischen Staatsgebiet unentgeltlich oder gegen Entgelt verteilt würde«. ²¹ Wintermann fügt sich und bittet die Mitbrüder, »dieses zu beachten«. Was den Kirchenleitungen von Paderborn, von Münster und Köln noch selbstver-

ständig ist, nämlich auch diesen Hirtenbrief über die Kanzelverkündigung hinaus unter das Volk zu bringen, hält der Vorsteher der Hamburger Katholiken für unnötig.

2. Die für Ende September 1935 in Hamburg vorgesehene Tagung des Katholischen Akademiker-Verbandes Deutschlands gerät in den vom nationalsozialistischen Regime entfesselten Wirbelsturm, der die katholischen Verbände ihrer öffentlichen Wirksamkeit beraubt, indem er sie »in die Sakristei« verbannt, dem Siechtum preisgibt und dann knickt wie einen Wald von kranken Bäumen. Um die Tagung dennoch zu retten, wird sie zur »religiös-wissenschaftlichen Herbsttagung« herabgestuft und der Einladung der unredliche Satz beigefügt, daß der Verband »sich von jeher von der Politik ferngehalten hat«. Berning antichambriert in Berlin und schreibt am 9. Juli an Wintermann: »Ich bitte, mir das Programm der Abendveranstaltung zuzusenden, damit ich es der Geheimen Staatspolizei einreichen kann, um die offizielle Genehmigung zu beantragen, die mir privatim von dem Chef der Geheimen Staatspolizei, Herrn Reichsführer Himmler, schon zugesagt worden ist.«

Unter solchen Vorbedingungen kommt die Tagung zustande, auf der auch der an der Universität Münster lehrende christliche Philosoph Peter Wust redet. Aber die Vorträge allein prägen das Bild einer Tagung nicht. Wie ist das Umfeld, das Dekor, was steht am Anfang und am Ende dieser drei Hamburger Tage? Vom Fahneneinmarsch katholischer Verbände zu Beginn der Tagung rät der Vorstand ab, »um die Gemüter nicht zu reizen«. Und die für die Organisation zuständige Hamburger Ortsgruppe des Akademiker-Verbandes drängt darauf, die große Schlußveranstaltung nicht mit dem Kirchenlied »Großer Gott, wir loben Dich« zu beenden, sondern mit einem »Siegheil« auf den Führer und dem Singen der Nationalhymne, die nun aus dem alten Deutschland-Lied und dem ihm angefügten Horst-Wessel-Lied besteht. (»Die Fahne hoch, die Reihen dicht geschlossen, SA marschiert in ruhig-festem Schritt. Kameraden, die Rotfront und Reaktion erschossen, marschiern im Geist in unsern Reihen mit.«)

So wird der in jenen Jahrzehnten zum Abschluß festlich-katholischer Tage traditionell gehörende Lobpreis Gottes zurückgestuft zum Zwischengesang – wogegen Bischof wie Pastor primarius keine Einwände erheben.²² Ist dies als Nebensächlichkeit abzutun? Etliche Veranstaltungen ähnlicher Art in anderen Diözesen beweisen, daß sie in diesem Jahr immer noch mit mehr Distanz zu arrangieren sind, als es in Hamburg geschieht. Bischof und Pastor primarius liegen auf gleichem Kurs. Beide meinen, auch mit solchen Gesten der Kirche noch durch die schwierigen Zeiten helfen zu können. Vom Hoffen und Bangen dieser

Jahre werden auch sie geschüttelt, doch die Hoffnung bleibt dominant; sie nährt sich aus einer naiven Leichtgläubigkeit, die beide, Bischof und Pastor primarius, in jenen Jahren mit Millionen Deutschen teilen. Nicht diese Leichtgläubigkeit darf ihnen in der Rückschau vorgehalten werden, wohl aber die fatale Eile, in der sie – Repräsentanten der Kirche in der Öffentlichkeit! – zuweilen allzu beflissen reagieren, wozu niemand sie zwingt, außer sie selbst.

3. Am Freitag, dem 12. November 1937 – der Kirchenkampf ist auf dem Höhepunkt! – spricht Reichsstatthalter Kaufmann auf einer Großkundgebung der NSDAP in der Altonaer Ausstellungshalle. Während seiner Rede löst sich ein Schuß; er erschreckt die Anwesenden, aber er führt nicht einmal zur Unterbrechung. Die Sonnabendzeitungen der Hansestadt nehmen sich des Zwischenfalls an, bauschen ihn entweder auf oder berichten nur kurz über ihn als ein nebensächliches Ereignis. Der Hamburger Anzeiger vom 13./14. November erledigt den Zwischenfall mit acht trockenen Zeilen: »Ein Versammlungsteilnehmer, der die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregen wollte, benutzte dazu eine Pistole mit Platzpatronen, aus der er einen Schuß in die Luft abgab. Es handelte sich hier ganz offenbar um einen Geistesgestörten. Das Publikum bewahrte ausgezeichnete Disziplin und die Versammlung nahm ihren ungestörten Verlauf.«

Die Polizei wird diese Version bestätigen: Ein geistig Kranker hat den Knall verursacht. Doch den Pastor primarius drängt es schon Montag früh, den 15. November, sich mit aufgebauschten Schlagzeilen zufriedengehend und den Ergebnissen der Ermittlungen weit und falsch vorseilend, zu diesem Brief:²³

»Sehr hochverehrter Herr Reichsstatthalter!

Gestatten Sie den Ausdruck meines aufrichtigen Bedauerns, daß gerade während Ihrer Rede... der betrübliche Vorfall sich ereignete. Wenn der Schuß... ein überlegter gewesen ist, dann verbinde ich mit meiner großen Freude über Ihre Rettung den herzlichen Wunsch, daß Sie noch lange Jahre während Ihres Wirkens in Hamburg unter demselben Schutz Gottes stehen mögen, der Sie Freitagabend behütet hat. Dies Ihnen zum Ausdruck zu bringen, drängt sich mein Herz. Heil Hitler!«

Wilhelm Berning

Wie Wintermann auf seine Weise in Hamburg emsig bemüht bleibt, die Diasporakirche durch die Zeit zu bringen, so ist Bischof Wilhelm Berning für die Diözese wie für die Bischofskonferenz rastlos unterwegs. Der Fleiß, die Strapazen, die er auf sich nimmt, bleiben für den Rückschauenden staunenerregend. Osnabrück – Berlin – Breslau: das ist das Dreieck der Städte, zwischen denen er pendelt. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz und Fürsterzbischof von Breslau, Kardinal Bertram, hat 1914 den damals erst 37jährigen Berning in Osnabrück zum Bischof geweiht. Die beiden bleiben, Niedersachse der eine wie der andere, einander zugetan. Bernings Bistum ist den Quadratkilometern nach groß, der Zahl der Gläubigen nach klein. So läßt der greise, in den Siebzigern stehende Kardinal dem jüngeren, robusten Bischof Ämter über Ämter auf. Er wird, unter anderem, Schulreferent der Bischofskonferenz, Beauftragter für die katholische Film- und Rundfunkarbeit, Schirmherr des Reichsverbandes für die Auslandsdeutschen, Präsident des Raphaelsvereins wie des Apostolates der Meere. Die Fülle der überdiözesanen Mandate weist ihn als einen von den bischöflichen Mitbrüdern anerkannten Verhandlungsführer aus; er kennt das Geschäft des Verhandeln, Sitzungen leitet er straff und autoritär.²⁴

Eine von Kardinal Bertram wohlüberlegte Personalentscheidung macht Berning zu einem exponierten Wortführer der Bischofskonferenz gegenüber der nationalsozialistischen Reichsregierung. Berning unterstützt den unerbittlichen, sich aber mit schriftlichen Eingaben zufriedengehenden Kurs des Kardinals. Das schroffe Nein, der öffentliche Aufschrei, ist beider Sache nicht. Die Resonanz, die auf Bertrams schriftliche Proteste gegen nationalsozialistische Rechtsbrüche meist ausbleibt, versucht Berning unverdrossen und zäh mit seinen Vorsprachen in Berliner Ämtern und Ministerien zu erzielen. Er handelt ganz im Sinne des Kardinals; beide stimmen darin überein, daß es gilt, die ausweglose Konfrontation, erst recht den offenen Bruch zu verhindern.

Der Kardinal meidet den persönlichen Kontakt mit den Repräsentanten des nationalsozialistischen Reichs. Er ist kein begeisterter Prediger, dem die Gläubigen noch vor den Dompfortalen lauschen, kein Bischof der donnernden Kanzelverkündigungen, erst recht kein Kirchenfürst der großen Auftritte; dies paßt nicht zu dem eher schüchtern wirkenden, kleinwüchsigen und zeitlebens mit einem Sprachfehler behafteten Mann.²⁵ Im fast hünenhaften, ein burschikoses katholisches Alphabet skandierenden Emsländer Berning findet der sensible Kardinal die notwendige Ergänzung, treuen Beistand und robuste Stütze in den Turbulenzen dieser Jahre.

Da Bischof Berning dem nationalsozialistischen Regime nicht nur kooperationsbereit (wie Bertram), sondern auch aufgeschlossen gegenübersteht, ist der Kurs vorgezeichnet, den die Kirche steuern möchte: In der Person ihres Unterhändlers Berning signalisiert die Bischofskonferenz ihr Entgegenkommen, zugleich erwartet sie, daß gerade dieser Bischof dem Unrecht und den Schikanen, denen sich die Kirche wie einzelne ihrer Glieder ausgesetzt sehen, entgegenwirken kann.

Aus Bernings emsiger Verhandlungstätigkeit zieht die Kirche in der Tat Gewinn. In zahllosen Fällen, die ihm die bischöflichen Mitbrüder aufhalsen, erweist er sich als Helfer in der Not. Er holt für sie die Kastanien aus dem Feuer; er handelt Kompromisse aus, erreicht Korrekturen, erzielt Begünstigungen. Der später von den Nationalsozialisten umgebrachte sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete von Mecklenburg/Lübeck, Julius Leber, quält sich im Frühjahr 1935 bei der ihm auferlegten Zwangsarbeit im Konzentrationslager Esterwegen. Seine Frau Annedore bittet auch den Bischof um Hilfe. »Noch heute«, wird sie später bekennen, »bin ich dem Bischof Berning dankbar, daß er sich damals ... schützend vor sein Leben stellte.«

Am Bischofssitz in Osnabrück häufen sich die unter dem Stichwort »Registratum« abgelegten Bescheide, die der Bischof, fordernd, mahnend, bittend, von den Berliner Ämtern eintreibt. Zitat – ein Beispiel nur – aus dem »Registratum« vom 23. Dezember 1935:

»Im Auftrag des Herrn Ministers für Kirchliche Angelegenheiten teilt Herr Ministerialrat Schimanowski mir telefonisch folgende Entscheidungen des Herrn Ministers auf mehrere von mir vorgebrachten Beschwerden mit:

1. Die Angelegenheit des Katholischen Jungmännervereins in Hamburg wird im positiven Sinne entschieden. Das ausgesprochene Verbot wird zurückgezogen.

2. Pater Spieker sei nicht mehr in Schutzhaft, sondern im Untersuchungsgefängnis in Köln und damit dem Einflußbereich der Gestapo entzogen.

3. Der Generalvikar von Würzburg sei aus der Haft entlassen.

4. Domkapitular Rindfleisch in Eichstätt sei aus der Schutzhaft entlassen. Diese sei umgewandelt in ein Aufenthaltsverbot für das Bistum Eichstätt, bis seine Angelegenheit geregelt sei.

5. Pfarrer Kresse (Schlesien) werde wieder in seine Pfarrei zurückkehren können.

6. Die Weihnachtsnummer der Zeitschrift »Michael« sei wieder freigegeben ...«

Die Bitten, die Vermittlung, die Bescheide hören nicht auf. Etliches von dem, was der Bischof glaubt erreicht zu haben, erweist sich im

nachhinein als fahrlässige Behauptung oder als platte Vertröstung des Kirchenministeriums. Ministerialbescheide, die positiv klingen, ändern nichts an den gegen die Kirche getroffenen Entscheidungen, sie zögern nur deren Vollzug hinaus. Dennoch: der Unterhändler Berning mindert durch seinen zähen Einsatz Nöte, lindert Schmerzen, mildert Unrecht, bewahrt vor Drangsal. Der Mann, der am Altar und auf der Kanzel ein imposanter und herrscherlicher Zelebrant bischöflichen Rituals ist, betätigt sich zugleich als verschwiegener Kanalarbeiter, der in Berlin, vieler Demütigungen gewiß, um seiner Kirche willen auch schmutzige Klinken drückt.

Vor diesem Hintergrund sind die Motive zu werten, die Berning bewegen, die vom preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring im Juli 1933 an ihn ergangene Berufung in den preußischen Staatsrat anzunehmen. Dieses Gremium hat zwar keine direkten Machtbefugnisse; es ist ein elitäres, selten zusammentretendes Repräsentationsorgan des Staates, der sich mit den Namen, Titeln und Berufen einer auserlesenen Schar von Männern schmückt. In diesen Kreis werden hohe Staatsbeamte und Parteiführer berufen, aber auch namhafte Künstler (wie Gustaf Gründgens, Wilhelm Furtwängler) oder Wissenschaftler (wie der NSDAP-Kronjurist Carl Schmitt).

Durch die Berufung zum preußischen Staatsrat mag der Sohn eines Emsländer Tischlermeisters sich geehrt fühlen; auch mag er es als angenehm empfinden, fortan auf Staatskosten Erste Klasse reisen zu dürfen. Wichtig bleiben allein die substantiellen Folgen dieser Ernennung. Die Verleihung des Staatsrattitels bestärkt Berning selbst in seinem politischen Optimismus; er fühlt sich bestätigt in seiner werbenden Zustimmung zum nationalsozialistischen Staat. Die Berufung erzielt auch in der Öffentlichkeit die beabsichtigte Wirkung, erleichtert sie doch zögerlichen Katholiken und ehemaligen Zentrumsanhängern den Weg in den nationalsozialistischen Staat. Wenn der Staat, so mögen manche denken, in dieses mit beträchtlichem Prestige ausgestattete Gremium einen katholischen Bischof beruft, so hat die Regierung doch wohl Vertrauen verdient!

Die Dankesrede Bernings anlässlich seiner Amtseinführung fordert geradezu dieses Vertrauen heraus. Ehe die Ratsmitglieder ihr dreifaches »Siegheil« auf Führer und Vaterland ausbringen, das Deutschlandlied und, mit erhobenem Arm, das Horst-Wessel-Lied singen, versichert Bischof Berning, daß die deutschen Bischöfe den Staat nicht nur bejahen, sondern ihm »mit heißer Liebe und mit allen unseren Kräften dienen wollen«.

Presse und Rundfunk kolportieren, vom Propagandaministerium flink informiert, diese Erklärung. Im Interview mit der Nordischen

Volkszeitung, das das Nachrichtenblatt spät, aber brav nachdruckt (22. September 1933), formuliert der Bischof noch drastischer: »Die deutschen Bischöfe haben schon längst den neuen Staat bejaht, haben nicht nur versprochen, seine Autorität anzuerkennen, wie das ja für jeden Katholiken selbstverständlich ist. Wir dienen diesem Staat mit heißer Liebe und mit allen unseren Kräften.«

Doch selbst diese emphatischen Sätze dürfen uns nicht den Blick verstellen auf die nüchternen, auch Zweifel und Mißtrauen einkalkulierenden Überlegungen, die in der Kirche der Berufung Bernings vorangegangen sind. Seine Ernennung im Juli 1933 fällt zusammen mit der Unterzeichnung des Reichskonkordats, dessen Rahmenvereinbarungen, wie etwa der Artikel 31 über die katholischen Verbände, noch mit konkreten Bestimmungen auszufüllen sind. Kardinal Bertram bestärkt Berning in der Meinung, es nütze der Kirche, wenn er der Berufung folge. Auch der päpstliche Nuntius, Cesare Orsenigo, stimmt zu, wobei wir getrost davon ausgehen können, daß dieser farb- und konturenlose Diplomat sich zuvor im Vatikan rückversichert hat.

Die Mitgliedschaft im Staatsrat wie der angesehene Titel erleichtern die Verhandlungen des Osnabrücker Bischofs, geben seinen Beschwerden mehr Gewicht. Dringlichen Schreiben setzt er fortan im Briefkopf den Staatsratsitel voraus oder fügt ihn seiner Unterschrift bei. Die Fülle der kleinen und größeren Fälle, in denen er zupackt und hilft, wie auch das »Registratum« mit Bernings Erfolgen und Niederlagen belegen die Verwendung des Titels für die Kirche in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft. Er erfüllt seinen Zweck bei kleinen hilfreichen Taten, im rettenden Wink, im Beistand für Geschädigte und Geschmähte, Priester wie Laien.

Doch wie beim Hamburger Stadtdechanten Wintermann ist auch beim Osnabrücker Bischof nachzufragen, wo er denn die Grenze zieht, jenseits der alle notwendige und begründbare Taktik übergeht in anbietendes Verhalten, umschlägt in achselzuckendes Hinnehmen, in fügsames Dulden? Wann ist der Punkt erreicht, der nicht mehr Schweigen, sondern ostentativen Protest verlangt? Wie lange, so läßt sich fragen, darf ein Bischof zugleich auch Staatsrat von Hitlers Gnaden bleiben?

Je dichter das Netz der totalitären Herrschaft über dem Volk festgezurrert wird, desto größer wird auch die Kluft zwischen den von Berning erwarteten Hilfen und den ihm verbleibenden Möglichkeiten. Sie verkümmern. Der Staat mißachtet mehr und mehr arrogant und bedenkenlos Geist und Buchstaben des Konkordats. Zahlreicher werden die Beschlagnahmungen kirchlichen Eigentums, die Verbote öffentlicher Wirksamkeit, die Verhaftungen mißliebiger Katholiken. Von Jahr zu Jahr häufiger ist Berning gezwungen, sich für Verhaftete zu verwen-

den; von Jahr zu Jahr häufiger aber endet dieser Einsatz mit der resignativen Notiz: »Intervention erfolglos.«

Der Bonus des Staatsratstitels scheint aufgebraucht und für die Kirche eher kompromittierend denn hilfreich zu sein. Zweimal, 1936 und 1937, gibt der Vatikan zu verstehen, Berning möge den Austritt aus dem Staatsrat »in Erwägung ziehen«. Beraten und bestärkt von Kardinal Bertram, behält Berning den Titel bei.²⁶ Ihn aufzugeben, so meinen beide immer noch mit einem Schimmer von Hoffnung, verschlösse wieder eine Tür. So hängt der Titel dem Bischof weiter an, bindet ihn an ein Gremium, in das dann auch der Mann berufen wird, der als Präsident des Volksgerichtshofs Tausende von Christen, auch solche aus des Bischofs Diözese, ins Martyrium, an den Haken, unter das Fallbeil schickt. Dem Staatsrat Roland Freisler hat der Staatsrat Wilhelm Berning nichts entgegenzusetzen. Selbst als seine Lübecker Kapläne unter die Hamburger Guillotine müssen – nicht einmal dann feuert er seine Ernennungsurkunde in den Orkus. Erst mit dem berstenden, verglühenden Reich wird dieser Titel verlöschen. Die Erinnerung an den Freiherrn Eltz von Rübenach steigt auf, als Postminister ein »rechter« Katholik in Hitlers Kabinett. Am 30. Januar 1937 versammelt Hitler die Herren seines Kabinetts, um ihnen zur Erinnerung an den fünften Jahrestag der Machtergreifung das goldene Parteiabzeichen an das Revers zu heften. Eltz von Rübenach weigert sich – »wegen des Unrechts, Herr Reichskanzler, das der Kirche angetan wird«. Brüsk wendet Hitler sich ab. Eltz tritt zurück. Geschehen ist ihm nichts.

Schon acht Wochen nach der Ernennung zum preußischen Staatsrat wird Berning gebeten, sich auch zum Senator der Deutschen Akademie berufen zu lassen. Der Bischof folgt im September 1933 diesem Ruf. Die Deutsche Akademie hat ihren Sitz in München; sie versteht sich als »Institut zur Erforschung und zur Pflege des Deutschtums«. Ihr Präsident ist der Geopolitiker Professor Karl Haushofer, bei dessen Theorien über Volkstum, völkischen Grenz- und Lebensraum die nationalsozialistischen Ideologen ihre Anregungen gefunden und Anleihen gemacht haben, nicht ohne sie politisch zu brutalisieren.

Die Berufung Bernings zum Senator dieser Akademie ist nicht als wissenschaftliche Ehrung gedacht; der Bischof hat keine Studien aufzuweisen, die ihn dieser Akademie empfohlen hätten, aber er hat ein laut schlagendes, nationales Herz. Wiederum ist es der Kirchenmann, mit dessen Titel und Ansehen der Staat sich nun auch im Bereich einer ihm politisch besonders nahestehenden Wissenschaft schmücken und den er herausheben möchte als neuerliche optisch-atmosphärische Bekundung des Miteinanders von Kirche und Staat.

Berning glaubt, der Kirche auch mit dieser Ernennung dienen zu

können. Daß gerade er berufen wird, unterstreicht einmal mehr seine Aufgeschlossenheit gegenüber dem nationalsozialistischen Staat. Daß er sich berufen läßt, verweist jedoch auch auf seine Absichten, seine Sorgen. Er hat den – unerledigten (und unerledigt bleibenden) – Artikel 31 des Reichskonkordats im Kopf, über den er in Berlin zu verhandeln hat, er spürt den wachsenden Druck einer antichristlichen und erst recht antikatholischen Propaganda. Auch in der Berufung zum Senator dieser angesehenen und vom Staat geförderten Akademie sieht er die Möglichkeit, katholischen Positionen Nachdruck zu verschaffen und zugleich zur Verringerung von Differenzen beizutragen.

Der Erwartung des Präsidiums, auch vom neuen, bischöflichen Senator einen Beitrag für den Themenbereich der Akademie zu erhalten, kommt Berning bald nach. Mitte 1934 erscheint in der akademischen Reihe »Das Neue Reich« Bernings achtunddreißig kleinformatige Textseiten enthaltende Broschüre »Katholische Kirche und deutsches Volkstum«. Mit dieser Schrift verfolgt Berning zwei Ziele. In ihr soll, erstens, die »geschichtliche Leistung der katholischen Kirche für die Förderung des deutschen Volkstums« und, zweitens, die Bedeutung des Katholizismus für die »deutsche Blutsgemeinschaft« gewürdigt werden.²⁷

In dieser bischöflichen Broschüre häufen sich Seiten voller Peinlichkeiten – der Sprache wie der Gedanken. Nicht nur, daß sie sich als flink und flach hingeschriebene Abhandlung erweist, die sich jeder wissenschaftlichen Kontroverse, aber auch jeden Widerspruchs enthält. Sie ist durchtränkt von völkischer Phraseologie, wie sie im weiten Spektrum der bürgerlichen Rechten in jener Zeit gang und gäbe ist. In ihr enthüllt sich ein auf Rassetheorien fußender Nationalismus in Verbindung mit einem unreflektierten, geradezu lobhudelnden Katholizismus.²⁸

Der Bischof konstatiert »die Zersetzung der sittlichen Grundbegriffe der öffentlichen und privaten Moral«, wofür er den »Liberalismus« und den »überzogenen Individualismus« verantwortlich macht. Er beklagt den »Kulturverfall« und behauptet, daß er sich nicht nur in einem »bedenklichen Rückgang der Volkszahl«, sondern vor allem in einer »dauernden Verschlechterung der Volksqualität« niederschlägt. Dagegen setzt er die »Rückkehr zu den Bindungen des Blutes«, die Wiederbesinnung auf die rassistisch bestimmte »deutsche Blutsgemeinschaft«. Leben die Menschen aus dieser »deutschen Blutsgemeinschaft« in einer guten »Umwelt« – der Bischof meint damit: in gut katholischen Familien –, dann wird daraus reich sprudelndes Leben für Kirche und Staat. Der Bischof belegt dies mit einem (in seiner Simplität grotesken) Beispiel: »Immer wieder infolge des Zusammenwirkens von einem guten biologischen Erbe und einer entsprechenden Umwelt... entwickeln

sich aus diesen Familien Kinder zu Priestern und Ordensleuten. Sie bilden ein leuchtendes Gegenstück zu jenen Verbrecherfamilien, deren Nachwuchs die Irrenhäuser und die Gefängnisse füllt.«

Modische Theoreme, platte Formulierungen, billige Schlüsse finden sich zuhauf. Auszüge aus der Broschüre erscheinen unter des Bischofs Namen auch auf der ersten Seite des Nachrichtenblatts der katholischen Kirche Hamburgs.²⁹ Gelegentlich wird in diesen Artikeln noch die völkische und rassistische Phraseologie verschärft. So heißt es: »Der deutsche Mensch freut sich tatsächlich wieder seiner völkischen Eigenart. Das Wort Volk und Volkstum hat wieder einen helleren Klang. Volkstum entspringt auch aus der Gleichheit des Blutes. Volkstum berührt sich damit auf das engste mit der natürlichen Erbanlage oder der Rasse eines Menschen.« Was der Bischof über die »Blutsgemeinschaft« schreibt, weist Affinitäten zum Rassedenken der Nationalsozialisten auf. Der Satz, daß Volkstum »aus der Gleichheit des Blutes« entspringe, kann gar nicht anders denn als Ausgrenzung derer verstanden werden, die dieser »Blutsgemeinschaft« (was auch immer das ist) nicht angehören. Den jüdischen Bürgern jedenfalls wird damit trotz ihrer reichen Tradition in der deutschen Geschichte auch von Bischof Berning ihr Deutschtum bestritten.

Die Broschüre kursiert; bischöfliche Vorträge vergrößern die Publizität des Themas. Der Bischof schickt das Heftchen Adolf Hitler »als Zeichen meiner Verehrung« und bittet ihn, »daraus zu erkennen, welche Leistungen die katholische Kirche für die Förderung des deutschen Volkstums als Blutsgemeinschaft, Sprachgemeinschaft und Kulturgemeinschaft im Laufe der Geschichte aufzuweisen hat«.³⁰

Diesen Text über Kirche und Volkstum mußte der Bischof nicht, aber er wollte ihn schreiben. Nur wenn wir uns die Atmosphäre jener Jahre mit ihrer ideologischen Überfrachtung von Geist und Sprache vor Augen halten, läßt sich die Absicht des Bischofs nachempfinden. Er möchte seine Schrift als werbende Offerte verstanden wissen, die den nationalen wie völkischen Sinn der deutschen Kirche gegenüber dem Nationalsozialismus belegt. Daß diese Offerte eher Unterscheidungen verkleistert statt sie aufzudecken und sie damit der Anbiederung gleichkommt, erkennt der Bischof nicht. Sein politisches Defizit wird deutlich, nämlich der Mangel an Einsicht in Ideologie, Praxis und Ziele des nationalsozialistischen Herrschaftssystems – ein Defizit, das Millionen deutscher Katholiken 1934 mit dem Bischof teilen. Auch der mit der Broschüre bezahlte Senatorentitel wird ihm fortan anhängen, und wie der Titel des preußischen Staatsrats, so wird auch der des Senators erst in der Apokalypse des Dritten Reichs zu Asche werden.

Es bleibt zu fragen, ob die Vorgänge, die den Bischof in einem kom-

promittierenden Licht erscheinen lassen, nicht auch auf einen Mangel an Beratung und Disputation zurückzuführen sind. Wenn es um die in Berlin zu verhandelnden gesamtkirchlichen Themen geht, berät sich Berning mit Bertram, holt sich Zuspruch, Zustimmung und wohl auch Anweisungen beim Breslauer Kardinal. Auch die Beschlüsse und Empfehlungen der Bischofskonferenzen binden ihn. Zugleich aber ist Berning residierender Bischof der Diözese Osnabrück, Souverän des Bistums, in dem letztlich er allein entscheidet.

Wer berät ihn in Osnabrück bei schwierigen politischen und kirchenpolitischen Fragen? Stützt er sich auf ein informiertes, auch zu freimütigem Widerspruch eingeladenes Domkapitel, sucht er sich seine mit Fachkompetenz ausgestatteten Gremien zusammen, die er um Rat fragt und von denen er sich dann auch beraten läßt? Gibt es kompetente Priester und Laien, die er etwa bittet, sein Manuskript über Kirche und Volkstum kritisch gegenzulesen und von denen einige ihn womöglich bedrängen, es nicht zu veröffentlichen? Die Fragen müssen offen bleiben. Doch den rückschauenden Betrachter läßt der Verdacht nicht los, daß auch die *Ecclesia triumphans* jener Zeit mit ihrem absolutistischen Hierarchieverständnis, ihrem Übermaß an Gehorsam und ihrem Defizit an freimütiger Disputation ihren Anteil an den politischen Fehleinschätzungen des Bischofs hat. Ein überdehntes, über die Fragen des Glaubens und der Lehre weit hinausgehendes Autoritäts- und Amtsverständnis läßt nicht dazu ein, das Für und Wider politischer Entscheidungen gründlich und kontrovers zu diskutieren. So müssen wir annehmen, daß auch dem Besuch des Bischofs in den Strafgefängnissen des Emslandes keine besonnene Kalkulation von Zweck, Wirkung und Folgen dieser Unternehmung vorangegangen und eben darin der Grund für die politischen Torheiten zu finden ist, in die sich der Bischof verliert.

Zum Abschluß einer Firmungsreise besucht Berning, einer (erbetenen) Einladung des Direktors der Strafvollzugsanstalt Lingen folgend, am 25. Juni 1936 vier der zahlreichen der Lingener Zentrale unterstehenden Außenlager, deren Häftlinge zu den harten Arbeiten der Moorkultivierung herangezogen werden. Die Berichte, die in der Presse darüber erscheinen (»Staatsrat Bischof Berning besuchte die Strafgefängnisse im Emsland«),³¹ empören vor allem die aus Deutschland geflohenen, vertriebenen Katholiken. Der Jesuitenpater Friedrich Muckermann kommentiert diese bischöfliche Visite in seiner im niederländischen Exil herausgegebenen Zeitschrift »Der deutsche Weg« als ein beschämendes Ereignis; der ehemalige, schon im amerikanischen Exil weilende Reichskanzler Heinrich Brüning meint resignierend: »Das Niederdrückendste [in den letzten Monaten] aber war

der Besuch des Bischofs von Osnabrück im Konzentrationslager und die Lobpreisung dieser Institution.«³²

In Osnabrück schrillen die Alarmglocken. Das Generalvikariat kann weder die bischöfliche Visite noch den Inhalt der Presseberichte dementieren. Wohl aber verweist es mit Recht darauf, daß der Bischof kein Konzentrationslager, sondern Strafvollzugslager besichtigt hat, die der Justizverwaltung unterstehen und deren Insassen von ordentlichen Gerichten rechtskräftig verurteilt worden sind. Diese Berichtigung des Generalvikariats stimmt dem Wort nach, verfehlt aber den politischen Kern und mindert die Peinlichkeiten nicht: Die große Mehrheit der Häftlinge, die im Moor schufteten, sind im landläufigen Sinn abgeurteilte Kriminelle, aber unter ihnen befinden sich eben auch politische Straftäter, die ihres Widerstandes, ihrer oppositionellen Handlungen wegen verurteilt und ins Moor geschickt worden sind. Scharen von »politischen Kriminellen« sind auch zur Besuchszeit des Bischofs unter den Hunderten, die Morgen für Morgen, den trostlosen Sklavengesang von den »Moorsoldaten« auf den Lippen, ihrer Arbeitsstätte entgegenmarschieren.³³

Des Bischofs Visitation beginnt im Außenlager Oberlangen und endet im Lager Aschendorfermoor. Berning, den heimatbewußten Sohn des Emslandes, beeindruckten die mühsamen, erfolgreichen Erschließungs- und Kultivierungsarbeiten, treiben sie doch Wege, Straßen, Kanäle in das bisher traurig-leere Land und lassen aus Öde fruchtbaren Boden werden. Daß der Bischof seine staunende Freude auch vor Sträflingen und Wachmannschaften bekennt, läßt sich nachempfinden. Daß diese Freude aber einmündet in einen lobenden Dank an Adolf Hitler, in dessen Namen doch die Moorkultivierung zur politischen Strafaktion geworden ist, läßt den Besuch zum Skandalon werden.

Zwar sind der schrankenlosen Willkürherrschaft des KZ-Personals der ersten Jahre inzwischen Grenzen gezogen, zwar darf ein Anstaltspfarrer (was in den Konzentrationslagern verboten bleibt) Gottesdienst abhalten, zwar sind dem SA-Bewachungspersonal, nun in alte preußische Polizeiuniformen gesteckt, Beamte des Strafvollzugs in ihren grünen Uniformen vorgesetzt worden, doch nichts hat sich daran geändert, daß die Moorkultivierung in erster Linie dazu dient, Straffällige zu disziplinieren, und unter ihnen eben auch jene, die das NS-Regime zu Kriminellen abgestempelt hat. Der Chef der Emslandlager ist Werner Schäfer; als SA-Standartenführer war er bisher Kommandant des Konzentrationslagers Oranienburg, nun befehligt er als Oberregierungsrat die Strafvollzugsanstalt in Lingen, der die Außenlager unterstehen.

Zwei Ansprachen hält der Bischof an diesem Tag im Lager Aschendorfermoor, die eine vor (katholischen) Sträflingen, die er »an die durch

den Glauben auferlegte Pflicht zum Gehorsam und zur Treue gegenüber Volk und Staat« gemahnt, die andere vor dem Wachpersonal des Lagers. In dieser letzten Rede läßt sich die gute Absicht wiedererkennen, die den Bischof auch zum Besuch der Straflager bewogen hat. Vom Anstaltspfarrer über die unwürdigen Verhältnisse informiert, ermahnt er auch das Wachpersonal und fügt den vielsagenden Hinweis an, daß er, der Staatsrat, über das Gesehene auch in Berlin berichten werde. Ist dies eine das Wachpersonal beeindruckende Warnung, wird sie verstanden als Wink mit dem Zaunpfahl?

Wir dürfen die Atmosphäre jener Stunde und den Kontext nicht übersehen, in dem der Bischof seine Ermahnungen an die Beamten und SA-Wachmänner unterbringt. Diese Ansprache geschieht nämlich beim Bier, zu dem der Bischof das Wachpersonal zum Abschied eingeladen hat. Seine mahnenden Worte geraten zur blanken Nebensächlichkeit, denn immer noch voll des Staunens über die Eindrücke dieses Tages läßt der Bischof seiner stolzen Freude über die Kultivierung der heimatlichen Moore freien, lauten Lauf. Der Gaul geht mit ihm durch. Am Ende der Visitation stehen die (vom Generalvikariat nicht zu dementierenden) Sätze, mit denen der Bischof sich von den Aufpassern verabschiedet: »Ich danke Ihnen, daß Sie mir die Heimat gezeigt haben in der Form, die das Dritte Reich daraus gemacht hat. Lange lag das Emsland im Dornröschenschlaf, bis der Prinz kam und es weckte. Dieser Prinz ist unser Führer Adolf Hitler.«³⁴

In solchen Sätzen kulminiert die politische Arglosigkeit, die bei Bischof Berning wie bei seinem Hamburger Stadtdechanten Wintermann festzustellen ist. Nicht, daß sie die Augen verschlössen vor den Unrechtsakten, den alltäglichen Schikanen. Sie mühen sich, sie abzuwehren, aber sie sträuben sich gegen die Einsicht, daß es der Staat ist, der für sich allein das alle und alles beherrschende Weltanschauungsmonopol reklamiert. Sie klammern sich geradezu an die illusionäre Hoffnung, daß ein Miteinander von Kirche und Staat als gleichrangige Partner gewahrt bleiben könne. Dem Staat, dem sie als stramm nationale Bürger und Christen »untertan« sein wollen, trauen sie in ehrlicher und zugleich naiver Obrigkeitsgläubigkeit nicht die Absicht zu, den Kirchen an die Gurgel fahren zu wollen. Sie meinen immer noch, untergeordnete Stellen, Sektenprediger wie Rosenberg mit seinem »Mythus«, fanatisierte Neuheiden seien am Werk. Sie möchten immer noch einer starken Mehrheit innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung, einschließlich des Reichskanzlers, vertrauen, die den Ausgleich mit den Kirchen suche. Sie erkennen nicht, daß die Zurückdrängung der Kirchen Wesensbestandteil der nationalsozialistischen Ideologie und ihrer nun verfestigten Herrschaft ist. Zu den Vieltausenden, deren gutwillige

Loyalität zynisch mißbraucht wird, gehören auch Berning und Wintermann.

Von ihnen gibt es in jenen Jahren keine lauten Gesten der Auflehnung, keine Protestpredigten wider die nationalsozialistische Führung, denen Priester und Gläubige atemlos lauschen und die das Regime auf Sanktionen sinnen läßt. Zwar warnt und mahnt auch der Bischof auf seinen Visitationsreisen, aber es sind eher Aufrufe zu Zusammenhalt und Kirchentreue als Worte offenen Widerspruchs.

Berning hat den Feind nicht so scharf und gezielt im Visier wie der Berliner Bischof Preysing in seiner geradezu hellsichtigen Klarheit und wie die Bischöfe von Münster und München, Galen und Faulhaber, in ihrem unerbittlichen Rechtssinn. Sie reagieren härter und wenden sich, wozu der Kardinal Bertram und der Bischof in Osnabrück nicht neigen, auch mit einer Vielzahl entschiedener Hirtenbriefe an ihre Diözesanen. Ihre Amtsführung, ihre Lagebeurteilung erhöhen ihr Ansehen beim Heiligen Stuhl. Die scharfsinnige, aber letztlich wirkungslos verpuffende schriftliche Eingabepolitik des Konferenzvorsitzenden Bertram und seines zuverlässigen Adlatus Berning wollen sie durch eine bewegliche, die katholische Öffentlichkeit einbeziehende Vorwärtsverteidigung ersetzt wissen. Mit solchen Intentionen empfehlen gerade sie sich dem Papst und seinem Kardinalstaatssekretär Pacelli als Berater. Ihnen gleich betrachtet Papst Pius XI. die Vorgänge in Deutschland »mit brennender Sorge« und erwägt den lauten, weltweiten Protest. Der hartnäckig wiederholten Bitte des Kardinals Bertram, zur Vorberatung dieses päpstlichen Protestschreibens in Rom auch den Bischof von Osnabrück, den Unterhändler des Episkopats bei den NS-Stellen, hinzuzuziehen, kommen Papst und Pacelli nicht nach. Statt Berning beordern sie Galen und Preysing nach Rom. Dort ist der harte Flügel gefragt!

Im Januar 1937 versammeln die Bischöfe sich wieder in Fulda, um die verschärfte kirchenpolitische Lage zu beraten. Die Liste der Gravamina, die der Episkopat zusammenträgt und der Reichsregierung vorhält, ist lang. Kein Rechtsverstoß wider das Konkordat ist ausgelassen, keine Benachteiligung, keine Diskriminierung kirchlicher Positionen bleibt unbenannt. Und dennoch kann die lange Liste kirchlicher Beschwerden angesichts der politischen Atmosphäre im Reich nur als Beiläufigkeit registriert werden. Es sind die Jahre positiver Wirtschaftsentwicklung, innen- und außenpolitischer Erfolge Hitlers, die eine Stimmung von Aufbruch, Schwung und Genugtuung verbreiten und über Mißhelligkeiten allzu gerne hinwegsehen lassen.

Hitler eilt von Triumph zu Triumph: Der Austritt aus dem Völkerbund (1933), die Rückkehr des Saargebiets in das deutsche Reich

(1935), der forsche Einmarsch in die entmilitarisierte Zone des Rheinlands (1936), die Achse Berlin–Rom–Tokio und letztlich die als hinreißendes Schauspiel der Völkerverständigung inszenierten Olympischen Spiele in Berlin im August 1936: Stichworte aus dem Geschichtsbuch sind es nur, aber den Stufen gleich, die Hitler auf den Treppen seiner Macht und seines Ansehens höher und höher steigt.

Als die Bischöfe in Fulda wieder tagen, als Rom über einen weltweiten Protest gegen den Kirchenkampf der nationalsozialistischen Regierung nachzusinnen beginnt, steht Hitler noch nicht einmal im Zenith seiner Macht. Die große Mehrheit des Volkes schaut vertrauend zu ihm auf. Kehrt das Saargebiet heim oder hat Hitler Geburtstag, läuten auch in Hamburg die Glocken von allen Kirchen. Was sich an Unrecht sammelt, schmilzt in den vielen Stunden nationaler Erhebung wieder dahin.

Wer empört sich denn in jenen Jahren über Bernings anbietende Broschüre, wer verübelt ihm das Hitlerlob im Emsländer Moor, wer mahnt den Hamburger (inzwischen zum Monsignore beförderten) Pastor primarius wegen seiner schlaun Nähe zur Reichsstatthalterei an der Alster?

Widerstand, Distanz, Verweigerung praktizieren nur wenige. Die Bischöfe wissen es. So unterschiedlich in ihren Reihen die Meinungen über den richtigen Umgang mit Widerspruch und Widerstand, die Ansichten über defensives oder offensives Verhalten auch sind – über ihren Konferenzen lastet die Ahnung, daß, welche Abwehrmaßnahmen sie auch immer beschließen, es doch allesamt schon Stationen auf dem Rückzug vor der Übermacht des Staates sind.³⁵

1937–1938: Mit brennender Sorge

Die Geschichte der Enzyklika

Im Anschluß an das Fuldaer Bischofstreffen vom 12./13. Januar 1937 machen sich die fünf Bischöfe, mit denen Pius XI. und sein Kardinalstaatssekretär Pacelli Form und Inhalt eines päpstlichen Protestes gegen die Behinderungen der Kirche in Deutschland erörtern wollen, auf den Weg nach Rom. Daß der Papst zu den drei Kardinälen – Bertram (Breslau), Faulhaber (München), Schulte (Köln) – auch die Bischöfe von Berlin und Münster, Preysing und Galen, geladen hat, signalisiert schon, welchen besonderen Wert er auf die Entscheidungshilfe derer legt, die innerhalb des deutschen Episkopats den harten Flügel repräsentieren.¹

Die ersten Gespräche führen die Bischöfe mit Pacelli; in ihnen werden die vorgefallenen Konkordatsverletzungen und die möglichen Reaktionen erörtert. Den Vorschlag des vorsichtigen, keineswegs auf große Demonstrationen erpichten Kardinals Bertram, der Papst solle es mit einem persönlichen Schreiben an Hitler bewenden lassen, quittiert Pacelli »mit einem bedenklichen Gesicht«. Es ist offenkundig: Der Heilige Stuhl will mehr.

Am 17. Januar führt Pacelli die deutsche Delegation zum Papst. Der nahezu Achtzigjährige muß nach einer schweren Krankheit noch das Bett hüten. Bischof Preysing hat in einer Niederschrift die Szene dieses

Sonntagmorgens »im Schlafzimmer seiner Heiligkeit« festgehalten: »Der Heilige Vater in seinem Schlafzimmer im Bett, mit einer rotweißen Mozetta, rote Damastdecke; auf dem Nachttisch und dem Krankentischchen Bücher, auf dem Betstuhl eine Skulptur ›Christus am Ölberg‹. Das Aussehen, abgesehen von einem leidenden Zug im Gesicht, unverändert, Gedächtnis, Sachkenntnis, Ausdrucksfähigkeit ebenso.«

Gut eine Stunde bleiben die Bischöfe beim kranken Papst. Sie berichten über den Zustand ihrer Diözesen, gehen auch mit ihm die Liste der Schikanen und Konkordatsverletzungen durch, die Knebelung der Vereine, die Ausschaltung der katholischen Presse, die Drosselung der katholischen Bekenntnisschulen und der katholischen Lehrerbildungsanstalten, die rabiate Kirchenaustrittspropaganda. Der Papst ist erstaunlich gut informiert; der Kreis ist sich einig, weiterhin auf der Erfüllung des Konkordats zu bestehen. Als die Bischöfe sein Krankenlager verlassen, sind sie beeindruckt von der Entschiedenheit, mit der Pius XI. den Nationalsozialismus verdammt und gewillt ist, sich zur Wehr zu setzen.

Noch an diesem Sonntag nimmt Pacelli den Münchener Kardinal von Faulhaber beiseite und trägt ihm auf, einen ersten Entwurf für eine päpstliche Erklärung auszuarbeiten. Vorwiegend in den Nachtstunden erledigt der Kardinal diesen Auftrag. Am Donnerstag, dem 21. Januar, um 3.30 Uhr in der Frühe, schickt er Pacelli sein Schriftstück mit der beigelegten »Blankovollmacht, zu ändern, zu streichen, auch das Ganze beiseitezulegen«. Einige Beratungen im Vatikan stehen noch an. Auch der Papst empfängt in Einzelaudienzen noch einmal die Bischöfe vor ihrer Rückreise; dem Kardinal von Faulhaber dankt er »für die Nacharbeit und die sehr schönen Noten«.

Das Ergebnis ihrer Vorberatungen in Rom erfahren die deutschen Bischöfe erst zwei Monate später. Sie sind an der Fortführung der vatikanischen Überlegungen nicht mehr beteiligt. Nun wird nur noch im Vatikan entworfen, geschrieben und gefeilt. Auf den 14. März, den ersten Passionssonntag (Judica), datiert der Papst dann sein Hirtenwort; an diesem Tag erst trifft es in der päpstlichen Nuntiatur in Berlin ein. Bis zum Dienstag, dem 16. März, wird es in je einem Exemplar durch Boten allen deutschen Ordinariaten überbracht. Ihre Aufgabe ist es, den Text zu vervielfältigen und über die Dekanate in die Pfarreien zu bringen.

So sehr sich die Bischöfe durch die klare Sprache des Hirtenbriefs gestützt fühlen, löst er dennoch Besorgnisse und Ängste aus. Mit ungeschminktem Freimut verurteilt der Papst die Ideologie der nationalsozialistischen Partei mit ihrem Rassenwahn und Führerkult, ihrer Staats-

und Volksvergötzung. Er setzt ihr, vielfach in diesem Schreiben entfal-
tet, den Glauben der Christen und die Lehre der Kirche entgegen.

Das päpstliche Schreiben hält sich in seinem Grundriß an den von
Kardinal Faulhaber vorgelegten Entwurf. Wie von ihm empfohlen,
kommt das Wort Nationalsozialismus nicht vor, auch wird sprachlich
die direkte Anprangerung der nationalsozialistischen Regierung ver-
mieden. Dennoch verbrämt der Text weder Zweck noch Ziel. Der
Adressat, gegen den das Papstwort sich wendet, bleibt eindeutig fixiert.
Rom hat dem pastoralen Hauptteil eine Einleitung von dramatischer
Wucht vorangestellt, die mit ihrer vehementen Klage über Konkordats-
verletzungen dem Schreiben besonderes politisches Gewicht verleiht.
Auch heute noch vermag dieser Text zu fesseln.²

Dies ist sein Auftakt: »Mit brennender Sorge und steigendem
Befremden beobachten Wir seit geraumer Zeit den Leidensweg der Kir-
che, die wachsende Bedrängnis der ihr in Gesinnung und Tat treu blei-
benden Bekenner und Bekennerinnen inmitten des Landes und des
Volkes, dem St. Bonifatius einst die Licht- und Frohbotschaft von
Christus und dem Reiche Gottes gebracht hat...«

Dann verweist der Papst auf die der Kirche durch die Mißachtung des
Konkordats geschlagenen Wunden: »Der Anschauungsunterricht der
vergangenen Jahre klärt die Verantwortlichkeiten. Er enthüllte Ma-
chenschaften, die von Anfang an kein anderes Ziel kannten als den Ver-
nichtungskampf. In die Furchen, in die wir den Samen aufrichtigen
Friedens zu pflanzen bemüht waren, streuten andere... die Unkraut-
keime des Mißtrauens, des Unfriedens, des Hasses, der Verunglimp-
fung, der heimlichen und offenen, aus tausend Quellen gespeisten und
mit allen Mitteln arbeitenden grundsätzlichen Feindschaft gegen Chri-
stus und seine Kirche...«

Nochmals wird die politische Brisanz des Textes dadurch verstärkt,
daß er vom Papst in den Rang einer Enzyklika erhoben wird. Nun ist
das Hirtenwort nicht mehr nur an die Kirche in Deutschland, sondern
an die Weltkirche gerichtet; der ganze katholische Erdkreis soll erfah-
ren, wie der Papst die nationalsozialistische Ideologie wertet und was
durch sie der deutschen Teilkirche angetan wird.

Die Bischöfe wissen, daß dieses Papstwort eine Provokation des na-
tionalsozialistischen Regimes bedeutet und folglich die Staatsmacht al-
les unternehmen wird, seine Veröffentlichung zu hintertreiben. Damit
es nicht schon beschlagnahmt und verboten wird, ehe es die Kanzeln
erreicht, sind Schnelligkeit und Verschwiegenheit geboten. Die Bi-
schöfe verständigen sich darauf, es schon am nächsten Sonntag, dem
Palmsonntag (21. März 1937), zu veröffentlichen.

Schon diese Entscheidung schafft eine Fülle nachfolgender Pro-

bleme. Da ist zunächst die Länge der Enzyklika. Ihren vollen Text zu verlesen, erfordert mehr als eine Stunde Redezeit, und dies ausgerechnet am Palmsonntag, für den die Meßliturgie neben der Weihe der Zweige das längste aller Evangelien, die Passionsgeschichte nach Matthäus, vorschreibt. Und da sind vor allem die noch schwierigeren Probleme der schnellen Satz- und Druckherstellung des Hirtenworts jeweils vor Ort zu lösen sowie die des zuverlässigen Versands bis hin zur fernsten Pfarrei.

Vom Dienstag, dem Tag, an dem das Papstwort allen Ordinariaten vorliegt, verbleiben nur noch vier Tage zur Organisation der Herstellung, der Verteilung und der Verlesung. Damit droht der Kirche eine neue Gefahr. Denn von Tag zu Tag schwillt nun die Zahl derer an, die Kenntnis vom Papstwort erhalten. Je größer die Zahl der Mitwisser wird, je weiter die Wege für die Kuriere werden, desto schwieriger bleibt es, die Vertraulichkeit zu wahren, und desto wahrscheinlicher wird es, daß ein Exemplar der Enzyklika in die Hand der Gestapo fällt.

Doch erst am Sonnabend, also nur einen Tag vor der Verlesung, wird die Gestapo fündig. Der Chef der Sicherheitspolizei, Reinhard Heydrich, informiert Hitler, Göring, Goebbels, Himmler und den Kirchenminister Kerrl über das päpstliche Rundschreiben »mit hochverräterischen Angriffen auf den nationalsozialistischen Staat«. Die Mächtigen meinen, daß es, um die Bekanntgabe zu verhindern, noch zu früh sei für einen schnellen, großen Schlag gegen die Kirche; auch bleibe der Erfolg ungewiß. So kommen sie überein, die Verlesung der Enzyklika in den Gotteshäusern hinzunehmen, aber jegliche Verbreitung außerhalb der Kirchen zu verbieten und alle Exemplare zu beschlagnahmen, deren die Polizei habhaft werden kann.

Propagandaminister Goebbels verbietet Presse und Rundfunk, über den Inhalt der Enzyklika zu berichten; die Wiedergabe des Textes bleibt auch den verbliebenen Kirchenzeitungen untersagt. In der Öffentlichkeit soll das Papstwort totgeschwiegen werden. Heydrich gibt der Gestapo noch in der Nacht Einsatzbefehle und informiert sie über die vorgesehenen drakonischen Strafmaßnahmen: Wer außerhalb der Kirchen Exemplare verteilt, ist zu verhaften und aus allen Gliederungen der NSDAP sowie den angeschlossenen Berufsverbänden auszustoßen. Die den Text publizierenden offiziellen kirchlichen Amtsblätter werden beschlagnahmt, ihr Erscheinen wird für drei Monate untersagt. Zwölf Druckereien, in denen die Enzyklika als zusätzliches Informationsmaterial gedruckt worden ist, werden ihren Besitzern entschädigungslos weggenommen, zu ihnen gehört auch das Druckhaus Obermeyer in Osnabrück.

In der Nacht zum Palmsonntag geht um 0.30 Uhr auch in der Leit-

stelle der Staatspolizei Hamburg das Fernschreiben mit den Anweisungen Heydrichs ein. Doch der Palmsonntag verläuft dann für die Diasporagemeinde undramatisch. In den Kirchen wird, wie von Bischof Berning angeordnet, die Enzyklika verlesen – meist nur im Hochamt, das oft, um mehr Zeit für die Verlesung des langen Textes zu gewinnen, zurückgestuft wird zur Stillen heiligen Messe mit Volksgesang. Wo zwei Priester in einer Gemeinde tätig sind, besteigt der eine die Kanzel und beginnt, schon ehe der Zelebrant am Altar leise und auf Latein das Evangelium liest, mit der Verlesung des Textes. Manche Priester in der Osnabrücker wie in anderen Diözesen teilen den Text und lesen einen Teil während der Messen und den zweiten in der Andacht am Nachmittag – was in Hamburg nicht möglich ist, weil am Abend des Palmsonntags in allen Hamburger Kirchen die vorangegangene Missionswoche mit Predigt und festlichem Segen beendet wird. Die benötigten Exemplare der Enzyklika hatte als bischöflicher Kurier einen Tag zuvor der Caritasdirektor der Diözese, Schnitzler, nach Hamburg gebracht.

Zur Verteilung des Textes vor den Kirchentüren oder gar außerhalb des Pfarrgeländes ist es, soweit es sich noch feststellen läßt, in Hamburg nicht gekommen, was die Gemeinden vor polizeilichen Einsätzen bewahrt hat. Doch auch in Hamburg fahndet die Gestapo nach dem Papstwort. Aus Angst vor Hausdurchsuchungen schließen die Pastoren mancher Gemeinden den Text im Tabernakel auf dem Altar ihrer Kirchen ein.

In den Diasporaregionen der Diözese bleiben Verlesung und Verbreitung der Enzyklika begrenzt. Wo oft, wie im mecklenburgischen Teil der Diözese oder in Schleswig-Holstein, nur jeden zweiten oder dritten Sonntag die Messe gelesen wird, wo Priester sich auf dem Fahrrad abstrampeln, um zwei- oder dreimal in Dorfgasthof und Bauernstube vor einem halben Dutzend Katholiken zu zelebrieren, schwindet die Bedeutung der Enzyklika. In der fernsten und dürtigsten Diaspora bleibt die Verlesung der langen Passionsgeschichte für die Bindung an Gott und die Kirche wichtiger als die Verlesung der noch längeren päpstlichen Unterweisung.

Die Rache des Regimes

Unmittelbar nach der Verkündigung der Enzyklika entlädt sich die kalte Wut Hitlers und seiner Vasallen in wohlüberlegten Rachefeldzügen. 1937 erreicht der Kirchenkampf seinen Höhepunkt. Hitler be-

fiehl, noch abzuschließende und noch anstehende Verfahren gegen Priester, Ordensleute und Laienbrüder wegen Devisenschiebereien und Sittlichkeitsdelikte zu forcieren und sie propagandistisch zur Diffamierung der Kirche zu nutzen. Mit gewaltigem Aufwand leitet Goebbels diese Offensive ein; Schmutzwellen ergießen sich über die Kirche.

In maßloser, abgefeimter Überspitzung schlachtet Goebbels gerade das Delikt der Homosexualität aus. Seine Strategie zielt darauf ab, über unleugbare Verfehlungen einzelner (die im allgemeinen juristisch korrekt geahndet werden) den ganzen Berufsstand der Priester und Ordensleute zu diskreditieren und zu diffamieren.³ Der Propagandaminister heizt die öffentliche Meinung an; einem gefügigen Journalismus wird vorgegeben, was er zu melden und zu kommentieren hat. Über alle Rundfunkanstalten ist zu hören, in allen Zeitungen ist nachzulesen, welches Schauerbild von der Kirche Goebbels in der Berliner Deutschlandhalle am 28. Mai 1937 vor einer bestellten und tobenden Masse entwirft. Er wütet gegen »Sexualpest« und »herdenmäßige Unzucht«, bauscht eine Reihe von Fällen »zu Tausenden und aber Tausenden« auf, spricht »von schamlosesten Exzessen und perversen Unzuchtsakten in Beichtstühlen, Sakristeien, Seminaren und Klöstern«. Gemessen an anderen Presseorganen kommentiert das Hamburger Fremdenblatt noch gedämpft: »Nie und nimmer ist es statthaft, mit päpstlichen Enzykliken, die eine glatte Aufwühlung des Auslandes gegen den weltanschaulichen Gehalt der nationalsozialistischen Lehre anstreben, die betrübenden Zustände zu verschleiern, die vor den Rampen deutscher Gerichte aus katholischen Klöstern enthüllt werden.« (29. April 1937).

Die Auswirkungen dieser sich über Monate hinziehenden Diffamierungskampagnen zeigen sich auch in der steigenden Zahl der Störungen von Prozessionen durch krakeelende Trupps, in der Beschmierung auch hamburgischer Kirchen oder des Bischofshauses in Osnabrück, die die Polizei weder zu verhindern noch zu ahnden sucht. Zu den Vereinen, die weiterhin nach und nach verboten werden, gehört selbst das stille Frauenhilfswerk für Priesterberufe. In gezielten Schulbefragungen durch uniformierte Werber an der Haustür werden Unterschriften für die Umwandlung von Konfessions- in Gemeinschaftsschulen gesammelt. Der Religionsunterricht wird eingeschränkt; das Hitlerbild muß an die Stirnwand der Klassenzimmer. Das Nachrichtenblatt für die Hamburger Katholiken wird eingestellt, an seine Stelle tritt der Osnabrücker Kirchenbote. Das Regime erlaubt jeder Diözese nur noch ein einziges Blatt. An verschärfte Auflagen für Inhalt und Umfang gebunden und zur Farblosigkeit gezwungen, kommt der Kirchenbote in der Millionenstadt Hamburg über rund 3800 zahlende

Leser nicht mehr hinaus. 1941 schlägt auch für dieses Kümmerblatt wie für alle Kirchenblätter die letzte Stunde.

Die vielfachen Aktionen der Diffamierung wie der Einschüchterung werden begleitet von einer gezielten Kirchenaustrittskampagne. 1937 erreichen die Kirchenaustritte ihren Höhepunkt. Von 1933 bis 1935 verlassen jährlich etwa 31 000 Katholiken ihre Kirche. 1936 steigt die Zahl der Austritte auf 46 000 und schnell dann 1937 um mehr als das Doppelte auf 108 000 empor. In den kommenden Jahren wird sie wieder unter die 40 000-, dann die 20 000-Grenze sinken. (Die Austritte aus den evangelischen Kirchen belaufen sich 1937 auf 340 000.)⁴

Von den 3329 Kirchenaustritten des Jahres 1937 in der Diözese Osnabrück entfallen rund 1000, also nahezu ein Drittel, auf die auf Hamburger Territorium liegenden Gemeinden. Auch die Hamburger Diaspora bestätigt den statistischen Befund, daß die Austrittsbewegung sich vornehmlich auf die Städte beschränkt; mit zunehmender Einwohnerzahl steigen auch die Absagen an die Kirchen.

Das Generalvikariat in Osnabrück versucht, mit Hilfe der Pastoren die Motive für die Kirchenaustritte zu ermitteln; in der Austrittserklärung brauchen sie nicht genannt zu werden. In einer – unzulänglichen – Auflistung des Generalvikariats heißt es, daß an erster Stelle die Kirchensteuer, an zweiter religiös gemischte Ehen und erst an dritter Stelle politische Gründe den Ausschlag für den Austritt gäben. Wir dürfen dies interpretieren als den Austritt von Taufscheinchristen, denen die Kampagnen nur noch den letzten Anstoß zum Bruch mit einer ihnen ohnehin schon entfremdeten Kirche geben. In der sozialen Reihenfolge rangieren, laut Generalvikariat, an erster Stelle Arbeiter und Angestellte, an zweiter Kaufleute, selbständige Handwerker, mittlere Beamte, dann folgen Lehrer (»verhältnismäßig geringer Prozentsatz«), schließlich Akademiker (»in den wenigsten Fällen«). Die meisten Austritte in den katholischen Gemeinden Hamburgs müssen St. Marien im Stadtteil St. Georg, St. Bonifatius, Eimsbüttel, sowie St. Joseph und St. Marien in Altona hinnehmen.⁵

Die Austrittszahlen bedürfen der Interpretation. Denn sie beweisen keineswegs einen Massenaustritt, zu dem die Propaganda sie hochjubeln möchte. Gemessen an der Gesamtzahl der Katholiken (22,4 Millionen) ergibt die Austrittsquote insgesamt nur einen Schwund von 0,43 Prozent. Selbst in Hamburg reicht die Quote der Austritte (verringert um die Zahl der gleichzeitigen Über- und Rücktritte) kaum über 1,2 Prozent hinaus und bleibt damit im Vergleich geringer als in der anderen Millionen- und Diasporastadt Berlin, ganz zu schweigen vom »katholischen Köln«. Auch in den ausgedünnten Randzonen des Katholizismus, zu denen die hamburgische Diaspora gehört, verpufft die

Stoßkraft der nationalsozialistischen Propaganda trotz der angeblich doch »haarsträubenden Sittenverwilderung«. Erleichtert vermerkt die Fuldaer Bischofskonferenz während ihrer Tagung im August 1937, daß sich »die Partei in ihren Erwartungen gründlich getäuscht hat«. Die Kampagnen erweisen sich als ein Schlag ins Wasser. Sie verunsichern, verstören, schädigen die Reputation der Kirche, bringen ihr auch Verluste. Vor allem aber: sie wecken, was Goebbels nicht einkalkuliert hat, den Trotz.

Die trotzende Kirche

So zeigt das Jahr 1937 nicht nur eine schikanierte, sondern auch eine wehrhafte Kirche. Überzogen, vergrößernd und plump, wie sie sind, bewirken die Diffamierungskampagnen das Gegenteil dessen, was sie erzielen sollen. Gläubige, die ihrer Kirche zu entfremden das Ziel der Attacken ist, mucken auf, stehen demonstrativ ihrer, wie man damals zu sagen pflegte, Amtskirche bei. Der Unmut im Kirchenvolk über Hetze und Schikanen äußert sich in einer zunehmenden Beteiligung am kirchlichen Leben. Zwar steigt die absolute Zahl der praktizierenden Katholiken nicht – sie verharrt mit minimalen Schwankungen bei sechzig Prozent –, wohl aber steigert sich deren kirchliches Engagement. Andachten, Abendpredigten, Einkehrtage, Exerzitien haben erheblich mehr Zulauf. Bei Prozessionen, Wallfahrten, Glaubenskundgebungen steigt die Zahl der Teilnehmer, und zuweilen schnellst sie sogar hoch.

Die 700-Jahrfeier der Domweihe in Bamberg im Mai 1937 wird zu einer gewaltigen Demonstration. Zur Heiligtumsfahrt in Aachen im Juli 1937 kommen nahezu eine Million Katholiken – unerwartet und in dieser Summierung bis dahin unerreicht. In die Gestapoberichte gehen diese Aachener Tage als »Parteitag der Schwarzen« ein. Zuweilen äußert sich in diesen Kundgebungen katholischen Selbstbehauptungswillens aber auch die Unzufriedenheit beherzter Gruppen an der als allzu behutsam, als allzu vorsichtig empfundenen Taktik mancher Bischöfe. Das Weihnachtslied »Ihr Hirten erwacht«, im Frühling und Sommer 1937 auf Katholikenversammlungen angestimmt, erhält einen unüberhörbaren politischen Hintersinn.

In der Diözese Osnabrück verzeichnet die traditionelle Männerwallfahrt nach Rulle im Mai 1937 mehr Teilnehmer als in den Jahren zuvor. In der Missionswoche in Hamburg, März 1937, predigen Ordenspriester nachmittags in vollen Gemeindesälen und abends in übervol-

len Kirchen. Der Pastor primarius, Bernard Wintermann, meldet es stolz, aber auch erstaunt nach Osnabrück: »Die Beteiligung war weit größer als erwartet.«

Zum Mißerfolg der Diffamierungskampagnen trägt auch die beherzte Reaktion der Bischöfe bei. Daß sie sich offensiv gegen die Propagandalügen zur Wehr setzen, aber zugleich die Verfehlungen innerhalb der Kirche offen einräumen, bleibt das Verdienst des Bischofs von Berlin, Graf Preysing. Er, der geschulte Jurist, läßt mit akribischer Sorgfalt in allen Diözesen Zahlen und Daten der von Gerichten geahndeten Sittlichkeitsvergehen sammeln und stützt damit, unangreifbar in Methodik und Ergebnis, die von der nationalsozialistischen Propaganda hochgepeitschten Delikte auf ihr peinlich bleibendes, aber qualitativ wie quantitativ unbedeutendes Maß zurück. Die Diözese Osnabrück ist von den sogenannten Sittlichkeitsprozessen nicht betroffen.

Das von Preysing aufgearbeitete Material geht in viele Hirtenbriefe, Predigten, vor allem in die bischöflichen Informationsschreiben an die Diözesanpriester ein. Aber das Wichtigste, was Preysing, Galen und einige andere Bischöfe erreichen wollen, erreichen sie nicht. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Kardinal Bertram, weigert sich, eine wehrhafte, demonstrative Kundgebung des Gesamtepiskopats zur Enzyklika und ihren politischen Folgen zu veranlassen. Der vom harten Flügel angemahnte offensive Gegenkurs paßt auch nach der Enzyklika nicht in das kirchenpolitische Konzept des Kardinals. Er macht sich keine Illusionen über den Nationalsozialismus; wie stets weist er in seinen schriftlichen Eingaben schnell und präzise den Einspruch des Staates gegen die Enzyklika zurück, frei von Polemik, frei von Drohungen. Aber er beharrt auf seinem defensiven Kurs. Er will von sich aus keine weiteren Verwicklungen heraufbeschwören, von denen er befürchtet, daß ihnen weder die Gläubigen noch die Amtskirche gewachsen sind. Er bleibt bei seiner Meinung, daß für die Gemeinden nichts schlimmer sei als der totale Bruch. Mit seinen Argumenten überzeugt er die Mehrheit des Episkopats.

So kommt nach der Verlesung der Enzyklika und der ihr nachfolgenden massiven Rache des Regimes kein wehrhaftes, aufrüttelndes, gemeinsames Wort aller Bischöfe zustande. Da sich der Widerstand in unterschiedliche Einzelaktionen auflöst, verringert sich die öffentliche Wirksamkeit der Enzyklika. Nur die bayerischen Bischöfe verständigen sich ihrer Tradition gemäß auf ein gemeinsames Hirtenwort. Graf Galen kann den Textvorschlag, den er Bertram für einen gemeinsamen Hirtenbrief empfohlen hatte, nun nur den eigenen Diözesanen vortragen. Graf Preysing läßt der Enzyklika und den ihr folgenden Verleum-

dungen in seiner Diözese drei Hirtenbriefe folgen. Eine Minderheit, zu der Bertram und Berning gehören, verzichtet auf einen Hirtenbrief. Berning informiert aber gründlich und ausführlich den Klerus seiner Diözese.

Der Bischof von Osnabrück nimmt die Wallfahrt der Männer und Jungmänner am 23. Mai 1937 nach Rulle zum Anlaß, seinen Protest zu formulieren: »Die Kirche schützt, verteidigt und entschuldigt kein Vergehen und Verbrechen, wenn es in ihren Reihen vorkommt, aber die Kirche muß sich wehren gegen die Form, in der systematisch und zielbewußt mit allen Mitteln der Propaganda aus diesen... Taten Kapital geschlagen wird zu einer allgemeinen Hetze gegen die Kirche.« Dann redet Berning in seiner burschikosen Art den Männern ins Gewissen: »Wagt mal ein offenes Wort auf der Arbeitsstätte... und wenn in einer Versammlung ein Redner anfängt, die Kirche, den Priesterstand zu schmähen, so steht auf und verlaßt geschlossen das Lokal. Zeigt Mut, ihr Männer! Und sorgt dafür, daß Euren Kindern nicht die Ehrfurcht vor der Kirche, vor dem Heiligen geraubt wird!« Nach solchen Sätzen wird die Predigt des Bischofs von Beifall unterbrochen.⁶

Die unterschiedlichen Auffassungen über das weitere Verhalten nach der Verlesung der Enzyklika verschärfen die Spannungen in der Bischofskonferenz, vornehmlich die zwischen Breslau und Berlin. Als der nun 78jährige Kardinal Bertram bei der Reichsregierung die Fortsetzung der Verhandlungen über Fragen der katholischen Schulen und der Lehrerausbildung anmahnt, platzt Preysing der Kragen: »Ich halte es«, schreibt er am 18. Oktober 1937 an Bertram, »für aussichtslos, wenn nicht für verhängnisvoll, Friedensverhandlungen zu führen, wenn kein Waffenstillstand vom Gegner gewährt wird.« Er beharrt auf dem Standpunkt, daß man nach der Enzyklika nicht mit einer Reichsregierung verhandeln könne, die trotz der Enzyklika vertragsbrüchig bleibt. Wichtiger sei es, »die Quälereien öffentlich zu brandmarken«. Enttäuscht und ergrimmt legt Preysing sein Mandat in der bischöflichen Schulkommission nieder.⁷ Bertram bittet den Bischof von Osnabrück, dennoch die Verhandlungen weiterzuführen. Der getreue Ekkehard nimmt die Verhandlungen mit den staatlichen Instanzen wieder auf; hingehalten, getröstet, getäuscht, erfährt aber auch er, wie sie wenige Monate später ergebnislos versickern.

Die trotzigten Predigten und Hirtenschreiben dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Enzyklika eine fortdauernde Wirkung versagt bleibt. Ihr Ruf verhallt. Wie viele Bischöfe, so bleiben erst recht die Gläubigen eingetaucht in das Wechselbad von Zustimmung und Mißtrauen, von Vertrauen und Zweifel. Die Enzyklika »Mit brennender Sorge« warnt vor der anmaßenden Ideologie des Nationalsozialis-

mus. Nur fünf Tage später schickt der Papst sein ebenfalls in den Rang einer Enzyklika erhobenes Rundschreiben »Divini redemptoris« (»Gegen den atheistischen Kommunismus«) in alle Welt (19. März 1937). Der Papst will nicht nur die Absage der Kirche an den Nationalsozialismus, sondern ebenso die an den Kommunismus/Bolschewismus verdeutlichen. Die Absicht, den Komplementärcharakter beider Schreiben hervorzuheben, verdient Respekt; ihre politische Wirkung ist verheerend.

Denn diese zweite, unmittelbar nachgeschickte Enzyklika mindert im öffentlichen Bewußtsein den Wert der vorangegangenen. Im Anti-Bolschewismus-Schreiben des Papstes fühlen sich nun wieder Millionen gläubiger Katholiken auch in ihrer Zustimmung zum nationalsozialistischen Staat bestätigt. Sie empfinden das Schreiben des Papstes als Bekräftigung dessen, was Hitler unermüdlich predigt. In der Verneinung des Kommunismus, in der Sorge vor der »roten Flut« gibt es Übereinstimmungen zwischen Papstwort und Hitlerreden. Doch im lauten Gedröhn, das diese Enzyklika hervorruft, fallen die prinzipiellen und substantiellen Unterscheidungen zwischen der kirchlichen und der nationalsozialistischen Verdammnis des Kommunismus wie Späne unter die Hobelbank. Nicht die Kirche, sondern die NS-Ideologie spricht, wenn sie gegen den Bolschewismus zu Felde zieht, von »jüdisch-kommunistischen Cliques«, von »minderwertiger Rasse«, von »bolschewistischem Untermenschentum«. Die – unbeantwortbare – Frage aber bleibt: Wie hoch mag die Zahl der Christen sein, die sich von diesem Denken und dieser vulgären Terminologie nicht abgestoßen fühlen?

Das Papstwort wider den Kommunismus findet Beachtung bei Kirchgängern wie bei Gegnern der Kirche. Der nationalsozialistische Staat nimmt es auf und speist es, gekonnt auf das ihm Passende zurechtgebogen, in seine Propagandamühlen ein. Goebbels, der soeben noch die Kirche diffamierte, zieht sie nun als Kronzeugen für den notwendigen Kampf gegen den Bolschewismus heran. Um Argumente ist er nicht verlegen: Es ist die Zeit der Schau- und Säuberungsprozesse in Moskau; bestürzt erfährt die Welt, wie Stalin seine letzten innerparteilichen Widersacher ausmerzt. Es ist die Zeit des spanischen Bürgerkrieges; auch er verstärkt die Angst vor dem Bolschewismus und spielt damit jenen zu, die, wie Hitler, den kämpferischen Antibolschewismus propagieren. Nicht nur das faschistische Italien und das nationalsozialistische Deutschland stehen von Anfang an dem putschenden General Franco zur Seite; auch der Vatikan bekennt offen seine Sympathie. Als die Enzyklika »Divini redemptoris« erscheint, neun Monate nach Beginn des noch Jahre währenden selbstmörderischen Bruderkampfes, hat er seine Kontakte zu Franco schon intensiviert und stabili-

siert. Die große Mehrheit der Deutschen sieht im Kampf des Generals und seiner Bataillone einen Kampf gegen den Bolschewismus; so sieht ihn auch Hitler und eben auch der Vatikan.

So wird die doch vornehmlich den deutschen Katholiken zugedachte Enzyklika »Mit brennender Sorge« überspielt, verdrängt, vergessen. In Hamburg liegt die Enzyklika gegen den Kommunismus in den Schriftständen der Gemeinden aus. Die Kirchenzeitung weist in mehreren Ausgaben werbend darauf hin, daß Nachbestellungen möglich sind. Der Vertrieb der Enzyklika »Mit brennender Sorge« wurde mit drakonischen Maßnahmen unterdrückt, dem des Anti-Kommunismus-Schreibens dagegen legt der Staat kein Hindernis in den Weg. Die Kirche wird geknebelt, wenn sie das Regime stört; man läßt sie gewähren, wenn sie ihm nützt.

Groß-Hamburg

Im März 1937, in dem die umstrittenen Papstschreiben erscheinen, bereitet Hamburg sich auf ein großes Ereignis vor. Vom 1. April an gilt das Groß-Hamburg-Gesetz, mit dem die Reichsregierung autoritär regelt, was die demokratischen Parlamente zuvor zum Schaden der Region nicht zu regeln vermocht hatten. Der Beifall ist den Nationalsozialisten sicher.

Durch das Groß-Hamburg-Gesetz werden die Städte Altona, Wandsbek, Harburg und Wilhelmsburg sowie eine Vielzahl weiterer Gemeinden im Umfeld der Hansestadt aus Preußen ausgegliedert und mit Hamburg vereint. Die Stadt heißt fortan »Hansestadt Hamburg«; der altehrwürdige Titel, auch eine »freie« Stadt zu sein, entfällt. Die Fläche der Hansestadt verdoppelt sich auf 75 000 Hektar; die Zahl der Einwohner steigt um knapp vierzig Prozent auf 1 700 000 an.⁸

Auch die Zahl der Katholiken steigt. Städte wie Altona, Harburg und Wilhelmsburg haben mit elf bis vierzehn Prozent einen höheren Katholikenanteil als Althamburg. Nach der Vereinigung verzeichnet die Stadt nun 85 000 Katholiken. Auf das Konfessionsgefüge wirkt sich diese Steigerung nicht aus; der Anteil der Katholiken verharret auch in der nun gewaltig vergrößerten Stadt bei rund fünf Prozent. Harburg und Wilhelmsburg verbleiben kirchenrechtlich der Diözese Hildesheim. Die Dekanatsaufteilung in der Hamburger Region der Diözese Osnabrück wird – im großen und ganzen – beibehalten; das Althamburger Dekanat vergrößert sich, was auch der Position des Pastors primarius zugute kommt.

Zum festlichen Staatsakt im Hamburger Rathaus am Mittwoch, dem 31. März 1937, lädt der Reichsstatthalter auch den Vorsteher der Hamburger Katholiken ein. Wintermann dankt für diese Einladung mit einem Schreiben vom 30. März: »Hochverehrter Herr Reichsstatthalter! Die Durchführung des Groß-Hamburg-Gesetzes bringt unserer Vaterstadt eine große Umgestaltung und Ihnen eine reiche Fülle neuer Arbeit und wichtiger Aufgaben. Die Bedeutung Hamburgs ist mit der Erweiterung seiner Grenzen noch wesentlich gewachsen. Persönlich und im Namen der Gemeinde wünsche ich Ihnen von ganzem Herzen die Freude, daß Sie Ihr rastloses Bemühen um das Wohl Deutschlands und des deutschen Volkes mit gutem Erfolg gekrönt sehen, und werde nicht verfehlen, Ihnen den Segen Gottes zu erleben. Heil Hitler! Dechant Bernard Wintermann, Pastor primarius.«

Ein Pastor primarius braucht kein Meister behutsamer, geschliffener Formulierungen zu sein. Aber daß Wintermanns Gratulationsschreiben in seiner Tonart wie in seinen aufgeplusterten Vokabeln wiederum keinerlei Distanz erkennen und nichts verspüren läßt von der der Kirche angetanen Drangsal, verweist einmal mehr auf die vorherrschende Stimmung im Reich, von der sich auch Wintermann hat einfangen lassen. Er stuft den Kirchenkampf als Abwehrgefecht auf einem Nebenkriegsschauplatz ein, das von den Christen durchgestanden werden muß, das aber keineswegs das Vertrauen in den »Führer« und seinen Kurs zu mindern braucht.

Auf dem Weg nach München

Hitler setzt den Triumphmarsch in den Zenith seiner Macht fort. Die Enzyklika »Mit brennender Sorge« bleibt im Ausland resonanzlos. Sie bremst die Mächte nicht in ihrer beflissenen Diplomatie gegenüber dem NS-Regime; sie sind, um Appeasement, um Beschwichtigung, bemüht, schon auf dem Weg nach München. Sie schicken, der Einladung Hitlers folgend, ihre Diplomaten 1937 zum erstenmal zum Reichsparteitag in Nürnberg, auf dem das Regime vor braunen SA-, vor feldgrauen und vor schwarzen SS-Marschsäulen seine gigantische Liturgie zu zelebrieren versteht. Über dem nächtlichen Paradefeld bündeln sich die Kegel der Flakscheinwerfer zu Lichtdomen. Standarten und Opferschalen umstellen den Kultraum, auf dessen »Führerkanzel« hell, doch unendlich fern für die Aufmarschierten, Adolf Hitler erscheint. Blutfahnen beschwören die Erinnerung an die Gefallenen der nationalsozialisti-

schen Sturmtrupps. »Das Blut, das sie vergossen haben, ist Taufwasser geworden für unser Reich.«

An Ritualen und erhebenden Daten ist kein Mangel. Der Anschluß Österreichs wird im März 1938 unter dem Jubel der Österreicher wie der Deutschen vollzogen – Glockenklang eine Woche und eine Stunde lang mittags von 12.00 bis 1.00 Uhr. Dem Anschluß läßt die Regierung am 10. April eine Volksabstimmung im ganzen Reich folgen. Der Text verknüpft manipulativ die Zustimmung zum Anschluß mit einem Bekenntnis zu Hitler: »Bekennst Du Dich zu unserem Führer Adolf Hitler und damit zu der am 13. März 1938 vollzogenen Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich?«

An diesem zum »Bekennntnissonntag« hochstilisierten Tag bekennen sich, laut Propagandaministerium, 99,08 Prozent der Wahlberechtigten zu Adolf Hitler. Zu den Diözesen, die ihre Gläubigen unmißverständlich auffordern, für Hitler zu stimmen, gehört Osnabrück. So wird auch von den Hamburger Kanzeln die Weisung des Bischofs verlesen, daß am 10. April »selbstverständlich jeder Katholik treu seine Pflicht erfüllt!«

Nur sieben Monate nach dem Anschluß Österreichs folgen der französische Ministerpräsident Daladier, der britische Premierminister Chamberlain und Italiens Duce Mussolini der Einladung Hitlers nach München. Der Gewinner auf dieser Münchener Konferenz, Ende September 1938, ist noch einmal Adolf Hitler. Er bringt das Sudetenland »heim ins Reich«. Chamberlain glaubt, da nun alle territorialen Forderungen Hitlers erfüllt scheinen, »Peace for our times« voraussetzen zu können. Er irrt, wie sich Millionen jubelnd-dankender Deutschen irren. Wieder läuten die Glocken, und Kardinal Bertram schickt ein Telegramm an Hitler voller Dank, das nationale Ziel erreicht und zugleich den Frieden bewahrt zu haben. Ohne Krieg, so denken Millionen, hat der »Führer« mit Wagemut und dem Instinkt für die Schwächen anderer Mächte das offenkundige Unrecht von Versailles revidiert, das zu revidieren allen deutschen Politikern vor ihm versagt geblieben war.

Ende 1938 steht Hitler auf der höchsten Sprosse der himmelwärts weisenden Leiter seines Ansehens und seiner Macht. Daß die höchste Sprosse auch die letzte ist, verkennt er in seiner Verblendung und der Erbarmungslosigkeit seines Denkens über Zweck und Ziel.

Der Leidensweg der Juden

Sechs Wochen nach der Münchener Konferenz erschießt ein aus Hannover weggetauchter siebzehnjähriger Jude, der seine gequälten Eltern und Geschwister rächen will, einen Diplomaten der deutschen Botschaft in Paris. Wie beim Reichstagsbrand fünf Jahre zuvor, nutzt das Regime auch diesmal die Gunst der Stunde. Mit einem blitzschnellen, doch kühl organisierten, »spontanen« Schlag zahlt es mit Mord, Mißhandlungen, Brand und Plünderungen, mit tausend inszenierten Demütigungen allen deutschen Juden die Mordtat eines Einzelgängers heim. Aus Deutschland sollen sie hinausgeekelt werden – dies ist das Motiv für den Pogrom, der in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 Flammen lodern, Scheiben klirren und aus ihren Wohnungen getriebene Juden um ihr Leben zittern läßt. 91 Juden werden in dieser Nacht umgebracht, an die 26000 aus den Betten geholt und in Konzentrationslager verschleppt. Kommen sie frei, bewegt sie nur noch der Gedanke, so schnell wie möglich Deutschland zu verlassen. In dieser Nacht bricht für viele deutsche Juden endgültig eine Welt zusammen. Vom Staat, den sie ihr Vaterland, von der Stadt, die sie ihre Heimatstadt nennen, werden sie verstoßen. Trotz aller schon vorausgegangenen Drangsal haben von den 502799 reichsdeutschen Juden (0,76 Prozent der Bevölkerung, 1933) erst 130000 das Land verlassen. Nach dieser Nacht gibt es kein Halten mehr; nun steigt die Zahl der Fluchtwilligen rapide an.⁹

Wie überall im Reich, so brennen auch in Hamburg Synagogen, werden jüdische Bethäuser verwüstet, Kultgegenstände geschändet, auf die Straßen geworfen, gestohlen oder verbrannt. Die größte der Hamburger Synagogen am Bornplatz wird demoliert, und die Polizei schaut zu. Vor der brennenden Leichenhalle auf dem jüdischen Friedhof in Harburg führen Hitlerjungen unter Trommelwirbeln ihren Veitstanz auf.

Die Fenster jüdischer Kaufhäuser und Geschäfte werden eingeschlagen; es wird verwüstet und auch geplündert. Die Schaufensterpuppen des Bekleidungshauses Robinsohn im vornehmen Geschäftszentrum der Stadt treiben im Alsterfleet. Nahezu tausend jüdische Männer werden in dieser Nacht verhaftet, der Gestapo ausgeliefert, nach Fuhlsbüttel gebracht und dann dem Konzentrationslager Sachsenhausen überstellt. »Einige«, so erinnert sich ein Betroffener der Torturen in jener Nacht in Hamburg, »kippten auf den Gängen vor Erschöpfung um. Man zwang uns, Wassereimer über ihnen auszukippen, bis sie wieder zu sich kamen.«¹⁰

Gegen das himmelschreiende Unrecht jener Nacht schreibt keine

Zeitung mehr an. Das Hamburger Tageblatt vom 10. November 1938 registriert »Kundgebungen der verschiedensten Art«. »In der Innenstadt waren die jüdischen Geschäftshäuser... Gegenstand von Demonstrationen. Es wurden, um den beleidigten Gefühlen des Volkes gegen das Weltjudentum einen deutlichen Ausdruck zu geben, Schaufenster zertrümmert und jüdische Namen abgerissen.«

1933 leben in Hamburg rund 20000 Juden. Ihre Zahl sinkt von Jahr zu Jahr. Bis Ende 1937 verlassen mehr als 4000 Juden die Hansestadt. Nach dem Novemberpogrom von 1938 erreicht die Auswanderungswelle ihren Höhepunkt. Weitere 7000 von den Rassegesetzen betroffene Menschen flüchten aus Hamburg. 1940 erreichen noch 630 das rettende Ausland, im Frühjahr 1941 noch ein paar Dutzend.¹¹ 8000 aber bleiben trotz aller Demütigungen, trotz der »Reichskristallnacht« in der Stadt. Es sind die meisten der in »Mischehe« lebenden Juden; es sind diejenigen, die wider alle Hoffnung hoffen, die zu arm sind, die Fluchtsteuern entrichten zu können, oder zu alt, um noch fliehen zu wollen, die resigniert haben, mutlos geworden sind. Über ihr Los werden dann Namen wie Riga und Łodz, Theresienstadt und Auschwitz Auskunft geben.

Im Anzeigenteil der Hamburger Zeitungen mehren sich in den Jahren vor dem Krieg die Offerten jüdischer Bürger, die ihre Firma, ihr Geschäft, ihren Tabakladen verkaufen wollen, um dem völligen Ruin zu entgehen, um einen Teil ihres Besitzes zu retten, vor allem aber, um den maßlos hoch angesetzten Tribut für die Auswanderungsbewilligung, die sogenannte Reichsfluchtsteuer, aufbringen zu können. Hinter den Texten kleiner Anzeigen verbergen sich Hoffnungen und Ängste. Jüdische Bürger inserieren »wegen unbedingter Geldbeschaffung«, »wegen Abreise ins Ausland«, »wegen vollständiger Aufgabe«, »wegen schnellster Räumung«. Die Berufe der Inserenten reichen vom Warenhausbesitzer über den Händler bis hin zum Kürschner und Schneider. 1937/38 zählt die Hansestadt noch 1200 (meist kleine) jüdische Gewerbebetriebe.

Auch Hamburgs Auktionshäusern schlägt die Panik der Juden zu Buche. Sie schleppen Bilder, Mobiliar und Schmuck heran und geben sich bei den Versteigerungen mit den miesesten Geboten klaglos zufrieden. Nur hinaus wollen sie, der Drangsal entkommen.

Zugleich mehren sich im Anzeigenteil der Zeitungen Bekanntmachungen sogenannter Geschäftsübernahmen. Der Text kaschiert nicht einmal den Kauf jüdischen Eigentums durch die Konkurrenz. Sie stürzt sich wie die Geier auf die Beute und heimst sie meist zu Schleuderpreisen ein. Hundertfach wird von den neuen Besitzern der Werbetext formuliert: »Somit ist dieses Geschäft in arische Hände übergegan-

gen. Ich bitte um Ihr Vertrauen!« Zum Jahresende 1938 müssen alle jüdischen Gewerbetreibenden ihre Unternehmen aufgeben. Bei den meisten lohnt sich die Überführung in »arischen« Besitz nicht mehr; sie werden liquidiert.

Im Frühjahr meldet der Reichsstatthalter nach Berlin und melden die Hamburger Zeitungen ihren Lesern stolz Vollzug: Alle noch lebensfähigen jüdischen Geschäfte sind »arisiert«. Die respektable Tradition jüdischen Anteils am Handels- und Gewerbeleben der Hansestadt endet im Würgegriff nationalsozialistischer Macht.

Die Bedeutung der Pogromnacht im November 1938 wird uns erst voll bewußt, wenn wir sie einordnen in die endlose Reihe der Demütigungen und Schikanen, denen die Juden ausgesetzt sind. In dieser Nacht vollzieht sich zwar ein Gewaltakt, aber er ist weder einmalig noch beispiellos. Diese Nacht ist kein Sonderfall, sondern bleibt Bestandteil eines sich schon über Jahre hinziehenden schleichenden Pogroms. Was mit dem Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 beginnt, setzt sich fort in einer steigenden Zahl von Repressalien und Verboten. Durch sie werden die deutschen Juden aus der Volksgemeinschaft, wie sie das NS-Regime propagiert, ausgegrenzt. Der »Arierparagraph«, schon im April 1933 erlassen, jagt jüdische Beamte aus ihren Ämtern, verbietet den Juden jedwede Tätigkeit im Bereich von Kunst und Kultur. Universitäten verweigern jüdischen Abiturienten den Studienbeginn, geänderte Prüfungsordnungen verhindern die Zulassung jüdischer Medizin-, Pharmazie- und Jurastudenten zum Abschlußexamen.

Am 15. September 1935 erreicht die wohlüberlegte Judenhatz auf dem Reichsparteitag in Nürnberg ihren ersten Gipfel: Hitler verkündet die »Nürnberger Gesetze«. Sie legen den Grund für die völlige Entrechtung der Juden. Mit dem Reichsbürgergesetz werden den deutschen Juden alle staatsbürgerlichen Rechte abgesprochen. Mit dem Gesetz zum Schutz des Blutes und der deutschen Ehre werden sie moralisch diffamiert und als »rassisch minderwertig« abqualifiziert. Das Gesetz verbietet die Eheschließung zwischen »Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes«. Der außereheliche Geschlechtsverkehr zwischen Juden und »Deutschblütigen« wird unter Strafe gestellt und als »Rassenschande« gebrandmarkt. In den folgenden Jahren werden allein in Hamburg von einer eigens eingesetzten Strafkammer 429 Zuchthausstrafen wegen »Rassenschande« verhängt.

Durchführungsverordnungen zu den Nürnberger Gesetzen definieren, wer Jude ist. Welchen Glaubens er auch immer sein, aus welcher kulturellen Tradition er auch immer kommen mag: Jude ist, wer wenigstens drei jüdische Großeltern hat. Ob Mann oder Frau, Junge oder

Mädchen sich in der deutschen Geschichte ihrer Familien eingebettet fühlen, steht nicht mehr zur Debatte; ihnen wird – Glaube hin, Geschichte her – das Kainsmal des »minderwertigen Juden« eingebrannt. »Mischlinge ersten Grades« heißen fortan die, die zwei jüdische Großeltern, »Mischlinge zweiten Grades« diejenigen, die einen Juden oder eine Jüdin unter den Großeltern aufzuweisen haben. Wen stößt in jenen Jahren die Arroganz dieses zum rassistischen Biologismus verkommenen Denkens ab, wen die hündische Vulgarität dieser Gesetzessprache? Es regt sich kein Widerspruch, und auch die Kirche schweigt.

Im Heer der nun ausgegrenzten deutschen Juden gibt es Tausende von Christen. Manche von ihnen sind sich nicht einmal mehr der jüdischen Herkunft ihrer Vorfahren bewußt. Sie sind durch Konversion, durch Adoption, durch Heirat oft schon seit Generationen hineingewachsen in ein christliches Milieu; sie lassen ihre Kinder taufen und vertrauen sie den Kirchen an. Erst die Nürnberger Gesetze machen sie zu »Rassejuden« und »Mischlingen«. Das Wort Jude gilt als Schimpfwort, auch die Kirche meidet es. In den deutschen Bistümern werden die Katholiken jüdischer Herkunft als »katholische Nichtarier« geführt.

Nach der Verkündung der Nürnberger Gesetze setzt sich der schleichende Pogrom um so schneller fort. Für die Juden reiht sich nun eine Leidensstation an die andere. Kinderreichen jüdischen Familien werden die Beihilfen gestrichen. Juden dürfen weder Apotheken noch Gasthäuser betreiben, weder Privatunterricht erteilen noch als Sachverständige amtieren, weder Hebamme noch Trauzeugen noch Gasthörer sein. Jüdischen Waidmännern wird der Jagdschein aberkannt, Autofahrern der Führerschein entzogen. Jüdischen Ärzten und Rechtsanwälten wird ihr Titel genommen; als Krankenbehandler oder als Konsulenten dürfen sie sich nur noch um jüdische Patienten und Klienten kümmern. Wenige Wochen vor dem Novemberpogrom wird den Juden eine besondere Kennkarte zugeteilt. Sie werden gezwungen, ihrem Vornamen zusätzlich den Namen Sara oder Israel anzufügen; in ihren Reisepaß wird ein großes, rotes »J« gestempelt.

Nach der Pogromnacht vom 9./10. November 1938 wird noch einmal das Tempo beschleunigt, mit dem das Regime die Juden auf ihrer Via mala vor sich hertreibt. Jüdische Kinder werden von allen staatlichen, städtischen und auch den konfessionellen Privatschulen gejagt und in jüdischen Schulen separiert. Der Besuch von Theatern, Kinos und Konzerten, von Sportplätzen, Bädern und Kurorten wird den Juden verboten. Jüdische Wohnungen werden zu Stätten familiärer Tragödien. Der Streit, ob man auswandern müsse oder noch warten

könne, zerreißt manche Familien. Meist sind es die Alten, die zaudern – bis es zu spät ist. 1940 ist fast die Hälfte der noch in Hamburg verbliebenen Juden über sechzig Jahre alt.

Wer bis zum Sommer 1941 das Land nicht verlassen haben wird, taumelt einem schrecklichen Schicksal entgegen. Auf keine öffentliche Bank im Stadtpark darf er sich mehr setzen, keinen Hund mehr halten, keine Blumen mehr kaufen. Vom September 1941 an werden die noch im Reich lebenden Juden vom sechsten Lebensjahr an den gelben Stern zu tragen haben, »auf der linken Brustseite, genau in Herzhöhe, jederzeit sichtbar«. Hamburgs jüdische Restgemeinde wird 308 Selbstmorde zu beklagen haben; zu denen, die kapitulierend aus dem Leben scheiden, gehören auch der in den Weimarer Jahren hoch angesehenen, dann schimpflich aus dem Amt gejagte Staatsrat der hamburgischen Finanzbehörde, Leo Lippmann, und seine Frau. Schon bald haben die Hamburger Juden zu Tausenden Waggons zu besteigen, in ihren Taschen, wie befohlen, »Mundvorrat für zwei Tage«, in Kopf und Herz bedrängt von der Ungewitheit und der Angst, daß es irgendwie ostwärts gehe, hinter den Hitlerschen Heeren her...

Bei der Volkszählung am 17. Mai 1939 werden in Hamburg noch 9943 Juden registriert. Von ihnen bekennen sich 8175 zur jüdischen Religionsgemeinschaft. Die Differenz von 1768 zwischen beiden Zahlen verweist auf jene kleine Minderheit von Juden innerhalb der jüdischen Minderheit, die ebenfalls den Nürnberger Gesetzen unterliegen, obwohl sie sich von der jüdischen Glaubensgemeinschaft losgesagt haben. Das Regime nennt die einen »Glaubens«- und die anderen »Rassejuden« und stößt sie beide gleichermaßen aus.

Unter den zu »Rassejuden« Deklassierten finden wir die dem Judentum Entfremdeten, die Agnostiker, die Atheisten, die – oder deren Vorfahren schon – den Kontakt zur jüdischen Gemeinschaft verloren, sich von allen Bindungen an Religion, Tradition und Rituale gelöst haben. In dieser kleinen Minderheit der »Rassejuden« finden wir aber auch die Christen und unter ihnen auch die Katholiken, die Opfer der Nürnberger Gesetze und damit zum Problem für die Kirche geworden sind.

Die Zahl der Katholiken jüdischer Herkunft ist gering. Im Altreich werden 1939 noch 10400 von 333500 Juden als Katholiken ausgewiesen. In der Diaspora zerrinnt selbst diese magere Zahl. Von 755 Juden insgesamt in Schleswig-Holstein sind sieben katholischen Glaubens. Groß-Hamburg, Millionen-, aber auch Diasporastadt, zählt 1939 nur noch 62 katholische »Juden«, 23 männlichen und 39 weiblichen Geschlechts. So hat es die Diaspora nur mit Einzelfällen zu tun, doch auch sie summieren sich zu einem quantitativ nebensächlich, qualitativ aber

dramatisch bleibenden Problem des Umgangs der Kirche mit ihren »Judenchristen«.

Von 1900 bis 1935 treten nach einer kirchenamtlichen Statistik, die Wintermann seinem Bischof zustellt, im Dekanat Hamburg 36 Juden zur katholischen Kirche über. Das kleine Drama, das diese Statistik enthält, zeigt sich darin, daß mehr als ein Drittel dieser Konvertiten, nämlich 14, erst nach dem Machtantritt Hitlers den Weg in die Kirche finden (1933: 4, 1934: 4, 1935: 6). So belanglos diese Zahlen für die Stadt auch sind, selbst in ihnen schlägt sich politische Bedrängnis nieder. Wir dürfen unterstellen, daß die Konversionen oft, und ganz gewiß seit 1933, auch von der Hoffnung bestimmt sind, im Schoß der Kirche Schutz für sich und die Familie vor antisemitischen Pöbeleien und erst recht vor staatlich verordneter Diffamierung zu suchen.

Die Tragödie der Ausgrenzung beschränkt sich nicht nur auf diese zu Christen gewordenen Juden. Sie sind im Regelfall mit sogenannten »deutschblütigen« Partnern verheiratet, die hineingezogen werden in das den Juden vom Staat aufgezwungene Schicksal. An deren Not und Elend bleiben die Ehepaare gekoppelt, die Kinder, die Enkel, die als »Mischlinge« ebenfalls einer wenn auch abgestuften Ächtung verfallen. Den 62 katholischen »Rassejuden« müssen 166 »Mischlinge ersten Grades« (die man auch »Halbjuden« nennt) und 111 »Mischlinge zweiten Grades« (»Vierteljuden«) katholischer Konfession zugezählt werden. So wächst, zählen wir die »arischen« Angehörigen hinzu, die Zahl der unmittelbar und mittelbar Betroffenen auf viele hundert an. (Knapp tausend evangelische Christen jüdischer Herkunft weist die Volkszählung 1939 in Hamburg aus; die Zahl der »Halb-« und »Vierteljuden« evangelischer Konfession beläuft sich auf 3100 und 2600.)

Auf Weisung Hitlers wird nach dem Novemberpogrom 1938 die Kategorie der »privilegierten Mischehe« geschaffen. Mit seiner Anordnung sucht Hitler die Kritik an den antisemitischen Ausschreitungen zu besänftigen, vor allem aber wachsende Ängste und den Unmut christlicher Verwandter über die Diffamierungen der ihnen nahestehenden Juden und »Mischlinge« abzufangen. Hitler wittert die Gefahr, daß durch deren Ausschaltung und Diskriminierung die Volksstimmung beeinträchtigt und unliebsamer Protest herausgefordert werden könnte, geht doch die Zahl der mittelbar Mitbetroffenen, der Verwandten, der Freunde in die Hunderttausende. Dieser Gefahr beugt Hitler durch die »privilegierte Mischehe« vor.¹² Das Regime nimmt unter bestimmten Voraussetzungen bestehende Ehen zwischen Juden und »deutschblütigen« Staatsangehörigen von den schlimmsten Verfolgungen aus und gewährt ihnen damit einen Sonderstatus. Doch die Verbote, die diesen Familien auferlegt werden, die Beschränkungen und

Schikanen, denen sie ausgesetzt bleiben, enthüllen den blanken Zynismus, mit dem das Regime verfährt. Die Juden dieser Ehen sind gehalten, eine besondere Kennkarte mit sich zu führen.

Zu den zynisch so genannten Privilegien zählen die den Eheleuten auferlegten Berufsverbote. Die Bereiche von Schule, Gesundheit und Recht bleiben ihnen verschlossen; selbst »Mischlinge 2. Grades« dürfen nicht in den öffentlichen Dienst. Möchte ein »Mischling 1. Grades« aus diesen angeblich privilegierten Familien einen Juden heiraten, wird er selbst zum »Volljuden«; möchte ein »Mischling ersten Grades« den »arischen« Freund, die »arische« Freundin heiraten, bedarf es der Ausnahme genehmigung eines besonderen Ausschusses von Staats- und Parteivertretern, die so gut wie nie erteilt wird.

Die Privilegien dieser Mischehen setzen sich fort in der Beschränkung wirtschaftlicher Freiheiten, in der bedenkenlosen Zerstörung wirtschaftlicher Existenzen, in den Provokationen und Denunziationen »arischer« Fanatiker, in der beruflichen Chancenlosigkeit der Kinder, in der Häme, dem Haß von Lehrern und Mitschülern, dem sie oft ausgeliefert sind. Zuweilen beschweren sich »arische« Eltern, es sei ihren Kindern nicht zuzumuten, gemeinsam mit einem »Mischling« die Schulbank zu drücken. Nein – die Privilegien dieser Mischehen bestehen aus kalt kalkulierten Konzessionen. Sie lassen die Juden keinen Tag vergessen, daß dieser Staat sie verstoßen hat. »Privilegiert waren sie, weil sie nicht ermordet wurden« (Ursula Büttner). Auf dies allein schrumpfen die Privilegien zusammen.

Auf diesen Familien lastet ein ungeheurer Druck. Die jüdischen Partner reiben sich wund an dem Leid, das sie unwillentlich ihren Familien aufbürden. Die »arischen« Partner werden oft von Vorgesetzten, Kollegen, Freunden, ja selbst der eigenen Verwandtschaft bestürmt, sich doch scheiden zu lassen, um der Drangsal zu entkommen. In diesen Mischehen wird die Tugend der Treue auch zur Tugend der Tapferkeit. Sie widerstehen, in aller Regel, dem Druck, sie leisten Widerstand, der Hunderte von Juden vor dem Transport in die Vernichtung bewahren wird.

Fluchthelfer in Hamburg

Hamburg bleibt auf besondere Weise mit dem Schicksal der Katholiken jüdischer Herkunft und ihrer Familien verbunden. In der Hansestadt befindet sich seit 1921 das Generalsekretariat des St. Raphaelsvereins. Seine traditionelle Aufgabe besteht in der Betreuung katholischer Aus-

wanderer. Hier laufen die Fäden der über das Reich verstreuten Beratungsstellen des Vereins zusammen. Von Hamburg aus, dem wichtigsten Auswanderungshafen, pflegt das Generalsekretariat seine Kontakte zu den Haupt- und Hafenstädten in Europa und Übersee. Weltweit hat der Verein seine Helfer postiert.⁴³

Der Raphaelsverein gilt als Schutzengel für jene, die es oft ahnungslos in die Fremde treibt. Nun klopfen die Juden an seine Tür – eine Klientel, die er nicht kennt und deren Motive sich von jenen der Auswanderer herkömmlicher Art abheben. Sie sind nicht Auswanderer, sondern Vertriebene und politisch Verfolgte. Sie kommen aus dem ganzen Reich nach Hamburg, klappern die Konsulate ab, werden eingehalten oder abgewiesen. Nicht nur Katholiken jüdischer Herkunft suchen in ihrer Bedrängnis Rat und Hilfe beim Raphaelsverein.

Der Präsident dieser bedeutenden karitativen Organisation ist Bischof Berning von Osnabrück. Als Generalsekretär amtiert seit 1931 der Pallottinerpater Dr. Max Groesser. Ihm vor allem, dem weltkundigen, weit gereisten Ordenspriester, lauert die Gestapo auf. Sie wird ihn auch zur Strecke bringen. Verhöre, Verhaftung, Gefängnis und der umtriebige Einsatz für die ihm Anbefohlenen reiben seine Gesundheit auf. Als er im März 1940 von Hamburg nach Rom und dann nach Berlin jagt, um mit den Judenreferenten des Reichssicherheitshauptamtes Verhandlungen über die Ausreisebewilligung für deutsche Katholiken jüdischer Herkunft zu führen, ereilt ihn ein zweiter, nun tödlicher Herzinfarkt.

Die Rassenpolitik des Regimes zwingt dem Raphaelsverein eine ihm bisher fremde, eminent politische Tätigkeit auf. Schon 1933 muß das Generalsekretariat einen großen Teil seiner regulären Arbeit dem Beistand der Juden und deren Angehörigen widmen, bald wird er alle anderen Arbeitsfelder überlagern. Die versuchten, die scheiternden, die glückenden Hilfsaktionen halten die Hamburger Zentrale in Atem. Lauernd kontrolliert die Gestapo, ob der Verein sich auch an die katholische Prämisse seiner Satzung hält: Er darf nur auswandernden katholischen Familien beistehen. Auf die Juden bezogen, heißt dies, daß er Hilfe nur Juden und deren Angehörigen gewähren darf, die katholisch sind oder in einer kirchlich gültigen Ehe leben. Der Verstoß gegen die Satzung hätte das Verbot des Vereins zur Folge.

Schon im Juni 1933 rückt die Gestapo zur ersten Hausdurchsuchung in der Zentrale des Raphaelsvereins in der Großen Allee (jetzt: Adenauerallee) an, inspiziert Wohnheim und Büros und läßt auch das Schlafzimmer des Generalsekretärs nicht aus. Mehrmals wird Pater Groesser zu »Gesprächen« in die Gestapozentrale gebeten, die Verhöre gleichkommen und ihn verunsichern sollen. Verdacht auf uner-

laubte Devisengeschäfte, auf Ausdehnung der Hilfstätigkeit über katholische »Rassejuden« hinaus, auf staatsfeindliche Aktivitäten während seiner Auslandsreisen – mit solchen Themen läßt die Gestapo ihn spüren, daß er in Hamburg wie im Ausland beschattet wird.

Vom 16. bis zum 18. Januar 1936 dauert der nächste Einsatz von nun 16 Gestapobeamten im Generalsekretariat des Raphaelsvereins. Sie durchkämmen das Haus, beschlagnahmen Unterlagen, von denen nur noch ein Teil zurückerstattet wird. Im November 1937 erfolgt dann ein Großeinsatz von 40 Beamten, die Heim und Büros durchwühlen, Akten requirieren und selbst die Nonnen in Küche und Wohnheim leiblicher Kontrolle unterziehen. Dann wird, am 17. Dezember 1937, Pater Groesser verhaftet und sofort nach Berlin überführt. Wintermann, der den schlechten Gesundheitszustand Groessers kennt, benachrichtigt erschreckt den Bischof, der interveniert in Berlin, wird aber abgespeist mit der vagen Erklärung, die Verhaftung sei »wegen kirchenpolitischer Angelegenheiten« erfolgt.¹⁴ Über einen Anwalt versucht das Generalsekretariat des Raphaelsvereins, Pater Groesser die Haft zu erleichtern. »Geld kann geschickt werden«, schreibt der Anwalt zurück, »allerdings ist es fraglich, ob es zum Ankauf von Lebensmitteln oder Zigaretten und dergl. verwandt werden darf, weil hier eine andere Regelung als bei sonstigen Untersuchungen besteht.« Auf deutsch: Der Pater sitzt in Gestapohaft, die »andere Regelung« verweist auf die Härte des Umgangs mit diesem Häftling. Nichts darf ihm zugesteckt werden.

Im Februar 1938 wird er entlassen, ohne Angabe von Gründen, nach zahllosen Verhören, doch ohne je einem Untersuchungsrichter vorgeführt worden zu sein. Nun ist er gewarnt. Der Orden legt ihm nahe, in das Mutterhaus nach Limburg zurückzukehren. Er bleibt in Hamburg, um mit seinen Kenntnissen, seinen Erfahrungen, seinen Beziehungen den Juden zu helfen, so gut er vermag. Noch zwei knappe, hitzige Jahre, dann wird in der Karwoche 1940 seine Leiche von Berlin nach Hamburg überführt. Die Predigt beim Requiem in St. Marien hält der Stadtdechant. Daß Pater Groesser sich vornehmlich in der Hilfe um die mißachteten Juden verzehrt hat, dies auf der Kanzel so direkt zu bekennen, meint Wintermann vermeiden zu müssen.

Selbst die nur katholischen Juden zu gewährende Hilfestellung wird erschwert durch die Gebote und Verbote der staatlichen Instanzen. Das Regime forciert mit seiner menschenverachtenden Rassenpolitik die Auswanderung der Juden, zugleich aber behindert und bremst es sie durch die rabiaten wirtschaftlichen Auflagen, die finanziellen Tribute, die es den auswanderungsbereiten Juden abverlangt. Was wohlhabende katholisch-jüdische Familien noch aufzubringen vermögen, übersteigt oft die Möglichkeiten der ärmeren. Der Raphaelsverein versucht zu

helfen, Präsident Berning engagiert sich bei seinen bischöflichen Mitbrüdern mit mäßigem Erfolg um zusätzliche Unterstützung. Zu den Paradoxien jener Jahre gehört, daß weiterhin für alle katholischen Kirchen die Kollekte »für die Bedürfnisse des St. Raphaels-Vereins« angeordnet, aber deren Verwendungszweck verschwiegen wird.

Wenn den Hilfsaktionen des Raphaelsvereins nur ein begrenzter Erfolg beschieden bleibt, erklärt sich dies auch aus der abweisenden Haltung des Auslands gegenüber jüdischen Einwanderern. Europäische und überseeische Länder haben ihre eigenen Wanderungsprobleme, sie fürchten die sozialen Lasten, manche leiden in jenen Jahren an hoher Arbeitslosigkeit. Südamerikanische Staaten sind gewillt, zur Verbesserung ihrer Infrastruktur Handwerker, Landwirte, Agrarexperten aufzunehmen, ungerne aber Händler, Kaufleute, Künstler, Juristen, Ärzte, Hochschullehrer, Journalisten, die einen wesentlichen Teil der in Deutschland verfolgten Juden stellen.

Den zu Christen gewordenen Juden gerät auch ihr Glaube zum Nachteil. Ihnen fehlt die Unterstützung jüdischer Hilfsorganisationen in aller Welt. Jüdischem Verständnis nach bleibt auch der glaubenslose Jude ein Kind Israels, nicht aber der zu einem anderen Glauben konvertierte Jude. So geraten gerade die Christen zwischen alle Stühle. Von der jüdischen Gemeinde haben sie sich gelöst, in den christlichen Kirchen wird ihnen mit Vorbehalten und tradierten Vorurteilen begegnet. Sozial engagierten Katholiken Nordamerikas ist die Not der einströmenden katholischen Puertoricaner und Mexikaner näher als die der aus Deutschland kommenden »nichtarischen« Katholiken. So verriegeln auch antijudaistische Traditionen, rassistische Vorurteile und politische Zweckmäßigkeiten den Auswanderungswilligen manche Tür. Zäh, beharrlich und verschwiegen hilft der Raphaelsverein ihnen weiter. An die zehntausend katholische Auswanderer rettet er vor der Barbarei. (1934 werden mit Hilfe des Raphaels-Vereins 1500 Auswanderungen ermöglicht, 1935: 1100, 1936: 2000, 1937: 1900, 1938: 1850, 1939: 2000.)¹⁵

Die schweigende Kirche

Die Arbeit des Vereins als Fluchthelfer für die Juden verdient Respekt, auch wenn ihr Ergebnis – angesichts der Millionen Opfer – große Worte nicht verträgt. Der Respekt gilt den Initiativen, dem Wagemut, der Tapferkeit einzelner und ihrer Helfer; er kann nicht der Amtskirche jener Zeit gelten. Sie schweigt, sie ist dem stummen Hinnehmen

und Dulden geneigter als der Zuwendung und der Anteilnahme, die sie ihrem Wächteramt zufolge doch allen entrechteten Juden schulden müßte.

Es gibt keinen einzigen Hirtenbrief in jenen Friedensjahren, der laut, direkt und unmißverständlich das Unrecht beim Namen nennt, das den Juden angetan wird. Keine offizielle Erklärung des Episkopats ergeht zum Judenboykott im April 1933, keine Kanzelverkündung zur Entrechtung der Juden durch die Nürnberger Gesetze 1935, kein öffentlicher Protest der deutschen Bischöfe nach der Pogromnacht vom 9. zum 10. November 1938.

Zwar gibt es Christen, die demonstrativ jüdischen Familien in ihren Häusern Wohnungen überlassen. Kaufleute, Lehrer finden sich, die hilfreich Solidarität bekunden. Priester stellen sich vor Verfolgte, Bischöfe bemühen sich um sie. Als stiller, energisch seine Beziehungen ausspielender Helfer erweist sich auch der Bischof von Osnabrück. Samariterdienste, die kaum aktenkundig sind, gibt es zuhauf. Dennoch dürfen wir uns der Einsicht nicht verschließen, daß die Kirche als Kirche, die durch die Bischöfe spricht, zur Judenverfolgung schweigt. Sie meidet das offene, deutliche Wort. Sie verhält sich nicht anders als die große Mehrheit der Bevölkerung und enttäuscht die kleine Minderheit derer, die gerade von ihr – von wem denn sonst? – Gegenwehr erwartet.

Hitler stößt mit seiner Rassenpolitik, mit der er Schritt für Schritt die Juden entehrt, entrechtet, ausplündert und verstößt, auf keinen nennenswerten Widerstand. Ohne die Passivität der Bevölkerung, aber ebensowenig auch ohne die Mitwirkung vieler Bürger in staatlichen, kommunalen Behörden und berufsständischen Organisationen hätte er seine Judenpolitik nicht verwirklichen können.

Das Regime stützt sich auf eine funktionierende Verwaltung, eine tüchtige Bürokratie, eine gehorsame Polizei. Es bedarf fleißiger, aber auch beflassener Behörden, um die Juden im Sinne der nationalsozialistischen Rassengesetze zu erfassen, um zu entscheiden, wer von ihnen »Volljude«, »Mischling 1. oder 2. Grades« ist, wessen Ehe als »privilegiert« anerkannt wird, welchen Beruf auszuüben einem Juden oder »Mischling« noch erlaubt ist. Standesämter, Gerichte, Staats- und Stadtarchive, die Personalabteilungen großer Firmen, Denunzianten in der Nachbarschaft arbeiten zu, Wirtschaftsbehörden wie Wirtschaftsverbände erledigen ebenso zügig wie gehorsam den Auftrag, die Wirtschaft zu »entjuden«. Banken führen Kontensperrungen und -überprüfungen aus, Justiz-, Polizei- und Zollinstanzen kontrollieren den Vollzug der Steuer- und Devisenvorschriften. Was geschieht mit der zurückgebliebenen Habe ausgeister Juden, was mit ihren Häusern, ihren Rentenansprüchen, ihren Lebensversicherungen? Für dies

alles sind die notwendigen Verordnungen zu ersinnen, zu erlassen, vor allem aber: akkurat zu vollstrecken. Dazu bedarf es eines Heeres von Mitwirkenden, die voller Eifer – oder auch nur gehorsam sind.

Dem Regime mangelt es nicht an Helfern und Helfershelfern. Ihre Mitwirkung erklärt sich aus dem politischen Meinungsklima jener Jahre. Die Judenpolitik der Staats- und Parteiführung ist noch ein öffentlicher Vorgang. Noch läuft in diesen Friedensjahren das Drama der Diffamierung und Entrechtung der Juden vor aller Augen ab. Wer aber empfindet diesen Vorgang als Drama? Was an Verordnungen gegen die Juden erlassen wird, ist in jeder Zeitung nachzulesen; wie mit den Juden umgesprungen wird, ist täglich zu besichtigen. Die Meinung der Bevölkerung pendelt zwischen robuster Zustimmung und widerspruchsloser Hinnahme, wobei wir zu berücksichtigen haben, daß zur Zeit der Nürnberger Gesetze wie auch der Pogromnacht im November 1938 das ganze Ausmaß von Hitlers Verbrechen noch außerhalb jeder möglichen Erfahrung liegt. (Auschwitz ist nicht nur ein unbekannter, sondern auch unvorstellbarer Ort!) Doch der ausbleibende Protest steigert die Vermessenheit des Regimes; es kann die Dauerschrauben um so unbesorgter anziehen.¹⁶ Der Rückschauende darf der Frage nicht ausweichen, inwieweit auch die Kirche mit ihrer Haltung dazu beigetragen hat.

Die Übermacht des Staates erweist sich in dem der Kirche aufgezungenen Kirchenkampf. Er paralyisiert die katholischen Verbände, schaltet die Kirchenpresse aus, behindert christliche Erziehung und beginnt aufmüpfige Priester und Laien in Gefängnisse und Konzentrationslager einzusperren. Den Haß- und Verleumdungskampagnen kann die Kirche nur die Hoffnung auf die Standfestigkeit der Gläubigen entgegensetzen. Wie werden sie reagieren, wenn sich der Kirchenkampf weiter verschärft, wie erst recht dann, wenn sich der Episkopat zu einer offensiven Strategie entschließen würde?

Auch die Bischöfe des harten Flügels, wie Preysing und Galen, werden von Skrupeln geplagt. Sie fragen sich nicht nur, was sie dem Kirchenvolk an Gegenwehr zumuten können, sondern auch, wie groß denn die Zahl derer bleiben wird, die ihnen folgen? Kein Bischof kann in seiner Diözese den hohen Anteil auch katholischer Zustimmung zur nationalsozialistischen Politik in jenen Friedensjahren negieren. Der Beifall, den Hitler zu kassieren versteht, beeinflußt bischöfliche Verlautbarungen, er zwingt zur Rücksichtnahme und begrenzt die Skala der öffentlichen Proteste des Episkopats. Hirtenbriefe beschränken sich auf Unterweisungen, auf Warnungen und Mahnungen, die den Gläubigen einzuschärfen die Bischöfe sich genötigt fühlen. Die öffentliche Klage über die Diffamierung der Juden durch die Rassenpolitik

des Staates gehört nicht dazu. Die Bischöfe sind besorgt, daß Solidaritätserklärungen für die Juden den Kirchenkampf verschärfen und Kirche und Gläubige in eine noch weit größere Bedrängnis bringen würden. Diese Angst mag einer der Gründe sein, aus denen sich das Schweigen des Episkopats erklärt.

So setzt die Bischofskonferenz die von Kardinal Bertram praktizierte und von der Mehrheit der Bischöfe für richtig erachtete Eingabepolitik sauber verfaßter Schriften auch bei der Behandlung von Judenfragen fort. Sie widersetzt sich von Anfang an dem Druck des Regimes, den »Arierparagraphen«, der die Entfernung der Juden und »Judenmischlinge« aus staatlichen Ämtern befiehlt, auch den kirchlichen Ämtern vorzuschreiben. Sie verweigert nationalsozialistischen Sippenforschern die Schnüffelei in ihren Archiven und Kirchenregistern. Sie wehrt sich in Protestnoten, die freilich in ministerialen Vorzimmern abgegeben werden, gegen die öffentliche Verunglimpfung des Alten Testaments als »jüdische Bibel« in Schulungszentren der Partei, in nationalsozialistischen Schriften wie auch im Unterricht öffentlicher Schulen. Streng verfährt sie mit Pädagogen in ihren eigenen Reihen und läßt dies auch die staatlichen Stellen wissen: Religionslehrern, die im Unterricht das Alte Testament übergehen wollen, wird die *Missio canonica* (Lehrerlaubnis) entzogen.

Diese Vorgänge zeugen von einer widerstehenden Kirche, aber sie sind nicht überzubewerten. Sie bleiben Nebensächlichkeiten, wenn wir sie messen an den auch die Kirche provozierenden und brüskierenden Nürnberger Gesetzen. Ihr diffamierender Rassismus steht quer zur evangelischen Botschaft. Er degradiert Juden wie Christen jüdischer Herkunft zur »minderwertigen« Rasse. Zugleich verletzen die Nürnberger Gesetze die geistliche Rechtsgewalt der Kirche. Sie wird in ihrem Recht behindert, eine Ehe, die ein katholisches Paar eingehen will, kirchlich zu besiegeln, sofern einer der Partner »nichtarisch« ist. Die Nürnberger Gesetze orientieren sich mit ihrem Heiratsverbot allein an der Rasse, die Religionszugehörigkeit ist unerheblich. Mit Memoranden und kirchenrechtlichen Gutachten versucht der Episkopat, auch gemeinsam mit evangelischen Kirchenführern, Bestimmungen dieser Art zu verhindern. Es mißlingt ihm. Schweigend nimmt er die Niederlage in Kauf.

Immer noch läßt sich die Meinung vertreten, daß ein schriller Protest vornehmlich aus der bangen Sorge unterbleibt, er würde der Kirche mit doppelter Wucht heimgezahlt werden. Das Argument hat Gewicht.¹⁷ Aber trifft es den Kern, ist in ihm allein die Ursache zu finden für das Schweigen der Bischöfe angesichts der jüdischen Tragödie im eigenen Land? Wann sonst hätten sie in ihrem sittlichen Wächteramt auch für

die Juden Flagge zeigen müssen, wenn nicht bei den entehrenden Nürnberger Gesetzen oder dem Pogrom im November 1938? In den düsteren Herbsttagen jenes Jahres schreibt der von Vorahnungen geplagte, um seine (jüdische) Familie bangende Schriftsteller und gläubige Lutheraner Jochen Klepper in sein Tagebuch: »Was an den Juden geschieht, ist eine schwere, schwere Glaubensprüfung – für die Christen!«¹⁸

Die Christen aber erkennen nicht, daß die sogenannte Judenfrage auch eine Frage an ihr eigenes Glaubensverständnis ist. Wie stehen sie zu den Juden, dem Volk des Alten Bundes, dem sich der Einzige Gott doch als erstem unter den Völkern offenbart hat? Nicht nur die Angst vor der Gefährdung ihrer eigenen Kirchen hindert sie, den Juden beizustehen, sondern vielmehr noch der alte, über Jahrhunderte virulent gebliebene christliche Antijudaismus, der durch die aufgekommenen politisch-rassistischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts neuen Auftrieb erfahren hat.

Christlicher Antijudaismus

Die Kirche verkündet die Gleichheit aller Menschen vor Gott; auch in den nationalsozialistischen Jahren warnt sie vor Rassenwahn und Rassenhaß. Aber die Christen wachsen auch in dem im Religionsunterricht gelehrt und von den Kanzeln gepredigten Glauben auf, daß die Juden das Volk sind, das Gott verraten, den Gottessohn ans Kreuz geschlagen und damit einen unwiderruflichen Fluch auf sich geladen hat.

Diese Botschaft bleibt beharrlich gepflegter Bestandteil von Unterrichts- und Predigttexten. Auch Bischöfe verweisen, vornehmlich in ihren Fastenhirtenbriefen, auf den »Judenhaß«, sprechen vom »Gottesmord« und vom »verworfenen, verstoßenen, verfluchten Volk«. Auch die fortschreitende Diffamierung der Juden führt nicht zu kritischen, an Predigttexten jener Jahre abzulesenden Reflexionen über das Bild der Juden in der christlichen Verkündigung. Sie bleiben die »Gottesmörder«. Trägt nicht auch diese – in der Rückschau müssen wir sagen – herrscherlich-hochmütige Glaubenslehre mit dem törichtem Wort vom Gottesmord dazu bei, daß Hitler mit seiner Judenpolitik auf keinen ernsthaften Widerstand in den Kirchen stößt? Was den Juden in jenen Jahren der Entehrung und Ausgrenzung angetan wird, widerspricht keineswegs den Gefühlen und der Meinung vieler Christen, läßt es sich doch einfügen in die damals gängige Lehre vom »verfluchten

Volk« – so theologisch undifferenziert sie uns heute auch vorkommen mag.

Der Nationalsozialismus mit seinem vulgär darwinistischen Antisemitismus findet Widerhall im christlichen Antijudaismus. Wichtige Unterscheidungen (wie die der rassischen »Minderwertigkeit«, die der Antijudaismus im Gegensatz zum Antisemitismus nicht kennt) zerfließen im wabernden Nebel antijüdischer Bekundungen der Kirchen und antisemitischer Verordnungen der nationalsozialistischen Staatsführung.¹⁹

In jenen Jahren weisen katholische Zeitschriften und Bücher, seien sie für das Kirchenvolk, den Klerus oder die theologische Wissenschaft bestimmt, eine Fülle von Artikeln auf, deren Absicht es nicht ist, den Haß zu schüren, deren Ziel aber darin besteht, die Ausgrenzung der Juden aus der Volksgemeinschaft zu rechtfertigen.

Schon im Vokabular spiegelt sich der Geist der Zeit. Die Juden als »artfremd«, als »Fremdkörper«, als »Gastvolk« zu bezeichnen, ihren Einfluß auf Religion und Volkscharakter »zersetzend« zu nennen, gehört auch zum katholischen Sprachgebrauch. Es ist, so der Trend dieser Publikationen, »gerechtfertigte Notwehr, schädliche Einflüsse und Eigenarten der jüdischen Rasse zu verhindern«. Worin die schädlichen Einflüsse und Eigenarten der ohnehin schrumpfenden deutsch-jüdischen Minderheit (0,76 Prozent Bevölkerungsanteil 1933!) bestehen – dies entnehmen auch Theologen der völkischen und nationalsozialistischen Propaganda.

Nicht nur der Bischof von Osnabrück plädiert für die »Einheit von Bluts- und Volksgemeinschaft«. Er nimmt damit nur auf, was ohnehin an völkischem Gedankengut in der Kirche grassiert.²⁰ Theologieprofessoren meinen, das Schlagwort von der idealen Identität von »Bluts- und Volksgemeinschaft« in katholischen Fachzeitschriften, Lexika und Handbüchern wissenschaftlich begründen zu müssen; publizistisch engagierte Priester und Laien unterstützen mit ihren Arbeiten die von der Staatsführung praktizierte Ausgrenzung der Juden. Im Lexikon für Theologie und Kirche jener Jahre finden sich etliche, die Stichworte »Jude«, »Judentum«, »Antisemitismus«, »Marxismus« und »Kunst« umkreisende Texte, die nach dem Göttersturz des Nationalsozialismus umgeschrieben, durch neue ersetzt oder ersatzlos in den Mülleimer unliebsam gewordener Erinnerungen geworfen werden.²¹

Ungeachtet der stillen, privaten Hilfe einzelner Priester und Laien beschränkt sich die offizielle Solidarität der katholischen Kirche in Deutschland mit den verfeimten Juden lediglich auf die Katholiken jüdischer Herkunft. Nicht nur der Raphaelsverein, sondern eigens

installierte Hilfsbüros in nahezu allen Diözesen unterstützen katholische »Nichtarier« in ihrem Bestreben, das Land zu verlassen. Kontakte werden vermittelt, Patenschaften übernommen, materielle Zuwendungen jenen gewährt, die im Land bleiben, aber an den Rand der wirtschaftlichen Existenz geraten. Diese Hilfsaktionen beobachtet die Staatspolizei lauerten Blicks. Der stumme Mut, mit dem sie oft betrieben werden, rettet sicherlich etlichen »Juden«, wenn deren Zahl auch nicht quantifizierbar ist, das Leben. Sie bleiben ihrer Kirche dankbar.

Vergessen werden darf aber auch nicht, daß katholische Deutsche Distanz zu den Judenchristen halten. Die Judenfeindschaft frisst sich erst recht in jenen Jahren in die Gemeinden hinein. Die »nichtarischen« Katholiken bleiben den »arischen« fremd. Judenchristen machen in ihrer Kirche die leidvolle Erfahrung, daß sie dem Bekenntnis nach dazu gehören und dennoch auf Abstand gehalten werden.

Hubert Jedin, Kirchenhistoriker, Priester, aber auch »Halbjud«, wird 1933 aus seiner Dozentur an der Breslauer Universität verjagt und kehrt an das deutsche Priesterkolleg am Camposanto in Rom zurück, an dem er schon in den Weimarer Jahren wissenschaftlich gearbeitet hatte. »Das Klima«, so erinnert er sich, »das ich im Camposanto vorfand, war nun freilich ein ganz anderes. Ich spürte, daß ich ein Flüchtling und daß ich nur geduldet war.« An die Besuche des Bischofs von Osnabrück im Camposanto hat Jedin schmerzliche Erinnerungen: »Berning behandelte mich so schlecht, daß ich es vorzog, das Zusammentreffen mit ihm zu vermeiden.« Ein Bischof, den der NS-Staat mit den Titeln eines Staatsrats und Senators ehrt, mag beim Priesterflüchtling Jedin Irritationen ausgelöst haben. Daß er, der später international reputierte Kirchenhistoriker, dieses kleine »Antiverhältnis« seiner römischen Zeit in seinem vierzig Jahre später geschriebenen Lebensbericht festgehalten wissen wollte, läßt doch auf nachhaltige Verletzungen schließen.²²

Stadtdechant Bernard Wintermann bittet 1936 einen früher in Hamburg, nun in Washington tätigen deutschen Ordenspriester, sich für ein katholisch-jüdisches Arztehepaar zu verwenden, das aus der Hansestadt in die Vereinigten Staaten emigriert ist. Der Ordensgeistliche erklärt sich außerstande zu helfen. In seinem Antwortschreiben vom 18. Juli 1936 an Wintermann verweist er auf die Schwemme emigrierter deutscher Ärzte in New York und fährt dann fort: »Die Ansprüche, die nun einmal die Rasse stellt und die Rücksichtslosigkeit, mit der sie sich überall durchsetzt, machen die Ankömmlinge unbeliebt. Im allgemeinen braucht man sich um ihr Fortkommen keine Sorge zu machen. Auch den Konvertiten haftet soviel von der Rasse an, daß sie sich schon durchsetzen.«²³

Daß unter den Christen ein erschreckender Mangel an Solidaritäts-, aber auch an Unrechtsbewußtsein herrscht, macht erst recht das einzigartige Beispiel des Berliner Dompropstes Bernhard Lichtenberg deutlich. Im Gottesdienst nach der Pogromnacht kniet er sich auf die Altarstufe und bittet die Gläubigen um ein Gebet: »Lasset uns beten für die verfolgten nichtarischen Christen und für die Juden. Was gestern war, wissen wir, was morgen ist, wissen wir nicht, aber was heute geschehen ist, haben wir erlebt: draußen brennt der Tempel, und das ist auch ein Gotteshaus.«

Der tapfere Prälat, der bald den Weg ins Martyrium gehen wird, ist an diesem Tag ein einsamer Rufer in der Wüste, auch in der Wüste seiner Kirche. Mehr als 90 Prozent der deutschen Bevölkerung bekennen sich 1938 zum Christentum, aber es gibt keine christliche Empörung über das Pogrom. Die beispielhafte Fürbitte des Berliner Priesters findet kein Echo, löst keine Gebetslawine in der Kirche aus. Nicht die Ängste vor der Staatsmacht, nicht die Hilflosigkeit gegenüber den Rohlingen und Rohheiten dieser Nacht verhindern Gebet und Kanzelprotest in Kapellen, Kirchen und Kathedralen. Der Grund ist vor allem darin zu finden, daß die Mehrheit der Christen die Ausgrenzung wie die Vertreibung der Juden für richtig erachtet und deshalb beiseite steht. Nicht den (noch undenkbaren) späteren Massenmorden würden sie zustimmen, wohl aber bejahen sie in diesen Friedensjahren die »Entjudung des deutschen Reiches«, wie sie Hitler vorantreibt. Wir haben zu konstatieren, daß es »einen Grundkonsens zwischen Bevölkerung und Führung« gibt. »Nur so konnte Hitler sofort, als er seine Macht etabliert hatte, mit der Ausschaltung und Verfolgung der Juden beginnen, ohne auf Widerstand zu stoßen«.²⁴

Diesem Konsens selbstkritisch auch in ihren eigenen Reihen nachzugehen, fällt der Kirche schwer. Inwieweit hat zum Beispiel der christliche Antijudaismus viele Christen für die NS-Parolen in gefährlicher Weise empfänglich gemacht? Jahrzehnte braucht die Kirche, bis sie eingesteht, zu wenig Festigkeit gezeigt und Prüfungen, die ihr auferlegt wurden, nicht bestanden zu haben. Erst das Zweite Vatikanische Konzil bekennt 1965, daß alle die frommen Prediger, die Generation um Generation die Juden das verworfene, verfluchte und sichtbar von Gott bestrafte Volk nannten, irrend gepredigt haben, und daß die Behauptung, die Juden seien kollektiv schuld am Tode Christi, mit der katholischen Glaubenslehre nicht zu vereinbaren ist.²⁵

Bis in die Konzilsjahre hinein wird in der Karfreitagsliturgie die »Verblendung« der Juden beklagt. Erst allmählich verschwinden die ignoranten oder gar böswilligen Übersetzungen des lateinischen Begriffs von der »Perfidia« aus den traditionellen Gebetstexten der Kir-

che, die den »Unglauben« der Juden zugleich in die Nähe der Treulosigkeit, des Frevels, eben der Perfidie rücken. Zum Wurzelwerk, aus dem das Schlagwort von den »perfiden Juden« erwächst, gehört auch das – inzwischen gestrichene – Bekehrungsgebet »Pro perfidis Judaeis«. »Allmächtiger Gott«, so haben wir noch in den fünfziger Jahren Karfreitig gebetet, »Du schließt sogar [sogar!] die ungläubigen Juden von Deiner Erbarmung nicht aus.«²⁶

Erst Jahrzehnte nach der Pogromnacht vom November 1938 räumt der deutsche Episkopat Versagen und Versäumnis ein. Kardinal Höffner nennt als Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz 1978 rückblickend das Schweigen der Kirche »bedrückend und beschämend«. Fünfzig Jahre nach der Pogromnacht wenden sich – endlich – alle Bischöfe der Bundesrepublik, der DDR wie Österreichs mit einem gemeinsamen Wort an die Gläubigen. Sie beklagen, daß »unsere Vorgänger im Bischofsamt damals keinen gemeinsamen Kanzelprotest erhoben haben«; »zu Recht«, so sagen sie, »wird heute gefragt, ob nicht eine weit sichtbare Geste der Mitmenschlichkeit und der Anteilnahme der vom Wächteramt geschuldete Dienst gewesen wäre.«²⁷

Noch einmal geht der Blick zurück in jene Friedensjahre, in denen die Fahnen noch flattern und die Fanfaren schmettern. Für eine Minderheit politisch oder rassisch Verfolgter sind es Jahre voller Ängste, Drangsal und Not. Die Kirche verurteilt nicht nur in der Enzyklika »Mit brennender Sorge« die nationalsozialistische Ideologie mit ihrer Vergötzung von Blut, Boden, Rasse und Nation. Auch Predigten und Hirtenbriefe weisen die Ideologie zurück. Aber das eine Wort, das die Kirche, wie der Rückschauende meint, laut und deutlich hätte sagen müssen, sagt sie nicht. Sie stellt sich nicht vor die Juden. »Wo, Pater Benedikt«, fragt das junge Mädchen in Max Frisch's »Andorra« seinen Priester, »wo bist du gewesen, als sie unseren Bruder abgeholt haben wie Schlachtvieh, wie Schlachtvieh, wo?«

1939–1945: Über den Gipfel in den Abgrund

Die Glocken läuten

Am Freitag, dem 1. September 1939, tritt Hitler in einer neuen Uniform vor den Reichstag. Er trägt statt der braunen Jacke nun einen feldgrauen Phantasierock und gelobt vor der herbeizitierten Gefolgschaft in gekonnter Theatralik: »Mein ganzes Leben gehört von jetzt ab erst recht meinem Volke. Ich habe wieder jenen Rock angezogen, der mir selbst der heiligste und teuerste war. Ich werde ihn nur ausziehen nach dem Sieg oder – ich werde dieses Ende nicht mehr erleben.« Stehend, mit erhobenem Arm und donnernden Heilrufen quittiert der Reichstag dieses Gelöbnis des »Führers«.

Im Morgengrauen dieses Tages hat der deutsche Angriff auf Polen begonnen. Hitlers leichtfertige Annahme, Polens Bündnispartner England und Frankreich würden es bei Drohgebärden bewenden lassen, erweist sich als verhängnisvolle Fehleinschätzung. Nun bäumen sie sich auf, haben sie sich doch schmerzlich eingestehen müssen, daß ein machthungriger Diktator sich durch Nachgeben nicht stoppen läßt. Zwei Tage nach Beginn des Überfalls liegt in Berlin die Kriegserklärung Englands und Frankreichs vor. Der von Hitler angezettelte Krieg weitet sich zum Zweiten Weltkrieg aus. An seinem Ende, nahezu sechs Jahre später, werden weltweit 55 Millionen Tote – erschossen, verbrannt, ertrunken, vergast, verhungert, atomisiert – zu beklagen sein.

Obwohl der erfolgreiche Vormarsch der deutschen Truppen sich schnell abzuzeichnen beginnt, herrscht in der Bevölkerung – ganz anders als im August 1914 – eine eher gedrückte Stimmung vor. Viele erinnern sich noch des Ersten Weltkriegs und fürchten die Wiederkehr seiner Schrecken. Beklemmung, Ratlosigkeit, stummer Gehorsam sind an jenem Tag zu spüren, so laut auch fanatische Hitleranhänger über den Kriegsbeginn jubeln.

Doch die Siege der ersten Kriegsjahre verscheuchen die Zweifel. Die anfängliche Beklemmung schlägt um in Zuversicht, verleitet zur Siegesgewißheit. Siegesparaden wie die im gefallenen Warschau (5. Oktober 1939), die Handstreichs, mit denen Dänemark und Norwegen genommen werden (April 1940), erst recht die Niederringung Frankreichs in knapp sieben Wochen (Mai/Juni 1940) lassen das Beflaggen der Häuser und das Läuten der Glocken zur frohen Routine werden und den Beifall für Hitler anschwellen zum Orkan. Am Ende des Frankreichfeldzugs steht nicht nur die triumphale Parade auf den Champs-Élysées, sondern auch die symbolische Kapitulation Frankreichs in jenem aus dem Nationalmuseum in den Wald von Compiègne zurückverfrachteten Salonwagen, in dem die Deutschen 1918 die Franzosen um Waffenstillstand hatten bitten müssen. Im Sessel, in dem einst Marschall Foch die Besiegten erwartet hatte, posiert nun Adolf Hitler (21. Juni 1940).

Am Sonnabend, dem 6. Juli 1940, kehrt er aus seinem Führerhauptquartier in die Reichshauptstadt zurück. Ganz Berlin steht Spalier. Im offenen Wagen wird er an jubelnden, Blumen und Fähnchen schwingenden Massen entlangefahren. Die militärischen Triumphe steigern noch einmal die Fülle seiner Macht. Die Berichte des Sicherheitsdienstes stellen »im gesamten deutschen Volke eine bisher noch nicht erreichte innere Geschlossenheit« fest. Hitler fühlt sich vom Volk getragen. Den wenigen verbliebenen Widerstandsgruppen nehmen seine Erfolge den Wind aus den Segeln. Selbst Gegner können sich der Siegesstimmung nicht entziehen. »Man könnte verzweifeln unter der Last der Tragik, sich an den Erfolgen nicht freuen zu können«, schreibt Ulrich von Hassel, der später seinen Widerstand mit dem Leben bezahlen wird, in sein Tagebuch.¹

Für die Generalität, deren Aufmarschpläne er mißtrauisch kontrolliert und dann, zum erwiesenen Vorteil des Feldzugsverlaufs, energisch korrigiert hatte, ist Hitler nun nicht mehr der heimlich belächelte kleine Gefreite, sondern der erfolgreiche Feldherr mit seinem genialen Instinkt. Zwar bringt Goebbels das Wort vom »größten Feldherrn aller Zeiten« unter das Volk, aber der erste, der vor den Offizieren seines Stabes vom »größten Feldherrn« spricht, ist der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, General Keitel. Das militärische

Genie, zu dem Hitler aufsteigt, degradiert letztlich die Generäle. Sie verlieren ihre Sicherheit, ihr Expertentum. »Von nun an sind sie zum großen Teil bereit, sich Hitlers Führung anzuvertrauen, auch wenn sie in ihrer fachlichen Sicht manches anders [sehen] als er, und die Führungsfehler des »größten Feldherrn« unübersehbar bleiben.«²

Ein Tag wie dieser 6. Juli 1940 in Berlin wird nicht wiederkehren. Die strahlendste aller Triumphparaden ist zugleich die letzte. Die Zeit mit ihren wachsenden Gegenkräften wird den Triumphator dieses Tages wie sein Großdeutsches Reich erst zermürben und dann zermalmen.

Das Ende der Bekenntnisschulen

Noch ehe Polen kapituliert hat, erreicht auch die Pastoren der Hamburger Diaspora der von Kardinal Bertram an alle Bistümer weiter gegebene Erlaß des Kirchenministeriums, »vom 4. Oktober an für die Dauer von sieben Tagen mittags eine Stunde lang von 12–13 Uhr« die Glocken zu läuten. Doch noch ehe sie zu läuten beginnen, erreicht die hamburgische Diaspora auch die Hiobsbotschaft vom Verbot und der Schließung ihrer Bekenntnisschulen und der Überführung der Schüler in die staatlichen Anstalten, die nun alle Deutsche Gemeinschaftsschulen heißen.

Hamburg gehört zu den letzten Regionen des Reichs, in denen die Bekenntnisschulen geschlossen werden. Finanz- und schulpolitische Erwägungen hatten die Schließung verzögert, nicht jedoch zur Überschreitung der von Berlin gesetzten Fristen geführt. Die Weisungen aus Berlin werden auch in Hamburg widerspruchslos befolgt. Mit dem ersten Oktober 1939 endet die tapfere Geschichte der katholischen Schulen der Hansestadt. 5639 Jungen und Mädchen werden in die Staatsschulen überführt, an denen es keinen Religionsunterricht mehr gibt. Fortan werden allein Eltern und Seelsorger dafür zu sorgen haben, Kinder und Jugendliche außerhalb der Schulzeiten zur religiösen Unterweisung in Pfarrheim oder Pfarrhaus zu versammeln.

Die Aufregung, die diese Nachricht auslöst, hält sich in Grenzen. Als überaus besänftigender, wenn auch vom nationalsozialistischen Regime zeitlich nicht eingeplanter Faktor erweist sich die politische Euphorie jener Tage. Was Herz und Hirn der Hamburger bewegt, ist nicht das unter Bruch des Reichskonkordats ergangene Verbot der katholischen Schulen; es sind die aus den Volksempfängern dringenden Reportagen der Kriegsberichterstatter über die sinnlosen Attacken lanzenbewehrter polnischer Kavallerie gegen die vorpreschenden deut-

schen Panzer, es sind die von Fanfarenstößen angekündigten Sondermeldungen über den Ring, den die Truppen um Warschau schließen, und die täglich zu erwartende Kapitulation der polnischen Hauptstadt (27. September 1939); es sind die bestürzenden Nachrichten über den Hitler-Stalin-Pakt, als dessen Folge sich die Todfeinde von gestern nun die polnische Beute teilen.

Die stumme Hinnahme des Verbots der katholischen Schulen hat viele Gründe. Zu ihnen gehört, daß die seit Jahren andauernde anti-christliche Schulpolitik, eingetaucht in die politischen Erfolge Hitlers, auch in den verbliebenen katholischen Lehranstalten ihre Wirkung zeigt. Die Schülerzahlen sinken seit Jahren langsam, aber kontinuierlich. 1934 weist die Oberschule für Knaben am Holzdamm 300, dagegen 1939 nur noch 174 Schüler aus. In der von den Ursulinen betreuten Mädchen-Oberschule an der Klopstockstraße (jetzt Warburgstraße) geht die Zahl der Schülerinnen von 304 (1934) auf 174 (1939) zurück.³ Wie die katholischen Vereine, so werden auch die katholischen Schulen politisch ausgehungert. Zum Rückgang trägt der auf manchen Eltern lastende politische Druck bei; so ist es seit 1937 Beamten verboten, ihre Kinder auf private Bekenntnisschulen zu schicken. Gewiß schlägt sich in ihm auch die Neigung nieder, durch einen Schulwechsel möglichen Unannehmlichkeiten aus dem Weg zu gehen und erst recht die Kinder vor ihnen zu bewahren.

Der Pastor primarius Bernard Wintermann erweist sich in diesen Wochen wieder als energischer Unterhändler und Organisator. Wenn die erzwungene Überführung der katholischen Gemeindeschulen in die staatlichen Gemeinschaftsschulen ohne wesentliche Schikanen verläuft, ist dies auch dem geschickten Umgang Wintermanns mit staatlichen Behörden wie dem ihm entgegengebrachten Verständnis zu verdanken. So werden etliche Schulklassen nicht auseinandergerissen, sondern geschlossen und zuweilen sogar mit ihren Lehrern in die ihnen zugewiesene Staatsschule überführt. Kollegiale Absprachen unter Lehrern und Schulleitern erleichtern den Wechsel. Der Staat erkennt den bisher der katholischen Gemeinde als Angestellte unterstehenden weltlichen Lehrern den Beamtenstatus zu. Leerstehende Schulen verbleiben der Kirchengemeinde. Im Regelfall mietet der Staat sie und weist sie städtischen Behörden, der NS-Volkswohlfahrt, dem Luftschutz als Dienststellen zu oder nutzt sie als Notquartiere für Obdachlose und Ausgebombte, bis die Mehrheit der alten katholischen Schulen selbst im Bombenhagel untergeht.

Gemessen an der Rücksichtslosigkeit, mit der in anderen Städten und Ländern des Reichs die Schließung der Konfessionsschulen in den Jahren zuvor, zum Beispiel in Hannover, in Schlesien, betrieben worden

ist, vollzieht sie sich an Elbe und Alster in gemäßigter Form. Dennoch: auch in Hamburg werden Klassenverbände auseinandergerissen, Beziehungen zwischen Lehrern und Schülern zerstört, Freundschaften zwischen Klassenkameraden unterbunden. In der Schulchronik von St. Michael lesen wir unter dem Datum vom 30. September 1939: »Letzter Schultag in der katholischen Schule. Nach der hlg. Messe, in der fast alle Kinder nochmals zur hlg. Kommunion gehen, versammeln wir uns vor dem Marienthron in der Schule, wo wir uns sooft zu besonderen Bittagen eingefunden haben und nehmen Abschied von der Mutter der Schule. Nach den letzten mahnenden Worten der Schulleitung übernimmt der H. Herr Kaplan die Marienstatue, um sie einer armen Kirche der Umgebung zu schenken...«

Den Ursulinen, die sich seit Jahren abgemüht haben, eine höhere Schule für Mädchen aufzubauen, wird ihr Lebenswerk zerstört; sie selbst werden aus Haus und Klausur an der Alster vertrieben. Über alle katholischen Schulschwester, allesamt examinierte Pädagoginnen, wird Unterrichtsverbot verhängt. Allein 58 Graue Schwestern (von der heiligen Elisabeth) dürfen ihren Beruf fortan nicht mehr ausüben. Die meisten von ihnen läßt die Ordensleitung umschulen. Im Regelfall verwandeln sich die Schulschwester in Krankenschwestern, an denen großer Mangel herrscht. Wir finden sie wieder in Lazaretten, auch auf den Pflegestationen für Infektions- und Geisteskranke, wohin die Arbeitsämter sie oft nicht ohne gemeinen Hintersinn dienstverpflichten.

Schlimmer als die organisatorischen Veränderungen wirken sich die geistigen und seelsorglichen Folgen dieser Knebelungsaktion aus. Da religiöse Unterweisung fortan nur noch dem Freiwilligkeitsprinzip unterliegt, lockern sich manche, bisher noch über die Schule gehaltenen Kontakte zwischen Seelsorgern und Gemeindemitgliedern. Ganz im Sinne des Regimes begünstigt das Schulverbot die Entfremdung von der Kirche. Der Pastor von St. Marien, Ottensen, trägt, das Jahr 1939 zurückverfolgend, in seine Pfarrchronik ein: »Der Besuch der werktäglichen Schulmesse durch die Schulkinder hat fast vollständig aufgehört, trotz wiederholter eindringlicher Mahnung...«

Zu denen, die das Schulverbot als tiefen Einschnitt in die Geschichte der Diasporakirche werten, gehört der nun pensionierte, langjährige stellvertretende Studiendirektor an der katholischen Oberrealschule für Jungen, Dr. Maximilian Lewels, ein hochgelehrter Mann, vielgesuchter Prediger und nicht nur seines prächtigen Rauschebartes wegen ein priesterliches Original dazu. Das Verbot seiner Schule trifft ihn wie ein Keulenschlag. Es ist nicht nur die politische Knebelung, die ihn bewegt, sondern auch die Trauer über das Ende der doch unter Opfern und Entbehrungen durchgehaltenen 107-jährigen Tradition seiner Dia-

sporakirche. Er, der gebürtige Hamburger, läßt seiner Verbitterung auf der Kanzel freien Lauf. Die Gestapo registriert es und beugt der Gefahr vor, Lewels donnernde Beschwerde am kommenden Sonntag wieder hinnehmen zu müssen. Am Freitag, dem 30. September, dem letzten Schultag der katholischen Schulen, wird er verhaftet. Erst Silvester 1939 gelingt es dem Stadtdechanten Wintermann mit seinen vielen Beziehungen, den alten Priester aus dem Gefängnis herauszuholen.⁴

Die graue Stadt

Die Stadt ist nun grau, in ihr Gesicht zeichnen sich mehr und mehr Spuren eines angestrengten Lebens ein. Abends versinkt sie in Düsternis. Für die Bürger wird ein bisher belächeltes Wort zur patriotischen Pflicht: Verdunkelung. Wer seine Fenster nicht lichtundurchlässig macht, wie es der Luftschutz verlangt, bekommt Ärger mit dessen kontrollierenden Funktionären, erst recht mit erbosten Nachbarn. Die Straßenbeleuchtung wird zu funzigen Lichtquellen an den Verkehrspunkten herabgeschaltet. Die Lichtreklame in der Innenstadt verlöscht. Der Autoverkehr nimmt rapide ab, Benzin wird rationiert, Personen- und Lastwagen werden für die Wehrmacht requiriert. Wer nun noch fahren darf, hat die Lichtquellen zu verkleben. Wie die Scheinwerfer der Autos, die Lichter der Straßen- und Hochbahn, so müssen selbst die Lampen der Fahrräder »verdunkelt« werden bis auf einen winzigen Schlitz.

Die Schaufenster locken nicht mehr mit der Fülle ihres Angebots. Die Rationierung von Lebensmitteln hat begonnen; der Kauf von Kleidern, Anzügen, Mänteln, Schuhen, Stoffen, Garn und Wolle wird eingeschränkt. Verdunkelung ist die eine Vokabel, Zuteilung die andere, mit der die Hamburger nun leben müssen. Ein drittes Wort kommt hinzu: Fliegeralarm.

Am 4. September 1939 heulen in Hamburg zum erstenmal die Sirenen. Der in Friedenszeiten oft, wenn auch mit einem aufgesetzten Ernst geübte Probefall wird nun zum Ernstfall. In dieser Nacht drehen die britischen Bomber vor Hamburg noch ab. Doch die Abwehr der Flakbatterien, die Kegel der Scheinwerfer, die die Bomber am nächtlichen Himmel suchen, vermögen die Stadt nicht vor Detonationen und Brand zu bewahren. Von 1940 an mehren sich mit dem Sirenengeheul auch die Zerstörungen und die Zahl der Ausgebombten und der Toten. Hamburg weist eine starke, vornehmlich der Kriegsmarine dienende Rüstungsindustrie auf; sie wird in den ersten Kriegsjahren zwar geschädigt, nicht aber ernsthaft geschwächt. Bis Ende 1942 hat die Stadt bei

insgesamt 127 Luftangriffen 1194 Tote zu beklagen. Mit ihren Ruinen ist auch sie nun vom Krieg gezeichnet. Das Schlimmste steht ihr noch bevor – jene zehn Tage und Nächte des Sommers 1943, in denen der Großteil der Stadt im Feuersturm verglühen wird.⁵

Im Alltag machen sich Veränderungen bemerkbar, die der Krieg bedingt. Ausländische, mit mehr oder weniger Druck in den besetzten Ländern angeworbene Arbeitskräfte ersetzen die zur Wehrmacht einberufenen Männer. Kriegsgefangene, erst recht die steigende Zahl der Häftlinge im Konzentrationslager Neuengamme werden zur Arbeit in der Rüstungsindustrie gepreßt. Auch die Frauen werden mehr und mehr herangezogen. Sie arbeiten in der Kriegsindustrie, tragen die Post aus, fertigen die Züge der Hochbahn ab, klingeln als Schaffnerin und stehen selbst am Fahrpult der Straßenbahn. Pensionierte Lehrer kehren an ihre alte Schule zurück. Die aus den Notjahren der Weimarer Republik noch bekannte Kinderlandverschickung wird in weit größerem Umfang wieder aufgenommen. Diesmal geht es nicht darum, die Kinder vor dem Hunger, sondern vor den Bomben zu bewahren. Bis Ende 1942 werden mehr als 150000 Hamburger Jungen und Mädchen in die ungefährdeten Regionen des Reichs verschickt und dort in von Lehrern und Hitlerjugendführern geleiteten Heimen untergebracht.

Noch garantieren die Lebensmittelkarten eine leidliche Versorgung der Bevölkerung. 1943 werden dem, wie man damals sagt, Normalverbraucher wöchentlich noch zugeteilt: 300 g Fleisch, 125 g Butter, 65 g Margarine, 2000 g Brot, die Magermilch ist rationiert. Ein grauer Markt entwickelt sich, auf dem der Tausch von Raucherkarten gegen Brotmarken, von Bezugsscheinen für Bettbezüge gegen solche für Schuhwerk listig ausgehandelt wird. Selbst mit den Sonderzuteilungen von 50 g Bohnenkaffee lassen sich Geschäfte machen.

Zum staatlich hingenommenen grauen gesellt sich der drakonisch verfolgte, aber nicht in den Griff zu bekommende schwarze Markt. Wer sich im Nebenberuf als gewerblicher Schwarzhändler betätigt, lebt lebensgefährlich. Auch den Bauern drohen hohe Strafen, wenn sie Schweine oder Rinder heimlich schlachten. Dennoch bleibt die Schwarzschlachtung gängige Praxis, von der der Dorfpolizist nichts weiß, solange sie sich in Grenzen hält. Die Verwandten in der Stadt werden zu Nutznießern der bäuerlichen Untat und erst recht die Söhne, denen die Mutter eine Wurst aus der Schwarzschlachtung in das Feldpostpäckchen legt. Auf der Skala der Schwarzmarktpreise entspricht Weihnachten 1943 in Hamburg eine Vierländer Mastgans dem Gegenwert von drei Flaschen Kognak.

Straftaten im Schutz der Verdunkelung, Einbrüche während eines Fliegeralarms, Plünderungen in einer Bombennacht, der Diebstahl von

Feldpostpäckchen werden von Jahr zu Jahr härter geahndet, bis sie alle sogar zu todeswürdigen Verbrechen werden. Je geringer die Siegeschancen des Regimes werden, desto härter werden die von der Justiz verhängten Urteile. Das Abhören ausländischer Sender ist seit Kriegsbeginn verboten und wird streng bestraft. Allein 1942 ergehen 985 Zuchthausurteile wegen Rundfunkverbrechens; systematisch betriebene Verbreitung von »Feindpropaganda« wird mit dem Tode bestraft. Der Satz »Hitler kann mich am Arsch lecken«, bringt, 1939/40 kolportiert, sechs Monate Gefängnis ein. Zwei, drei Jahre später kann dieser Wutausbruch ins Konzentrationslager führen.⁶

Die Jahre bis Ende 1942 zeigen eine Bevölkerung, die in ihrer großen Mehrheit die zunehmenden Lasten und Belästigungen noch ohne großes Murren erträgt. Zwar ist die anfängliche Begeisterung verrauscht, aber die Machtstellung, die Deutschland 1942 einnimmt, läßt den Sieg immer noch greifbar erscheinen. Im Spätsommer 1942 hat Hitlers Imperium seine größte Ausdehnung erreicht. Fast ganz Europa hat er sich unterworfen. Deutsche Truppen stehen entlang der Atlantikküste vom Nordkap bis zur Biskaya; sie stehen auf dem Balkan und in Nordafrika, wo das Afrikakorps die Engländer bis an die ägyptische Grenze zurückgetrieben hat. Im Osten stoßen deutsche Truppen bis an die Grenzen Asiens vor. Auf dem Elbrus, dem höchsten Berg des Kaukasus, hissen Gebirgsjäger die deutsche Flagge.

Hitler will in seiner Besessenheit nicht einsehen, daß er sich politisch wie militärisch übernommen hat. Im Herbst 1942 beginnt sich die Waage zu neigen. Die aus dem Radio dringenden Sondermeldungen werden seltener; nicht mehr von siegreichen Offensiven, sondern von »heldisch erfüllten militärischen Aufträgen«, von »durchstandenen Abwehrschlachten« ist die Rede. Die Texte verkleistern die Wirklichkeit. Aufgerieben wird das Afrikakorps des Generals Rommel; Amerikaner und Briten eröffnen an den Küsten Marokkos und Algeriens eine zweite Front, mit der sie den Sprung nach Europa vorbereiten. Und vor Stalingrad bahnt sich für eine ganze, geschundene Armee die größte Katastrophe der von Hitler gelenkten Schlachten an. Mit dem Ende der 6. Armee im Januar 1943 ist der Gipfel politisch-militärischer Macht überschritten; der Sturz in den Abgrund beginnt.

Christen im Zwiespalt

Der Krieg läßt der Hamburger Diaspora neue Probleme auf. Die Opfer der Bombennächte mehren sich, die Zahl der an den Fronten gefallenen Soldaten steigt. Immer öfter zelebrieren die Priester nun die Messe im schwarzen Meßgewand. Viele der Betroffenen, der Trauernden und Bangenden treibt gerade der Krieg in ein Dilemma: Einerseits ist es ihnen selbstverständlich, ihre staatsbürgerlichen und patriotischen Pflichten zu erfüllen. Andererseits regen sich Zweifel an der Politik des »Führers«; manche fühlen sich nun doch wieder in ihrer anfänglichen Skepsis bestätigt, manchen kommt der Stolz auf das Regime abhanden. Einerseits ersehnen sie den Sieg und lassen keinen Zweifel an ihrer Leistungsbereitschaft aufkommen. Andererseits sind sie erbost über die ihnen auferlegten Zwänge und das ihnen zugefügte Leid.

Diesen Zwiespalt haben viele Christen auszuhalten. Er wird spürbar in den Hirtenbriefen der Bischöfe, die sich öffentlich gegen kirchenfeindliche Praktiken zur Wehr setzen, aber zugleich den Soldaten an der Front und den Gläubigen in der Heimat beistehen müssen. Die Gläubigen vor den Verführungen durch die nationalsozialistische Ideologie zu warnen und sie, so auch Berning, zugleich aufzufordern, »zu beten, daß Gott uns den Sieg verleihe«⁷ – dieses Einerseits–Andererseits verstrickt Kirchenführung wie Kirchenvolk in nicht lösbare Konflikte. Es führt zu Zusammenstößen in der Bischofskonferenz, der es immer schwerer fällt, sich zu einem gemeinsamen Hirtenwort durchzuringen. Es verunsichert die Gläubigen. Gewiß wartet eine Minderheit auf ein Mehr an mutigen, weisenden Worten. Gewiß widerspricht, nicht weniger besorgt, eine andere Minderheit dieser Forderung nach einem Mehr an Widerspruch und Widerstand nur deshalb, weil sie die Kirche vor neuer Bedrängnis bewahren will. Die große Mehrheit jedoch findet sich mit dem Einerseits-Andererseits ab, verbunden mit mehr oder weniger Zugeständnissen an Staat und Partei. So gehen Risse quer durch das Gottesvolk, durch das Bischofskollegium, die Priesterschaft wie durch die Laien.

Hitler will in den Kriegsjahren den Kampf gegen das Christentum nicht auf die Spitze treiben. Er braucht die Gefolgschaft des Volkes. Die großen Aktionen, mit denen er die Kirchen zu unterjochen gedenkt, spart er sich auf für die Zeit nach dem von ihm angestrebten Sieg. So bleiben die Schikanen dosiert. Hitlers instinktsichere Regie sorgt dafür, daß die Unterdrückungsmaßnahmen unterhalb der Schwelle bleiben, die zu überschreiten die Gefahr großer, nicht mehr einzudämmender Proteste heraufbeschwören könnte. Der starke Widerhall, den allein schon die öffentliche Verurteilung des mörderischen »Euthanasie-Pro-

gramms« durch den unerschrockenen Bischof von Münster findet, läßt Hitler zurückweichen. Er wittert, daß das katholische Münsterland zum feindlichen Ausland werden könnte, wenn er den Grafen Galen verhaften und ihn – wie die Vasallen Bormann und Goebbels empfehlen – aufhängen ließe. »Später«, so läßt er die andächtig lauschende Runde seiner Mitarbeiter wissen, »werden wir die Rache kalt genießen, auf Heller und Pfennig wird abgerechnet.«⁸

So stehen auch der Hamburger Diaspora nach der Schließung der katholischen Schulen weitere Heimsuchungen bevor. Als Argument müssen kriegsbedingte Erfordernisse herhalten, mit denen sich schlechthin jede Gewaltmaßnahme bemanteln läßt – angefangen vom Verbot öffentlicher Gottesdienste nach Alarmnächten vor zehn Uhr vormittags bis hin zur Unterdrückung kirchlicher Feiertage und zur Totalliquidierung der Kirchenblätter. Prozessionen werden verboten, Wallfahrten untersagt, Exerzitien eingeschränkt. Jungen Männern und Frauen, die in einen Orden eintreten wollen, wird die Erlaubnis verweigert. Nur eine Glocke darf im Kirchturm hängenbleiben, alle anderen müssen abgeliefert werden. In einem Raubzug großen Stils werden 1941/42 123 Klöster, Ordenskomplexe, kirchliche Anstalten beschlagnahmt und die in ihnen lebenden Ordensmitglieder verjagt. Im Bistum Osnabrück beschlagnahmt der Staat acht Ordenshäuser.⁹ An Hamburg geht dieser Klostersturm vorbei, weil die Stadt keine Klöster aufzuweisen hat. Zwar steht die kleine Niederlassung der Jesuiten auf der Liste der zu beschlagnahmenden kirchlichen Einrichtungen, aber den Jesuiten gelingt es, ihr Haus vor der Schließung zu bewahren.

Allen diesen Schikanen, die meist in das erste Kriegsjahr gegen die Sowjetunion fallen, gibt die nationalsozialistische Propaganda einen Schein von Recht. Das Verbot von Prozessionen und Wallfahrten wird mit der Sorge vor möglichen Fliegerangriffen begründet. Die Glocken sollen als patriotische Gabe der Kirchen in die Rüstungsindustrie eingebracht werden – ein fadenscheiniges Argument, zeigt doch das Ende der Glockenaktion, wie belanglos die Quantität des aus den Glocken zurückgewonnenen Erzes für die Kriegsindustrie gewesen sein muß. Die meisten Glocken stöbern Wintermanns Kundschafter nach dem Krieg wohlbehalten im Hamburger Hafengelände auf. Die Entrüstung über den Klostersturm wehrt die nationalsozialistische Propaganda mit dem Appell an die Solidarität ab, kämen die Beschlagnahmungen doch, so heißt es offiziell und nicht einmal ganz falsch, den Bombengeschädigten, den Kriegsversehrten, den aus den Großstädten evakuierten Kindern zugute.

Der staatlichen Beschlagnahme des Marienkrankenhauses kommt Stadtdechant Wintermann mit flinken Schachzügen zuvor. Er vermie-

tet es sogar »unter günstigen Bedingungen«, wie er später eingestehen wird, an die Wehrmacht als Reservelazarett. Damit erhält er auch den Borromäerinnen, die das Haus seit seiner Entstehung betreuen, ihre Aufgabe und ihre klösterliche Bleibe. Manchen Anpöbeleien zum Trotz verliert das Marienkrankenhaus auch als Reservelazarett nicht seinen katholischen Charakter.

Zwar ist es seit August 1941 durch Reichsverordnungen dem Pflegepersonal verboten, mit Patienten über religiöse Themen zu sprechen. Zwar ist dem Priester fortan der Besuch eines Kranken nur dann erlaubt, wenn er gewünscht und dieser Wunsch an ihn über einen Arzt weitergegeben wird, der den Besuchstermin zu bestimmen hat. Im Marienkrankenhaus umgeht man diese schikanösen Auflagen, zumindest federt man sie ab. Etliche Ärzte sind praktizierende Katholiken, wie wohl auch viele von ihnen, wie der Chefarzt, der nationalsozialistischen Partei angehören. Der katholische Charakter bewährt sich vor allem im stillen, aufmerksamen Dienst der Schwestern in ihrer strengen Tracht. Kriegsverehrten Soldaten steht die Hauskapelle offen. Auf den Stationen dieses Reservelazaretts gibt es unaufdringliche Hinweise auf den vom Staat nicht erwünschten, aber auch nicht zu verbietenden Gottesdienst. Dem schwarzen Habit der Schwestern in den vorderen Bänken der Kapelle schließen sich die Krankenmonturen und das Feldgrau verehrter Soldaten an.

Andere katholische Krankenanstalten geraten in größere Bedrängnis. So wird zu Beginn des Krieges das St. Adolf-Stift der Grauen Schwestern in Reinbek in ein Lazarett verwandelt und zeitweise der Leitung eines Oberstabsarztes der Waffen-SS unterstellt. Er verlangt die Abnahme der Kreuze. Schlimme Szenen vertraut der Ortpfarrer seiner Pfarrchronik an. Er berichtet von SS-Sanitätssoldaten, die junge Mädchen des Krankenhaushilfspersonals zu nächtlichen Gelagen auf den Stationszimmern verführen. Er erwähnt den von Sanitätssoldaten unter großem Hallo auf den Krankenhausgängen nachgeäfften Versehgang, mit dem der Priester den Bettlägerigen und Sterbenden die Sakramente seiner Kirche bringt. Schwestern wie Geistliche sehen sich der lauernden Verdächtigung ausgesetzt, einen Kranken zum Sakramentenempfang gepreßt zu haben, an ein Krankenbett gekommen zu sein, an das zu kommen sie niemand gerufen habe.

In vielen Gemeinden und Pfarrhäusern taucht die Gestapo auf, um Pfarrbüchereien, ja selbst Bibliotheken in der Wohnung von Geistlichen auf verbotenes Schrifttum hin zu überprüfen. Die Hamburger Ortsgruppe des – verbotenen – katholischen Akademiker-Verbandes versucht nach Jahren gehorsamer Stille die Tradition geistlicher Besinnungsabende fortzusetzen. Unter dem unverfänglichen Titel der

Harvestehuder Vorträge wird ab 1942 in St. Elisabeth wieder zu Abendveranstaltungen eingeladen. Vortragende wie Zuhörer müssen damit rechnen, beobachtet zu werden. Ein Vortrag »Christus, Herr der Geschichte« wird wegen seines provozierenden Titels verboten.

Solche Verbote werden vor Ort verhängt. Sie künden vom kleinkarierten Geist der Mächtigen. Zu welcher Bosheit er auch in Hamburg fähig ist, bezeugt das Schicksal des Soldaten Heiner Miller. Er wechselt, um das Abitur zu machen, von der katholischen Oberrealschule zum Christianeum in Altona. Dort besteht er, fachlich, das Abitur, dennoch wird ihm die Anerkennung der Reife verweigert. Die ganze ideologische Beschränktheit schlägt sich nieder in der Antwort des Oberstudiendirektors des Christianeums an den Anwalt, dem der inzwischen zum Soldaten gewordene Heiner Miller seine Beschwerde gegen das Christianeum anvertraut hat. »Dem Schüler Miller«, schreibt der Oberstudiendirektor unter dem 6. Juli 1943, »konnte die Reife nicht zuerkannt werden, da nach seiner politischen Einstellung die Voraussetzung nicht gegeben war. U. a. ist er während seiner Schulzeit nicht zu bewegen gewesen, der Hitlerjugend beizutreten. Im Einverständnis mit der Schulverwaltung bin ich jedoch bereit, ihm eine Brücke zu bauen: wenn er sich nach einjährigem Fronteinsatz besonders bewährt hat und diese Bewährung durch Bestätigung seines Truppenteils nachweist, bin ich bereit, ihm die Reife nachträglich zuzusprechen.«¹⁰

Von solchen Demütigungen erfährt die Öffentlichkeit wenig oder nimmt sie schulterzuckend hin. Den Heiner Miller verfolgen sie bis in den Tod. Auch er, dem man die Reife verweigert, wird zu den siebzigtausend gefallenen Hamburger Soldaten zählen.

Die Deportation der Hamburger Juden

Am 25. Juni 1941 verfügt die Hamburger Gestapo auf Berliner Weisung hin die Schließung des Generalsekretariats des Raphaelsvereins und die Beschlagnahme seines Vermögens.¹¹ Solange der Verein dazu beitragen konnte, den von den Rassegesetzen betroffenen Katholiken zur Emigration zu verhelfen, ließ ihn das Regime, wenn auch unter lauernder Kontrolle, gewähren. Im Sommer 1941 versiegt die Auswanderung. Unnütz geworden, wird der Verein von der Gestapo sofort kassiert. Es ist die Zeit des Übergangs von der Vertreibung zur Vernichtung der Juden in dem vom Hitlerregime beherrschten europäischen Raum. Am 31. Juli 1941 wird der Chef des Reichssicherheitshauptamtes, Heydrich, beauftragt, Maßnahmen zur »Endlösung der Judenfrage«

einzuleiten. Bald wird der aus den Krematorien der Vernichtungslager aufsteigende Rauch die Luft dieses Jahrhunderts verpestet.

Mit der Schließung der Zentrale des Raphaelsvereins in Hamburg bleibt das tragische Scheitern des größten Projekts katholischer Auswanderungshilfe verbunden.¹² Die dem Papst vom brasilianischen Staatspräsidenten Getulio Vargas zugesagten 3000 Einreisevisa für »nichtarische« Deutsche katholischen Glaubens erreichen nicht die noch in Deutschland festsitzenden, auf Ausreise hoffenden Opfer der Rassenpolitik. Von 1939 bis zur Schließung des Hamburger Generalsekretariats ringt die Kirche um die Rettung dieser Menschen. Die sogenannte »Brasil-Aktion« entwickelt sich zur Tragödie, an der brasilianische Diplomaten der Berliner Botschaft wie des Hamburger Generalkonsulats die Hauptschuld tragen. Mit dem Nationalsozialismus sympathisierend, von einer ebenso antijüdisch wie antikatholisch eingestellten Staats- und Parteiprominenz in Deutschland stimuliert, erfinden die Diplomaten immer neue Vorbedingungen, die für die Erteilung der Einreisebewilligung zu erfüllen sind. Mit tausend Finten zögern sie die Visagenehmigungen hinaus, bis schließlich das von der Reichsregierung im Oktober 1941 erlassene Auswanderungsverbot den Juden, und damit auch den »nichtarischen« Katholiken, den letzten Fluchtweg versperrt. Trotz aller Interventionen des Vatikans und der persönlichen Bemühungen des inzwischen zum Papst gewählten früheren Kardinalstaatssekretärs Eugenio Pacelli (nun Pius XII.), trotz des robusten Einsatzes des Bischofs von Osnabrück und erst recht des Generalsekretariats des Raphaelsvereins gehen so an die zweitausend lebensrettende Visa verloren.

Einige hundert der Brasil-Visa kommen lediglich deutschen Flüchtlingen zugute, die sich bereits im Ausland befinden und sich, wie in Italien, Südfrankreich, Spanien, Portugal auch nach Kriegsbeginn noch relativ frei bewegen können. Leiden sie Not, unterstützt sie der Vatikan mit Überbrückungsgeldern und der Zahlung der Schiffspassage. In den von deutschen Truppen besetzten Ländern erreichen die Brasil-Visa nicht mehr die deutschen Flüchtlinge, denen sie doch zugedacht sein sollten. Wie die von Köln nach Holland geflohene Ordensfrau Edith Stein oder die aus ihrer Heimatstadt Hamburg in die Niederlande geflohene Konvertitin Ruth Kantorowitz haben auch andere namenlose katholische Flüchtlinge den Zug zu besteigen, der sie nach Auschwitz bringt.

Den Juden wird in ihrer Not zuweilen stumme Hilfe zuteil. Wenn sie sich etwa um Taufbescheinigungen katholischer Pfarrämter bemühen, weil die Zugehörigkeit zur Kirche die Einwanderung in etliche südamerikanische Länder erleichtert, setzt mancher Pastor wissentlich den

Stempel auf falsche Papiere. Auf diese Weise kommt auch die Schauspielerin Ida Ehre, die es mit katholischem Mann und katholischem Kind nach der Pogromnacht nach Chile treibt, zu einem katholischen Taufschein.¹³

Doch auf diesem heimlichen Markt tummeln sich auch die Beutelschneider, die mit der Not der Juden ihre Geschäfte machen. Nicht nur gefälschte Taufbescheinigungen, auch gefälschte Einwanderungspapiere werden gehandelt. Diplomaten und Konsulatsangestellte verlangen Honorare oder verkaufen Visa, von denen sie wissen, daß sie für die Einwanderung nicht ausreichen. So werden zum Beispiel in Panama und Kuba jüdische Emigranten, deren Papiere für jene Länder gelten sollten, nicht an Land gelassen. Wieder zurückgetrieben über den Atlantik, ist kaum ein Hafen bereit, diese Irrgänger aufzunehmen. So landet – ein Beispiel nur – Sally Rosenberg, ein Hamburger Jude, nach seiner vergeblichen Flucht nach Havanna wieder in der Hansestadt. Dem Transport Hamburger Juden zugeteilt, der am 8. November 1941 die Stadt in Richtung Minsk verläßt, wird er zuletzt doch noch ein Opfer nationalsozialistischer Verfolgung.¹⁴

Auch Flüchtlinge, deren Papiere zu garantieren scheinen, daß sie das Land ihrer Wahl erreichen, verfehlen ihr Ziel. So läuft im August 1939 aus Hamburg die »Roda« aus, ein unbedeutendes Frachtschiff, dessen Zielland Chile heißt. An Bord hat die »Roda« auch jüdische Emigranten, die glauben, nun der Drangsal entronnen zu sein. Schon auf der Höhe der Azoren, erreicht den Kapitän am 1. September 1939 die Anweisung seiner Reederei, nach Hamburg zurückzukehren. Wehrlos, der Verzweiflung nahe, erleben die soeben aus Deutschland Geflohenen den Ausbruch des Krieges auf ihrem nach Deutschland wieder zurückkehrenden Schiff. Unter denen, die in Hamburg wieder an Land gespült werden, hilflos und fremd in der großen Stadt, ist auch Ida Ehre. Es sind die Nonnen im Heim des Raphaelsvereins an der Großen Allee, die der gepeinigten Frau und ihrer Familie eine erste Bleibe verschaffen. Den Krieg geduckt, aber tapfer in der sogenannten »privilegierten Mischehe« durchstehend, wird nach dem Krieg die großartige Künstlerin mit ihren Hamburger Kammerspielen das Ansehen der Hansestadt mehren.

Am 14. Oktober 1941 wird die Deportation der im nationalsozialistischen Machtbereich wohnenden Juden befohlen. Sie ist die letzte, nun mörderische Konsequenz der den Juden in den Jahren zuvor angetanen körperlichen und geistig-seelischen Foltern. Auch diese »Umsiedlung in den Osten«, wie die Geheime Staatspolizei die Deportation kaschierend umschreibt, spielt sich noch in aller Öffentlichkeit, vor den Augen der Nachbarn und unzähliger Passanten ab. Worin das wahre Ziel die-

ser »Umsiedlung« besteht, enthüllt sich erst später, dem größten Teil der deutschen Bevölkerung erst nach dem Zusammenbruch.

Vor Abfahrt der Transportzüge aus Hamburg¹⁵ wird den ihnen zugeleiteten jüdischen Familien ein Merkblatt mit den genauen Anweisungen der Gestapo für die »Umsiedlung« zugestellt. Es nennt die Sammelstelle und die Uhrzeit, zu der sie sich einzufinden haben. So strömen an bestimmten Tagen und zu bestimmten Zeiten Hunderte von Juden, Männer, Frauen, Kinder, Greise, das Kainsmal des gelben Sterns auf der linken Brust, Koffer und Rucksäcke schleppend, ihren Sammelstellen zu, dem ehemaligen Logenhaus an der Moorweidenstraße, der Schule am Sternschanzenbahnhof oder dem jüdischen Gemeinschaftshaus in der Hartungstraße. »Der Wohnungsschlüssel«, so lautet die Anweisung, »ist vor Verlassen auf der nächsten Polizeistation abzugeben... Wohnung und Inhalt sind in gutem Zustand zu hinterlassen. Jedes Mitglied der Familie kann Gepäck bis zu 50 kg mitnehmen.«

In gespenstischen bürokratischen Szenen werden auf den Sammelstellen noch einmal die Koffer kontrolliert, die Namen abgehakt; über einem Tisch sind Rock- und Jackentaschen zu entleeren. Dann transportieren Polizeiwagen die Ausgesonderten zum Hannöverschen (Güter-)Bahnhof. Dort steht ein Zug mit Personen- und Güterwagen bereit, sie an ihren Bestimmungsort im Osten zu bringen, der meist identisch sein wird mit dem Ort ihrer Vernichtung.

Der erste von insgesamt 17 Transporten, mit denen die Hamburger Juden nach Osteuropa gebracht werden, verläßt Hamburg mit 1034 Mitgliedern der jüdischen Gemeinde am 25. Oktober 1941 und endet in Łodz (damals Litzmannstadt). Unter diesen Juden befindet sich auch eine Frau, die Dechant Wintermann erst zwei Monate vorher, am 10. August 1941, in der Hauskapelle der Borromäerinnen an der Danziger Straße getauft hatte. Weitere Transporte gehen nach Minsk oder Riga, nach Auschwitz oder Theresienstadt, einem Lager, das für die meisten der dorthin Transportierten nur Zwischenstation vor der Weiterfahrt in den Tod sein wird. Tod durch Entkräftung, Erschießung oder Vergasung ist das den Juden zgedachte Los. Der letzte Transport nach Theresienstadt, in den die Gestapo schon jüdische Partner aus Mischehen hineingepreßt hat, verläßt die Hansestadt noch am 14. Februar 1945 mit 194 Ausgesonderten. Der schnelle Vormarsch der russischen und anglo-amerikanischen Heere rettet 190 dieser letzten Hamburger Deportierten das Leben. Insgesamt werden an die 8000 Hamburger Juden zu Opfern nationalsozialistischer Vernichtungsaktionen. 6150 von ihnen sind namentlich bekannt.

Die Chronik des Verhältnisses zwischen Katholiken und Juden in nationalsozialistischer Zeit weist auch in Hamburg keine stolze Fülle

rettender Hilfe auf. Die Schmach über die verabsäumte Solidarität mit den Verfeimten hängt auch dem Diasporakatholizismus an und läßt die wenigen Akte der Hilfeleistung um so heller scheinen. Der Beistand einer der Zahl nach winzigen Gruppe von Studenten läßt sich belegen; sie stecken Juden Lebensmittelmarken zu, packen ihnen Lebensmittel unter die Wäsche, wenn sie mit ihrem Handkarren zum Waschsalon ziehen. Ein Pater aus der Jesuitenniederlassung kann die Studenten noch vor den auf der Lauer liegenden Fahndern warnen.

Borromäerinnen des Marienkrankenhauses stehen resolut den zur Trümmerbeseitigung beorderten KZ-Häftlingen mit Suppe und Brot bei. Graue Schwestern sorgen für die wenigen in der Stadt verbliebenen »nichtarischen« Katholiken. Mater Archangela und Mater Valentia bringen ihnen Lebensmittel an vereinbarte Verstecke. Die Gestapo kommt diesen Umtrieben auf die Spur, doch hat, wie der Pfarrer von Reinbek seiner Chronik anvertraut, »das rasch hereinbrechende Ende des Krieges Prozeß und Verurteilung der Schwestern verhindert«. Als 1970 Mater Archangela in Reinbek stirbt, würdigt Pater Johannes Kugelmeier, der Superior der Jesuitenniederlassung in jenen bösen Jahren, die Verdienste dieser tapferen Frau, »die den verfolgten Juden in Hamburg beistand, wohl wissend, welches Risiko sie damals auf sich nahm«.

An Hilfen, die keine Chronik verzeichnet, kann nur erinnert werden. Daß auch Hamburger Katholiken jüdischen Familien heimlich Dinge zustecken, die den Juden vorenthalten werden – Wurst, Fett, Rauchwaren, Rasierseife –, daß Lehrer »Mischlingskinder«, die nur noch die Volksschule besuchen dürfen, vor Häme und Hetze zu bewahren versuchen, ist sicher. Großen Respekt verdient dieser namenlose Beistand, aber er ist für die Diaspora ebensowenig repräsentativ wie für die katholisch gesättigten Regionen des Reichs.

Auch Hamburgs Diaspora kann rückblickend der Frage nicht ausweichen, wieso sie, gerade sie, die zwanzigtausend Juden vergaß, waren doch beide, Katholiken wie Juden, in der Hansestadt bis zum Beginn der Weimarer Republik gemeinsam benachteiligte, in ihren freiheitlichen Rechten gemeinsam beschränkte Minderheiten gewesen. Die Diaspora in den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft will sich dieser gemeinsam erfahrenen Geschichte nicht erinnern. Wie sehr Minderheiten Minderheiten mißachten können, wird auch in der Hansestadt deutlich am kalten Nebeneinander von Katholiken und Juden.

Zwangssterilisierung und »Euthanasie«

Der Rassenwahn der nationalsozialistischen Partei treibt nicht nur die Juden in den Untergang; er heroisiert zugleich die eigene, die »nordische«, die »germanische« Rasse. Sie ist das strahlende Gegenbild zur »minderwertigen« Rasse der Juden. Ein gewaltiger, pseudowissenschaftlich unterlegter Kult wird mit dem Begriff der Rasse betrieben. Die Rassenlehre steht im Zentrum der nationalsozialistischen Weltanschauung. »Volksgenosse«, so heißt es schon im Auftakt des Parteiprogramms der NSDAP, »kann nur sein, wer deutschen Blutes ist«. Der Mangel an Definition dessen, was denn »deutschen Blutes« ist, hindert weite, über die Anhänger der Hitlerpartei hinausreichende bürgerlich-konservative Teile der Bevölkerung nicht daran, dieser nebulösen Phrase zuzustimmen, entspricht sie doch ihrem tradierten völkischen Denken, dem daraus resultierenden deutschtümelnden Sprachgebrauch, dem von keinem Zweifel angerührten Bekenntnis zur deutschen Blutsgemeinschaft.

Dies ist der Hintergrund, vor dem erst die weite Zustimmung verständlich wird, die das NS-Regime mit seiner Erb- und Rassenpflege findet. »Erbtüchtig«, »erbggesund«, »rassenrein« – solche Vokabeln stehen in den Gesundheits- und Sozialämtern hoch im Kurs. Sie kommen den guten Noten gleich, die der vom Rassismus befallene Staat vergibt. Unter rassepolitischen Perspektiven wird die Eheberatung betrieben, werden junge Ehen gefördert, sozial schwache Familien gestützt. Zugleich aber maßt sich der Staat das Recht an, die körperliche Unversehrtheit von Menschen anzutasten, von denen er aus rassepolitischen Gründen keinen Nachwuchs will. Mit den Hilflosen, den Kümmerlingen, den Außenseitern kennt er so wenig Mitleid wie mit den Juden.

Am 14. Juli 1933 verabschiedet das Reichskabinett das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses. Seine erstaunlich schnelle Verabschiedung nach dem Machtantritt Hitlers verweist auf die günstigen Vorbedingungen; das Thema wird seit Jahren diskutiert, viele medizinische Kapazitäten plädieren dafür. Um den Abschluß des Konkordats nicht zu belasten, wartet die Regierung noch zwei Wochen mit der Bekanntgabe des Gesetzes, widerspricht es doch der katholischen Lehrmeinung, wiewohl es auch unter katholischen Bürgern seine Anhänger findet. Zumindest einen bescheidenen Damm gegen eine mögliche Verstrickung glaubt die Kirche vorgebaut zu haben, indem auf ihr Drängen hin laut Gesetzestext konfessionelle Anstalten nicht gegen ihren Willen zum Sterilisieren verpflichtet werden können. (Sterilisation bedeutet Durchtrennung des Samenleiters beim Mann, des Eileiters bei der Frau.)

Im Januar 1934 tritt dieses Gesetz in Kraft.¹⁶ Es erlaubt den Gesundheitsämtern, sofern die eigens eingerichteten Erbgesundheitsgerichte die Anträge genehmigen, die Sterilisation auch zwangsweise vorzunehmen. Die Zwangssterilisation trifft Menschen, die an einer tatsächlich oder – den Modeströmungen der Wissenschaft unterworfen – angeblich vererbaren Krankheit leiden: Schwachsinn, manisch-depressives Irresein, Schizophrenie, Epilepsie, erbliche Blind- und Taubheit, Kleinwuchs, schwerer Alkoholismus. Anzeigepflichtig sind Ärzte, Zahnärzte, Heilpraktiker, Anstaltsleiter, Masseur und Masseusen, Gemeindeschwestern und Hebammen. Die Zwangssterilisation droht auch Menschen, aus deren kriminellen Vorstrafen, ihren sexuellen Besonderheiten, ihrer mangelnden Soziabilität oft allein die mit dem Fall befaßten Mediziner und Juristen »erbbiologische Minderwertigkeit« abzuleiten wagen. Die Hamburger Instanzen legen das Gesetz großzügig aus. Von Januar bis August 1934 werden allein 706 Personen unfruchtbar gemacht; die Gesamtzahl der Sterilisierten erreicht in Hamburg während der nationalsozialistischen Zeit die ungeheuerliche Höhe von 24 000.¹⁷

Die Rassenpolitik des Regimes gibt sich nicht zufrieden mit der Zwangssterilisation kranker oder nur geächteter Menschen. Sie führt in einem in sich schlüssigen Schritt von der Verhütung unerwünschten Nachwuchses zur Vernichtung geschädigter Menschen. Im Herbst 1939 ordnet Hitler ihre Tötung an; er und die mit der Planung Beauftragten sprechen von Gnadentod, von Euthanasie (aktive Sterbehilfe), meinen aber die Vernichtung »lebensunwerten«, »unnützen«, »unproduktiven« Lebens. Es werden fortan keineswegs nur Geistesranke getötet, sondern auch körperlich unheilbar Kranke, die dem Staat ebenfalls keinen Nutzen versprechen, sondern ihm nur zur Last fallen. So werden Hilfsbedürftige zur Ware degradiert, die der Kalkulation von Kosten und Nutzen unterliegt.

Die Öffentlichkeit wird über die Anordnung des »Führers« nicht informiert. Der Führererlaß aber verpflichtet Ärzte, Pfleger, Verwaltungsangestellte in Heil- und Pflegeanstalten, den Irrenhäusern, den Krüppelanstalten jener Zeit, aber auch Beamte in den Gesundheitsbehörden dazu, die Krankenkarteien durchzukämmen und die von der Berliner Instanz verschickten Fragebogen auszufüllen, deren Inhalt über Tod und Leben entscheidet. In spezielle, geheimgehaltene Vernichtungsanstalten transportiert, werden die Ausgesonderten durch Gas oder Injektionen umgebracht. Die Zahl der auf diese Weise ermordeten Kranken liegt zwischen achtzig- und hunderttausend.¹⁸

Aus Hamburg werden an die zweitausend Hilfsbedürftige aus den Alsterdorfer Anstalten und der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn an

die Tötungsanstalten überstellt. Mißgestaltete Neugeborene werden in Langenhorn wie im Kinderkrankenhaus Rothenburgsort der Vernichtung preisgegeben. Zwischen 1941 und 1945 werden allein in Rothenburgsort nachweisbar 56 behinderte Kinder umgebracht – meist mit Einverständnis der Eltern; nur eine von elf Ärzten und Ärztinnen verweigert die Mitarbeit an dieser unmenschlichen Prozedur.¹⁹

Schon bald nach dem Führererlaß kommen im Reich Gerüchte über die Tötung von Geisteskranken auf. Familien werden von der Verlegung ihrer kranken Angehörigen in andere Anstalten überrascht; die ihnen zugehenden Todesnachrichten machen sie erst recht mißtrauisch. Fehler in der Organisation der Vernichtung führen dazu, daß Familien mehrmals vom Tod des Angehörigen erfahren oder ihnen sogar zweimal Urnen mit der Asche des Verstorbenen zugestellt werden. Unbezweifelbare Beweise für das verbrecherische Wirken von Ärzten, Pflegern und Schwestern in den Tötungsanstalten häufen sich, veranlassen Privatleute zu Anfragen, Kirchenführer beider Konfessionen zu Mahnbriefen. Von Mitbrüdern, vornehmlich dem Grafen Galen gedrängt, verfaßt der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz wieder eine seiner in der Form verhalten, aber in der Sache mit bestechender Klarheit formulierten Protestnoten, die er namens der Bischofskonferenz im August 1940 der Reichsregierung zustellt.²⁰ Der Vatikan bestätigt mit einem Dekret das Nein der Bischöfe zur Tötung behinderter Menschen. Doch Monate vergehen; weitere an die staatlichen Instanzen adressierte Schreiben bewirken nichts. Die Tötungen werden fortgesetzt, mehr und mehr Pflegeheime haben ihnen anvertraute Kranke auszusondern und den Tötungsanstalten zuzuliefern.

Als erster aller Bischöfe ringt sich der Bischof von Münster, Graf Galen, zu der Entscheidung durch, auf die Kanzel zu steigen und die Mordaktion beim Namen zu nennen. Nicht ohne Skrupel bereitet der Bischof seinen Auftritt vor. Es ist Krieg, und in die Wochen der Vorbereitung seiner drei großen Brandpredigten über Kirchenverfolgung, Klostersturm und »Euthanasie«-Aktion fällt der deutsche Angriff auf die Sowjetunion (22. Juni 1941). In diesen Wochen muß er erst recht damit rechnen, der Feindbegünstigung, der Dolchstoßpolitik bezichtigt zu werden. Zudem quält ihn die Sorge, mit seinem Kanzelprotest die Dissonanzen in der Bischofskonferenz zu verstärken, zählt er doch wie sein bischöflicher Vetter in Berlin, Graf Preysing, zu jener bischöflichen Minderheit, die offensiv und öffentlich den Torturen und Verbrechen entgegenreten will, was Kardinal Bertram für falsch hält, weil es den Schaden für die Kirche nur vermehren würde. Nicht Meinungsverschiedenheiten in der Sache trennen die Bischöfe,

sondern die der adäquaten Reaktion. Dem Bischof von Münster ist bewußt, daß er, wenn er mit diesen Themen die Kanzel besteigt, damit auch bischöflichen Mitbrüdern und erst recht dem Kardinal in Breslau eine Lektion erteilt.

Zur dramatischen Vorgeschichte der Galenpredigt gehört auch die unterschiedliche Beurteilung eines öffentlichen Protestes gegen die »Euthanasie« durch die beiden sich ansonsten brüderlich zugetanen Bischöfe von Münster und Osnabrück. Wilhelm Berning vertraut am 6. Mai 1941 seinem Tagebuch unter dem Stichwort »Euthanasie« an: »Geht auf ausdrücklichen Befehl des Führers zurück, 200000 Menschen kommen in Frage. Eine Beschwerde dagegen nicht mehr möglich.«²¹ Dieser resignativen Meinung gibt Galen sich nicht hin. Am 26. Mai 1941 schreibt er seinem bischöflichen Nachbarn in Osnabrück einen Brief, der die ganze Empörung über die Untaten des Regimes, aber auch die Verzweiflung über die fade, in Papierstößen verpuffende Reaktion der Bischofskonferenz enthält. Er habe, schreibt Galen in kritischer, politischer Distanz, gleichwohl in Respekt vor seinem an Dienstjahren älteren Mitbruder Berning, sein Gewissen immer wieder damit zur Ruhe gebracht, daß Bischöfe, »die an Alter, Erfahrung und Tugend mir überlegen sind, bei all dem ruhig bleiben und sich mit den papierenen und wirkungslosen, der Öffentlichkeit unbekanntem... Protesten begnügen.«²²

Acht Wochen später bäumt er sich auf und tritt, wie er es nennt, »die Flucht in die Öffentlichkeit an.«²³ Am 28. Juli 1941 erstattet er Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Münster, am Sonntag, dem 3. August, steigt er auf die Kanzel der berühmten Pfarrkirche St. Lamberti und klagt die Machthaber der Ermordung »unproduktiven Lebens« an. Diese Predigt ist von ungeheurer Brisanz und von einer unvorstellbaren Wirkung, die sich auch aus einem in Teilen der Bevölkerung lebhaft empfundenen Mangel an solchen wehrhaft-offensiven kirchlichen Protesten erklären läßt. Diese Predigten füllen offenkundig ein Vakuum. Die Staatsregierung schweigt sie wie die ganzen Umstände und Ereignisse, die ihnen zugrunde liegen, tot. Dennoch geht ihr Text hektographiert, vielfach auf billigste Weise abgepaust, sich wie im Schneeballsystem vermehrend, in Tausenden von Exemplaren von Hand zu Hand, taucht in Hamburg wie in München auf, liegt Feldpostbriefen an Soldaten bei, wird von britischen Flugzeugen (wenn auch verstümmelt) als Flugblatt abgeworfen. Daß der Klostersturm von Hitler abgeblasen, die »Euthanasie«-Aktionen, wenn nicht eingestellt, so doch merklich vermindert werden, läßt sich auf mehrere Faktoren, vor allem aber auf den entschiedenen Protest des Bischofs von Münster zurückführen. Die gewaltige Resonanz, die er erzielt, umgibt ihn wie ein Schutzwall

und macht ihn erst einmal unangreifbar für das schäumende politische Machtkartell.

Der versäumte Protest

Der wenn auch begrenzte Erfolg des Protestes gegen die »Euthanasie« läßt noch einmal zurückdenken an das Schicksal der Juden. Wir wissen nicht, ob ähnliche Kanzelproteste die Deportationen verhindert oder einen Teil der Juden vor der Ermordung bewahrt hätten. Die Frage nach dem möglichen Erfolg von demonstrativen kirchlichen Beistandsakten analog dem beherzten Auftritt Galens für die Geisteskranken erlaubt keine historisch gesicherte Antwort, sondern führt auf das weite Feld notwendiger, aber spekulativer Überlegungen. Begnügen wir uns mit drei Anmerkungen.

1. Die Katastrophe, die über die Juden hereinbricht, löst keine Welle der Entrüstung und der Solidarität aus, die der des Protestes gegen die »Euthanasie« vergleichbar wäre. Die Wirkung der Predigt Galens auf die Bevölkerung verfehlt nicht ihren Eindruck auf Hitler. Er sieht sich gezwungen, defensiv zu reagieren; er weicht zurück aus Sorge vor vermehrten öffentlichen Protesten, aus Sorge vor Unruhe in der Bevölkerung. Bei der »Entjudung« des Reiches bedrängt ihn diese Sorge nicht.

2. Die Bischofskonferenz fühlt sich nicht gedrängt, den Einspruch gegen die Diskriminierung, Vertreibung, die beginnende Deportation der deutschen Juden auf die Kanzeln zu bringen, obwohl Bischöfe wie Galen, Preysing und der Münchener Kardinal Faulhaber den Protest des Gesamtepiskopats gegen die Deportationen empfehlen. Kardinal Faulhaber alarmieren die Szenen beim Abtransport der Juden, »die«, wie er an Bertram am 13. November 1941 schreibt, »in der Chronik dieser Zeit einmal mit den Transporten afrikanischer Sklavenhändler in Parallele gesetzt werden«.²⁴ Aber auch diesem Monitum fehlt es an letzter Entschiedenheit. Der Breslauer Kardinal widerspricht der Meinung Faulhabers nicht, wohl aber ist er wie die große Mehrheit der Bischöfe von der Vergeblichkeit eines Schritts zugunsten der Juden so fest überzeugt, daß weder eine schriftliche Intervention der Bischofskonferenz bei der Reichsregierung, geschweige denn ein protestierender Hirtenbrief zustandekommt. Die wunde Stelle läßt sich fixieren. Den von der »Euthanasie« Bedrohten kommt der Bischof von Münster zu Hilfe. Doch den Juden in ihrer Bedrängnis ist, wie Ludwig Volk sagt, »kein zweiter Bischof Galen erstanden«.

3. Auch wer den ausbleibenden Protest der Bischöfe gegen den Völ-

kermord beklagt, darf die Situation nicht unberücksichtigt lassen, in der sich der Episkopat in jenen Kriegsjahren befindet. Zur zumindest partiellen Erklärung seines Schweigens ist auf den Beweisnotstand zu verweisen, in dem er sich trotz der sich häufenden und dennoch fragmentarisch bleibenden Informationen befindet.²⁵ Die Ungeheuerlichkeit des Mordens, von dem die Bischöfe hören, bedarf gerade wegen seiner Ungeheuerlichkeit um so dringender unwiderleglicher Beweise. Beim »Euthanasie«-Protest lagen Namen und Daten vor, waren die Orte zu benennen, von denen aus die Geisteskranken in die Vernichtungsanstalten transportiert wurden. Das Wüten der Einsatzkommandos im annektierten, fernen Generalgouvernement Polen und in der Sowjetunion, die Errichtung von Arbeits-, erst recht die von Vernichtungslagern versetzen die Bischöfe, wenn sie bruchstückhaft davon hören, in fassungsloses Erschrecken. Wie sollten sie eine mit Zahlen, Daten, Namen zu belegende Anklage erheben, wenn nicht nur der eigene Informationsstand über dieses auf Tarnung und Täuschung angelegte Vernichtungswerk dürftig bleibt, sondern sich letztlich der Verstand gegen das Unvorstellbare sperrt: Menschen einer Vernichtungsmaschinerie zu überstellen, die wie eine Müllverbrennungsanlage arbeitet – dieser Tatbestand ist zu ungeheuerlich, als daß er von einem normalen Hirn geglaubt und erst recht begriffen werden könnte. Dies auf die Kanzel zu bringen, würden sich treue Kirchgänger als »Greuelpropaganda« verbitten, zumal doch nicht vergessen werden darf, daß selbst im (besser informierten) Ausland das Ausmaß des Verbrechens nicht annähernd erkannt und geglaubt wird.

In den Kriegsjahren scheint es zu spät zu sein, gegen den Judenmord Protest zu erheben. Selbst Galen und der durch sein Berliner Hilfswerk am besten informierte Preysing scheuen nun das offene Wort, bedrängt von der Sorge, daß die öffentliche Klage auch noch die in »Mischehe« lebenden Christen jüdischer Herkunft in den Strudel der Vernichtung treiben könnte. Verstand und Seele reiben sich wund an dem Gedanken, daß das späte Schweigen der Bischöfe die zwangsläufige Folge ihrer früheren Versäumnisse ist: Kein öffentliches Wort zu Judenboykott und diskriminierenden Rassegesetzen, keines zu Pogrom und Deportation! Wo sollte bei dieser Vorgeschichte nun der Mut herkommen, sich in den Kriegsjahren über Leid und massenhaften Tod der Juden auf der Kanzel zu empören?

Die Krise der Bischofskonferenz

Die sich im Krieg wieder verschärfenden antichristlichen und antikirchlichen Maßnahmen bleiben nicht ohne Rückwirkung auf die Fuldaer Bischofskonferenz. Die traditionelle Konferenzpraxis, sich mit hilfreichen Kompromissen beizustehen, um zum Abschluß der Fuldaer Tagung mit einem gemeinsamen Hirtenwort und der am Ende der Verlesung stehenden Namensnennung aller Diözesanbischöfe vor der Öffentlichkeit eine unanfechtbare Einigkeit demonstrieren zu können, ist nicht mehr durchzuhalten. Die Meinungsverschiedenheiten, die Spannungen wachsen, ebenso breiten sich Unsicherheit und Verzagtheit aus. Der Streit um die der Kirche gemäße Antwort auf die Unterdrückungspolitik des Regimes lähmt die Bischofskonferenz und hat zur Folge, daß ihre gemeinsamen Verlautbarungen seltener werden und schließlich verstummen.

Ein sich über Jahre hinziehendes Drama spielt sich hinter geschlossenem Vorhang ab. Nichts hat die vom totalitären Staat entmündigten Gläubigen enger zusammengehalten als die gemeinsamen Hirtenworte der am Grab des heiligen Bonifatius versammelten Bischöfe. Doch die Kriegszeit, die mit ihrer fortschreitenden Unterdrückung, der Mißachtung menschlicher Grundrechte, der Deportation, der Vernichtung Unschuldiger und mit der Einweisung Hunderter von Priestern, Ordensangehörigen und Laien in die Konzentrationslager den Bischöfen ein Mehr an kräftigen gemeinsamen Hirtenworten hätte abfordern müssen, läßt den Episkopat um so defensiver reagieren. Predigten und Mahnschreiben einzelner Bischöfe und die in verschiedenen Kirchenprovinzen noch zustande kommenden Hirtenbriefe werden beachtet und wecken mit ihrem Widerspruch den Zorn der Staatsbehörden. Fulda aber hört auf, die wortgewaltige Kanzel aller Bischöfe zu sein, von der das Kirchenvolk Mut, Kraft und Trost erfährt.

In der starken, aus Fleiß und Kompetenz erwachsenen Position des Vorsitzenden und Breslauer Kardinals Bertram ist vor allem der Grund für die Drosselung gesamtbischoflicher Verlautbarungen zu finden. Die Angst vor dem stets befürchteten Vorwurf der »Feindbegünstigung« mit allen vorstellbaren Folgen für die Gläubigen, die Sorge vor der öffentlichen Schelte, der »Heimatfront« und den kämpfenden Soldaten in den Rücken zu fallen, die Furcht, von der Feindpropaganda mißbraucht zu werden – dies alles läßt den Kardinal gerade in der schlimmsten Phase des Machtmißbrauchs um so verhaltener agieren. Seine Politik schriftlicher Eingaben, die mittlerweile Waschkörbe füllen, setzt er um so fleißiger fort, je mehr sich die Vernichtungsstrategien des Regimes verdeutlichen. Den Aufschrei auf Kanzeln und in Hirten-

worten hält er nun erst recht für unangemessen, weil die staatliche Reaktion die Seelsorge noch mehr beeinträchtigen würde. Je länger der Krieg sich hinzieht, fühlt der Kardinal sich um so mehr in seiner Ansicht bestärkt, daß es seine wichtigste Aufgabe ist, der Kirche das Überwintern zu erleichtern, ohne zu wissen, wie lange dieser Winter dauert und ob auf ihn ein Frühling folgt. Seine Bedenken haben Gewicht, beeindrucken trotz ihrer lähmenden Skrupelhaftigkeit nach wie vor die Mehrheit der bischöflichen Mitbrüder, während zugleich das sich stets wiederholende entnervende Tauziehen um die Zustimmung des Vorsitzenden zu Hirtenbriefvorschlägen und Hirtenbriefpassagen die aufbegehrende Minderheit in der Bischofskonferenz letztlich doch resignieren läßt.

Das schon seit 1937 unterkühlte Verhältnis zwischen Bertram, Breslau, und Preysing, Berlin, gerät 1940 vollends unter den Nullpunkt, als der Kardinal, ohne Rückfrage bei seinen Mitbrüdern zu halten, Adolf Hitler wiederum im Namen des Gesamtepiskopats zum 51. Geburtstag mit einem umständlichen Schreiben gratuliert, in das er mit den ehrerbietigsten Glückwünschen auch einige kritische Anmerkungen einfließen läßt. Dieser ziemlich devote Brief erbost den unentwegt mehr Härte und demonstrative Entschiedenheit fordernden Berliner Bischof so sehr, daß er das von ihm im Auftrag der Bischofskonferenz verwaltete Pressereferat dem Kardinal vor die Füße legt und dem Papst Amtsverzicht anbietet, den dieser dem ihm altvertrauten Bischof freilich verweigert.

Kardinal Bertram fühlt sich durch Preysings Protest verletzt. Anders als der Berliner Bischof, der das Kirchenvolk über die Machenschaften des Regimes lautstark zu informieren rät, meint Bertram ganz im Sinne der von ihm verfolgten Eingabepolitik, auf seine Gratulationsschreiben nicht verzichten zu können, weil er von ihnen zumindest im Umkreis des Führers Wirkung erhofft, was Preysing für illusorisch hält. Was organisatorisch in der Bischofskonferenz zu flicken ist, erledigt Bertram dadurch, daß er, wie schon 1937, wiederum seinem Vertrauensmann, dem Osnabrücker Bischof Berning, die Funktionen überträgt, die fortzuführen Graf Preysing sich aus politischem Widerspruch weigert. Mit dieser formalen Regelung läßt sich der Bruch in der Bischofskonferenz jedoch so wenig kitten wie mit der von Graf Preysing in aller Sachlichkeit erbetenen Diskussion über Kurs und Methodik des Kardinals. Als diese Aussprache in der Bischofskonferenz ansteht, verläßt Bertram augenblicklich den Konferenzraum. Nach peinlichen Minuten eilen bestürzte Mitbrüder dem Kardinal nach und bedrängen ihn, zurückzukehren und der Sitzung weiter zu präsidieren. Er läßt sich überreden, aber auf der Strecke

bleibt dabei die von Preysing erbetene Aussprache. Sie findet nicht statt, und so wird »zur Schonung der Person und zum Schaden der Sache das drängendste aller Probleme aus den Beratungen ausgeschieden.«²⁶

Graf Preysing rebelliert gegen die Geburtstagsgratulationen Bertrams an Hitler auch deshalb, weil er, anders als der aller Medienpolitik in geradezu kindlicher Unschuld gegenüberstehende Kardinal, sich der propagandistischen Methoden bewußt ist, mit denen solche Glückwunschanreden sich in einer hörigen Presse zugunsten des Regimes manipulieren lassen. Das Beispiel, das aus Hamburg beige-steuert werden kann, ist von exemplarischer Bedeutung für die Kirche vor Ort in vielen Diözesen.

Örtliche Zeitungen bringen, wenn überhaupt, eine kurze Notiz über die Gratulation des Kardinals, ohne auch nur einen Nebensatz an die mit dem Glückwunsch verbundenen kritischen Anmerkungen zu verschwenden. Diese Sätze sind übrigens den Redakteuren vor Ort nicht bekannt, sie müssen sich des im Propagandaministerium bereits gefilterten Materials bedienen. Wochen später kommt dem Pastor primarius Wintermann wie anderen Gläubigen in den Regionen des Reichs der Wortlaut eines Dankschreibens Hitlers an Bertram vor Augen, das den Kirchenkampf mit allen seinen Unterdrückungsmechanismen nicht nur nicht erahnen läßt, sondern in ausgeklügelten Sätzen die Identität der Überzeugungen von Staat, Partei und katholischer Kirche herausstreicht. Die Danksagung ist zwar an den Kardinal adressiert, aber für die Öffentlichkeit bestimmt.

»Ihre Versicherung«, schreibt Hitler an Bertram, »daß die Katholiken in Deutschland in Treue zu dem heutigen Staat und seiner Regierung stehen, habe ich mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Sie können gewiß sein, daß Staatsführung und Regierung diese Treue erwidern. Mit besonderer Genugtuung erfüllt mich ihre Überzeugung, daß das Streben der katholischen Kirche, dem deutschen Volk den christlichen Charakter zu bewahren, zu dem Programm der NSDAP nicht in Widerspruch stehe. Niemand begrüßt es freudiger als ich, wenn die seelsorgliche Tätigkeit der Kirche in Einklang steht mit der großen völkischen und politischen Bewegung in unserem Vaterland...«

Dieser Text, vielfach publiziert, verkehrt die Intentionen des Kardinals in ihr Gegenteil. Der Text bestätigt, nicht ohne formale Mitschuld des Kardinals, hitlertreue Katholiken in ihrem Denken, er beruhigt Zweifelnde, aber er verwirrt auch. Pastor primarius Wintermann möchte eingedenk der Erfahrungen, die er bisher im Kirchenkampf gemacht hat, von seinem Bischof zur eigenen Beruhigung Genaueres wissen. Ob der beigegefügte Zeitungstext, mit dem Hitler Bertram gedankt haben soll, denn stimme, fragt er am 5. August 1940 beim Bischof nach.

In der bischöflichen Antwort spiegelt sich der ganze Jammer einer kirchenpolitisch informationslos bleibenden und auch deshalb gefährdeten Gemeinde wider. Mit zwei autoritären Sätzen, die keine Antwort auf eine bestürzt gestellte Frage sind, wimmelt der Bischof den Brief aus Hamburg ab: »Ew. Hochwürden erwidere ich..., daß die mir übersandte Abschrift ziemlich wortgetreu das Original wiedergibt. Der Brief ist echt, aber nur zu verstehen und zu würdigen aus dem Brief, auf den er eine Antwort ist« (7. August 40).²⁷ Vom Brief jedoch, »auf den er eine Antwort ist«, hat Wintermann allenfalls in der vom Propagandaministerium gereinigten Fassung Kenntnis erhalten.

Die fatalen Folgen der Gratulationsbriefe, die Preysing erschrecken, werden den Vorsitzenden der Bischofskonferenz nicht daran hindern, aus seiner Sicht der Dinge sich auch weiterhin der Formulierung eines im Gratulationsbrief zu verpackenden Monitums zu unterziehen – zähneknirschend zwar, aber bis hin zu Hitlers Geburtstag am 20. April 1944.

Der letzte gemeinsame Hirtenbrief der Fuldaer Bischofskonferenz wird am Sonntag, dem 12. September 1943, von allen Kanzeln verlesen, sofern die Gotteshäuser die Angriffe feindlicher Bomber überstanden haben. Dieses letzte Fuldaer Hirtenwort ist zugleich das entscheidendste. Die zehn Gebote (den Dekalog) als das für alle Völker verbindliche Lebensgesetz in Erinnerung zu rufen und zugleich, Gebot für Gebot deklinierend, deren politische Mißachtung in einem unübersehbaren Gegenwartsbezug beim Namen zu nennen, ist die in Form und Substanz durchgehaltene Absicht dieses Hirtenbriefes.

In ihm entlädt sich aber auch der Druck einer allzulange und allzuoft von ihrem Vorsitzenden zur Zurückhaltung ermahnten Konferenz. Sie ist weit davon entfernt, den Aufstand zu proben, aber spürbar wird doch die Distanzierung eines wachsenden Teils der Bischofskonferenz von der lähmenden Bedenklichkeit des Kardinals. In beschämender Erinnerung ist manchen Bischöfen die Defensivtaktik des Kardinals im vorangegangenen Jahr 1942 geblieben, die die Fuldaer Bischofskonferenz sprachlos machte. Bertram wußte die Verlesung eines gemeinsamen Hirtenwortes zu verhindern, das den Inhalt einer scharf formulierten Denkschrift auf die Kanzeln bringen sollte, falls die Staatsführung sie mit Nichtbeachtung strafen sollte. Dies tat sie wie so viele Male zuvor, und dennoch wurde aus der Denkschrift auf Betreiben des Kardinals kein gemeinsames Hirtenwort. Wieder belegt dieses Beispiel den Kurs des Kardinals: Er scheut nicht den Konflikt, wohl aber die Öffentlichkeit des Konflikts. Mit gewohnter Gewissenhaftigkeit stellt Bertram die Denkschrift der Reichskanzlei zu, aber der von Mitbrüdern geforderten Kanzelverlesung weicht er aus.²⁸

So ist es nicht verwunderlich, daß der letzte, sogenannte Dekalog-Hirtenbrief gegen den Willen des publizitätsscheuen Kardinals (»da für die Feindpropaganda brauchbar«) auf die Kanzeln kommt, obwohl der Text bei aller Brisanz keinen Gedanken enthält, dem der Kardinal nicht zustimmen würde. Die Verbrechen des Regimes im Blick, mahnt der Dekalog-Hirtenbrief das Recht auf Leben an. Zum fünften Gebot heißt es: »Tötung in sich ist schlecht, auch wenn sie angeblich im Interesse des Gemeinwohls verübt würde: an schuld- und wehrlosen Geisteskranken und -schwachen, an unheilbar Siechen und tödlich Verletzten, an erblich Belasteten und lebensuntüchtigen Neugeborenen, an unschuldigen Geiseln und entwaffneten Kriegs- oder Strafgefangenen, an Menschen fremder Rassen oder Abstammung. Auch die Obrigkeit kann und darf nur wirklich todeswürdige Verbrechen mit dem Tode bestrafen.«²⁹

Der Hirtenbrief nennt die Vielzahl der im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich angewandten Vernichtungsmaßnahmen. In der Aufzählung fehlt auch der Mord an den Juden nicht. Aber das Wort aussparend und das maßloseste aller Verbrechen an letzter Stelle nennend, ist es dem Rückschauenden wieder ein Beweis für die verweigerte Anteilnahme der Kirche am Schicksal der Juden. Aus dieser vagen Stelle des Hirtenbriefes kann nur derjenige den Mord an den Juden heraushören, der schon von ihm weiß, was 1943 für die Mehrheit der Bevölkerung auszuschließen ist. Die Bischöfe aber sind besser informiert; sie haben schon Informationen aus der Gegenwelt der Konzentrationslager, der Massengräber und Krematorien, selbst wenn auch ihnen sich das volle Ausmaß dieses Millionenmordes wie der unvorstellbaren Greuel erst nach dem Zusammenbruch erschließen wird. Zur Zeit des Dekalog-Hirtenbriefes ist ihr Kenntnisstand jedenfalls zu hoch, als daß sie sich, wenn sie den Mord schon nennen, mit diesem blassen, den Namen des gepeinigten Volkes wieder verschweigenden Appell hätten begnügen dürfen.³⁰

Ihre Hilfsaktionen, vom Kardinal zäh betrieben, beschränken sich auf die vom Staat verfolgten »nichtarischen« Katholiken. Verbissenen (erfolgreichen) Widerstand setzen sie der Absicht der Staatsführung entgegen, für Mischehen zwischen Juden und »Deutschstämmigen« die Zwangsscheidung anzuordnen. Ebenso läßt die Kirche keine Trennung zwischen Katholiken deutscher und jüdischer Herkunft in den Gottesdiensten zu. »Die Anordnung der Absonderung der Nichtarier verstößt gegen die christliche Liebe«, heißt es in einem Schreiben, das der Kardinal vorsorglich konzipiert. Es sollen keine Sondergottesdienste eingeführt, keine Judenbänke aufgestellt, keine Trennung bei der Spendung der Sakramente vorgenommen werden. Dennoch: Bertrams

Zirkular bezeugt, daß für solche Anweisungen offensichtlich doch eine Notwendigkeit besteht. Immerhin heißt es dann in Bertrams Rundschreiben vom 17. September 1941 unter Punkt 4: »Erst wenn sich größere Schwierigkeiten ergeben sollten (Fernbleiben der Beamten, Parteigenossen und anderer, ostentatives Verlassen des Gottesdienstes), ist mit den katholischen Nichtariern die Abhaltung von Sondergottesdiensten zu erwägen.«³¹

Katholiken jüdischer Herkunft, die nun den gelben Stern zu tragen gezwungen sind, meiden den öffentlichen Gottesdienst. Bis zum Frühjahr 1942 läßt sich noch die Anwesenheit weniger Sternträger, so eines alten Ehepaares im Gottesdienst der Gemeinde von Hamburg-Harvestehude, bezeugen, doch vor dem Transport ohne Wiederkehr hat auch dieses Paar kein Christ bewahrt.

Seinen Wunsch, vom Amt des Vorsitzenden der Bischofskonferenz entbunden zu werden, meldet Kardinal Bertram 1942 nicht energisch genug an, um die Mitbrüder davon zu überzeugen, ihm entsprechen zu müssen. So amtiert Bertram weiter, auch wenn er sich seit 1942 in Fulda vertreten läßt. Mit phänomenalem Fleiß erledigt der nun hoch in den Achtzigern stehende Kardinal seine Korrespondenz, hellwach begegnet er in Breslau seinen Besuchern. Mit Hilfe seiner Vertrauensleute, zu denen weiterhin der Osnabrücker Bischof zählt, pflegt er seine kurialen Kontakte. Sie werden um so dürftiger, je näher der Göttersturz der nationalsozialistischen Herrschaft rückt. Auf Johannisberg, einst Sommersitz, nun Zufluchtsort, erlöst am 6. Juli 1945 ein gnädiger Tod den letzten deutschen Fürstbischof von Breslau vom Anblick der schlesischen Passion. Am feierlichen Requiem für Kardinal Bertram, das am 7. November 1945 in seiner römischen Titelkirche San Agnese gehalten wird, nimmt niemand aus dem Kardinalskollegium der Weltkirche teil.³²

»Unternehmen Gomorrha«

Dem Alten Testament entnehmen die alliierten Luftwaffenstäbe das Codewort, das die Zerstörung der Hansestadt auslösen wird. Wie der strafende Gott die biblische Stadt durch Feuer und Schwefel zerstört hat, so soll das »Unternehmen Gomorrha« Hamburg mit Brand und Bomben überziehen. In der Nacht zum 25. Juli 1943 beginnt der Großangriff; er währt zehn Tage und zehn Nächte. Dreitausend in Wellen anfliegende amerikanische und britische Bomber laden tagsüber wie während der Nächte ihre tödliche Fracht ab. Die drückende Hitze, die

ohnehin über der Stadt lastet, vervielfacht die Gewalt der tonnenweise niederprasselnden Spreng- und Brandbomben. Hitzewellen jagen durch die Straßenschluchten, lassen die Menschen zu Tausenden im Rinnstein und in den zusammenstürzenden Häusern verkohlen. Die Alster wird für viele zum nicht mehr erreichten Ziel ihrer Rettung.

Der Pfarrer von St. Marien, Ottensen, vertraut seiner Pfarrchronik an: »Man spricht auf alliierter Seite viel von den Grausamkeiten und Völkerrechtsverletzungen der Deutschen; allein die Schrecken dieser Katastrophe, die von Phosphor übergossenen Menschen, die als lebende Fackeln (wie zu Nero's Zeiten) durch die finsternen, rauchgeschwängerten, glühend heißen Straßen flüchteten, um elend umzukommen, sind nicht minder eine furchtbare Anklage gegen die Alliierten und gegen die unmenschliche Entartung der Kriegsführung auch auf Feindesseite.«

Als die letzten Bomberformationen abdrehen, ähnelt Hamburg einem Trümmerfeld. Ganze Stadtteile haben sich in riesige ausglühende Kraterlandschaften verwandelt. Sechzig Prozent des Wohnraums der Stadt sind zerstört, fast eine Million Menschen haben kein Dach über dem Kopf. Zehntausende fliehen aufs Land, werden in entfernte Gebiete des Reichs evakuiert, aus denen sie erst lange nach dem Krieg wieder in ihre Heimatstadt zurückkehren können. Nach dem Unternehmen Gomorrha hat die Stadt 35 000 Tote zu beklagen, die Zahl der Verletzten beträgt 37 000. Noch am Schluß dieses Jahres berichten Todesanzeigen von den Opfern jener unheilvollen Tage, die immer noch unter den Trümmern gefunden werden.

Nach dieser Katastrophe bäumt sich die Stadt noch einmal trotzig auf, räumt Trümmer, mauert und nagelt Behelfsunterkünfte zusammen, bringt die Rüstungsindustrie wieder auf ziemliche Touren. Daß es dennoch dem Ende entgegengeht, läßt der wachsende Mangel an Arbeitskräften wie an Material ahnen, signalisieren die wiederkehrenden Bomber, für die Hamburg Zielgebiet bleibt, läßt sich ablesen an den Lebensmittelkarten, deren Zuteilungen immer magerer werden, zeigt der Frontverlauf an, der sich immer schneller den Grenzen des Reichs nähert. Trotz aller Schönfärberei und aufmunternder Propagandareden duckt sich das Volk nun eher, als daß es noch glaubt; selbst in der Reichsstatthalterei beginnt das Sinnieren darüber, wie Hamburg den Kopf aus der Schlinge bekommt.

Die Hamburger Diaspora nimmt vom letzten aller Fuldaer Hirtenbriefe in nationalsozialistischer Zeit so gut wie keine Notiz; »Gomorrha« ist daran schuld. Blühende Gemeinden gehen mit ihren Stadtteilen zugrunde. Sieben von 29 katholischen Kirchen und Kapellen auf dem Territorium der Hansestadt werden total, sechs zum Teil zerstört.

Alle Gebäude des Raphaelsvereins fallen den Bomben zum Opfer. Im Feuersturm umgekommene, ausgebombte, aber auch die aus Angst vor weiteren Luftangriffen aus der Stadt flüchtenden Katholiken lassen die Pfarrgemeinden schrumpfen; Messen werden in Ausweichkirchen gelesen, in Notunterkünften oder in den von Geröll und Staub gereinigten Teilen beschädigter Kirchen. In der ländlichen Diaspora des städtischen Umfeldes wie in Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen mit der Vielzahl armseliger Außenstationen haben Pfarrer und Kapläne nun erst recht andere Sorgen als den ohnehin überlangten Dekalog-Hirtenbrief in ihre Gottesdienste einzubringen. Weitere Bombenangriffe erhöhen die Zahl beschädigter und zerstörter Kirchen. Auch der Pastor primarius und seine Kapläne erfahren im Keller des Pfarrhauses für Stunden die Panik der Verschütteten. Bomben und Feuer zerstören noch St. Joseph, die älteste aller Hamburger katholischen Kirchen an der Großen Freiheit in St. Pauli, dann versinkt am Ende des Krieges als letzte auch noch die alte Mutterkirche, der Kleine Michel, in Schutt und Asche.

Wie dicht jubelnde Freude und stumm machendes Leid beieinanderliegen können, erfährt Hamburgs Diaspora gerade in diesem die Hansestadt ruinierenden Jahr 1943. Viermal kommt der Bischof aus Osnabrück herüber. Am 23. Mai spendet er in der wie immer, wenn er kommt, übervollen Marienkirche 150 Kindern und fünfzig Erwachsenen das Sakrament der Firmung. Am Sonnabend, dem 6. Juli, weiht er einen schon bei der Flak stehenden Diakon in St. Marien zum Priester. Daß dies die erste Priesterweihe in Hamburg nach der Reformation ist, freut die Gläubigen um so mehr, als der Geweihte, Ernst Weidner, ein Kind der Gemeinde ist. Der folgende Sonntag ist für die Diaspora wieder ein Festtag. Mit Pontifikalamt und Mozarts jubelnder Krönungsmesse feiert die Gemeinde mit ihrem Bischof das Goldene Jubiläum der Kirche, des ersten katholischen Gotteshauses, das nach der Reformation in Althamburg gebaut werden durfte.

Drei Wochen später aber heulen die Sirenen die Höllentage Hamburgs ein. Wieder kommt der Bischof, fährt an hohlen Fassaden vorbei, steht hilflos vor zerborstenen Kirchen, die er vor Jahren und Jahrzehnten geweiht hat, und schreibt dann dem Papst, der als Nuntius die Weltstadt kennengelernt hatte, einen Brief über die fast zermalmte Stadt. Der Papst antwortet am 18. August 1943 und spricht, der Stadt wie der Opfer gedenkend, »aus der Fülle des Herzens« den apostolischen Segen aus. Am 14. November, seinem vierten Besuch, hält Berning das Requiem für die Opfer von »Gomorrha«. Berning gibt den Segen des Papstes weiter, aber er verliert den Brief des Papstes nicht. Alle Rückfragen bei Zeugen jener Jahre, alle Recherchen stützen die Vermutung, daß der

Bischof aus wohlwogeneren Gründen den Papstbrief zurückhält, weil er Sätze enthält, die auszusprechen Geistliche in das Konzentrationslager bringen können: »Unsere Söhne und Töchter in Hamburg mahnen Wir in väterlicher Liebe, sie mögen, wo jetzt die züchtigende Hand des Herrn ihre Vaterstadt so überaus schwer getroffen hat, nicht irre werden an der göttlichen Vorsehung, sich vielmehr den unerforschlichen Ratschlüssen des Höchsten demütig beugen und das über sie hereingebrochene Unglück hinnehmen im Geiste der Buße und der Besserung des Lebens...«³³

Ist es denn, so kann zurückgefragt werden, die »züchtigende Hand des Herrn«, die Hamburg straft? Sind die feindlichen Bomber, die die Stadt zerstören wollen, Gottes Werkzeug? Solche Behauptungen straft die Gestapo mit unverzüglicher Verhaftung.³⁴ Mit dem Willen Gottes zu begründen, was sich aus nationalsozialistischer Sicht allein aus dem Haß der alliierten Feinde erklären läßt, kommt dem Staatsverbrechen der Feindbegünstigung gleich. Der Bischof befürchtet mit Recht die böse Reaktion und hält deshalb den Text zurück. Das ist politisch verständlich, es leuchtet auch theologisch ein. Warum liegt »die züchtigende Hand Gottes« über Hamburg und nicht über Schleswig oder Passau, die doch beide von Brand und Bomben verschont bleiben? Das Wort von der Züchtigung scheint uns in seiner alttestamentarischen Strenge zu schnell, zu deklamatorisch gebraucht. Wen züchtigt dieser Gott durch Not und Tod – die Soldaten, die Kinder, die Häftlinge, züchtigt er auch die Juden? Daß nicht Gott uns das Leid schickt, sondern er sich mit uns in das Leid schickt – dies ist doch die tröstende Botschaft, nicht aber der Verweis auf einen züchtigenden Gott.

Verfolgung, Widerstand und Zeugnis

Über den Opfern der Bombennächte und der an den Fronten sterbenden Soldaten dürfen die nicht vergessen werden, die in die Fänge des Unrechtsregimes geraten. In dem auf Hamburger Territorium errichteten Konzentrationslager Neuengamme und seinen zahlreichen Außenkommandos verlieren an die 50000 Häftlinge vieler Nationen ihr Leben.³⁵ Hunger, Erschöpfung, Krankheit, Seuchen rafften sie hin, Hunderte werden aber auch in kalt kalkulierten Mordaktionen umgebracht. Zweifelsfreie Aussagen bestätigen die Vergasung von 450 russischen Kriegsgefangenen mit Zyklon B im abgeschotteten Bunker des Lagers. In ihm werden auch wenige Tage vor Kriegsende noch 71 aus dem

Gefängnis Fuhlsbüttel nach Neuengamme überstellte Häftlinge erhängt. Die Henkerstat an zwanzig fünf- bis zwölfjährigen zu Tbc-Versuchen mißbrauchten jüdischen Kindern darf nicht verschwiegen werden. Zur Fortsetzung von Versuchsreihen sind sie aus dem von der Sowjetarmee schon bedrohten Auschwitz herantransportiert worden; nun beendet auch in Neuengamme die auf die Stadt zurollende Front die inhumanen Experimente eines SS-Arztes. Um die Spuren des Verbrechens zu beseitigen, schafft die Lagerleitung die Kinder am 20. April 1945 in ein ehemaliges Außenkommando, die Schule am Bullenhuser Damm. Wie bringt man kranke Kinder um? Der SS-Standortarzt betäubt die Kinder, dann werden sie im Heizungskeller der Schule erhängt, zurück nach Neuengamme gebracht und in der Nacht vom 21. zum 22. April 1945 im Krematorium verbrannt.

Am Ende der Geschichte des Konzentrationslagers Neuengamme steht der Versuch der Lagerleitung, die Baracken und Hallen zu räumen, die Spuren der Untaten zu verwischen, wie es in der Zeit des Niedergangs Aufgabe aller KZ-Kommandanten ist. Ehe die Briten kommen, werden Ende April Tausende von Häftlingen nach Lübeck transportiert und von dort auf Schiffe gebracht, die in der Neustädter Bucht auf Reede liegen. Mehr als 6500 Häftlinge werden in die »Cap Arcona«, 3000 in die »Thielbek« hineingepreßt. Wo Schuld und Versagen, Irrtum und Fehlplanung zu orten sind, wissen wir immer noch nicht. Gesichert ist, daß am 3. Mai, dem Tag der Kapitulation Hamburgs, britische Jagdbomber diese Schiffe bombardieren. Die »Thielbek« sinkt sofort und mit ihr ertrinkt die Fracht. Die »Cap Arcona« brennt, in ihr erstickt und verkohlt die Masse der Gefangenen. Von denen, die sich zum Deck durchgekämpft haben, erreichen nur wenige das rettende Ufer. Am Abend dieses Tages besetzen britische Soldaten Neustadt und sehen, nicht ahnend, was vorangegangen ist, das immer noch brennende Wrack der »Cap Arcona«.

Die Hitler-Diktatur weiß auch in Hamburg die Entstehung namhafter Widerstandsgruppen zu verhindern. Zu großen Aktionen gegen das Regime kommt es nicht. Zwar gibt es Gesprächskreise, so unter sozialdemokratischen Genossen, die sich darum bemühen, Kontakte zu pflegen und sozialdemokratische Traditionen aufrechtzuerhalten, doch geht kein aktiver Widerstand von ihnen aus. Wo er in Hamburg versucht wird, ist er das Werk der im Untergrund aktiven Kommunisten. Sie konspirieren vornehmlich in den Werften, legen Flugblätter aus, mit denen sie ihre Kollegen über Kriegsverlauf und deutsche Besatzungswillkür informieren, stehen Zwangsarbeitern bei, treffen sich zur Kaderschulung und versuchen auch, durch kleinere Sabotageakte die Kriegsproduktion zu behindern. Im Oktober 1942 fliegt die von zwei

ehemaligen kommunistischen Bürgerschaftsabgeordneten geführte Gruppe auf; 110 von etwa 200 Mitgliedern werden verhaftet, die Mehrheit von ihnen bezahlt den Widerstand mit dem Tod. An der Wachsamkeit der Gestapo scheitern alle Versuche, den Rest der Davongekommenen neu zu organisieren.³⁶

Die zweite Widerstandsgruppe, die Erwähnung verdient, firmiert unter dem Titel »Weiße Rose Hamburg«. So unpräzise und politisch überzogen diese Bezeichnung auch ist, verweist sie immerhin auf den kleinen Kreis vornehmlich studentischer Rebellen, der sich mit der »Weißen Rose« der Geschwister Scholl in München verbunden weiß. Studenten, die von Hamburg nach München und von München nach Hamburg wechseln und dem Freundeskreis der Geschwister Scholl zuzurechnen sind, stecken in Hamburg ihren Freunden und diese wieder ihren Freunden Flugblätter der Münchener Hitlergegner zu.

Die geheimen Kreise, in denen die Flugblätter nun kursieren, haben nur losen Kontakt miteinander. Sie verbindet der Protest gegen Inhumanität und Intoleranz des Regimes. In diesem Protest treffen sich, so verschieden und nebulös ihre politischen Zielvorstellungen auch bleiben, ehemalige Schüler und Lehrer, deren freiheitlicher Sinn von der Reformpädagogik liberaler Hamburger Schulen geprägt worden ist. Dazu kommen Literaturbesessene, die sich mit dem braunen Index verbotener Bücher nicht abfinden wollen, Medizinstudenten und Ärzte des Krankenhauses Eppendorf, die der Anblick ausgemergelter KZ-Leichen und kopflos angelieferter Justizopfer auf den Seziertischen ebenso empört, wie sie die »Euthanasie« an mißgestalteten Neugeborenen umtreibt. Der Mentor dieses Kreises ist der Chefarzt des Kinderkrankenhauses Eppendorf, Professor Rudolf Degkwitz. In diesem nur lockeren Gefüge der Regimegegner überwiegen entschiedene Pazifisten, aber auch intellektuelle, den Glauben an Lenins Theorien verteidigende Kommunisten gehören ihm an.

Wie weit die Grenzen der sogenannten »Weißen Rose Hamburg« ausgezogen werden müssen, zeigt der Anteil der »Swingboys«, deren jugenhafter Protest zu respektieren, denen aber auch eine verstehbare Mischung von Pubertät und bürgerlicher Arroganz nachzusehen ist. Diese Gruppe oppositioneller Oberschüler trägt – unter dem Revers – am rot-blauen Band einen Pfennig mit ausgebohrtem Hackenkreuz; sie kleidet sich extravagant und betont in ihrem Gehabe das Anglophile, vor allem aber hört sie verbotene Jazzplatten von Duke Ellington und Benny Goodman und schwärmt für »entartete« Kunst. Einer von ihnen, Thorsten Müller, erinnert sich: »Das Zivile, das Zarte, die Höflichkeit wurden zu Ingredienzien unserer Revolte.«³⁷

Einer der Treffpunkte dieser bunten Schar ist der Keller der Buch-

handlung der Agentur des Rauhen Hauses am Jungfernstieg, der als Juniorchef der Student Reinhold Meyer, ein überzeugter Pazifist, vorsteht. Im Keller wird diskutiert über den idealen Staat, man liest verfeimte Bücher, zitiert Tucholsky und Erich Kästner: »Ihr und die Dummheit marschieren in Viererreihen...«

Nach der Hinrichtung der Geschwister Scholl, deren letztes Flugblatt die Hamburger noch erreicht, möchten auch die Schüler, die das Zarte verehren, zur Tat schreiten; die naiven Pläne, die sie schmieden, kommen den Träumen gleich, schon Gestapohaus oder Lombardsbrücke in die Luft gesprengt zu haben...

Ein zweiter Treffpunkt für Regimegegner wird die Wohnung von Professor Degkwitz und seinen Söhnen. Diesen Widerstandskreis bricht die Gestapo als ersten auf. Nach dem Ende der »Weißen Rose« in München gehen auch in Hamburg die Häscher um. Zwei Jungärzte und ein Student werden in den Tagen der über Hamburg tobenden Feuerstürme verhaftet, dann im September 1943 der von einem Kollegen verpiffene Chefarzt. Bis zum März 1944 geraten insgesamt 30 Angehörige der Hamburger Widerstandsnester in die Fänge der Gestapo; ein eingeschleuster französischer Spitzel, Jude, drogensüchtig und homosexuell, erleichtert die Fahndung.

Das schnelle Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft bewahrt den größeren Teil der Inhaftierten vor dem Urteilsspruch des im April 1945 wieder in Hamburg angereisten Volksgerichtshofs. Eingeleitete Prozesse werden »aus technischen Gründen« ausgesetzt; die technischen Gründe sind die heranrückenden Engländer. Professor Degkwitz, bereits zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt, gelingt in den Wirren der letzten Kriegswochen die Flucht aus dem Zuchthaus in Celle, seinen ältesten Sohn werden die Engländer aus der Haft befreien. Sieben weitere Angehörige der »Weißen Rose Hamburg« siechen in der Haft wegen unbehandelter Krankheiten dahin oder werden wenige Tage vor Kriegsende nach Neuengamme überführt und dort ermordet.

Zu den Fällen, die der Volksgerichtshof noch eilig erledigen will, gehört die Anklage gegen den Vikar von St. Marien, Dr. Walter Haacke und fünf katholische Laien, beschuldigt der Vorbereitung zum Hochverrat, der Feindbegünstigung und der Wehrkraftzersetzung. Gerichtstag ist der 16. April 1945. Für den Prozeß braucht das Gericht nur wenige Stunden. Ein Todesurteil gegen ein Mitglied der »Weißen Rose« sprechen die Richter noch aus, das aber in Hamburg schon nicht mehr vollstreckt werden kann, dann machen sie sich mit ihren blutroten Roben eiligst über alle Berge.

Vergeltungsschläge

Ist über Distanz und Gegnerschaft der Hamburger Diaspora gegenüber dem nationalsozialistischen Regime zu berichten, darf uns das Wort vom Widerstand nicht den Blick verstellen. Mit ihm ist das politische Verhalten der Amtskirche und der Gläubigen auch in der Diaspora nicht zu umschreiben. Das Wort ist verbunden mit der Erinnerung an den 20. Juli 1944, es verweist auf die Rebellen, die wie Graf Stauffenberg den Tod des Diktators und den Sturz des Regimes herbeiführen wollen. In ihrem Umkreis finden sich etliche Katholiken, Priester wie Laien, die ihre Auflehnung gegen die Diktatur mit dem Leben bezahlen müssen. Solche Männer des aktiven, den Staatsstreich einkalkulierenden Widerstands hat die Diaspora nicht aufzuweisen. Es fehlt an solchen Bekennern, aber es fehlt nicht an Zeugnissen, die davon berichten, wie katholische Christen auch in der Diaspora aus ihrem Glauben heraus dem Regime widerstehen.

Die inflationäre Selbstbeweihräucherung, die mit dem Wort vom Widerstand über allzu viele Jahre hinweg auch in der katholischen Kirche betrieben worden ist, warnt vor einer fatalen Heroisierung.³⁸ Diese Sorge soll uns nicht hindern, den Widerstand zu würdigen, der sich zwar aller Pläne über Attentat und Staatsstreich enthält, aber dennoch ein tapferer Protest bleibt, so unterschiedlich und abgestuft seine Formen auch sind. Er zeigt sich in stummer Verweigerung, im demonstrativen Glaubensbekenntnis, in der Bereitschaft, Benachteiligungen in Kauf und Risiken auf sich zu nehmen. Er führt in Gefängnisse und Konzentrationslager, vier Priester der Diözese Osnabrück bringt er unter das Fallbeil.

Den Hitlergruß zu verweigern, kann schon als Zeichen des Protestes ausgelegt werden. Arbeiter, Angestellte, Freiberufler, die sich der Mitgliedschaft in Parteiorganisationen versagen, müssen mit Schikanen und Zurücksetzungen rechnen. Beamte, die nicht der Partei beitreten, haben keine Aufstiegschancen. Auch diese Verhaltensweisen sind Widerstände. Sie gefährden zu keinem Zeitpunkt die Herrschaft des Regimes, sie schließen nicht einmal die partielle Zustimmung zu politischen Zielen und Erfolgen Hitlers aus, doch bleiben sie Zeichen einer verweigerten Identifikation. Wir wissen nicht, wie viele Laien wegen ihrer Resistenz berufliche Nachteile in Kauf nehmen müssen; auch gibt es keine verlässlichen Zahlen über die Verurteilung katholischer Laien. In der Diözese Osnabrück werden bis zum Kriegsende etwa siebzig Laien wegen kirchlicher Aktivitäten bestraft, wegen ihres Protestes gegen Schulverbote, wegen der Teilnahme an verdächtigten Gesprächskreisen, der Unterstützung bereits bestrafter Priester.³⁹

Die Behinderungs- und Unterdrückungsmaßnahmen bekommen besonders die in der Seelsorge eingesetzten Priester zu spüren. Die Verstöße und Verbrechen, deren sie bezichtigt werden, reichen von der »Hetzpredigt« bis zur verbotswidrigen Vereinsarbeit, von der Leitung »defaitistischer« Gesprächskreise bis zu verbotenen, durch die Postzensur aufgedeckten Kontakten mit Frontsoldaten, von der stillen Hilfe für Verfolgte bis hin zur Teilnahme am politischen Widerstand. Mit Verhören, Drohungen, Warnungen und Verwarnungen beginnt der Vergeltungskatalog des Regimes, setzt sich fort mit verhängten Geldstrafen, Predigt- und Auftrittsverboten, Verhaftung und KZ-Einweisung und endet mit Hinrichtung und Ermordung. Im Krieg steigt die Zahl der gemäßregelten Priester schnell an; zum Vorwurf der Staatsfeindlichkeit kommt der noch schwerere der Feindbegünstigung automatisch hinzu. 1943/44 weist der Priesterblock im Konzentrationslager Dachau 418 reichsdeutsche Welt- und Ordensgeistliche auf, von denen 87 nicht überleben. Sieben Priesterhäftlinge gehören dem Bistum Osnabrück an, drei von ihnen kommen dort um.

Auch die Hamburger Diaspora wird von diesen Vergeltungsschlägen getroffen. Den bereits genannten, schon vor dem Krieg in die Fänge von Gestapo und Justiz geratenen Priestern folgen weitere Opfer der Unterdrückungspraxis. Die Niederlassung der Jesuiten läßt die Gestapo nicht aus den Augen. Vorladungen, Hausdurchsuchungen mehrer sich. Dem Pater Ludger Josef Born, der sich unter anderem auch um die Juden kümmerte, wird der Boden zu heiß unter den Füßen; die Ordensleitung versetzt ihn 1939 über Nacht nach Wien, wo er die Hilfsstelle für »nichtarische« Katholiken organisieren wird. Über Pater Lambert Classen, der in St. Elisabeth predigt, wird Predigtverbot und die Zahlung von 2500 RM »Sicherungsgeld« verhängt. Pater Renatus Vleugels, auch Mitglied der Hamburger Niederlassung, wird verhaftet, als er den Grauen Schwestern im Marienkrankenhaus zu Lübeck Exerzitien erteilt.

Mit der Verhaftung des Pfarrers von Rahlstedt, Bernhard Mecklenburg, März 1943, setzt sich die Tragödie denunzierter Priester fort. Zweimal hat ihn die Gestapo schon vorgeladen und verwarnt. Was er dann bei einem Hausbesuch über den gotteslästerlichen Hochmut der Mächtigen von sich gibt und, von der Gestapo vernommen, auch nicht bestreitet gesagt zu haben, macht aus dem Pfarrer von Rahlstedt einen Häftling in Dachau, woran auch die Interventionsversuche des Bischofs nichts mehr zu ändern vermögen.

»*In odium fidei*«

Am Abend des 10. November 1943 werden im Untersuchungsgefängnis am Holstenglacis die vier im Lübecker Christenprozeß zum Tode verurteilten Geistlichen hingerichtet. Schon wenige Tage nach der Urteilsverkündung durch den 2. Senat des Volksgerichtshofs am 23. Juni hat man sie von Lübeck nach Hamburg überführt; hier befindet sich die zentrale Hinrichtungsstätte für die norddeutsche Region.

In der Tradition der alten Kirche heißen diejenigen Märtyrer, die »in odium fidei«, aus Haß gegen den Glauben den Tod erleiden. Dies ist letztlich das Grundmotiv des sich im Volksgerichtshof artikulierenden Unrechtsregimes, das die vier Männer unter das Fallbeil zwingt. Es sind:

– der 49jährige Karl Friedrich Stellbrink, Pastor der Luther-Gemeinde zu Lübeck, Vater von drei Kindern, über dem sich wegen seiner hämmernden Predigten der Haß zusammenbraut;

– die drei jungen Kapläne von Herz Jesu, der katholischen Kirche neben dem mächtigen Lübecker Dom: Johannes Prassek aus Hamburg, ein eckiger Mann mit einer zuweilen genialischen Spontaneität; Hermann Lange aus Leer, ebenso energisch wie fleißig, sowie Eduard Müller aus Neumünster, der Typ des ankommenenden Jugendkaplans schlechthin, sicher der Unschuldigste unter den vieren; vor zwei Jahren erst hat ihn der Bischof zum Priester geweiht.⁴⁰

So wie Berning sich vor der Hauptverhandlung diplomatisch, wenn auch vergeblich für seine Kapläne und Pastor Stellbrink beim Volksgerichtshof verwandt hat, so bleiben auch nach dem Urteil seine Gnadengesuche unbeachtet. Noch einmal darf er seine Kapläne in ihren Zellen besuchen; er, der doch sonst so auf hierarchische Distanz bedachte Kirchenfürst, »nimmt sie in seine Arme und weint«, berichtet der ihn begleitende Gefängnispfarrer Behnen. Was die seit Monaten auf ihre letzte Stunde wartenden Todeskandidaten an Ängsten und Zweifeln niederzuringen haben, läßt sich nur erahnen; die Briefe, die sie noch schreiben dürfen, bezeugen den Glauben an Gottes Beistand und den gefundenen inneren Frieden.

An jenem 10. November 1943 wird ihnen gegen 13 Uhr knapp mitgeteilt: »Heute 18 Uhr Urteilsvollstreckung. Tod durch Enthauptung«. Dann werden sie in die Sonderzellen gebracht, von denen ein 250 Meter langer, düsterer Weg zur Richtstätte führt. Elfmal löst an diesem Tag der aus Hannover mit seinen drei Gehilfen angereiste Scharfrichter das Fallbeil; zum ersten- und letztenmal in Hamburg stürzt es auch in den Nacken katholischer Priester.

In kalter Perfektion vollzieht sich die Hinrichtung. Drei Minuten

rechnet man pro Kopf. In dieser Reihenfolge und in diesem Zeittakt werden die Märtyrer auf den letzten Weg geschickt: 18.20 Uhr Müller, 18.23 Uhr Prassek, 18.26 Uhr Lange, als letzter der evangelische Pastor Stellbrink.

Justizpersonal betritt die Zelle und präpariert die Delinquenten. Um den Nacken freizulegen, wird das graue Hemd auf dem Rücken aufgeschlitzt und über die Schultern gezogen; die Hände werden auf dem Rücken gefesselt. Dann flammt ein Lichtzeichen auf; begleitet von zwei Justizbeamten und dem Anstaltsgeistlichen geht als erster Kaplan Müller der Richtstätte entgegen. Im Vorraum der durch einen Vorhang getrennten Schafottkammer stellt der Hinrichtungsleiter die Identität des Vorgeführten fest, verkündet noch einmal das Urteil und ruft dann: »Scharfrichter, walten Sie Ihres Amtes!«

Aus dem Vorhang treten die drei schwarz gekleideten Gehilfen des Henkers hervor, packen den Vorgeführten, legen ihn bäuchlings aufs Schafott und schnallen ihn an. Nie legt der ebenfalls schwarz gekleidete und einen Zylinder tragende Scharfrichter selbst Hand an. Mit seiner weiß behandschuhten Rechten faßt er den Auslösehebel; aus drei Meter Höhe stürzt der schwere, scharfe Stahl in den Nacken des Verurteilten, dann ruft der Henker: »Das Urteil ist vollstreckt!« So werden in Hamburg die vier Lübecker hingerichtet, »in odium fidei«.

Stellbrink und Lange werden auf Drängen der Familienangehörigen im Ohlsdorfer Krematorium eingäschert; die Urne mit Langes Asche steht nun in der Krypta der Lübecker Herz Jesu-Kirche, die mit der Asche Stellbrinks in der Luther-Kirche. Prasseks und Müllers Leichen, um die sich niemand gekümmert hat, werden nach Neuengamme geschafft und dort, wie tausend andere Namenlose auch, verbrannt.

Im kalt-geschäftigen Vorgang der letzten Minuten im Hamburger Untersuchungsgefängnis blitzt für ein paar tapfere Sekunden dennoch Mitmenschlichkeit auf. Dem Kaplan Müller legt auf seine Bitte hin einer der ihn abholenden Justizbeamten den Rosenkranz in die gefesselten Hände. Auf den letzten Metern erfüllt er, das eigene Risiko nicht scheuend, heimlich den Wunsch des Kaplans. Er übernimmt wieder den Rosenkranz und leitet ihn später einer Ordensfrau zu; als handfeste Erinnerung ist er den Freunden und Gefährten jener bösen Jahre erhalten geblieben.

Dem Pfarrer von Neustrelitz, Dr. Bernhard Schwentner, früher Kaplan am Kleinen Michel, wird am 30. Oktober 1944 in Brandenburg der Kopf vom Leib getrennt, weil er die Infamie eines Spitzels nicht durchschaut hat, den angeblich sein Gewissen wegen des unzureichenden Widerstandes der katholischen Kirche plagt. Mit seinen Einwänden redet Schwentner sich um Kopf und Kragen.

Im mißbrauchten, geschändeten Beichtstuhl der Marienkirche in der Danziger Straße beginnt das Drama, das in der letzten Phase der nationalsozialistischen Herrschaft noch sechs Katholiken in Hamburg vor den Volksgerichtshof bringt.⁴¹ Der Mann, der dem Vikar von St. Marien, Walter Haacke, beichtet und Kontakt zur Gemeinde sucht, ist ein angesetzter Spitzel. Von der Gestapo schon einmal vorgeladen und verwarnet wegen der Versendung von Schriften an Soldaten, belauert wegen seiner Besuche in Hamburger Judenhäusern, will die Gestapo mehr über Haackes Umgang erfahren. Im Freitagssitzkreis, zu dem der Vikar allwöchentlich einlädt, wittert die Gestapo ein Nest des Widerstands. Daß es dies nicht ist, erweist schon die spontane Einladung des Vikars an den verkappten Spitzel, doch auch zum Freitagabendgespräch im Pfarrhaus zu kommen.

So wird der Spitzel zum freundlich aufgenommenen Gesprächspartner eines Sitzkreises, der aus fünf bis sieben Teilnehmern besteht, Hamburger Handwerkern, aus der biedereren Tradition des katholischen Jungmännervereins kommend, Angestellten und in Hamburg stationierten Soldaten, die dem Vikar bei der Messe ministrieren. Auch der Kapellmeister der Hamburger Oper, Ludwig Schmitt-di Giorgi, der zugleich den Kirchenchor von St. Marien leitet, gehört diesem Sitzkreis an. In ihm werden Glaubensfragen besprochen, auch werden, wie zum Beispiel gleich nach dem 20. Juli, Fragen des theologisch begründbaren Widerstands erörtert. Der Spitzel fängt genug auf, um seinen Auftraggebern berichten zu können.

Dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 folgt die martialische Reaktion der Gestapo; ihr Opfer wird selbst der kleine Kreis um Walter Haacke. Die Teilnehmer der letzten Gesprächsabende werden verhaftet, in das Polizeigefängnis in Fuhlsbüttel gebracht, von dort dem Untersuchungsgefängnis am Holstenglacis überstellt, in dem sie Monat auf Monat auf die Sitzung des 2. Senats des Volksgerichtshofs zu warten haben. Auch diesmal bleiben die Interventionen des Bischofs erfolglos. Ohne auch nur einen Zeugen vernommen, nicht einmal den Spitzel den Angeklagten gegenübergestellt zu haben, ergeht am 16. April 1945 das Urteil. Dem Vikar Walter Haacke bringt es zehn Jahre Zuchthaus ein, dem Tischlergesellen Werner Weidner vier, dem Unteroffizier Dietrich Hagemann drei Jahre Zuchthaus, dem Feinmechanikergesellen Carl Guhr eineinhalb Jahre Gefängnis. Richard Hitzler und Ludwig Schmitt-di Giorgi werden freigesprochen.⁴²

In diesen Tagen der letzten Schandurteile des Volksgerichtshofes in Hamburg sind der Reichsstatthalter Kaufmann und der Kampfkommandant, Generalmajor Wolz, längst mit der Planung der Kapitulation beschäftigt; sie soll die Stadt vor weiteren sinnlosen Opfern bewahren.

So befreit die kampflose Übergabe an die Engländer am 3. Mai 1945 die Hansestadt von der Willkürherrschaft, die namenloses Leid über die Welt wie über sie selbst gebracht hat. Die materiellen Verheerungen liegen offen zu Tage: Krieg und Unrechtsregime haben mehr als 120000 Hamburger Bürger mit dem Tod bezahlen müssen. Der Hafen, das stolze Herz Hamburgs, bietet mit seinen zertrümmerten Lagerhäusern, den aufgerissenen Schienen, den umgestürzten Kränen, den ausgebrannten Hafenbecken, den abgesackten Wracks ein Bild der Zerstörung. In diesem Bild vor allem wird die Niederlage der Hansestadt transparent. Auf 1,1 Millionen ist die Zahl der Bürger gesunken, sie leben zwischen Trümmern und im Anblick von Ruinen.

Das Ausmaß der geistigen Verwüstungen läßt sich nicht beziffern. Nur fragend kann man sich ihm nähern. Warum hat das Volk sich betören und verführen lassen? Warum hat das Heer der Juristen die Zerstörung der Rechtsordnung hingenommen? Warum haben zu viele beiseite geschaut, als die jüdischen Mitbürger zum Abtransport befohlen wurden? Warum haben die Kirchen angesichts der Diskriminierung der Juden geschwiegen? Die kleine, aber tapfere Geschichte der Widerstände und der Resistenz bestimmt auch in der hamburgischen Diaspora nicht das Bild der katholischen Kirche. Was aber ist typisch, was bleibt unter dem Strich als Befund ihres Verhaltens in jenen Jahren?

Als sich für die letzten katholischen Opfer der Schandjustiz in Hamburg das Tor des Zuchthauses öffnet, kehren sie in eine Stadt zurück, die sich nicht quält mit den Fragen nach der Schuld, der Duldung des Unrechts, den Ursachen der Verführung durch den nationalsozialistischen Staat. In diesen Tagen des Mai 1945 ist der Schock der Niederlage zu stark, ist die das Hitlerregime beendende bedingungslose Kapitulation zu erschreckend, der Alltag zu erbärmlich, die Zukunft zu dunkel, als daß politische Gewissenerforschung betrieben würde. Ein Seufzer der Erleichterung geht allenfalls durch die Stadt. Die Sirenen heulen nicht mehr, das Töten hat ein Ende. Nun gilt erst einmal nichts anderes als die nackte Existenz zu sichern oder sich aufzumachen, die Mutter, den Vater, die Kinder zu suchen.

Nach den bösen Jahren

Die späte Bilanz

Wer ein halbes Jahrhundert nach dem Göttersturz des Nationalsozialismus die Geschichte der katholischen Kirche in ihrer Hamburger Diaspora bilanzieren will, hat sich vor zwei Gefahren zu hüten, die zu nennen banal erscheint, deren Unheil stiftende Wirkung aber offenkundig ist. Die eine: Wir dürfen das Bild der Kirche, das sie heute bietet, nicht zurückübertragen auf die Jahre des nationalsozialistischen Regimes und von ihr Aktionen und Reaktionen erwarten, wie sie heute üblich sind. Zur Realität der Kirche unter Hitler gehörte ihre Bedrohung durch den nationalsozialistischen Staat; für ihn blieb sie eine trotzbare Festung, die es zu belagern und zum Schweigen zu bringen galt. Der Staat versuchte auf vielen Wegen und mit vielen Mitteln gerade das zu verhindern, was für die Kirche nach dem Sturz der Diktatur wieder selbstverständlich wurde: ihre Teilhabe an den öffentlichen Belangen.

Zur Realität der Kirche unter Hitler gehörte auch ihr damals noch unangefochtenes Selbstverständnis als streng hierarchisch, von oben nach unten gegliederte Organisation mit ihrer strikten Unterordnung unter die klerikale Autorität. Erwartet wurde der Gehorsam gegenüber der Amtskirche. Auch aus dem gehorsamen Vertrauen in den Kurs der Bischöfe leitete sich die Geschlossenheit der Kirche ab, die ihr, aufs

Ganze gesehen, zum großen Vorteil geriet. Daß diese Geschlossenheit zugleich den innerkirchlichen Dialog und damit den politischen Disput in ihr bremste, wenn nicht gar verhinderte, läßt sich nicht übersehen. Der Appell an Geschlossenheit, Zusammenhalt, Zusammenstehen gehörte zum ständigen Repertoire der Sonntagspredigt. Über die Auseinandersetzungen in der Bischofskonferenz erfuhren die staatlichen Überwachungsorgane wenig, die Gemeinden nichts. Eher verzichtete die Fuldaer Konferenz auf einen Hirtenbrief, als daß Meinungsverschiedenheiten in den eigenen Reihen in die Öffentlichkeit dringen konnten.¹ Nicht nur dem staatlichen Oktroy gemäß durfte die Kirche keine »offene« Kirche sein, sie selbst sperrte sich, wenn auch aus ganz anderen Gründen, gegen die Öffnung.

Wer dem Regime entgegentreten wollte, konnte auf kein Mandat der Amtskirche verweisen; er ging diesen Weg nach einsamer Gewissensentscheidung, ohne sich auf Zustimmung oder gar Ermunterung durch die kirchliche Obrigkeit berufen zu können. Die Kirche wehrte sich gegen die Unterdrückungsmaßnahmen, sie kämpfte, nicht ohne Niederlagen, aber auch nicht erfolglos, um ihre Selbstbewahrung, aber sie rief die Gläubigen nicht zum Widerstand auf. Zu den Zweifeln und Skrupeln, durch die sich der aus christlicher Überzeugung zum Widerstand Entschlossene hindurchzuquälen hatte, gehörte auch der Widerspruch gegen die Obrigkeitslehre seiner eigenen Kirche.²

Die uns fremd gewordene, damals jedoch noch unumstößlich scheinende Amtsstruktur der vorkonziliaren Kirche verweist auf die zweite Gefahr, gegen die wir uns wappnen müssen. Wir Rückschauenden haben der Versuchung zu widerstehen, vom hohen Kothurn der neunziger Jahre den Kirchenkampf in einer uns passenden Schlachtordnung und mit ideal besetzten Kommandoposten noch einmal am Schreibtisch nachzuvollziehen. Das Urteil über den weichen Kurs des Kardinals Bertram, seines getreuen Bischofs Berning und des Hamburger Stadtdechanten Wintermann läßt sich nicht nach den Kriterien einer freiheitlichen Gesellschaft fällen, auch hat die Frage keinen Sinn, was denn geschehen wäre, wenn nicht ein Bertram, sondern ein Faulhaber, ein Galen oder gar ein Preysing der Bischofskonferenz vorgestanden hätte. Die Frage ist müßig, denn so hat sie sich nicht gestellt.

Sicherlich behält in der Rückschau das tapfere Beispiel des Dompropstes von St. Hedwig in Berlin, Prälat Lichtenberg, der den Weg ins Martyrium auf sich nahm, seinen ungebrochenen Glanz und weist dem Amtsbruder Wintermann in Hamburg mit seinem flinken Taktieren einen bescheidenen Platz in der Kirchengeschichte jener Jahre zu. Sicherlich stellen sich uns in der Rückschau der Bischof von Münster, Graf von Galen, wegen seiner stürmenden Proteste und der Bischof von

Berlin, Graf von Preysing, wegen seiner hellsichtigen, durch keinerlei Loyalitätsskrupel beengten Klarsicht vorteilhafter dar als ihr taktierender, dem Breslauer Kardinal ergebener Mitbruder auf dem Osnabrücker Bischofsstuhl. Nur wissen wir nicht, ob die Kirche einen anderen – und wenn denn: welchen? – Weg gezogen wäre, hätte statt des auf Behördenrespekt und Beschwichtigung peinlich bedachten Breslauer Kardinals ein anderer Bischof mit seiner Forderung nach mehr öffentlichem Widerspruch die Bischofskonferenz überzeugt.

Festhalten dürfen wir allenfalls dies: Es gibt einen nicht zu bestreitenden Fehlbedarf an Zeugnissen der Bischofskonferenz gegenüber den Schandtaten des Regimes. Dieses Minus konnte unter einer mehr öffentlichen Protest fordernden Führung geringer bleiben und damit dem Bild, das die Bischofskonferenz bot, einige stumpfe Flecken nehmen. Aber war dieses Bild auch in der Substanz zu verändern? Dem Rückschauenden mögen die Visionen des Bischofs von Münster in den Jahren 1938/39 hinreißend erscheinen und von bestechender Logik sein, nämlich alle redlich gesinnten Katholiken unter der Fahne des Naturrechts zu sammeln (was wir heute Einsatz für die Menschenrechte nennen würden) und so dem Regime demonstrativ zu trotzen. Doch diese Vision bedarf nüchterner Prüfung. Sie setzte voraus, daß breite Volkskreise der Katholiken, die damals knapp ein Drittel der Bevölkerung ausmachten, sich des Unrechtscharakters des Regimes bewußt waren und sich auch zur Opposition formieren wollten. Davon aber konnte bis in die Kriegsjahre hinein keine Rede sein. Der Glaube an den »Führer« saß tief; es läßt sich nicht bestreiten, daß zur Gloriele, die ihn umstrahlte, auch die Zustimmung der Katholiken beitrug; sie blieb dominierend trotz aller Pressionen des Regimes. Die vom Sicherheitsdienst gelieferten Berichte über die innere Lage lassen erkennen, daß bis in den Sommer 1944 hinein das Vertrauen der Deutschen in Hitler kaum erschüttert war. Walter Adolph, Chronist und vertrauter priesterlicher Mitstreiter des Berliner Bischofs in jenen Jahren, resümiert: »Sicher wären bei einem härteren Bischofscharakter als ihn Kardinal Bertram hatte, manche entgegenkommenden Formulierungen unterblieben, manch schärferes Wort gesprochen worden. Wahrscheinlich wäre auch noch eine klarere Abgrenzung zum Nationalsozialismus durchgeführt worden. Aber der Lauf der Geschichte war nicht von den Bischöfen zu steuern.«

Breslau-Osnabrück-Hamburg

Erst im Rückblick wird deutlich, wie ungewappnet auch die Bischöfe dem nationalsozialistischen Staat gegenüberstanden, nicht anders als die meisten Militärs, Staatsbeamten, Diplomaten, Wissenschaftler, Wirtschaftsführer. Die meisten von ihnen verkannten sein Wesen, sie vertrauten auf Rechtsstaatlichkeit und meinten, wie die Eingabepolitik des Kardinals Bertram deutlich macht, mit Beschwerden, Ermahnungen und Verwahrungen dem Verstoß gegen rechtsstaatliche Normen begegnen zu können. Sie erkannten nicht, daß die rüde Bedenkenlosigkeit, mit der Hitler Recht und Moral beiseitefegte, immanenter Bestandteil seines Herrschaftssystems war. In einer anderen Welt groß geworden, begriffen sie in ihrem vollen Ausmaß weder die Verlockungen noch die Verderbnis des totalitären Staates.

Am Beispiel des Kardinals Bertram und des ihm verbundenen Osnabrücker Bischofs läßt sich dies verdeutlichen. Über alle Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft hinweg bleibt der starke Informationsfluß erkennbar, der Breslau und Osnabrück verband und bis in die Hamburger Diaspora hineinwirkte. Die Kommunikation innerhalb der Bischofskonferenz war von unterschiedlicher Dichte. Was sich an Kontakten zwischen Breslau und Berlin auf das Nötigste beschränkte und mit seinem Minimum die kühle Distanz zwischen den Antipoden der Bischofskonferenz, Bertram (Breslau) und Preysing (Berlin), wortkarg belegte, fand sein Widerspiel in der Intensität der Kontakte zwischen Bertram und Berning. Mit keinem anderen bischöflichen Mitbruder pflegte der Kardinal so vertrauten Umgang wie mit dem Bischof von Osnabrück. Gleich ihm den katholischen Regionen des ehemaligen hannoverschen Königreichs entstammend, gleich ihm nur mit Maßen bereit, der barocken Beimischung im Auftritt der bayerischen oder der lauten Leutseligkeit rheinischer Bischofskollegen mehr als ein verstehendes Lächeln abzugewinnen, war auch der Kardinal von spröder Umgänglichkeit. Auch darin einander sehr ähnlich, erwuchs mit den Jahren eine trockene, aber sehr dezidierte, Vertraulichkeit signalisierende Zusammenarbeit, die zuweilen den jüngeren Osnabrücker Bischof als gehorsamen Adjunkten erscheinen läßt. Er blieb im Kreis der Bischöfe der verlässliche Interpret der Meinungen des Kardinals; er hatte nicht nur das Ohr Bertrams, er bestärkte ihn in der Absicht, jedweden den Konflikt zwischen Staat und Kirche verschärfenden Kurs zu vermeiden.

Keiner der Bischöfe wurzelte so tief im neunzehnten Jahrhundert wie der Kardinal in Breslau. Zu den für ihn bestimmend bleibenden Lebenserfahrungen gehörte der von Bismarck der katholischen Kirche

aufgezwungene Kulturkampf. Als Bertram 1877 in Hildesheim Abitur machte, regierten von zwölf in preußischen Landen bestellten Bischöfen nur vier; die Mehrheit war des Landes verwiesen, Hunderte von Pfarreien waren verwaist, Hunderte von Priestern vertrieben, Priesterseminare geschlossen. Um Priester werden zu dürfen, mußte Bertram jenseits der preußischen Grenzen studieren.

Diese Kulturkampfereinerungen an priesterlose und deshalb sterbende Gemeinden ließen Bertram bis zum Lebensende nicht los.³ Daß zum hohen Leitziel seiner Politik als Vorsitzender der Bischofskonferenz die Vermeidung ähnlicher Zustände gehörte, daß er den Gemeinden selbst um den Preis der Beschwichtigung ihre Priester erhalten wollte, läßt sich für den Rückschauenden nachvollziehen, sah der Kardinal doch in der »Pfaffenhetze« ein Einfallstor nationalsozialistischer Bedrohung, an deren Ende die Unterbindung der Seelsorge und der Sakramentenspendung stehen werde. Doch dieses aus geschichtlicher Erfahrung resultierende Leitziel zeigt auch die Grenzen seiner Einsichtsfähigkeit auf. Bertram nahm den fundamentalen Unterschied zwischen Bismarcks changierender Kabinettpolitik, die letztlich doch auf politischen Kompromiß und rechtlichen Konsens hinauslief und Hitlers grenzenloser Unterwerfungspolitik nicht wahr. Die hartnäckige Berufung auf seine Kulturkampfereinerungen verweisen auf sein Unvermögen, den totalitären Staat zu begreifen. Auf die Exzesse einer Gesetz und Recht auslöschenden Staatsführung antwortete er mit diplomatischen Noten – oder er schwieg, wie in der Judenfrage, aus Gründen der Staatsräson.⁴

In kaiserlicher Zeit, schon 1906 zum Bischof geweiht, residierte er – in Hildesheim, dann als Fürstbischof in Breslau – bereits 27 Jahre, als Hitler zur Macht kam. Was war von der schon 74jährigen Eminenz noch an Einsichten, an politischen Kurskorrekturen angesichts des Dritten Reichs zu erwarten? Hitlers Kanzlerschaft erfüllte ihn mit Schrecken, je mehr er die von ihm ohnehin befürchtete Kirchenfeindschaft bestätigt fand. Aber die Forderung nach einer härteren Gegenwehr stieß bei Bertram auf das Hindernis des für ihn undiskutablen staatsbürgerlichen Gehorsams, den der Christ der rechtmäßigen Obrigkeit schulde. An der legalen Staatsautorität des Hitlerregimes keinen Zweifel hegend, sah Bertram seine Aufgabe darin, »jeder Beeinträchtigung von kirchlichen Rechten entgegenzuwirken und jede Spannung von sich aus zu vermeiden«.⁵ So setzte er, penibel die Grenzen beachtend, die die Kirche seinen Ordnungsvorstellungen gemäß einzuhalten habe, gegen die gewaltsame Einschnürung des kirchlichen Lebens eine Kette von Protesten und Rechtsverwahrungen, die um so länger wurde, desto gewalttätiger der Alleinanspruch des Staates

wurde. Daß diese Papierflut meist der Nichtbeachtung und seltener der kränkenden Zurückweisung verfiel, war dem durchaus realistisch denkenden Kardinal bewußt. Doch diesen Kurs zu verändern, etwa im Sinne des Berliner Bischofs Preysing lauter und offensiver zu werden und die Gläubigen durch eine unverkürzte Aufklärung über jede Verschärfung des Kirchenkampfes zu beeinflussen, weigerte der Kardinal sich auch deshalb, weil es nicht der Auffassung von Staatsautorität und Staatsgehorsam entsprach, in der er groß geworden war.

So bleibt in der ungleichen Auseinandersetzung zwischen Unrechtsregime und Kirche die schwächliche Gestalt des Seniors der deutschen Bischofskonferenz von Tragik überschattet. Mit einer Pflichtversessenheit, die sich keine Schonung gönnte, traktierte er die Reichsregierung mit seinen Eingaben. Daß sie wirkungslos verpufften, war freilich auch die Folge der defensiven Taktik, von der Bertram sich nicht abbringen ließ. Von der Sorge getrieben, er könnte der Kirche mehr schaden als nutzen, wagte er nicht, laut und damit Signale setzend an den Gittern zu rütteln, die das braune Machtkartell um die Kirche herum höher und höher zog.

Der Staatsgehorsam, wie der Kardinal ihn verstand, kam dem Regime zugute. Wenn wir die Zeit würdigen, aus der er kam und die sein Denken von Staat und Kirche prägten, bleibt verständlich, daß er selbst dem nationalsozialistischen Staat gegenüber Formen wahrte, die seine Position im Kirchenkampf schwächen mußten. Der Aufschrei gegen die Konzentrationslager reduzierte sich bei ihm zur brieflichen Beschwerde über das Verbot der Seelsorge an den Inhaftierten. Um jeglichem Vorwurf der Einmischung in die Politik begegnen zu können, beschränkte er sich bei seinen Protesten strikt auf jene Dinge, für die ihm seinem Staats- und Kirchenverständnis nach die kirchenamtliche Zuständigkeit nicht bestritten werden konnte. Im Fall der Konzentrationslager bedeutete dies, nicht zu protestieren gegen deren inhumane Existenz und die allem Recht hohnsprechende Einlieferungspraxis, sondern allein aufzubegehren gegen das der Kirche verweigerte Recht auf seelsorgliche Betreuung der Häftlinge. Dies – per Eingabe – zu tun, blieb dem Kardinal eine über Jahre hinweg hartnäckig betriebene Pflicht. Das Kirchenvolk erfuhr davon nichts, und das Unrechtsregime konnte den papierernen Niederschlag der Beschwerden abheften wie eine belanglose Akte.

Die Sprache, in der Bertram bis in das Jahr 1944 hinein seine Schreiben an Hitler begann: »Hochgebietender Herr Führer und Reichskanzler« und in der er sie beendete: »In tiefster Verehrung verbleibe ich ehrerbietig, gehorsamst« – diese Sprache muß den Kardinal, so sehr er auch aus dem neunzehnten Jahrhundert kam, Selbstüberwindung

gekostet haben, aber sie blieb auch ein Zeichen seiner selbst, bezeugte sie doch die gehorsame Anerkennung eines Gewaltherrschers, der die Kirche verfolgte. Die Proteste des Kardinals, so glasklar formuliert, so hieb- und stichfest sie auch waren, ließen keinen Zweifel an seinem staatsbürgerlichen Gehorsam zu. Ihm versagte er sich nicht einmal in jenen verheerenden Schlußtagen der Hitlerdiktatur. Schon aus Breslau nach Johannesberg vertrieben, erfuhr der hochbetagte, kranke Kardinal am 1. Mai 1945 vom Tod Hitlers in der Reichskanzlei. Unverzüglich entwarf er für den Klerus seiner Diözese eine Anordnung, »ein feierliches Requiem zum Gedenken an den Führer und alle im Kampf für das deutsche Vaterland Gefallenen« zu halten. Am folgenden Tag, als er vom Selbstmord Hitlers hörte, durchstrich er, eine seiner letzten Amtshandlungen, seinen angesichts der militärischen Situation ohnehin belanglos gewordenen Entwurf.⁶

Im breiten Schatten, den dieser schwächliche Mann warf, ging der Osnabrücker Bischof seinen Weg. In seinen Skrupeln gegenüber der Staatsautorität wie in seiner Überzeugung von der Richtigkeit des defensiven, Konfrontationen vermeidenden Kurses war er das Alter ego des Kardinals. Unverdrossener Unterhändler bei den Reichsbehörden, der er war, unterschätzte er keineswegs den sich verschärfenden Kampf und die immer geringer werdenden Einflußmöglichkeiten des Episkopats. Er verschloß sich auch nicht den Einwänden bischöflicher Mitbrüder, aber er hielt sich treu an der Seite des Kardinals. In der Bischofskonferenz trug er dessen Bedenken und Entscheidungen verlässlich mit.

Der Weg, den Bischof Berning in nationalsozialistischer Zeit zurückzulegen hatte, blieb gezeichnet von seinem schwindenden Glauben an das nationalsozialistische Regime, der umschlug in wachsende Verbitterung. Ihm, der ja nicht durch Zufall zum preußischen Staatsrat und zum Senator einer in hoher nationalsozialistischer Gunst stehenden Akademie berufen worden war, zerrann mit den Jahren seine vielen Christen mutmachende Aufgeschlossenheit gegenüber dem neuen Staat Adolf Hitlers. Bernings aufopfernde Rührigkeit quittierten Staat und Partei mit kleinen Konzessionen, viel mehr aber noch mit Täuschungen und Vertröstungen, die nicht zu erkennen die manchmal erschreckende Blindheit des Bischofs belegen, erst recht aber die Hilflosigkeit dessen bezeugen, der auf ein gegebenes Wort vertraut und dennoch betrogen wird. So wurden, ein Beispiel nur, entgegen den persönlichen Zusicherungen des die Verhandlung führenden stellvertretenden Präsidenten des Volksgerichtshofs, Crohne, die Lübecker Kapläne aufs Schafott geschickt, obwohl der Bischof meinte, gerade wegen seiner leisen Kontakte zum Volksgerichtshof die drei Kapläne

vor der Hinrichtung bewahren zu können. Der Bischof von Berlin, Preysing, betrachtete seit Jahren Bernings Antichambrieren mit dem kühlen Kopf des von keinem Hitlertriumph geblendeten Analytikers. Den Respekt vor der Unverdrossenheit, den Weg der Zugeständnisse zu suchen, versagte er Berning nicht, wiewohl analog dem Verhältnis zwischen Berlin und Breslau auch das zwischen Berlin und Osnabrück an den Nullpunkt geriet. Über die klafertiefen Unterschiede im Urteil über den Weg, den die Kirche nehmen sollte, führte keine Brücke.

Die engagierten, anfänglich auch vom Vatikan wohlwollend betrachteten Bemühungen Bernings um ein leidliches Miteinander von Kirche und Staat fanden in Rom um so weniger Anklang, als ihren ohnehin mageren Ergebnissen der sich verschärfende Kirchenkampf widersprach. So wie Eugenio Pacelli als Kardinalsstaatssekretär dem Wunsch Bertrams nicht nachgekommen war, den Osnabrücker Bischof in das Beratungsgremium zur Vorbereitung der Enzyklika »Mit brennender Sorge« zu berufen, so sah er auch als Papst Pius XII. trotz persönlicher Bitte des Kardinals Bertram keinen Anlaß, Bischof Berning in besonderer Weise zu würdigen. Daß der Dank für Verdienste in der Kirchenpolitik ebenso kurzlebig ist wie in der Politik allgemein, mußte auch der Osnabrücker Bischof erfahren. Weder wurde er 1939 anlässlich seines silbernen Bischofsjubiläums noch nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft vom Papst geehrt, sondern erst anlässlich seines goldenen Priesterjubiläums 1950 in den persönlichen Rang eines Erzbischofs erhoben.⁷

Die Nöte der Diaspora

Die Hamburger Diaspora begegnete ihrem Bischof Berning mit viel Sympathie, war er doch kräftig bemüht, ihr den Rücken zu stärken. Während seiner langen Regierungszeit seit 1914 vervielfachte sich in der Hamburger Region die Zahl der Kirchen und Schulen wie die der Priester und Ordensleute. Tagungen großer katholischer Nationalverbände, die er gezielt nach Hamburg holte, solange der Staat sie noch nicht aus der Öffentlichkeit verbannt hatte, und die mit ihnen verbundenen öffentlichen Kundgebungen und liturgischen Feiern waren für die Diasporagemeinde ebenso Labsal und Stärkung wie die zahllosen Besuche des Osnabrücker Oberhirten. Er blieb bei aller Vielfalt seiner überdiözesanen Aufgaben ein fleißiger Visitor, der sich den stets damit verbundenen Ritualien zur Freude der Diaspora nicht ungerne unterzog.

Im Stadtdechanten Wintermann hatte er einen Gemeindevorsteher, dessen flinker Eifer den Intentionen des Bischofs voll entsprach. So wie Bertram und Berning lagen auch Berning und Wintermann auf gleicher kirchenpolitischer Linie. Die frühe Aufgeschlossenheit gegenüber dem Hitler-Staat verband die beiden fast gleichaltrigen Emsländer. Die schmerzhaften, Jahre währende Desillusionierung kompensierte auch Wintermann durch einen jegliche Provokation vermeidenden Kurs. Vom Pastor primarius gibt es keine großen Trotz- und Brandpredigten, sind keine denkwürdigen Auseinandersetzungen mit der nationalsozialistischen Ideologie zu verzeichnen. Ganz auf der Linie seines Bischofs, verhielt er sich defensiv, weil er meinte, daß der Weg des geringsten Widerstandes die geeignetste Marschroute sei, um die Gemeinde in jenen bösen Jahren abzusichern.

Aus späterer Sicht mag diese Taktik eher auf hasenherziges Stillhalten als auf mannhaften Trotz verweisen. Doch wer sich bemüht, die Bedrückung auch in der Hamburger Kirche nachzuvollziehen, wird zu einem vorsichtigeren Urteil kommen. Die Kirche jener Jahre lebte unter einem Regime, dessen Dauer nicht absehbar war. Daß dem »Tausendjährigen Reich« nur zwölf Jahre beschieden blieben, wußte Wintermann 1938 so wenig wie 1943. Er hatte die Gemeinde eben nicht auf einen zu erwartenden Kollaps des Regimes zu vertrösten, sondern deren Los zu erleichtern. Dieser Aufgabe fehlte jedweder heroische Glanz, aber sie war notwendig, auch wenn sie, was wir Wintermanns innere Not nennen dürfen, dem Vorwurf ausgesetzt blieb, sich im Interesse der Lokalkirche mit dem Regime entweder zu viel oder zu wenig einzulassen.

Auch die Besonderheit der Diasporasituation ist bei der Urteilsbildung zu berücksichtigen. Es fehlte der starke katholische Rückhalt, der machtvolle Demonstrationen wie gegen die »Euthanasie« in Münster oder gegen die Entfernung der Kreuze aus den Schulen in Oldenburg und Bayern erst ermöglichte. Die Diaspora im Blick, ist noch einmal an die Pastoren und Kapläne zu erinnern, die sich auch rings um Hamburg noch auf dem Fahrrad abstrampelten, um in Stuben oder Kneipen vor einem halben Dutzend Katholiken die Messe zu lesen oder zwei oder drei Kindern Religionsunterricht zu erteilen. Was sollten da aufrüttelnde Hirtenbriefe und riskante, von der nicht vorhandenen Kanzel zu verlesende Proteste! Auch bleibt die numerische Bedeutungslosigkeit der katholischen Kirche im Hamburg jener Jahre zu beachten; auch sie legte es nahe, Provokationen zu vermeiden. Der Widerstand einer kleinen Zahl, die doch eine respektable Größe annimmt, wenn sie in Beziehung gesetzt wird zum Gesamtvolumen der Lokalkirche, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Kirche sich einigelte. Wie in den Jahr-

zehnten zuvor hielt sie die Schotten dicht. Noch einmal bewährte sich die Schutzfunktion des über Jahrzehnte in der Diasporastadt gepflegten katholischen Milieus. Es schützte nicht vor politischer Anfälligkeit, aber es bewahrte die Kirche in Hamburg vor nennenswerten Einbrüchen. So überstand sie die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur – nicht ohne Beweise ihrer Bewährung, nicht ohne den Makel ihrer Schwächen.

Auch der Diasporakatholizismus begeisterte sich am wirtschaftlichen Aufschwung, an der Wiederaufrüstung und den vielen anderen »blendenden« Erfolgen Adolf Hitlers. Aber zugleich brachte der Gegensatz zwischen nationalsozialistischer Ideologie und christlichem Glauben viele in schweren inneren Zwiespalt, dem sie sich rat- und wehrlos ausgeliefert sahen. Führte der Weg in die Opposition, so führte er den, der sich entschloß ihn zu gehen, auch in der Hamburger Kirche in die Einsamkeit.

Wir Rückschauenden mögen der Bischofskonferenz anlasten, zu wenig widerstanden, sich zu lange mit der fruchtlosen Eingabepolitik ihres Vorsitzenden zufrieden gegeben zu haben, statt sich der Forderung nach offensiveren Reaktionen auf die Knebelung der Kirche zu öffnen. Eine Minderheit von Bischöfen glaubte, der Kirche einen größeren Aktionsbereich an Widerstand zumuten zu müssen und auch abfordern zu können, als Bertram und sein Gefolge wollten.

Im fairen Bemühen um den Nachvollzug jener Zeit hat auch das um Argumente nicht verlegene Urteil sein Recht, daß der Osnabrücker Bischof wie sein Hamburger Stadtdechant Schritte meinten gehen und Gesten meinten demonstrieren zu müssen, die unnötig waren und vor denen andere in der Kirche sich hüteten, weil sie der Anbiederung verdächtig schienen.

Die Kirche bot kein stolzes Bild der Entschiedenheit. Sie bewies kämpferischen Einsatz, der Tausende in das Martyrium zwang, aber sie wuselte und wieselte auch, um durch die Zeit zu kommen. Dieses Unterfangen ließ viele Wünsche offen. Es fordert noch heute den Widerspruch heraus, aber es gemahnt den Rückschauenden auch, Respekt vor der inneren Not derer zu bezeugen, die einen Weg zu suchen hatten in jener bösen Zeit.

Anmerkungen

Wider die Legenden

- ¹ Kurt Detlev Möller, Das letzte Kapitel, Hamburg 1947.
- ² Werner Johe, Bürgermeister Rudolf Petersen, in: Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte III, Universität Tel Aviv, 1974, mit Verweisen auf die Quellen, S. 413.
- ³ Erik Verg, Das Abenteuer, das Hamburg heißt, Hamburg 1977, S. 196 f.
- ⁴ So Bernhard Studt/Hans Olsen, Hamburg – die Geschichte einer Stadt, Hamburg 1951, S. 198. Eckart Klessmann, Geschichte der Stadt Hamburg, Hamburg 1988, begnügt sich mit unzulänglichen Hinweisen auf die nationalsozialistische Zeit in Hamburg.
- ⁵ Johe, a. a. O. S. 409.
- ⁶ Zur politischen und sozialen Geschichte Hamburgs: Werner Jochmann/Hans-Dieter Loose, Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner, Bd. II, Werner Jochmann (Hrsg.), Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, Hamburg 1986.
- ⁷ Literaturangaben über die Weimarer Demokratie und den Übergang zur Diktatur in den Kap. III und IV.
- ⁸ Hans Robinsohn, Justiz als politische Verfolgung. Die Rechtsprechung in »Rassenschandefällen« beim Landgericht Hamburg 1936–1943, Stuttgart 1977.
- ⁹ Zur Vorgeschichte: Carl Linkemeyer, Bilder aus der Geschichte der katholischen Gemeinden in Hamburg und Altona 1529–1925, Paderborn 1925. Ders.: Das katholische Hamburg in Vergangenheit und Gegenwart, Hamburg 1931. Roland Seffrin, Die katholische Bevölkerungsgruppe im Staate Hamburg, Hamburg 1938. Günter Dörnte, Katholische Schulen in Hamburg 1832–1939, Diss. phil. Hamburg 1984. Festschrift zum goldenen Priesterjubiläum des Erzbischofs Dr. Wilhelm Berning, Hamburg 1950, künftig zitiert als Festschrift Berning.
- ¹⁰ Archiv des Katholischen Kirchenamtes Hamburg, Akte Wintermann (nicht katalogisiert), im folgenden zitiert als KK-HH, Akte Wi.

1871–1918: Die berstende Stadt

- ¹ Im allg. Teil stützt sich meine Darstellung der Jahrzehnte von 1870–1918 auf Werner Jochmann, Handelsmetropole des Deutschen Reiches, in: Jochmann/Loose, Bd. II. a. a. O. S. 19–125.
- ² Seffrin mit Zahlen und soziologischen Daten, a. a. O. S. 43 ff., Festschrift Berning, a. a. O. S. 61
- ³ Seffrin, a. a. O. S. 56 ff.
- ⁴ Dörnte, a. a. O. S. 94.
- ⁵ Festschrift Berning S. 62.
- ⁶ »Marienkrankenhaus Hamburg 100 Jahre«, Hamburg 1964.
- ⁷ Zur Priorität der Schulen: Dörnte a. a. O. S. 98 f.
- ⁸ Dörnte a. a. O. S. 109 ff.

1919–1933: Die verspielte Freiheit

- ¹ Wilhelm Berning, geb. 26. 3. 1877 in Lingen (Ems), 1900 Priesterweihe in Osnabrück, 1914 Bischofsweihe, gest. 23. 11. 1955 in Osnabrück.
Bernard Wintermann, geb. 28. 3. 1876 in Plankorth (Krs. Lingen), 1901 Priesterweihe in Osnabrück, 1931 Pastor primarius und Dechant in Hamburg, gest. 23. 4. 1959 in Hamburg.
- ² KK-HH, Akte Wi.
- ³ Zur pol. und wirtschaftl. Situation Hamburgs in der Weimarer Republik: Ursula Büttner, Der Stadtstaat als demokratische Republik, in: Jochmann/Loose, Bd. II, a. a. O. S. 131–261.
- ⁴ Zur Zentrumsgegeschichte: Helmut Stubbe-da Luz, Wurzeln und Anfänge der Hamburger CDU bis Ende 1946, Diss. phil. Hamburg 1989.
- ⁵ Dörnte, a. a. O. S. 215 ff.
- ⁶ Kirchl. Handbuch für das katholische Deutschland, Bd. XIII. (1925/26), Freiburg 1926, Bd. XIX. (1935/36), Köln 1936.
- ⁷ S. S. 148 f.
- ⁸ Angaben in der von Roland Seffrin betreuten Beilage »Feuer über das Land«, Beilage zur Nordischen Volkszeitung vom 13. 3. 1932.
- ⁹ Seffrin, a. a. O. S. 12.
- ¹⁰ Hamburger statistische Monatsberichte, Religionszugehörigkeit der Wohnbevölkerung in der Stadt Hamburg 1933, S. 156.
- ¹¹ Entspr. Formulare in KK-HH, Akte Wi.
- ¹² KK-HH, Akte Wi.
- ¹³ Dazu: Ursula Büttner, Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928–31, Hamburg 1982. Ursula Büttner/Werner Jochmann, Hamburg auf dem Weg ins Dritte Reich. Entwicklungsjahre 1931–1933, Hamburg 1983.
- ¹⁴ Kirchl. Handbuch Bd. XIX a. a. O. Über die lokale kirchl. Hilfe ausführl. Jahresbericht des Caritasverbandes Hamburg 1933, S. 27–29.
- ¹⁵ Werner Jochmann, Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922–33, Dokumente, Frankfurt/Main 1963.
- ¹⁶ Rudolf Morsey, Die katholische Volksminderheit und der Aufstieg des Nationalsozialismus 1930–1933, in: Klaus Gotto/Konrad Repgen (Hrsg.), Die Katholiken und das Dritte Reich, Mainz 1990, S. 12 ff. Gerhard Binder, Irrtum und Widerstand, München 1968, S. 71 ff.
- ¹⁷ Das Durchschnittsalter im deutschen Episkopat lag 1933 bei 63 Jahren. In Generationen gedacht, bedeutete dies, daß die überwältigende Mehrheit der Bischöfe bereits im Jahr 1914 im vollen Mannesalter gewesen war und daß sie die formenden Erlebnisse aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg bezog. Binder a. a. O. S. 133 f. Walter Adolph, Hirtenamt und Hitlerdiktatur, Berlin 1965, S. 30 f.
- ¹⁸ Vorgang in KK-HH, Akte Wi.
- ¹⁹ Briefwechsel in KK-HH, Akte Wi.
- ²⁰ Stubbe-da Luz a. a. O. S. 50.
- ²¹ Stubbe-da Luz a. a. O. S. 49.
- ²² Stubbe-da Luz a. a. O. S. 52.
- ²³ Nachrichtenblatt für die katholischen Gemeinden von Hamburg, Altona und Umgegend, Hamburg, Jahrg. 1928–1937, 1930, 317.
- ²⁴ Carl Bergengruen, Katholische Jugendbewegung in Hamburg während der 30er Jahre. 1. Staatsprüfungsarbeit (masch.), Hamburg 1988, S. 23 ff.
- ²⁵ Stubbe-da Luz a. a. O. S. 51.

1933–1936: Hoffen und Bangen

- ¹ Werner Jochmann, Ein lutherischer Bischof zwischen politischen Hoffnungen und kirchlichen Zielen, in: ders., Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870–1945, Hamburg 1988, S. 287.
- ² Heinrich Wilhelmi, Die Hamburger Kirche in der nationalsozialistischen Zeit, 1933–1945, Göttingen 1968, S. 50.
- ³ Werner Johe, Im Dritten Reich 1933–1945, in: Jochmann/Loose, Bd. II, a. a. O. S. 270ff. Zur gesellschaftlichen und politischen Gleichschaltung in Hamburg 1933: Ursula Büttner/Werner Jochmann (Hrsg.), Zwischen Demokratie und Diktatur, Hamburg 1984.
- ⁴ Morsey, a. a. O. S. 21 ff.
- ⁵ Wortlaut in Bernhard Stasiewski (Bearb.), Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945, Bd. I. S. 30. (Veröffentl. der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, Bd. 5), Mainz 1968. Im ff. zitiert als »Bischöfl. Akten«. – Zur Situation der Kirche allg.: Dieter Albrecht (Hrsg.), Katholische Kirche und Nationalsozialismus. Ausgewählte Aufsätze von Ludwig Volk, darin: Nationalsozialismus S. 116 ff. In dieser verdienstvollen Aufsatzsammlung sind die wichtigsten Beiträge zusammengefaßt, die Pater Ludwig Volk SJ († 1984) neben seinen Bucheditionen zum Verhältnis von katholischer Kirche und nationalsozialistischem Staat in Zeitschriften und Handbüchern publiziert hat. (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 46), Mainz 1987. Im ff. zitiert als: Volk, Kath. Kirche und NS.
- ⁶ Stasiewski, a. a. O., Nr. 32 I.
- ⁷ Hauptwerk: Ludwig Volk, Das Reichskonkordat vom 20. 7. 1933, Mainz 1972.
- ⁸ Stasiewski a. a. O., Nr. 60.
- ⁹ Hans Müller, Katholische Kirche und Nationalsozialismus. Dokumente von 1930–1935, München 1963, S. 206, Nr. 95. Ulrich von Hehl, Das Kirchenvolk im Dritten Reich, in: Gotto/Reppen, a. a. O. S. 97 f.
- ¹⁰ KK-HH, Akte Wi.
- ¹¹ Protokoll der Konferenz vom 12. 9. 35, KK-HH, Akte Wi.
- ¹² KK-HH, Akte Wi.
- ¹³ Volk, Kath. Kirche und NS, a. a. O. S. 21 ff. Dazu auch Wolfgang Seegrün, Bischof Berning von Osnabrück und die katholischen Laienverbände in den Verhandlungen um Artikel 31 des Reichskonkordats 1933–1936, in: Osnabrücker Mitteilungen 80 (1973), S. 150–182.
- ¹⁴ Zum Verbot der kath. Jugend in den ff. Abschnitten: KK-HH, Akte Wi. Bistumsarchiv Osnabrück, Eingaben und Berichte wegen Vorkommnissen in Pfarreien und pfarrlichen Verbänden 1933–1943: Hamburg 04-63-02. Carl Bergengruen, a. a. O. S. 41 ff.
- ¹⁵ Statistische Erhebung der Landesunterrichtsbehörde vom 1. 5. 1935, KK-HH, Akte Wi.
- ¹⁶ Johe, Im Dritten Reich, a. a. O. S. 339–346.
- ¹⁷ Vorgang einschl. Gerichtsurteil KK-HH, Akte Wi.
- ¹⁸ KK-HH, Akte Wi.
- ¹⁹ KK-HH, Akte Wi.
- ²⁰ Verteidiger des ehem. Reichsstatthalters Kaufmann suchen zugunsten ihres Klienten auch den Weg über Rom nach Hamburg, und zwar über Weihbischof Hudal, Rom, Bischof Berning, Osnabrück, Prälat Wintermann, Hamburg. Die Bemühungen Wintermanns werden vom Senat nicht unfreundlich aufgenommen. Korresp. Oktober/November 1950, KK-HH, Akte Wi.

- ²¹ KK-HH, Akte Wi.
- ²² KK-HH, Akte Wi.
- ²³ KK-HH, Akte Wi.
- ²⁴ Wolfgang Seegrün, Hermann Wilhelm Berning (1877–1955), in: Erwin Gatz, Die Bischöfe der deutschsprachigen Länder, Berlin 1983, S. 40–43. Ulrich von Hehl, Bischof Berning und das Bistum Osnabrück im »Dritten Reich«, Osnabrücker Mitteilungen 86 (1980) S. 83–104.
- ²⁵ Porträtstudie bei Volk, Kath. Kirche und NS, a. a. O. S. 252–263.
- ²⁶ Die erste, vorsichtige »Anregung« überbrachte Anfang 1936 der Nuntius Orsenigo. Walter Adolph, Geheime Aufzeichnungen aus dem nationalsozialistischen Kirchenkampf 1935–1943, Mainz 1987, S. 39. Der zweite Wink erfolgte lt. Adolph während der Vorbesprechungen der fünf deutschen Bischöfe zur Vorbereitung der Enzyklika »Mit brennender Sorge« bei einem Essen Januar 1937 mit Kardinalstaatssekretär Pacelli in Rom. Adolph, a. a. O. S. 40.
- ²⁷ Wilhelm Berning, Katholische Kirche und deutsches Volkstum, Reihe »Das Neue Reich«, hrsg. von der Deutschen Akademie, München 1934.
- ²⁸ Es ist nicht bekannt, wer dem Bischof Vorarbeiten für diese Broschüre geleistet hat. Nachweisbar ist, daß Berning sich, wenn auch ohne jedweden wissenschaftlichen Anspruch und ohne jedweden Quellenverweis, in dieser Populärbroschüre auf Gedanken des (inzwischen exilierten) Jesuitenpaters Friedrich Muckermann (1883–1946) wie auch dessen Bruders Hermann (1877–1962) stützt, der von 1927–1933 Leiter der Abteilung Eugenik im Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie in Berlin war und dem Berning während der Jahre nationalsozialistischer Verfolgung beistand. In den Lebenserinnerungen von Pater Friedrich Muckermann heißt es: »So behandelte ich schon damals sehr häufig die Nation unter den Gesichtspunkten der Blutgemeinschaft, der Sprachgemeinschaft und der Kulturgemeinschaft... Wie sehr diese Gedanken beachtet wurden, möge zum Beispiel die Tatsache beweisen, daß der Bischof von Osnabrück sie in eine eigene Broschüre aufnahm, die unter seinem Namen veröffentlicht wurde«. Friedrich Muckermann, Im Kampf zwischen zwei Epochen, Mainz 1973, S. 558.
- ²⁹ »Volkstum und Kirche«, 17. 2. 1935. »Wie verhält sich die Kirche zum Volkstum?«, 24. 2. 1935. »Die Arbeit der Kirche am Volkstum«, 3. 3. 1935.
- ³⁰ Bundesarchiv Koblenz, R. 43 II/175. Guenter Lewy, Die katholische Kirche und das Dritte Reich, München 1965, S. 180.
- ³¹ Kölnische Volkszeitung vom 4. 7. 1936, Ems-Zeitung vom 27. 6. 36.
- ³² Hehl, Bischof Berning, a. a. O. S. 102, Anm. 118.
- ³³ Zur wechselhaften Geschichte und Belegung der Emslandlager: Erich Kosthorst / Bernd Walter, Die Lager im Emsland unter dem NS-Regime, hrsg. v. Landkreis Emsland 1983, Jahrbuch der Emsländer Heimatkunde, Bd. 15, Lingen 1968. Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, S. 33, München 1958.
- ³⁴ Ems-Zeitung vom 27. 6. 1936.
- ³⁵ Die fortschreitende Unterdrückung der Kirche und die Einengung ihrer Wirkungsmöglichkeiten ist detailliert dokumentiert in B. Stasiewski, Bischöfliche Akten a. a. O., Bd. I–III (1933–1936), Mainz 1976–1979; L. Volk, Bd. IV–VI. (1936–1945) Mainz 1981–1985.

1937–1938: Mit brennender Sorge

- ¹ Zur Entstehung, Verlesung und den Folgen der Enzyklika »Mit brennender Sorge« wurden folgende Beiträge herangezogen: Ludwig Volk, Die Enzyklika

- »Mit brennender Sorge«, Kath. Kirche und NS., a. a. O. S. 34–55. Ders.: Bischöfliche Akten IV (1936–1939) a. a. O. Walter Adolph, 25 Jahre »Mit brennender Sorge«. Aufzeichnungen und Dokumente, in: Wichmann-Jahrbuch für das Bistum Berlin XV/XVI (1961/62), S. 3–18. Ders.: Kardinal Preysing und zwei Diktaturen, Berlin 1971, S. 72–84. Dieter Albrecht, Der Notenwechsel zwischen dem Hl. Stuhl und der deutschen Reichsregierung (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, Bde. 1 und 10) Mainz 1965 und 1969, Bd. I S. 404–443; Bd. II. S. 1–15. Burkhard Schneider, Kardinal Faulhaber und die Enzyklika »Mit brennender Sorge«, in: Stimmen der Zeit 175, 1964/65, S. 226–228.
- ² Text der Enzyklika: Beilage zum Kirchlichen Amtsblatt für die Diözese Osnabrück, 53. Jahrg., Nr. 10, Bd. 21, Nr. 50.
 - ³ Detailliert dazu: Hans Günter Hockerts, Die Sittlichkeitsprozesse gegen katholische Ordensangehörige und Priester 1936/37. (Veröf. d. Kommission f. Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 6), Mainz 1971. W. Adolph, Kardinal Preysing, a. a. O. S. 85–115, ders. Hirtenamt, a. a. O. S. 122 ff.
 - ⁴ Aufschlüsselung der Statistik bei Hockerts, a. a. O. S. 184 ff., Hehl, Das Kirchenvolk im Dritten Reich, in: Gotto/Repgen, a. a. O. S. 105 f.
 - ⁵ KK-HH, Akte Wi., darin Statistik des Generalvikariats über die Austrittsbewegung in der Diözese Osnabrück.
 - ⁶ KK-HH, Akte Wi., Hockerts, a. a. O. S. 173.
 - ⁷ Dokumentation in: Adolph, Hirtenamt, a. a. O. S. 132–156
 - ⁸ Johe, Im Dritten Reich, a. a. O. S. 339 ff.
 - ⁹ Wolfgang Scheffler, Judenverfolgung im Dritten Reich, Berlin 1961, S. 35 f.
 - ¹⁰ Persönl. Erinnerungen Betroffener in: Hamburger Abendblatt vom 10. XI. 88.
 - ¹¹ Geschichte des jüdischen Religionsverbandes Hamburg e. V., Hamburg Mai 1941.
 - ¹² Detailliert bei Ursula Büttner, Die Not der Juden teilen, Hamburg 1988. John Grenville, Die »Endlösung« und die »Judenmischlinge«, in: Büttner, Unrechtregime II, a. a. O., S. 91–121.
 - ¹³ Hauptwerk: Lutz-Egon Reutter, Katholische Kirche als Fluchthelfer im Dritten Reich, Recklinghausen/Hamburg 1971, S. 45 ff.
 - ¹⁴ KK-HH, Akte Wi.
 - ¹⁵ Reutter, a. a. O., S. 188.
 - ¹⁶ Werner Jochmann, Die deutsche Bevölkerung und die Judenpolitik 1933 bis 1935, in: Ders., Gesellschaftskrise, a. a. O., S. 236–254.
 - ¹⁷ Daß sich das Schweigen der Bischöfe zur Judenverfolgung vor allem aus der Sorge erkläre, ihr Protest werde die eigene Kirche in noch größere Bedrängnis bringen, ist gängige Behauptung mancher katholischer Historiker. So Konrad Repgen, Judenpogrom und katholischer Kirchenkampf, in: Günter Brakelmann/Martin Rosowski (Hrsg.), Antisemitismus, S. 122 f.; Rudolf Lill, NS-Ideologie und Katholische Kirche, in: Gotto/Repgen a. a. O., S. 137, Burkhard van Schewick, Katholische Kirche und nationalsozialistische Rassenpolitik, in: Gotto/Repgen, a. a. O., S. 160. Die Frage bleibt, welcher Stellenwert dieser Behauptung beizumessen ist angesichts des doch schon seit 1933 andauernden Schweigens.
 - ¹⁸ Jochen Klepper, Unter dem Schatten Deiner Flügel, Stuttgart 1956, S. 659 f.
 - ¹⁹ Das in den in Fsn. 17 genannten Arbeiten zur Nebensächlichkeit erklärte Problem der Wechselwirkung von christlichem Antijudaismus und nationalsozialistischer Rassenpolitik beweist den Nachholbedarf historischer Forschung, um aus der Vorläufigkeit der Antworten herauszukommen und voreilige Entschuldigungen zu vermeiden. So gibt K. Repgen sein Einverständnis mit folgender »Gegenthese«

zu erkennen: »Der christliche Antijudaismus hat die konsequente Ablehnung der nationalsozialistischen Rassenpolitik durch die Kirche keineswegs behindert«. Oder: »...der Antijudaismus stand der weltanschaulichen Abwehr des Nationalsozialismus nicht im Wege«. Oder: »Damit war eine Tradition begründet worden, die zwar nicht prinzipiell judenfreundlich, aber auch nicht prinzipiell judenfeindlich war, sondern die als prinzipiell nicht-judenfeindlich zu beschreiben ist«, Reppen in: Brakelmann/Rosowski, Antisemitismus, a.a.O., S. 124 bis 125. Auch Lill geht nicht der Frage nach, inwieweit der christliche Antijudaismus zum Schweigen der Bischöfe beigetragen haben könnte, immerhin gibt er einen dürftigen Hinweis: »Der ältere Antijudaismus hat Vorurteile konserviert, welche den Nationalsozialisten die Propagierung und Durchführung mancher judenfeindlichen Maßnahmen erleichtert haben, selbst im November 1938 gab es unter den Christen auch solche, welche das Pogrom zwar für schlimm hielten, aber eben doch für eine Konsequenz alter jüdischer Schuld.« NS-Ideologie und kath. Kirche, in: Gotto/Reppen, a.a.O. S. 139.

²⁰ Vgl. S. 97f. Es hat in der Anfangsphase nationalsozialistischer Herrschaft nicht an führenden katholischen Theologen gefehlt, die, wie Karl Adam, Hans Barion, Karl Eschweiler, Joseph Lortz, Michael Schmauss der Faszination des NS-Regimes zeitweise erlagen. Der Gipfel aller Annäherungen ist in dem Buch des österreichischen Rektors der deutschen Nationalkirche in Rom zu sehen: Alois Hudal, Die Grundlagen des Nationalsozialismus, Leipzig/Wien 1937. Die Literatur der sogenannten katholischen Brückenbauer ist nachgewiesen in: Klaus Breuning, Die Vision des Reiches, München 1969.

²¹ Stichworte »Antisemitismus« und »Judentum« als Beispiel, Lexikon für Theologie und Kirche, 2. neubearb. Aufl. des kirchlichen Handbuches Bd. 1, Freiburg 1930, Sp. 504f. sowie Bd. 5, Freiburg 1933, Sp. 675 ff.

²² Hubert Jedin, Lebensbericht, Mainz 1984, S. 47.

²³ KK-HH, Akte Wi.

²⁴ Ausführl. in dem zit. Aufsatz von W. Jochmann, Die deutsche Bevölkerung und die nationalsozialistische Judenpolitik, in: Ders., Gesellschaftskrise, a.a.O., S. 236–254.

²⁵ Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen, Konzilsdekrete 2, Recklinghausen 1966. Johann Christoph Hampe (Hrsg.), Die Autorität der Freiheit. Gegenwart des Konzils und Zukunft der Kirche im ökumenischen Disput, Bd. III, S. 483 ff., München 1967.

²⁶ John Hennig, Die Stellung der Juden in der Liturgie, in Eckert/Ehrlich, Judenhaß – Schuld der Christen?!, Essen 1964, S. 173 ff.

²⁷ FAZ v. 21. X. 1988.

1939–1945: Über den Gipfel in den Abgrund

¹ Ulrich von Hassel, Vom anderen Deutschland, Berlin 1986, S. 157.

² Hans Ulrich Thamer, Verführung und Gewalt, Deutschland 1933–1945, Berlin 1986, S. 648.

³ Dörnte a.a.O., S. 300f. Hildegard Milberg, Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft, Hamburg 1970, S. 401 f. Der Rückgang der kath. Bekenntnisschulen im Reich: 1936: 240, 1937: 207, 1938: 158.

⁴ KK-HH, Akte Wi.

⁵ Detaillierte Informationen über die Zerstörung Hamburgs in: Hans Brunswig, Feuersturm über Hamburg, Stuttgart 1978.

- ⁶ Zum Strafkatalog der NS-Sondergerichte: Hans Wüllenweber, *Sondergerichte im Dritten Reich*, Frankfurt 1990, S. 24 ff.
- ⁷ So im Hirtenbrief vom 8. XI. 1940, *Kirchl. Amtsblatt* vom 13. XI. 40, Nr. 20.
- ⁸ Henry Pickert, *Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942*, hrsg. von Percy Ernst Schramm, Stuttgart 1973, S. 416.
- ⁹ Volk, *Kath. Kirche und NS.*, S. 92 f. Die acht im Bistum Osnabrück betroffenen Ordenshäuser sind: Meppen (2), Ahmsen, Haselünne, Börgermoor, Ohrbeck, Osnabrück-Haste, Osnabrück.
- ¹⁰ Korrespondenz im Besitz der Familie Dr. Johannes Miller, Hamburg.
- ¹¹ Reutter, a. a. O., S. 181 ff.
- ¹² Reutter, a. a. O., S. 141 ff.
- ¹³ Ida Ehre, *Gott hat einen größeren Kopf, mein Kind*, München/Hamburg 1985, S. 113, 117, 125 f.
- ¹⁴ Reutter, a. a. O., S. 171 f.
- ¹⁵ Die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus in Hamburg. Gedruckt vom Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg, S. XI, XII u. S. 104. Werner Jochmann, *Zum Gedenken an die Deportation der deutschen Juden*, in: Ders., *Gesellschaftskrise*, a. a. O., S. 255 ff.
- ¹⁶ Zu Vorgeschichte und Ablauf der »Euthanasie«-Aktionen: Ernst Klee, »Euthanasie« im NS-Staat, Frankfurt 1985. Lothar Gruchmann, »Euthanasie« und Justiz im Dritten Reich, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 20 (1972), 235–279. Martin Höllen, *Katholische Kirche und NS-»Euthanasie«*, in: *Zeitschrift für Kirchengeschichte* 91 (1980), S. 53–82.
- ¹⁷ Johe, *Im Dritten Reich*, a. a. O., S. 315.
- ¹⁸ Klee, a. a. O., S. 340 f.
- ¹⁹ Klee, a. a. O., S. 385. Johe, a. a. O., S. 316 spricht von »mindestens 62 Kindern«.
- ²⁰ Volk, *Bischöfliche Akten V*, Nr. 570, 572, 574, 576. Ders., *Kath. Kirche und NS.*, a. a. O., S. 86 ff.
- ²¹ *Tagebucheintragung Bernings vom 6. 5. 41*, zit. nach Hehl, *Bischof Berning*, a. a. O., S. 103.
- ²² *Bischof Clemens August Graf von Galen, Akten, Briefe und Predigten 1933–1946*, Mainz ²1989, S. 838.
- ²³ Heinrich Portmann, *Kardinal von Galen. Ein Gottesmann seiner Zeit. (Im Anhang die drei berühmten Predigten)*. Münster 1986. Volk, *Kath. Kirche und NS.*, a. a. O., S. 94 f.
- ²⁴ Volk, *Kath. Kirche und NS.*, a. a. O., S. 139.
- ²⁵ Zur Situation der Bischöfe angesichts der Deportationen und der ersten Informationen über den Massenmord: Volk, *Kath. Kirche und NS.*, a. a. O., S. 98 ff. mit bibl. Verweisen. Burkhard van Schewick, *Katholische Kirche und nationalsozialistische Rassenpolitik*, in: *Gotto/Repgen*, a. a. O., S. 168 ff. Über die Glaubwürdigkeit erster Augenzeugenberichte: J. S. Conway, *Frühe Augenzeugenberichte aus Auschwitz*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 27 (1979), 260–284. Zu Wissen und Reaktion des Auslands: Arnold Paucker, *Die Haltung Englands und der USA zur Judenvernichtung*, in: Büttner, *Unrechtsregime II*, a. a. O., S. 149 ff. Thamer, a. a. O., S. 706 ff.
- ²⁶ Zu dem Vorgang: Adolph, *Hirtenamt*, a. a. O., S. 158–170 (mit Gratulationsschreiben Bertrams und Dankschreiben Hitlers.) Volk, *Kath. Kirche und NS.*, S. 62–65, Burghart Schneider, *Die Briefe Pius XII. an die deutschen Bischöfe*, Mainz 1966, S. 74 f., S. 85–97, 108 f. Im ff. zitiert als Pius-Briefe.
- ²⁷ KK-HH, *Akte Wi*.
- ²⁸ Volk, *Kath. Kirche und NS.*, S. 67 ff.

- ²⁹ Volk, Bischöfl. Akten, VI a. a. O., S. 197–205.
- ³⁰ S. S. 156f. In den Generalvikariaten häufen sich die Erlebnis- und Erfahrungsberichte von kirchentreuen, im Osten eingesetzten Zivilisten und Soldaten. Schon am 5. 2. 1942 vermutet Berning (Tagebuchnotiz), es bestehe »wohl der Plan, die Juden ganz auszurotten«, Volk, Bischöfl. Akten, V, a. a. O., S. 675, Anm. 1. Kardinal Bertram hält das im August 1943 von der Leiterin des Berliner Hilfswerks, Dr. Margarete Sommer, im Auftrag des Berliner Bischofs Preysing vorgelegte Material zwar für glaubwürdig, aber unzureichend, um eine Demarche zu rechtfertigen. Volk, Kath. Kirche und NS., S. 107f.
- ³¹ Text in: Adolph, Kardinal Preysing, a. a. O., S. 176.
- ³² Jedin, a. a. O., S. 151.
- ³³ Schneider, Pius-Briefe, a. a. O., S. 251f.
- ³⁴ Es ist ein immer wiederkehrender Hinweis in den Predigten des in Hamburg hingerichteten lutherischen Pfarrers Stellbrink aus Lübeck, daß Gott es ist, der die Stadt durch die Bombardements strafe. S. S. 172f.
- ³⁵ Werner Johe, Neuegamme. Zur Geschichte der Konzentrationslager in Hamburg, Hamburg 1981.
- ³⁶ Zum Widerstand in Hamburg: Ursel Hochmut/Gertrud Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933–1945, Frankfurt/Main 1969. Johe, Im Dritten Reich, a. a. O., S. 356–359.
- ³⁷ Ursula von Kardorff, Das Schicksal der Hamburger Weißen Rose, in: Südd. Zeitung vom 18. X. 68. Christian Petry, Studenten aufs Schafott, München 1968.
- ³⁸ Wenn die Bischöfe in ihren ersten Nachkriegshirtenbriefen auch auf Schuld und Versäumnisse katholischer Christen während der NS-Zeit verweisen, überwiegt doch bei weitem die Betonung des Widerstandes, der als wesentlichstes Kriterium kirchl. Verhaltens herausgestellt wird. Eine kritische Reflexion über die bischöfliche Kirchenpolitik, die Infragestellung eigenen Verhaltens findet nicht statt. Erst in den Konzilsjahren öffnet sich die katholische Kirche in Deutschland der Aufarbeitung ihrer Vergangenheit. Vergl. Rudolf Rendtorff, Hans Hermann Henrix, Die Kirchen und das Judentum, Dokumente von 1945–1985, Paderborn/München 1988, an denen die zeitliche Abfolge der allmählich beginnenden innerkirchlichen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ablesbar ist.
- ³⁹ Wolfgang Seegrün, nach Unterlagen des Bistumsarchivs Osnabrück. Kirchenbote vom 24. 5. 1990. Die nach dem 20. Juli 1944 in der von Himmler reichsweit angeordneten »Aktion Gewitter« verhafteten ehemaligen Vorstandsmitglieder der Zentrumsparterie, in Hamburg Gröwel und Beyrich, müssen hinzugezählt werden. Dechant Wintermann als ehemaliger Vorsitzender der Ortsparterie bleibt unbehelligt. Franz Beyrich darf nach seiner Entlassung aus Fuhlsbüttel, 12. Sept. 1944, den behördlichen Arbeitsplatz nicht mehr betreten. Stubbe-da Luz, a. a. O., S. 75ff.
- ⁴⁰ Hauptwerk: Else Pelke, Der Lübecker Christenprozeß 1943, Mainz 1961. Josef Schäfer (Hrsg.), Wo seine Zeugen sterben, ist sein Reich, Hamburg 1946. Zu den Modalitäten der Hinrichtung: Wüllenweber, a. a. O., S. 59ff.
- ⁴¹ Akte Haacke, Anklageschrift, Einlassungen, Urteil in: KK-HH, Akte Wi., sowie Korrespondenz mit Dr. Haacke (Pater Rhabanus OSB, Benediktinerabtei Siegburg) und Dietrich Hagemann, Lüdinghausen, sowie Gespräche mit Carl Guhr und Werner Weidner, Hamburg.
- ⁴² Ein gnädiges Schicksal bewahrt den jungen, nach Hamburg verschlagenen, aus einer jüdisch-katholischen Ehe stammenden Klaus Mayer vor der Verhaftung. Auch er gehört dem Freitagszirkel an, kehrt jedoch, ehe der Kreis auffliegt,

nach Mainz zurück, überlebt dort als Arbeiter in einer Holzhandlung, wird Priester und amtiert als Pfarrer der St. Stephanskirche in Mainz, deren berühmte Fenster der dem Msgr. Mayer zum Freund gewordene Marc Chagall gestaltet hat.

Nach den bösen Jahren

- ¹ Diese Situation war 1942 gegeben, als die nach außen zu demonstrierende Geschlossenheit zum Schaden der Sache höher bewertet wurde als das Eingeständnis differierender Meinungen. Diesem Meinungsstreit fiel ein tapfer formulierter Hirtenbrief zum Opfer. »Es bleibt die Frage, ob es auch in dieser extremen Ausnahmesituation richtig war, die Einheitlichkeit im Handeln zum obersten Entscheidungskriterium zu machen – eine Frage von beunruhigendem Gewicht, die über das rein Historische hinausführt.« Gotto/Reppen, a. a. O., S. 187. Volk, Kath. Kirche und NS, a. a. O., S. 138.
- ² Zu Definition, Problematik und Qualität kirchl. Widerstands: Heinz Hürten, Widerstand und Zeugnis, in: Gotto/Reppen, a. a. O., S. 191 ff. Vergl. ders.: Verfolgung, Widerstand und Zeugnis. Kirche im Nationalsozialismus. Fragen eines Historikers, Mainz 1987.
- ³ »Der Kardinal hat sich geäußert, daß er den Kulturkampf mitgemacht habe und sich nicht dazu entschließen könne, daß wieder Gläubige ohne Geistliche sterben müßten.« Adolph, Geheime Aufzeichnungen, a. a. O., S. 219.
- ⁴ »Bei Bertram lähmte... die vorauszusehende absolute Vergeblichkeit jedes Schrittes zugunsten der Juden den Willen auch nur zu einer schriftlichen Intervention. Richtig sah der Breslauer Kardinal, daß Opposition gegen die Judenpolitik nationalsozialistisches Selbstverständnis an seiner reizbarsten Stelle traf.« Volk, Kath. Kirche und NS., a. a. O., S. 139.
- ⁵ Adolph, Hirtenamt, a. a. O., S. 108 f., Volk, Kath. Kirche und NS., a. a. O., S. 259.
- ⁶ Volk, Bischöfl. Akten, VI., a. a. O., S. 466, Fsn.
- ⁷ Auf den Gratulationsbrief Bernings zur Kardinalserhebung des Bischofs von Münster antwortet Galen am 3. Januar 1946 in respektabler Bescheidenheit, daß es ihn bedrücke, wenn der Papst ihn zu solcher Würde berufe und nicht andere, die viel mehr gearbeitet und geleistet hätten. »Und zu diesen gehören an erster Stelle Eure Exzellenz, das kann ich als meine ehrliche Überzeugung aussprechen.« Galen, Akten, Briefe und Predigten, II, a. a. O., Nr. 524 u. 527.

Benutzte Literatur

- Adolph, Walter, 25 Jahre »Mit brennender Sorge«. Aufzeichnungen und Dokumente, in: Wichmann-Jahrbuch für das Bistum Berlin XV/XVI (1961/62).
- Adolph, Walter, Kardinal Preysing und zwei Diktaturen, Berlin 1971.
- Adolph, Walter, Hirtenamt und Hitlerdiktatur, Berlin 1965.
- Adolph, Walter, Geheime Aufzeichnungen aus dem nationalsozialistischen Kirchenkampf 1935–1943, bearbeitet von Ulrich von Hehl. Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, Bd. 28, Mainz 1977.
- Albrecht, Dieter (Bearb.), Der Notenwechsel zwischen dem Heiligen Stuhl und der deutschen Reichsregierung 1933–1945. Bd. I: Von der Ratifizierung des Reichskonkordats bis zur Enzyklika »Mit brennender Sorge«; Bd. II: 1937–1945. Reihe A, Bde. 1 und 10, Mainz 1965, 1969.
- Aretz, Jürgen, Die katholische Arbeiterbewegung (KAB) im Dritten Reich, in: Gotto/Reppen (Hrsg.), Die Katholiken und das Dritte Reich, Mainz 1990.
- Bergengruen, Carl, Katholische Jugendbewegung in Hamburg während der 30er Jahre, Erste Staatsprüfungs-Arbeit, Manuskript, Hamburg 1988.
- Binder, Gerhard, Irrtum und Widerstand, München 1968.
- Bleistein, Roman, Katholische Bischöfe und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Stimmen der Zeit 207, 1989.
- Bleistein, Roman, Nationalsozialistische Kirchenpolitik und katholische Orden, in: Stimmen der Zeit 203, 1985.
- Boberach, Heinz (Bearb.), Berichte des SD und der Gestapo über Kirchen und Kirchengemeinden in Deutschland 1934–1944, Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, Bd. 12, Mainz 1971.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang, Der deutsche Katholizismus im Jahr 1933, in: Hochland 53, 1960/61.
- Berning, Wilhelm, Katholische Kirche und deutsches Volkstum. Reihe »Das Neue Reich«, München 1934.
- Brakelmann, Günter/Rosowski, Martin (Hrsg.), Antisemitismus. Von religiöser Judenfeindschaft zur Rassenideologie, Göttingen 1989.
- Breuning, Klaus, Die Vision des Reiches. Deutscher Katholizismus zwischen Demokratie und Diktatur (1929–1934), München 1969.
- Brunswig, Hans, Feuersturm über Hamburg, Stuttgart 1978.
- Büttner, Ursula, (Hrsg.), Das Unrechtsregime, Bd. I, Ideologie/Herrschaftssystem/Wirkung in Europa, Bd. II, Verfolgung/Exil/Belasteter Neubeginn, (Festschrift für Werner Jochmann zum 65. Geburtstag). Hamburg 1986.
- Büttner, Ursula, Der Stadtstaat als demokratische Republik, in: Jochmann/Loose (Hrsg.), Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner, Bd. II.

- Büttner, Ursula, *Die Not der Juden teilen*, Hamburg 1988.
- Büttner, Ursula, *Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928–1931*, Hamburg 1982.
- Büttner, Ursula/Werner Jochmann, *Hamburg auf dem Weg ins Dritte Reich. Entwicklungsjahre 1931–1933*, Hamburg 1983.
- Büttner, Ursula/Werner Jochmann (Hrsg.), *Zwischen Demokratie und Diktatur. Nationalsozialistische Machtaneignung in Hamburg. Tendenzen und Reaktionen in Europa*, Hamburg 1984.
- Conway, John S., *Frühe Augenzeugenberichte aus Auschwitz*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 27 (1979).
- Corsten, Wilhelm (Hrsg.), *Kölner Aktenstücke zur Lage der katholischen Kirche in Deutschland 1933–1945*, Köln 1949.
- Die Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg*, hrsg. von Martin Broszat und Klaus Schwabe, München 1989.
- Die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus in Hamburg*. Gedruckt vom Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg o. J.
- Dörnte, Günter, *Katholische Schulen in Hamburg 1832–1939*. Diss. phil. Hamburg 1984.
- Ehre, Ida, *Gott hat einen größeren Kopf, mein Kind*, München/Hamburg 1985.
- Ems-Zeitung* vom 27. 6. 1936.
- Enzyklika »Mit brennender Sorge«. *Kirchl. Amtsblatt für die Diözese Osnabrück* (Beilage), 53. J., Nr. 20. Bd. 21, Nr. 50.
- Festschrift zum goldenen Priesterjubiläum des Erzbischofs Dr. Wilhelm Berning*, Hamburg 1950.
- »Feuer über das Land«, *Beilage zur Nordischen Volkszeitung* Frühjahr 1932.
- Galen, Bischof Clemens August Graf von, *Akten, Briefe, und Predigten 1933–1946*. 2 Bde., bearb. von Peter Löffler. Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, Bd. 42, Mainz 1988.
- Gotto, Klaus/Konrad Repgen, *Die Katholiken und das Dritte Reich*, Mainz 1990.
- Grenville, John A. S., *Die »Endlösung« und die »Judenmischlinge«* in: Büttner, *Unrechtsregime II*.
- Hampe, Johann Christoph (Hrsg.), *Die Autorität der Freiheit. Gegenwart des Konzils und Zukunft der Kirche im ökumenischen Disput*. Bd. III, München 1987.
- Hamburger statistische Monatsberichte. Religionszugehörigkeit der Wohnbevölkerung in der Stadt Hamburg 1933*.
- Hassel, Ulrich von, *Vom anderen Deutschland*, Berlin 1986.
- Hehl, Ulrich von, *Das Kirchenvolk im Dritten Reich*, in: Gotto/Repgen.
- Hehl, Ulrich von, *Bischof Berning und das Bistum Osnabrück im Dritten Reich*, in: *Osnabrücker Mitteilungen* 86 (1980).
- Hehl, Ulrich von (Bearb.), *Priester unter Hitlers Terror. Eine biographische und statistische Erhebung*. Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, Bd. 37. Mainz 1984.
- Hennig, John, *Die Stellung der Juden in der Liturgie*, in: Eckert/Ehrlich, *Judenhaß – Schuld der Christen?!*, Essen 1964.
- Hochmut, Ursel/Gertrud Meyer, *Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933–1945*, Frankfurt 1969.
- Hockerts, Hans Günter, *Die Sittlichkeitsprozesse gegen katholische Ordensangehörige und Priester 1936/37*. Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 6. Mainz 1971.
- Höllén, Martin, *Katholische Kirche und NS-»Euthanasie«*, in: *Zeitschrift für Kirchengeschichte* 91 (1980)

- Hürten, Heinz, Kurze Geschichte des deutschen Katholizismus 1800–1960, Mainz 1986.
- Hürten, Heinz, Katholische Kirche und nationalsozialistischer Krieg, in: Die Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg. München 1989.
- Hürten, Heinz, Widerstand und Zeugnis, in: Gotto/Reppen, Die Katholiken und das Dritte Reich, Mainz 1990.
- Hürten, Heinz, Verfolgung, Widerstand und Zeugnis. Kirche im Nationalsozialismus. Fragen eines Historikers, Mainz 1987.
- Jochmann, Werner/Hans-Dieter Loose (Hrsg.), Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner, 2 Bde., Hamburg 1986.
- Jochmann, Werner, Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922–1933. Dokumente, Frankfurt/Main 1963.
- Jochmann, Werner, Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870 bis 1945, Hamburg 1988.
- Jochmann, Werner, Handelsmetropole des Deutschen Reiches, in: Jochmann/Loose (Hrsg.), Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner, Bd. II, Hamburg 1986.
- Jahrbuch des Emsländer Heimatbundes, Lingen 1968. Bd. 15.
- Jahresbericht des Caritasverbandes Hamburg 1933.
- Jedin, Hubert, Lebensbericht. Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, Bd. 35, Mainz 1984.
- Johe, Werner, Bürgermeister Rudolf Petersen. Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte III, 1974, Universität Tel Aviv.
- Johe, Werner, Die gleichgeschaltete Justiz. Organisation des Rechtswesens und Politisierung der Rechtsprechung 1933–1945, dargestellt am Beispiel des Oberlandesgerichtsbezirks Hamburg. Frankfurt 1967.
- Johe, Werner, Im Dritten Reich, in: Jochmann/Loose (Hrsg.), Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner, Bd. II, Hamburg 1986.
- Johe, Werner, Neuengamme. Zur Geschichte der Konzentrationslager in Hamburg. Hamburg 1981.
- Judenhaß – Schuld der Christen?! Versuch eines Gesprächs, hrsg. von Willehad Paul Eckert und Ernst Ludwig Ehrlich, Essen, 1964.
- Kardorff, Ursula von, Das Schicksal der Hamburger Weißen Rose, in: Südd. Zeitung vom 18. X. 1968.
- Klee, Ernst, »Euthanasie« im NS-Staat, Frankfurt/Main 1983.
- Kirchliches Jahrbuch für das katholische Deutschland, Bde. IV, Freiburg 1913, XIII (1925/26) Freiburg 1926.
- Kirchliches Handbuch für das katholische Deutschland, Bde. XIX, (1935/36), Köln 1936, XXI, (1939/40), Köln 1940.
- Klepper, Jochen, Unter dem Schatten Deiner Flügel, Stuttgart 1956.
- Klessmann, Eckart, Geschichte der Stadt Hamburg, Hamburg 1988.
- Konzilstexte: Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen. Konzilsdekrete 2, Recklinghausen 1966.
- Kosthorst, Erich/Bernd Walter, Die Lager im Emsland unter dem NS-Regime, hrsg. vom Landkreis Emsland 1983.
- Kogon, Eugen/Johann Baptist Metz, Gott nach Auschwitz. Dimensionen des Massenmords am jüdischen Volk, Freiburg 1979.
- Kölnische Volkszeitung vom 4. 7. 1936.
- Lapide, Pinchas E., Rom und die Juden, Freiburg/Basel/Wien 1967.
- Lewy, Guenter, Die katholische Kirche und das Dritte Reich, München 1965.
- Lexikon für Theologie und Kirche. 2. neu bearb. Aufl. des Kirchlichen Handbuchs, Bd. 1 Freiburg 1930, ff.

- Lill, Rudolf, NS-Ideologie und katholische Kirche, in: Gotto/Reppen, Die Katholiken.
- Linkemeyer, Carl, Bilder aus der Geschichte der katholischen Gemeinden in Hamburg und Altona 1525–1925, Paderborn 1925.
- Linkemeyer, Carl, Das katholische Hamburg in Vergangenheit und Gegenwart, Hamburg 1931.
- Lippmann, Leo, Mein Leben und meine amtliche Tätigkeit. Aus dem Nachlaß hrsg. v. Werner Jochmann, Hamburg 1964.
- Marienkrankehaus Hamburg 100 Jahre, Hamburg 1964.
- Milberg, Hildegard, Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft. Die politischen und sozialen Aspekte der Schulreform in Hamburg 1890–1935, Hamburg 1970.
- Möller, Kurt Detlev, Das letzte Kapitel, Hamburg 1947.
- Morsey, Rudolf, Das »Ermächtigungsgesetz« vom 24. März 1933, Göttingen 1978.
- Morsey, Rudolf, Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und »Nationaler Erhebung« 1932/33, Stuttgart 1977.
- Morsey, Rudolf, Die katholische Volksminderheit und der Aufstieg des Nationalsozialismus, in: Gotto/Reppen, Die Katholiken.
- Muckermann, Friedrich, Im Kampf zwischen zwei Epochen. Lebenserinnerungen, bearb. von Nikolaus Junk. Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, Bd. 15, Mainz 1985.
- Müller, Hans, Katholische Kirche und Nationalsozialismus. Dokumente von 1930–1935, München 1963.
- Nachrichtenblatt für die katholischen Gemeinden von Hamburg, Altona und Umgegend, Hamburg, Jg. 1928–1937.
- Nowak, Kurt, »Euthanasie« und Sterilisierung im »Dritten Reich«. Die Konfrontation der evangelischen und katholischen Kirche mit dem »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« und der »Euthanasie«-Aktion. Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes, Ergänzungsreihe, Bd. 12, Göttingen 1978.
- Paucker, Arnold, Die Haltung Englands und der USA zur Judenvernichtung, in: Ursula Büttner (Hrsg.), Das Unrechtsregime, Bd. II, Hamburg 1986.
- Pelke, Else, Der Lübecker Christenprozeß 1943, Mainz 1974.
- Petry, Christian, Studenten aufs Schafott, München 1968.
- Portmann, Heinrich, Kardinal von Galen. Ein Gottesmann seiner Zeit, Münster 1986.
- Rendtorff, Rudolf/Hans Hermann Henrix, Die Kirchen und das Judentum. Dokumente von 1945–1985, Paderborn/München 1988.
- Reppen, Konrad, Judenpogrom, Rassenideologie und katholische Kirche 1938, in: Kirche und Gesellschaft, Heft 152/3, Köln 1988.
- Reppen, Konrad, 1938 – Judenpogrom und katholischer Kirchenkampf, in: G. Brakelmann/M. Rosowski (Hrsg.), Antisemitismus.
- Reutter, Lutz-Eugen, Katholische Kirche als Fluchthelfer im Dritten Reich. Die Betreuung von Auswanderern durch den St. Raphaelsverein, Recklinghausen/Hamburg 1971.
- Robinson, Hans, Justiz als politische Verfolgung. Die Rechtsprechung in »Rassenschandefällen« beim Landgericht Hamburg 1936–1943, Stuttgart 1977.
- Schäfer, Josef, (Hrsg.), Wo seine Zeugen sterben, ist sein Reich, Hamburg 1946.
- Schatz, Klaus, Kirchengeschichte der Neuzeit II, Düsseldorf 1989.
- Scheffler, Wolfgang, Judenverfolgung im Dritten Reich, Berlin 1961.
- Schellenberger, Barbara, Katholische Jugend im Dritten Reich. Eine Geschichte des Katholischen Jungmännerverbandes 1933–1939 unter besonderer Berücksichti-

- gung der Rheinprovinz. Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 17, Mainz 1975.
- Schewick, Burkhard, Katholische Kirche und nationalsozialistische Rassenpolitik, in: Gotto/Reppen, Die Katholiken.
- Schneider, Burkhard (Hrsg.), Die Briefe Pius' XII. an die deutschen Bischöfe 1939–1944. Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, Bd. 4, Mainz 1966.
- Schneider, Burkhard, Kardinal Faulhaber und die Enzyklika »Mit brennender Sorge«, in: Stimmen der Zeit 175, 1964/65.
- Scholder, Klaus, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1.: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1919–1934. Frankfurt/Berlin/Wien 1977; Bd. 2.: Das Jahr der Ernüchterung 1934, Barmen und Rom, Berlin 1985.
- Schramm, Percy Ernst (Hrsg.), Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942. Aufgezeichnet von Henry Pickert, Stuttgart 1983.
- Seegrün, Wolfgang, Hermann Wilhelm Berning, (1877–1955) in: Erwin Gatz (Hrsg.), Die Bischöfe der deutschsprachigen Länder, Berlin 1983.
- Seegrün, Wolfgang, Wilhelm Berning, 1877–1955. Ein Lebensbild, in: Osnabrücker Mitteilungen 79 (1972).
- Seegrün, Wolfgang, Bischof Berning von Osnabrück und die katholischen Laienverbände in den Verhandlungen um Artikel 31 des Reichskonkordats 1933–1936, in: Osnabrücker Mitteilungen 80 (1973).
- Seffrin, Roland, Die katholische Bevölkerungsgruppe im Staate Hamburg, Hamburg 1938.
- Spael, Wilhelm, Das katholische Deutschland im 20. Jahrhundert. Seine Pionier- und Krisenzeiten 1890–1945, Würzburg 1984.
- Stasiewski, Bernhard (Bearb.), Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945, Bd. I: 1933–1934; Bd. II: 1934–1935; Bd. III: 1935–1936. Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, Bde. 5, 20, 25, Mainz 1968, 1976, 1979. Zit. als Bischöfliche Akten I, II, III.
- Stubbe-da Luz, Helmut, Union der Christen–Splittergruppe–Integrationspartei. Wurzeln und Anfänge der Hamburger CDU bis Ende 1946. Diss. phil., Hamburg 1989.
- Studt, Bernhard/Hans Olsen. Hamburg, die Geschichte einer Stadt, Hamburg 1951.
- Thamer, Hans Ulrich, Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945, Berlin 1986.
- Verg, Erik, Das Abenteuer, das Hamburg heißt, Hamburg 1977.
- Volk, Ludwig (Bearb.), Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945. Bd. IV: 1936–1939; Bd. V: 1940–1942; Bd. VI: 1943–1945. Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, Bde. 30, 34, 38. Mainz 1980, 1983, 1985. Zit. als Bischöfl. Akten IV, V, VI.
- Volk, Ludwig, Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933. Von den Ansätzen in der Weimarer Republik bis zur Ratifizierung am 10. September 1933, Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 5, Mainz 1972.
- Volk, Ludwig, Katholische Kirche und Nationalsozialismus. Ausgewählte Aufsätze, hrsg. von Dieter Albrecht. Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 46, Mainz 1987.
- Wilhelmi, Heinrich, Die Hamburger Kirche in der nationalsozialistischen Zeit, 1933–1945, Göttingen 1968.
- Wüllenweber, Hans, Sondergerichte im Dritten Reich, Frankfurt 1990.

Personenregister

- Adam, Karl 191
 Adolph, Walter 178
 Ahrens, Georg 64, 88
 Alves, Bernhard 44, 57
- Ballin, Albert 21–22
 Barion, Hans 191
 Behnen, B. 172
 Berning, Wilhelm 18–19, 31, 37, 41, 44,
 53–54, 69–71, 77, 82, 84–85, 90,
 92–103, 108, 113, 125, 127, 144, 155,
 159, 165, 172, 177, 179, 182–184,
 187–189, 193–194
 Bertram, Adolf 51–52, 54, 68, 70–71,
 77, 92–93, 95–96, 102, 104,
 112–113, 117, 130, 138, 154, 156,
 158–163, 177–181, 183–184,
 193–194
 Beyrich, Franz 56–57, 60, 193
 Bismarck, Otto von 179–180
 Bormann, Martin 145
 Born, Ludger Josef 171
 Brünig, Heinrich 58, 99
- Chamberlain, Arthur Neville 117
 Classen, Lambert 171
 Crohne, Wilhelm 182
- Daladier, Édouard 117
 Degkwitz, Rudolf 168–169
 Dinkgrefe, Bernhard 34, 45, 53–54
- Ehre, Ida 37, 149
 Ellington, Duke 168
 Eltz von Rübenach, Paul 96
 Esch, Ludwig 78
 Eschweiler, Karl 191
- Faulhaber, Michael von 53, 71, 102,
 104–106, 156, 177
 Foch, Ferdinand 137
 Franco Bahamonde, Francisco 114
 Freisler, Roland 96
 Friedrich der Große 66
 Fuchs, Hedwig 57
 Furtwängler, Wilhelm 81, 94
- Galen, Clemens August Graf von 53,
 71, 79, 84, 102, 104, 112, 129, 145,
 154–157, 177, 194
 Goebbels, Joseph 67, 69, 107, 109, 111,
 114, 137, 145
 Göring, Hermann 14, 94, 107
 Goodman, Benny 168
 Gottschlich, Alwin 60–61
 Gröber, Konrad 133
 Groesser, Max 125–126
 Gröwel, Margarethe 57, 193
 Gründgens, Gustaf 94
 Guardini, Romano 38
 Guhr, Carl 174
- Haacke, Walter 169, 174
 Hagemann, Dietrich 174
 Harling, Gerhard 26
 Hassell, Ulrich von 137
 Haubach, Theodor 16
 Haushofer, Karl 96
 Havighorst, Gerhard 85
 Heydrich, Reinhard 107–108, 147
 Hilfrich, Antonius 133
 Himmler, Heinrich 90, 107
 Hindenburg, Paul von 67
 Hitler, Adolf 8, 15, 19, 46–50, 53–54,
 60–61, 63–72, 86–87, 91, 95–96, 98,
 100–104, 107–108, 114–117, 120,
 123, 128, 129, 131, 134, 136–139,
 143–145, 152–153, 155–156,
 159–161, 170, 174, 176, 178–182,
 185
 Hitzler, Richard 174
 Höffner, Joseph 135
 Höger, Fritz 35
 Horn, Karl 62
 Hudal, Alois 188, 191
 Hugo, Ludwig Maria 51
- Jedin, Hubert 133
- Kästner, Erich 169
 Kafka, Franz 84
 Kantorowitz, Ruth 148
 Kaufmann, Karl 7–9, 19, 48, 64, 80, 86,
 88, 91, 174
 Keitel, Wilhelm 137

- Keller, Michael 57
 Kerrl, Hanns 107
 Klepper, Jochen 131
 Kolping, Adolf 72
 Kresse, Augustin 93
 Krogmann, Carl Vincent 15, 49, 62, 64, 88
 Kugelmeier, Johannes 151

 Landahl, Heinrich 56
 Lange, Hermann 172–173
 Leber, Annedore 93
 Leber, Julius 93
 Leiber, Robert 69
 Lenin, Wladimir Iljitsch 168
 Lersch, Heinrich 78
 Lewels, Maximilian 140–141
 Lichtenberg, Bernhard 134, 177
 Lichtwark, Alfred 23
 Linskens, Friedrich 55
 Lippmann, Leo 122
 Löggers, Hermann 57
 Lortz, Joseph 191
 Luther, Martin 42, 44, 63

 Mann, Heinrich 84
 Mann, Thomas 84
 Mayer, Klaus 193
 Mecklenburg, Bernhard 171
 Meyer, Reinhold 169
 Miller, Heiner 147
 Mozart, Wolfgang Amadeus 165
 Muckermann, Friedrich 189
 Muckermann, Hermann 85, 189
 Müller, Eduard 172–173
 Müller, Thorsten 168
 Mussolini, Benito 117

 Orsenigo, Cesare 95, 189

 Pacelli, Eugenio 69, 77, 102, 104–105, 148, 183, 189
 Papen, Franz von 58, 65
 Petersen, Carl Wilhelm 9
 Petersen, Rudolf 9–11, 14
 Pius XI. 102, 104–105
 Prassek, Johannes 172–173
 Preysing, Konrad Graf von 70–71, 102, 104, 112–113, 129, 154, 156–157, 159–161, 177–179, 181, 183

 Rindfleisch, Joseph 93
 Rommel, Erwin 143
 Rosenberg, Alfred 50, 101
 Rosenberg, Sally 149
 Rothenberger, Curt 9
 Rudloff, Johannes von 78–79
 Ruscheweyh, Herbert 56

 Schäfer, Werner 100
 Schimanowski, 93
 Schirach, Baldur von 59, 74
 Schlageter, Albert Leo 48
 Schmauss, Michael 191
 Schmitt, Carl 94
 Schmitt-di Giorgi, Ludwig 174
 Schnitzler, Rudolf 108
 Schulte, Karl Joseph 104
 Schumacher, Fritz 35
 Schwentner, Bernhard 173

 Seffrin, Roland 44, 57, 59
 Sieveking, Kurt 11
 Sommer, Margarete 193
 Spieker, Josef 93
 Spurling, John Michael Kane 7

 Stauffenberg, Claus Graf Schenk von 170
 Stein, Edith 148
 Stellbrink, Karl Friedrich 172–173

 Tucholsky, Kurt 169
 Tügel, Franz 18, 63, 86

 Vargas, Getulio 148
 Vleugels, Renatus 171
 Volk, Ludwig 156

 Warburg, Max 12
 Weidner, Ernst 165
 Weidner, Werner 174
 Wilhelm II. 20
 Wintermann, Bernard 27, 31–32, 34, 44–45, 54–57, 59–61, 73, 83, 86–90, 92, 95, 102, 112, 116, 126, 133, 139, 141, 145, 150, 160–161, 177, 184, 187–188, 193
 Wolz, Alwin 7, 174
 Wüst, Peter 90

ZEITGESCHICHTE BEI CHRISTIANS

Frank Bajohr/Werner Johe/Uwe Lohalm

Zivilisation und Barbarei

Die widersprüchlichen Potentiale der Moderne

DM 36,-

358 Seiten, Linson

ISBN 3-7672-1138-6

Aus dem Inhalt:

Frank Bajohr	Detlev Peukerts Beiträge zur Sozialgeschichte der Moderne
Geoff Eley	Die deutsche Geschichte und die Widersprüche der Moderne. Das Beispiel des Kaiserreiches
Frank Bajohr	Vom Honoratiorentum zur Technokratie. Ambivalenzen städtischer Daseinsvorsorge und Leistungsverwaltung im Kaiserreich und in der Weimarer Republik
Wilfried Loth	Katholizismus und Moderne. Überlegungen zu einem dialektischen Verhältnis
Richard Bessel	Die Krise der Weimarer Republik als Erblast des verlorenen Krieges
Ulrich Herbert	„Generation der Sachlichkeit“. Die völkische Studentenbewegung der frühen zwanziger Jahre in Deutschland
Richard J. Evans	Die Todesstrafe in der Weimarer Republik
Adelheid von Saldern	„Statt Kathedralen die Wohnmaschine“. Paradoxien der Rationalisierung im Kontext der Moderne
Uwe Lohalm	Die Wohlfahrtskrise 1930–1933. Vom ökonomischen Notprogramm zur rassenhygienischen Neubestimmung
Patrick Wagner	Feindbild „Berufsverbrecher“. Die Kriminalpolizei im Übergang von der Weimarer Republik zum Nationalsozialismus
Dirk Blasius	Ambivalenzen des Fortschritts. Psychiatrie und psychisch Kranke in der Geschichte der Moderne
Peter von Rönne	Von der gesundheitspolitischen Marginalisierung zur „Euthanasie“. Die Anstalt Langenhorn und ihre Patienten im NS-Staat
Gisela Bock	Krankenmord, Judenmord und nationalsozialistische Rassenpolitik: Überlegungen zu einigen Forschungshypothesen
Dan Diner	Historisches Verstehen und Gegenrationalität. Der Judenrat als erkenntnistheoretische Warte
Michael Wildt	Konsum und Modernisierung in den fünfziger Jahren

Biographische Notiz und Schriftenverzeichnis Detlev Peukert